Anatomie der Staatssicherheit
Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Das Handbuchprojekt »Anatomie der Staatssicherheit« ist eines der ältesten Vorhaben des Forschungsbereiches der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Es wurde bereits im Jahr 1993 begonnen – wenige Monate nach der Gründung der Abteilung »Bildung und Forschung« und stellt dem wissenschaftlichen Fachpublikum wie auch anderen interessierten Nutzern von Stasi-Akten in kontinuierlich erscheinenden Teillieferungen umfassendes Grundwissen zum MfS zur Verfügung: die Entwicklung der Gesamtinstitution MfS in ihrem historischen Kontext, die Geschichte seiner wichtigsten Arbeitsbereiche, grundlegende Darlegungen zu den hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern sowie verschiedene Übersichten und Materialien zur Struktur des MfS und ihrer Entwicklung, Kurzbiographien des Leitungspersonals und eine Edition der wichtigsten Grundsatzdokumente. Das »MfS-Handbuch« folgt der Verpflichtung der BStU zur »Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes« (§ 37 Abs. 1 Nr. 5 Stasi-Unterlagen-Gesetz) und ist ein wichtiger Baustein und zugleich ein unerlässliches Hilfsmittel für die MfS-Forschung.

Inzwischen sind 20 Teillieferungen publiziert, das Projekt tritt damit in seine Endphase, und es ist an der Zeit, die Struktur des Vorhabens im Hinblick auf die Fertigstellung einer Neujustierung zu unterziehen. Das Projekt hat den Forschungsbereich der BStU wesentlich länger beschäftigt als ursprünglich gedacht, was insbesondere einer unvermutet schwierigen Quellen- und Erschließungslage geschuldet ist. Das Konzept aus dem Jahr 1993 erwies sich im Laufe der Zeit an mehreren Stellen als überholungsbedürftig. Daher wurde Veränderungen an der Gliederung des Gesamtwerkes vorgenommen, die sich in der neu gefassten Gliederung widerspiegeln (siehe Übersicht): Einige Kapitel, die in ihrem wesentlichen Inhalt durch andere Handbuchteile oder andere Publikationen abgedeckt sind, wurden gestrichen. Das betraf vor allem den ursprünglichen Baustein II »Arbeits- und Strukturprinzipien«, der zum größeren Teil im Kapitel »Geschichte der Staatssicherheit« aufgeht. Es betraf auch einige nicht oder überwiegend nicht operative Diensteinheiten (AGM, Abt. XII, HA KuSch), die sich als insgesamt weniger bedeutsam erwiesen haben als zunächst angenommen und bei denen einige wesentliche Aspekte ihrer Tätigkeit von anderen, bereits erschienenen BStU-Publikationen beleuchtet werden. Die »auftragnehmenden« Diensteinheiten (HA III, HA VIII, Abt. M, Abt. 26) werden dagegen nicht in einem zusammenfassenden Kapitel, sondern – ausführlicher als in der ursprünglichen Planung – in einzelnen Handbuchteilen behandelt. Hierdurch haben sich die inhaltlichen Schwerpunkte geringfügig zugunsten von Darlegungen zur »operativen« Tätigkeit verschoben.

Die einzelnen Handbuchteile erscheinen jeweils unmittelbar nach ihrer Fertigstellung als Broschüre und als Pdf-Datei im Internet. Kostenlose Downloads werden bereitgestellt auf der Website: http://www.bstu.bund.de

Berlin, Januar 2008

Ü B E R S I C H T   Ü B E R   D A S   G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT
– MfS-Handbuch –

Überblick

• Geschichte der Staatssicherheit von den Anfängen bis zur Auflösung

Wichtige Dienstbereiche

• Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen
• Hauptabteilung II: Spionageabwehr
  Hauptabteilung III: Funkaufklärung und -abwehr
• Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr
• **Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei**
  Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung
  Hauptabteilung IX: Untersuchungsorgan
• Abteilung XIV: Haftvollzug
• Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft
• Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund
• Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr«
  Hauptverwaltung A (HV A): Auslandsaufklärung
• Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG): Flucht, Übersiedlung
• Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK)
• Abteilung M: Postkontrolle
• Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung
• Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)
• Rechtsstelle
• Hochschule des MfS (JHS)
• Parteiorganisation der SED im MfS
• Objektdienststellen

Mitarbeiter

• Die hauptamtlichen Mitarbeiter
• Die inoffiziellen Mitarbeiter

Anhang

• Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989
  Organisationsstruktur der territorialen Diensteinheiten (BV, KD) 1989
  Übersicht zur Entwicklung der Diensteinheiten 1950–1989
• Kurzbiographien
• Grundsatzdokumente

Die mit • versehenen Bände sind bereits erschienen. Der vorliegende Band ist in der Gliederung fett hervorgehoben.

Tobias Wunschik

Hauptabteilung VII:

Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

Berlin 2009

ISBN 978-3-942130-08-0

urn:nbn:de:0292-97839421300805

INHALT

1 Überblick

Das Ministerium des Innern (MdI) war ein wichtiger »Pfeiler der Sicherheitsarchitektur« des SED-Regimes.[1] Es bildete die Keimzelle anderer staatlicher Organe, die im Laufe der Jahre Eigenständigkeit erlangten: Streitkräfte, Grenzpolizei und die Geheimpolizei selbst. Die sukzessive Ausgliederung wichtiger Zuständigkeiten warf das Ministerium des Innern in seiner Bedeutung zurück; nach dem Mauerbau musste es bei der Verteilung der Ressourcen durch die Staats- und Parteiführung in »konsolidierter Zweitrangigkeit« hinter dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zurückstehen. Zugleich reichte die Zuständigkeit über den klassisch polizeilichen Bereich weit hinaus, etwa bei der für para- oder halbmilitärische Verbände (wie die Kampfgruppen der Arbeiterklasse).[2]

An der Schnittstelle zwischen dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Staatssicherheit stand dessen sogenannte Linie VII. Sie überwachte und instruierte das Ministerium des Innern sowie seine nachgeordneten Bereiche und organisierte zugleich die Kooperation zwischen beiden Organen. In den fünfziger Jahren überprüfte sie mit geringem personellen Aufwand auffällige Kader und versuchte westliche Spionage abzuwehren. Erst im Jahre 1959 wurde die Abteilung VII in der Zentrale der Staatssicherheit zur Hauptabteilung aufgewertet. Weil die Überwachung eines Sicherheitsorgans durch ein anderes des Guten zuviel schien, wurde Anfang der sechziger Jahre die Existenz der Diensteinheit infrage gestellt.

Ihre »Blütephase« erlebte die Diensteinheit in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, als die innerdeutsche Entspannung und insbesondere der grenzüberschreitende Reiseverkehr neue »Gefahren« für die innere Sicherheit der DDR heraufbeschworen. Entsprechend der allgemeinen Hypertrophie des Apparates und der zunehmend prophylaktischen Gesinnungskontrolle weitete sich das Aufgabenfeld der Linie VII aus. Immer intensiver durchleuchtete sie sämtliche Mitarbeiter der Volkspolizei und versuchte, durch ein ausuferndes Netz von Zuträgern im dienstlichen wie im privaten Bereich Verfehlungen und ideologische Abweichungen frühzeitig aufzudecken.

Immer stärker wurde auch in Leitungsfragen und fachliche Entscheidungen des Ministeriums des Innern eingegriffen, wenngleich es durch die Verpflichtung beider Organe auf die Parteilinie und vorauseilenden Gehorsam in der Regel zur Kooperation und nur selten zur Konfrontation kam. Gleichwohl führten unterschiedliche Interessenlagen, Ressortegoismus und persönliche Animositäten zu latenter Rivalität; Phasen größerer Folgsamkeit und stärkerer Emanzipation der Volkspolizei gegenüber der Staatssicherheit wechselten einander ab.

Der Staatssicherheitsapparat sah sich gegenüber der Volkspolizei als Generalbevollmächtigter in Sachen innerer Sicherheit und fungierte als »Oberbedenkenträger«, der bei geringsten Abstrichen an Geheimhaltung oder Westkontaktverbot sofort Geheimnisverrat und Spionage witterte. Als Scharnier zwischen der Geheimpolizei und der Volkspolizei saß die Hauptabteilung VII auch hinsichtlich des Informationsflusses in einer Schlüsselposition.[3]

---

1 Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971). Berlin 2002, S. 266.

2 Lindenberger, Thomas: Die Deutsche Volkspolizei (1945–1990). In: Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe in der DDR. Berlin 1998, S. 127.

3 Beispielsweise sollte die Linie VII bei der Bekämpfung der »staatsfeindlichen Hetze« den Informationsfluss zwischen (Kriminal-)Polizei und Staatssicherheit gewährleisten. Vgl. DA 2/71 v. 26.6.1971 zur Leitung und Organisierung der politisch-operativen Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze; BStU, MfS, BdL/Dok. 2339.

Der Verantwortungsbereich der Linie VII reichte teilweise über das Ministerium des Innern und die Volkspolizei weit hinaus. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre etwa hatte sie auch das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW) zu sichern, welches seinerseits dem Ministerium für Außenhandel unterstand, operativ jedoch von der Grenzpolizei im Ministerium des Innern angeleitet wurde.[4] Die Zivilverteidigung zählte sogar bis 1989 zum Verantwortungsbereich der Linie VII, obwohl seit 1977 dem Ministerium für Nationale Verteidigung zugeordnet – welches grundsätzlich durch die Hauptabteilung I abgesichert wurde.[5]

Veränderungen im Aufgabenbereich der Linie VII ergaben sich häufig aus strukturellen Veränderungen im Ministerium des Innern, was eine entsprechende Anpassung der geheimpolizeilichen Überwachung erforderte. Mit der Ausgliederung der Grenzpolizei aus dem Ministerium des Innern 1961 etwa verlor auch die Linie VII die entsprechende Zuständigkeit. Solche Funktionseinbußen setzten sich in den siebziger und achtziger Jahren fort. Beispiele hierfür sind die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Ausreisebewegung, die Grenzsicherung und die Westarbeit, was streckenweise zu den wichtigen Aufgaben der Hauptabteilung VII gehörte, jedoch nach und nach an andere Linien abgegeben und im Jahre 1989 von der Linie VII nur noch »nebenbei« erledigt wurde. Immer wieder wurden Strukturen aus der Linie VII ausgegliedert und als selbstständige Einheiten etabliert. Hierzu zählten Vorstufen der Hauptabteilung VI, des Zentralen Operativstabs (ZOS) und der Fahndungsführungsgruppe (FFG). Weitere Strukturteile wurden aus arbeitsökonomischen Gründen an andere Diensteinheiten abgetreten ohne strukturelle Eigenständigkeit zu erlangen. Dies betraf die das Wachkommando Missionsschutz sichernde Abteilung sowie Strukturen zur Sicherung der Staatsgrenze oder zur Bekämpfung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM).[6]

Schon aus diesen Gründen wurde die innere Struktur der Hauptabteilung VII vielfach umgestaltet. Besonders in den sechziger Jahren wurden Pläne zur Neustrukturierung der Diensteinheit entwickelt, aber nicht oder nur halbherzig umgesetzt, sodass sich organisatorische Veränderungen nur noch schwer bis in die Einzelheiten nachvollziehen lassen. Probleme der archivarischen Überlieferung kommen hinzu, denn die Diensteinheit betrieb vor 1989 eine besonders gründliche Kassation älterer Unterlagen. Bei eigentlich hoher »Aktenproduktion« betreffen die verbliebenen Unterlagen daher überwiegend die späten achtziger Jahre.

Erkennbar sind jedoch einige Grundzüge der Strukturentwicklung der (Haupt-)Abteilung VII: die zunehmende strukturelle Ausdifferenzierung (von anfänglich drei Referaten auf zuletzt acht Abteilungen) und die enorme personelle Aufstockung (von 38 Mitarbeitern im Jahre 1958 auf zuletzt 319 Mitarbeiter). War die Aufgabenverteilung innerhalb der Abteilung VII in den fünfziger Jahren stark an Strukturen gebunden (für bestimmte Bereiche des Ministeriums des Innern waren bestimmte Referate der Abteilung VII umfassend verantwortlich), setzte sich in den sechziger Jahren mit den Stellvertreterbereichen Innere und Äußere Abwehr eine Teilung der Aufgaben nach funktionalen bzw. »wissenschaftlichen« Gesichtspunkten durch. Bei den Umstrukturierungen der achtziger Jahre tendierte die Hauptabteilung VII erneut dazu, ihre Aufgaben gegenüber dem Ministerium des Innern nach funktionalen Kriterien zu verteilen.

---

[4] Vgl. Diedrich, Torsten: Die Grenzpolizei der DDR (1946–1961). In: Ders.; Ehlert; Wenzke (Hg.): Im Dienste der Partei (Anm. 2), S. 201–223 u. 213.

[5] »Berührungspunkte« mit der für die Nationale Volksarmee zuständigen HA I existierten auch hinsichtlich der für die Einziehung der Wehrpflichtigen zuständigen Wehrkommandos, da hier auch die Bereitschaftspolizei ihren Nachwuchs rekrutierte. Vgl. DA 7/84 des Ministers für Staatssicherheit über die politisch-operativen Sicherung der Wehrkommandos v. 9.10.1984; BStU, MfS, BdL/Dok 5059.

[6] Vgl. Thesen der HA VII zur Entwicklung der HA VII v. Juni 1986, 24 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 193, o. Pag.

Zwar schrumpfte der Zuständigkeitsbereich der Linie VII im Laufe der Jahre, die Aufgabenstellung wurde jedoch komplexer und aufwändiger umgesetzt. So verstärkten sich Ende der sechziger Jahre die Bestrebungen, nicht nur die Kader des Ministeriums des Innern und der Deutschen Volkspolizei (DVP) zu überwachen, sondern auch stärker in deren Leitungsentscheidungen auf offizieller Ebene einzugreifen. Schließlich wurde für diesen Aufgabenbereich eine Struktureinheit der Hauptabteilung VII gebildet, die Abteilung 9, zuständig für die zentrale Steuerung des sogenannten »politisch-operativen Zusammenwirkens«. Sie ging hervor aus der Abteilung 1, die relativ kontinuierlich den Kernbereich der Linie VII verkörperte und insbesondere für die Kriminalpolizei zuständig war. Diese Abteilung 1 konzentrierte sich nun im Gegenzug auf die »Abwehr«.

Zu den langjährigen Aufgaben der Linie VII gehörte auch die Sicherung der Aufnahmeheime für Migranten; dies oblag überwiegend, aber nicht durchgängig, der Abteilung 3. Sehr wechselhaft waren die Zuständigkeit und die organisatorische Verankerung des Bereichs Grenzsicherung (zeitweise in der Abteilung 2). Die Westarbeit der Linie VII gewann Mitte der fünfziger Jahre an Gewicht und fand streckenweise eine strukturelle Verankerung in der seinerzeitigen Abteilung 3, verlor in den siebziger Jahren jedoch spürbar an Bedeutung.

Verglichen mit den Proportionen anderer Diensteinheiten war die Linie VII nicht durch besondere Kopf- oder Rumpflastigkeit gekennzeichnet.[7] Zu den 319 Mitarbeitern der Hauptabteilung VII (ohne Offiziere im besonderen Einsatz und Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter)[8] kamen in den Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen 510 hauptamtliche Mitarbeiter hinzu, wobei die Zahlen zwischen 91 (in Ostberlin) und 19 (in Suhl) variierten.[9] Als verlängerter Arm der Linie VII auf Ebene der Kreisdienststellen fungierten seit deren Einführung in den Jahren 1980/1981 insgesamt 264 sogenannte Abwehroffiziere Volkspolizei.

Das Ausmaß der Überwachung und Bespitzelung des Ministeriums des Innern lässt sich für die achtziger Jahre in Zahlen fassen. Allein die Abwehroffiziere beendeten jährlich über 300 Operative Personenkontrollen (OPK). Die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen schlossen per annum zusätzlich etwa 200 OPK und die Abteilungen der Hauptabteilung VII weitere 50 OPK gegen Personen aus ihrem Zuständigkeitsbereich ab. Darüber hinaus führte die Linie VII circa 50 Operative Vorgänge (OV).[10] Somit stand etwa jeder hundertste Mitarbeiter der Volkspolizei bzw. der dem Ministerium des Innern nachgeordneten Bereiche unmittelbar im Visier der Staatssicherheit, was in ungefähr 150 Entlassungen – unter ihnen hauptsächlich Volkspolizisten – auf allen Ebenen pro Jahr mündete.[11] Zugleich wurden etwa 3 000 IM sowie GMS von den Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen und mehr als 1 000 Zuträger durch die Hauptabteilung VII geführt. Verschiedene Linien der Staatssicherheit zusammengenommen hatten etwa jeden elften Volkspolizisten als IM oder GMS angeworben, unter den knapp 60 000 Volkspolizisten in der gesamten DDR gleichzeitig vermutlich mehr als 5 000 IM oder GMS.[12]

---

7 Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Hg. BStU. Berlin 2000, S. 319 u. 396.

8 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127.

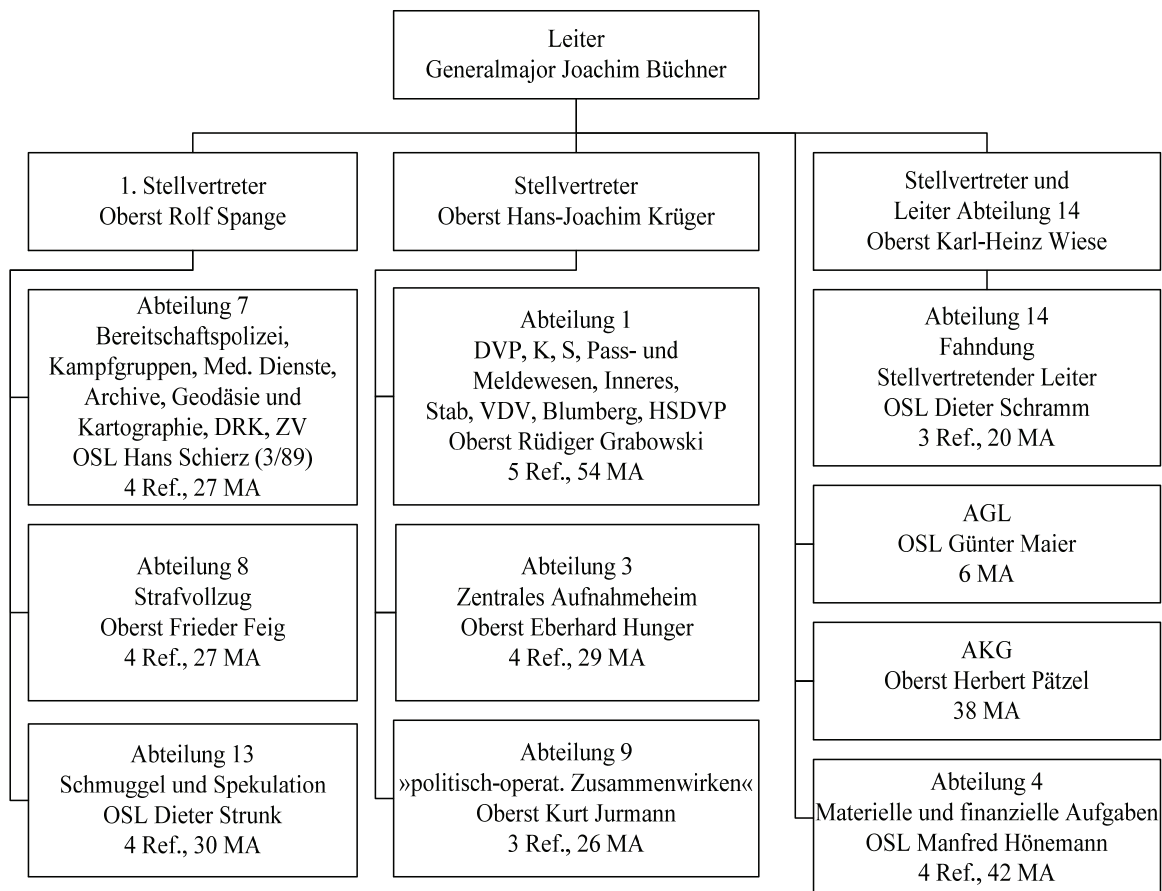
9 Siehe Kapitel 4.2.

10 Siehe die Kapitel 2.1.2 u. 4.1.

11 Vgl. AKG der HA VII: Ausgewählte Angaben zur OPK-Durchführung zu Angehörigen der DVP und anderen Organen des MdI v. 4.11.1989; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.5. Bd. 2, S. 3–6; [Übersicht der] AKG der HA VII von März 1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, Bl. 57. Siehe Kapitel 4.1.

12 Siehe die Kapitel 2.1.3 u. 4.1.

Abbildung 1
Hauptabteilung VII (1988/1989)[13]



2 Die Struktur der Hauptabteilung VII im Jahr 1989

2.1 Die Hauptabteilung VII im Jahr 1989

2.1.1 Aufgaben

Die Hauptabteilung VII organisierte die Kooperation des MfS mit dem Ministerium des Innern und war zugleich für die Überprüfung und Überwachung der MdI-Mitarbeiter sowie die Kontrolle der dortigen Arbeitsprozesse verantwortlich. Dies betraf vor allem die Hauptabteilungen Kriminal-, Schutz-, Verkehrs- und Bereitschaftspolizei. Hinzu kamen die – als Hauptabteilungen oder Verwaltungen dem MdI unterstellten – Spitzen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, des Betriebsschutzes, des Strafvollzugs, des Bereichs Innere Angelegenheiten, des Pass- und Meldewesens, des staatlichen Archivwesens, der Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes, des Bereichs Geodäsie und Kartographie sowie der Politischen Verwaltung und des medizinischen Zweiges der Volkspolizei. Zudem wurden zentrale nachgeordnete Einrichtungen des Ministeriums des Innern unmittelbar

[13] Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127; Konzeption zur Erarbeitung eines vorläufigen Struktur- und Stellenplanes der HA VII v. 13.2.1987; BStU, MfS, HA VII Nr. 490, S. 126–129; Planstellenbesetzungsnachweis der HA VII v. 27.3.1989, 57 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 303, o. Pag.

durch die Hauptabteilung VII gesichert – wie das Zentrale Aufnahmeheim für Migranten (ZAH) in Röntgental oder das Krankenhaus der Volkspolizei. Mit der Überwachung der Zivilverteidigung reichte die Zuständigkeit der Hauptabteilung VII bis in das Ministerium für Nationale Verteidigung.

Einige Teilbereiche des Ministeriums des Innern (bzw. dessen nachgeordneter Organe) fielen aus fachlichen Gründen nicht in die Verantwortung der Linie VII. Hierzu zählten die Arbeitsrichtung Observation der Kriminalpolizei (I/U), die durch die Hauptabteilung VIII (Ermittlungen, Beobachtungen) gesichert wurde. Für den Spezialnachrichtendienst war wiederum die Linie XI (Chiffrierdienst) verantwortlich. Die Wachkommandos Missionsschutz fielen in die Zuständigkeit der Spionageabwehr der Staatssicherheit (Linie II). Die Transportpolizei mit der Wasserschutzpolizei sowie die Betriebsschutzkommandos auf den Flughäfen und dem Ostberliner Fernsehturm wurden von der Hauptabteilung XIX gesichert, die für das Verkehrswesen zuständig war.[14]

Auf der mittleren und unteren Ebene war die Abgrenzung der Zuständigkeit besonders schwierig.[15] So wurden die für Ausbildung und Leitung von Übungseinsätzen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse zuständigen Einrichtungen der Volkspolizei durch die Linie VII gesichert, doch die Angehörigen dieses Paramilitärs wurden überwiegend durch andere Linien bearbeitet – etwa durch die Linien XVIII oder XIX (wegen der beruflichen Zugehörigkeit der Betreffenden zu Volkseigenen Betrieben oder dem Verkehrswesen), durch die Linie II (bei vermeintlich spionagerelevanten Vorfällen) oder durch die Linie XX beim Verdacht der »politisch-ideologischen Diversion«. Folglich war der für motorisierte Kampfgruppenbataillone verantwortliche Verbindungsoffizier auch, je nach Bezirksverwaltung, der Abteilung VII oder der Abteilung XVIII zugeordnet.[16] Und gegenüber den Abteilungen Innere Angelegenheiten bei den Räten der Bezirke teilten sich die Abteilungen VII und die Bezirkskontrollgruppen (BKG) die Zuständigkeit von Bezirk zu Bezirk.[17]

Gleichwohl war die Hauptabteilung VII innerhalb des Mielke-Imperiums der Generalbevollmächtigte gegenüber der Volkspolizei. Deswegen drängte sie auch darauf, dass sämtliche MfS-Diensteinheiten ihr ihre Einleitungs-, Eröffnungs- und Schlussberichte von OV und OPK zu Angehörigen des Ministeriums des Innern übersandten und ihre IM in diesem Bereich möglichst an die Linie VII übergaben.[18] Denn auch andere MfS-Linien führten in eigener Regie Zuträger in den Reihen der Volkspolizei und den nachgeordneten Zweigen des Ministeriums des Innern.[19] Entsprechend einer Weisung des Stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit, Gerhard Neiber, von 1984 war die Führung von IM im Ministerium des Innern und seinen nachgeordneten Bereichen durch andere Diensteinheiten nur bei einer »dringenden operativen Notwendigkeit« statthaft. »Wo diese nicht nach-

[14] Vgl. DA 2/87 v. 14.5.1987 über die politisch-operative Sicherung der DVP und der anderen Organe des MdI; BStU, MfS, BdL/Dok. 5286.

[15] Vgl. Bericht der Abt. 9 der HA VII über den Einsatz in der Abt. VII der BV Neubrandenburg und in den Kreisdienststellen Demmin und Templin v. 28.10.1985; BStU, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. VII Nr. 544, S. 53–60.

[16] Vgl. DA 1/77 v. 28.2.1977 zur politisch-operativen Sicherung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse; BStU, MfS, BdL/Dok. 4325.

[17] Vgl. u. a. HA VII: Einschätzung der politisch-operativen Lage in den Bereichen Innere Angelegenheiten o. D. [Ende 1985/Anfang 1986]; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.1., Bd. 5, S. 29–57.

[18] Schreiben des Leiters der HA VII an die Leiter der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen: Weitere Qualifizierung der politisch-operativen Abwehrarbeit o. D. [1982 oder später]; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 276, S. 449–451.

[19] Die Abt. 7 beispielsweise verfügte in ihrem Verantwortungsbereich bei insgesamt 2 806 Mitarbeitern in nachgeordneten Einrichtungen des MdI über 170 Zuträger, weitere 26 IM wurden von anderen Linien geführt. Vgl. Übersicht über die Sicherungsbereiche der Abt. 7 [der HA VII] und die Dislozierung der IM/GMS o. D. [ca. 1986]; BStU, MfS, HA VII Nr. 104, S. 8–21.

weisbar ist, sind solche IM an Mitarbeiter der Abteilungen VII bzw. an die Abwehroffiziere Volkspolizei in den KD zu übergeben.« Die alleinige Führung von IM in den Reihen der Volkspolizei durch die Linie VII sei »durchzusetzen«[20], wurde jedoch nie Realität und führte häufig zu Rivalitäten.[21]

Die beiden Hauptaufgaben der Hauptabteilung VII, die Kooperation mit den Leitungskadern von Volkspolizei und Ministerium des Innern (als »politisch-operatives Zusammenwirken«/POZW bezeichnet) einerseits und die Überwachung ihrer Mitarbeiter andererseits (Abwehr genannt), waren in den wichtigsten Bereichen institutionell getrennt. So war die Abteilung 1 für die Überprüfung und »Durchleuchtung« der Kader im Bereich des (ersten) Stellvertreters des Ministers des Innern verantwortlich, was etwa Kriminal- und Schutzpolizei umfasste. Für das »politisch-operative Zusammenwirken«, also für Absprachen zur Arbeitsteilung mit der Leitungsebene der Volkspolizei in diesen Bereichen, war hingegen die Abteilung 9 zuständig. Dies konnte dazu führen, dass beispielsweise innerhalb der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei zeitweilig beide Abteilungen über Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) und IM verfügten.

Die Abteilungen 3, 7 und 8 hingegen hatten in ihrem Verantwortungsbereich sowohl Abwehraufgaben zu lösen, als auch die Zusammenarbeit zu organisieren. Stark eingegrenzt war die Zuständigkeit der Abteilung 3, die allein das Zentrale Aufnahmeheim in Röntgental (einschließlich Beschäftigte und Insassen) zu bearbeiten hatte. Die Abteilung 7 hingegen befasste sich mit einer Vielzahl von Diensteinheiten aus nachgeordneten Stellvertreterbereichen des Ministers des Innern. Die Abteilung 8 wiederum war verantwortlich für die Verwaltung Strafvollzug im Ministerium des Innern der DDR, Gefangene, deren Aufseher sowie die Arbeitsrichtung I/4 der Kriminalpolizei, die in Gefängnissen Häftlinge mit konspirativen Methoden überwachte.

Etwas aus dem Rahmen fielen die relativ »jungen« Abteilungen 13 und 14 – sie nahmen selbst operative Aufgaben wahr. So bekämpfte die Abteilung 13 internationalen Schmuggel sowie Spekulationsgeschäfte, während die Abteilung 14 für großangelegte Fahndungsaktionen in Zusammenarbeit mit der Volkspolizei verantwortlich war. Zur Hauptabteilung VII zählten ferner (wie in anderen Hauptabteilungen auch) eine Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), eine Arbeitsgruppe des Leiters (AGL), die vor allem Pläne für den Fall einer Mobilisierung entwickelte, sowie ein für materielle, technische und finanzielle Sicherstellung verantwortlicher Bereich (Abteilung 4).

Die Hauptabteilung VII fiel in den Verantwortungsbereich des Mielke-Stellvertreters Gerhard Neiber. Innerhalb seines Stabes war Rolf Brennecke, Offizier für Sonderaufgaben, speziell für die Hauptabteilung VII verantwortlich, besaß ihr gegenüber jedoch keine Weisungsbefugnis. Vielmehr sollte er Neiber jederzeit über die »operativ bedeutsamen IM, OV und OPK« der Hauptabteilung VII informieren können sowie die Zusammenarbeit mit anderen Diensteinheiten koordinieren.[22]

Die Hauptabteilung VII wurde zuletzt von Joachim Büchner geleitet. Er bestimmte die Grundlinien der geheimpolizeilichen Arbeit »auf der Grundlage der Beschlüsse und Dokumente« der SED. Er war für die Kooperation mit dem Partei- und Staatsapparat zuständig, konnte die Kompetenzen seiner Untergebenen festlegen, Befehle und Weisungen erlassen und in wichtige Vorgänge selbst eingreifen, etwa indem er IM in Führungspositionen selbst anleitete. Sein erster Stellvertreter war Rolf Spange, der Büchner bei Abwesenheit

---

[20] Auszug aus dem unkorrigierten Manuskript der Rede von GL Gerhard Neiber auf der zentralen Dienstkonferenz der Linie VII am 13./14.12.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 8131, S. 33.

[21] Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Abwehrarbeit und des politisch-operativen Zusammenwirkens in bzw. mit der DVP v. 4.6.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 7966.

[22] Vgl. Vorläufige Aufgabenstellung v. September 1982; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 209, S. 119–121.

vertrat sowie die Abteilungen 7, 8 und 13 unmittelbar anleitete. Damit war Spange für das »politisch-operative Zusammenwirken« mit drei Stellvertreterbereichen des Ministers des Innern (Stellvertreter des Ministers, Stellvertreter des Ministers Bereitschaften/Kampfgruppen und Stellvertreter des Ministers und Leiter der Versorgungsdienste) sowie mit der Zivilverteidigung verantwortlich. Der Stellvertreter Hans-Joachim Krüger war für die Anleitung der Abteilungen 1, 3, 9 und den Bereich Schulung/Ausbildung zuständig. Dementsprechend oblag ihm das »politisch-operative Zusammenwirken« mit der K I, den operativen Hauptabteilungen Schutzpolizei, Verkehrspolizei und Pass- und Meldewesen sowie dem 1. Stellvertreter des Chefs des Stabes. Zusätzlich hatte Krüger den Operativen Einsatzstab zu leiten sowie Schulung und Ausbildung der Mitarbeiter zu gewährleisten.[23] Als weiterer Stellvertreter von Büchner und gleichzeitiger Leiter der Abteilung 14 fungierte Karl-Heinz Wiese.

Die Hauptabteilung VII verfügte über 348 Mitarbeiter, darunter 16 Offiziere im besonderen Einsatz und 13 Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (Stand September 1988).[24] Im Oktober 1989 lag die Gesamtzahl der Mitarbeiter dann bei 357.[25] Die Diensteinheit veranlasste alljährlich rund 10 000 Personenüberprüfungen in der Zentralen Personendatenbank (ZPDB), davon entfiel fast die Hälfte auf die Abteilung 1, die besonders wichtige Teile des Ministeriums des Innern abwehrmäßig zu sichern hatte.[26]

2.1.2 Tätigkeit

Ende der achtziger Jahre führte die Hauptabteilung VII durchschnittlich knapp 20 OV und über 60 OPK gegen Angehörige des Ministeriums des Innern sowie weitere Personen in ihrem Zuständigkeitsbereich durch.[27] Entsprechend ihrem Aufgabenzuschnitt hatte dabei die Abteilung 1 den größten Anteil am operativen Geschehen (siehe Tabelle 1). Auf die gesamte Linie VII bezogen handelte es sich jedoch nur um die »Spitze des Eisbergs«, denn weit mehr Vorgänge wurden auf Kreis- und Bezirksebene bearbeitet (siehe Tabelle 16).[28] Angaben aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre belegen, dass bei durchschnittlich 17 Mitarbeitern des Ministeriums des Innern diese Bearbeitung durch die Hauptabteilung VII jedes Jahr zu einem Ermittlungsverfahren und in zwei von drei Fällen zur Inhaftierung führte (siehe Tabelle 3). In 40 Prozent der Fälle lag dem der Vorwurf eines Diebstahls oder eines Zollvergehens zugrunde, während immerhin rund 20 Prozent der Fälle Landesverrat und andere Verbrechen gegen die DDR und 16 Prozent Republikflucht betrafen.[29] Grundsätzlich sollte die Linie VII alle weltanschaulichen Aufweichungserscheinungen in der DVP aufdecken und ihnen entgegenwirken.[30]

---

23 Vgl. Funktions- und Aufgabenverteilung zwischen dem Leiter der HA VII, dem 1. Stellv. des Leiters der HA VII und dem Stellv. des Leiters der HA VII v. Juli 1986; BStU, MfS, HA VII Bdl. 537, o. Pag.

24 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127.

25 Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Hg. BStU. Berlin 1998, Beilage.

26 Vgl. Informationsbereitstellung der AKG der HA VII v. 18.7.1989, 3 Bl.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

27 Vgl. AKG der HA VII: Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung 1988 v. November 1987; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.2., Bd. 6, S. 4–23. Die OPK der Abt. 13 betrafen meist nicht Angehörige von DVP oder MdI.

28 Vgl. Thesen der AKG der HA VII zu Fragen des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur komplexen Bekämpfung der Militär-, Wirtschafts- und politischen Spionage v. März 1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 33–53; siehe auch Tabelle 16: Abgeschlossene OPK der Linie VII 1986–1989.

29 Vgl. Arbeitsergebnisse der HA VII o. D. [Anfang 1985]; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 58 f.

30 Vgl. DA 2/85 v. 20.2.1985 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 5083.

Tabelle 1
Zahl der OV und OPK der Abteilungen der HA VII (1988–1989)[31]

Abteilung	OV		OPK	
	1988	1989	1988	1989
1	5	6	24	22
3	2	1	6	4
7	1	2	21	19
8	3	1	8	6
13	9	8	16	12
gesamt	20	18	75	63

Tabelle 2
OV und OPK der HA VII (1982–1989)[32]

Jahr	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	∅
Zahl der geführten OV	8	13	14	26	27	18	17	18	~17
abgelegte OV	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	14	9	13	17	~13
angelegte OV	7	6	7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	15	~8
Zahl der geführten OPK	k.A.	k.A.	k.A.	60	60	69	74	63	~65
abgelegte OPK	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	54	~54
angelegte OPK	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	42	~42

Tabelle 3
Ermittlungsverfahren der HA VII (1981–1984)[33]

Jahr		1981	1982	1983	1984	gesamt	Ø
EV gesamt		10	22	18	18	68	~17
davon	mit Haft	7	15	11	14	47	~12
	ohne Haft	3	7	7	4	21	~5
davon	aus OV	6	14	13	12	45	~11
	aus OPK	4	8	5	6	23	~6

Während die operative Bearbeitung des Ministeriums des Innern mit seinen nachgeordneten Bereichen und das »politisch-operative Zusammenwirken« in Kapitel 2.2 eingehend

31 Stichtage 21.12.1988 u. 30.9.1989. Vgl. Hinweise der AKG der HA VII zur Entwicklung der politisch-operativen Lage v. 13.10.1989; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.3., Bd. 3, S. 91–127; Einschätzung der AKG der HA VII zu Stand und Wirksamkeit der politisch-operativen Sicherung der DVP und anderer Organe des MdI in Durchsetzung der DA 2/87 v. August 1988, 35 S.; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.1. »Einschätzung Stand/Wirksamkeit Dienstanweisung 2/87«, S. 3–37.

32 Von 1982 bis 1984 und 1986 bis 1988 jeweils Stand v. 1.1. des Jahres, für 1989 Stand v. 30.9. Vgl. Thesen der AKG der HA VII zu Fragen des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur komplexen Bekämpfung der Militär-, Wirtschafts- und politischen Spionage v. März 1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 33–53; Einschätzung der AKG der HA VII der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung 1988 v. November 1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 77, o. Pag.; Hinweise der AKG der HA VII zur Entwicklung der politisch-operativen Lage v. 13.10.1989; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.3., Bd. 3, S. 91–127.

33 Vgl. Arbeitsergebnisse der HA VII o. D. [Anfang 1985]; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 58 f.

behandelt werden, sollen hier überblicksartig zwei weitere Hauptaufgaben mehrerer Abteilungen der Hauptabteilung VII dargestellt werden: die Grenzsicherung und die Westarbeit. Denn obwohl die Hauptabteilung VII zu den klassischen Abwehrdiensteinheiten zählte, hatte ihre Tätigkeit auch starken Westbezug. Die Diensteinheit kümmerte sich um Spionageabwehr in den Einrichtungen der Volkspolizei sowie des Ministeriums des Innern und untersuchte die »gegnerische Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit«. Es galt beispielsweise Informationen über westliche Journalisten und Wissenschaftler zu gewinnen, die sich für die ostdeutsche Volkspolizei interessierten. Auch im Zuge der Aufnahmeverfahren in Röntgental fielen zahlreiche Informationen über die Bundesrepublik an; zudem sollte das Einschleusen von Agenten verhindert werden. Ferner galt es, die politischen Gefangenen im DDR-Strafvollzug gegenüber dem Westen zusätzlich abzuschirmen und die Möglichkeiten zur Schleusung eigener IM auf dem Wege des Häftlingsfreikaufs auszuloten. In diesem Zusammenhang sollten die Verbindungen von amnesty international in die DDR unterbunden werden, und es wurden auch IM der Linie VII in den Westen geschickt.[34] Ferner berührte die Bekämpfung internationaler Schmuggelbanden den Westen.[35]

Obwohl für Mitarbeiter von Volkspolizei und Ministerium des Innern der Westen eigentlich tabu war, hatten auch die IM unter ihnen teilweise verwandtschaftliche oder private Kontakte dorthin – was wiederum die Linie VII als Informationsquelle nutzte.[36] Auch die Inoffiziellen Kriminalpolizeilichen Mitarbeiter (IKM), die nicht zur Westarbeit eingesetzt werden sollten, wurden von der K I und der Linie VII nach privaten Westreisen über gewonnene »Kenntnisse über die allgemeinen Regimeverhältnisse während des Aufenthaltes« (wie etwa zu den Grenzkontrollen) befragt. Zudem sollten Versuche zur Beeinflussung oder gar Anwerbung der IKM durch gegnerische Geheimdienste aufgedeckt werden. Der Beitrag der IKM zur Westarbeit lag allerdings mehr in einem nachträglichen Abschöpfen als in der Ausführung gezielter Aufträge.[37]

Ferner schickte die Staatssicherheit die eigenen IM mit gezielten Instruktionen in den Westen. Insgesamt waren 19 IM der Hauptabteilung VII im »Operationsgebiet« wohnhaft (darunter 16 IMB und 3 IMS), die hauptsächlich von den Abteilungen 13 und 3 geführt wurden. Zusätzlich ließen sich 22 IM bei Dienstreisen und 47 IM bei Privatreisen unmittelbar gegen den Westen einsetzen.[38] Die West-IM der Linie VII sollten in den achtziger Jahren, wie die anderer Linien, auch als Frühwarnsystem gegen befürchtete militärische Angriffe der NATO dienen.[39] Auch die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen verfüg-

---

34 Vgl. Bericht der Abt. 8 der HA VII über eingeleitete Maßnahmen und Ergebnisse bei der politisch-operativen Bearbeitung personeller Stützpunkte und Verbindungen der Organisation »Amnesty International« v. 22.6.1979; BStU, MfS, HA VII/8, ZMA 322/79, S. 10–19; Arbeitsmaterial [des 1. Stellv. des Leiters der HA VII Spange] zum Thema »Einschätzung des Standes und der Ergebnisse bei der Durchsetzung der Aufgabenstellungen der DA 5/85« [v. 25.6.1987]; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VII Nr. 747, S. 89–105.

35 Vgl. Entwurf der HA VII zur Orientierung für die Arbeit der HA und Linie VII im und nach dem Operationsgebiet v. September 1985, 25 S., 1 Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

36 Vgl. Übersicht der Abt. 7 der HA VII zu IM v. 29.7.1989, 3 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1001, o. Pag.

37 Vgl. Abt VII der BV Potsdam: Übersicht über die Reisetätigkeit der operativen Basis des AG I der K des Bezirkes Potsdam v. 23.6.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 992, S. 6.

38 Vgl. Zusammenfassung der HA VII über den im Operationsgebiet dislozierten und durch Ausreisemöglichkeiten nach dem NSW direkt einsetzbaren IM-/GMS-Bestand der operativen Abteilungen v. 31.1.1989, 3 S. mit 2 S. Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag. Im Januar 1986 verfügte die HA VII noch über 85 IMB, doch sank deren Zahl durch 35 Umkategorisierungen. Entwicklung des IM-/GMS-Bestandes im 1. Hj. 1989 sowie Mitarbeiter- und Bestandsentwicklung seit dem 1.1.1988 v. Juli 1989, 7 S. mit 2 S. Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

39 Vgl. Leiter der HA VII: Aufgaben der HA VII zur frühzeitigen Aufklärung akuter Aggressionsabsichten und überraschender militärischer Aktivitäten imperialistischer Staaten und Bündnisse v. 15.10.1985; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1011, o. Pag.

ten über IM, die im Westen lebten oder dorthin reisen konnten,[40] was auch in den Bezirken zur Kooperation mit der Linie XV/HV A führte.[41] Dabei wurden längst nicht alle Potenziale ausgeschöpft. So bemängelte die HV A, dass die Auslandskader des Ministeriums des Innern nicht genügend mit den Residenturen der HV A zusammenarbeiten würden.[42]

In der Regel waren die Abteilungen der Hauptabteilung VII analog zu ihrem Sicherungsbereich in der DDR für die vergleichbaren Einrichtungen in der Bundesrepublik zuständig. So resultierte beispielsweise aus der Verantwortung für das Zentrale Aufnahmeheim der DDR in Röntgental auch eine Zuständigkeit für das Notaufnahmelager Marienfelde (bis 1984).[43] Weil die Hauptabteilung VII für die Bereiche Geodäsie und Kartographie verantwortlich war, führte sie auch über das Vermessungs- und Kartenwesen in der Bundesrepublik einen Feindvorgang (mit 170 operativen Handakten).[44] Ebenso versuchte die Linie VII Kontakte zum Landeseinwohneramt sowie zur Kriminalpolizei Westberlins aufzubauen.[45] Und weil die Abteilung VII der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden bis 1988 für das DRK der DDR verantwortlich war, leitete sie auch »Maßnahmen zur Informationsgewinnung« über den 1982 gewählten (und bis 1994 amtierenden) Präsidenten des DRK der Bundesrepublik, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, ein.[46]

Die Spionageabwehr im Ministerium des Innern und seinen nachgeordneten Einrichtungen war für die Linie VII eine vorrangige Aufgabe. Obwohl sich die westlichen Bemühungen zur Ausforschung der Volkspolizei wohl in Grenzen hielten, war die Hauptabteilung VII stets bestrebt, »bei den Genossen die Überzeugung [zu] festigen, dass es auch im Ministerium des Innern Spione und andere Feinde gibt«.[47] In diesem Bereich sollte die Linie VII intensiv mit der Linie II (Spionageabwehr) zusammenarbeiten,[48] doch geschah dies in der Praxis nur mangelhaft.[49] Auch die Überwachung des Geheimnisschutzes im Ministerium des Innern war Aufgabe der Hauptabteilung VII.[50]

Grundsätzlich bestand auch zuletzt noch eine Mitverantwortung der Linie VII bei der Grenzsicherung, insbesondere als Mittler zwischen Staatssicherheit und Volkspolizei. So nahm die Hauptabteilung VII auf die Spitze des Ministeriums des Innern dahingehend

---

40 Vgl. Einschätzung der Erkenntnisse/Ergebnisse der Bestandsaufnahme der Abt. VII v. 15.6.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VII Nr. 755, S. 143–152.

41 Im Bezirk Potsdam jährliches Aufkommen von ca. 100 Berichten über westliche Benutzer des Staatsarchivs Potsdam und über Westkontakte von VP-Angehörigen, was der HV A Chancen zur Anwerbung eröffnete. Die Mitarbeiter der Abt. VII versprachen sich »als den relativ Unerfahrenen« davon nützliche Ratschläge für die Anwerbung von West-IM. Vgl. Zuarbeit der Abt. VII v. 22.8.1984; ebenda, S. 70–72.

42 Vgl. Thesen der AKG der HA VII zu Fragen des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur komplexen Bekämpfung der Militär-, Wirtschafts- und politischen Spionage v. März 1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 33–53.

43 Vgl. Komets, Arik K.: Das Notaufnahmelager Marienfelde aus westlicher und östlicher Sicht. Berlin, Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V. 2002. (Schriftenreihe Das Notaufnahmelager Marienfelde im Visier der Stasi; 1), S. 130.

44 Vgl. Übergabeprotokoll über den VEB Kombinat Geodäsie und Kartographie v. 1.7.1975; BStU, MfS, HA VII Nr. 639, S. 14–16.

45 Vgl. Berichterstattung der Abt. VII v. 10.11.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VII Nr. 755, S. 162–169.

46 Vgl. HA VII/3, Referat 1 am 28.7.1982: Bericht über die am 27.7.1982 in die Abteilungen VII der BV Dresden und BV Cottbus durchgeführte Dienstreise, 2 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 528, o. Pag.

47 Vgl. Einführung für die Beratung mit der ZAIG über den Stand der komplexen Spionageabwehr in der HA VII o. D. [Mitte 1985], 19 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 193, o. Pag.

48 Vgl. DA 1/87 v. 13.2.1987 zur Gewährleistung des komplexen Vorgehens bei der Abwehr geheimdienstlicher Angriffe – Spionageabwehr; BStU, MfS, BdL/Dok. 5266, S. 19.

49 Vgl. u. a. Einführung für die Beratung mit der ZAIG über den Stand der komplexen Spionageabwehr in der HA VII o. D. [Mitte 1985], 19 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 193, o. Pag.

50 DA 6/85 v. 6.6.1985 zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes; BStU, MfS, BdL/Dok. 5148.

Einfluss, dass die rückwärtige Grenzsicherung »verbessert« wurde.[51] Der Hauptabteilung VII war es durch »operative Einflussnahme« etwa gelungen, das Ministerium des Innern dazu zu bewegen, die zur Sicherung des Grenzgebietes um Berlin eingesetzten VP-Helfer zu bezahlen, was als Beitrag zur Verbesserung der Grenzsicherung angesehen wurde.[52] Ferner sollte die Hauptabteilung VII die Angehörigen, Arbeitsabläufe und Einrichtungen der unmittelbar mit sicherheitsrelevanten Aufgaben im Grenzbereich betrauten Bereiche in ihrem Zuständigkeitsbereich, insbesondere der Hauptverwaltung Zivilverteidigung, kontrollieren und Koordinierungsleistungen bei »zentralen Maßnahmen« der Ministerien in Grenznähe erbringen.[53]

2.1.3 Inoffizielle Mitarbeiter

Der »Löwenanteil« der fast 1 200 IM der Hauptabteilung VII wurde in den Abteilungen 1 und 7 geführt, die für die Absicherung der größten Teilbereiche des Ministeriums des Innern verantwortlich waren. Jeder zehnte Zuträger zählte zu den Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS), jeder zweite zu der »gewöhnlichen« Kategorie der Inoffiziellen Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs (IMS). Als besonders »wertvolle« Zuträger galten die 1,1 Prozent Inoffizieller Mitarbeiter zur Führung anderer Inoffizieller Mitarbeiter (FIM), die 3,6 Prozent Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindverbindung (IMB) und die 9,8 Prozent Inoffizieller Mitarbeiter im bzw. für einen besonderen Einsatz (IME).[54] Durchschnittlich leitete ein Führungsoffizier acht IM an, doch bestanden zwischen den Abteilungen enorme Unterschiede (siehe Tabelle 4).

Unter den insgesamt 43 IMB befanden sich, wie bereits erwähnt, 16 dauerhaft in der Bundesrepublik, während die anderen innerhalb der DDR Kontakt zu »Feinden« der sozialistischen Gesellschaftsordnung suchten.[55] Denn entsprechend ihrem breitgefächerten Zuständigkeitsbereich arbeitete die Hauptabteilung VII sowohl mit Vertretern des Staatsapparates (überwiegend im Bereich der Volkspolizei) wie auch mit einfachen Bürgern zusammen und führte IM in diesen Personenkreisen. Dies betraf beispielsweise im Strafvollzug Aufseher wie auch Häftlinge und im Zentralen Aufnahmeheim Röntgental Mitarbeiter dieser Einrichtung ebenso wie Migranten. Als Hauptprobleme der IM-Arbeit galten, dass manche IM »eine höhere Partei- oder Lebenserfahrung bzw. politische und Allgemeinbildung haben als unsere IM-führenden Mitarbeiter« (betraf die Abteilungen 1 und 7), Gefangene nur aus opportunistischen Motiven zur Mitarbeit bereit waren (Abteilung 8), die IM aufgrund direkter Kontakte mit dem Gegner dessen Einfluss besonders ausgesetzt waren

---

51 Befehl 2/86 des Ministers v. 20.1.1986 zum Einsatz von Grenzbeauftragten des MfS und zur Bildung der Abt. Grenzsicherheit in der HA I; BStU, MfS, BdL/Dok. 5773; Schreiben von Gerhard Neiber v. 22.1.1986 an die Leiter der Bezirksverwaltungen; BStU, MfS, BdL/Dok. 5774.

52 Referat des Leiters der Abt. 2 der HA VII v. 25.11.1982 zur Grenztagung der HA VII; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 114, S. 10–101.

53 Vgl. DA 10/81 v. 4.7.1981 über die politisch-operativen Aufgaben bei der Bewältigung der territorialen Integrität der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 5500. Zur Einschätzung der Sicherheitslage vgl. die Zentrale Vorgabe v. 30.10.1982 zur gemäß DA 10/81 von der HA VII zu fertigenden periodischen Gesamteinschätzung der politisch-operativen Lage in den Grenzgebieten; BStU, MfS, BdL/Dok. 5056.

54 Stand 30.6.1989. Vgl. Entwicklung des IM-/GMS-Bestandes im 1. Hj. 1989 sowie Mitarbeiter- und Bestandsentwicklung seit 1.1.1988 v. Juli 1989, 7 S. mit 2 S. Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

55 Vgl. Zusammenfassung der HA VII über den im Operationsgebiet dislozierten und durch Ausreisemöglichkeiten nach dem NSW einsetzbaren IM-/GMS-Bestand der operativen Abteilungen v. 31.1.1989, 3 S. mit 2 S. Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

(Abteilung 8 und 13) oder dass sie, weil sie im Westen agierten, nur ein bis zweimal im Jahr getroffen werden konnten.[56]

Tabelle 4
IM in den Abteilungen der HA VII (1989)[57]

Abteilung	IM	Anteil in %	davon IMK	Anteil in %	IM-führende MA	Verhältnis MA zu IM/GMS
1	447	38,0	100	30,2	30	1:11
3	117	9,9	40	12,0	9	1:6
7	345	29,3	84	25,3	20	1:11
8	152	12,9	53	16,0	15	1:5
13	115	9,8	54	16,3	15	1:4
gesamt	1 176	~100	331	~100	89	1:8

Kategorien	Zahl	Anteil in %
IMS	565	48,0
IMB	43	3,6
IME	116	9,8
FIM	14	1,1
GMS	107	9,0
IMK	331	28,1
	1 176	~100

2.2 Die Abteilungen der Hauptabteilung VII

2.2.1 Die Abteilung 1

Die Abteilung 1 der Hauptabteilung VII verfügte über einen Leiter und zwei Stellvertreter.[58] Als Leiter der Abteilung 1 fungierte zuletzt Rüdiger Grabowski,[59] als sein erster Stellvertreter Claus Martin. Dieser sollte seinen Chef eigentlich im Februar 1989 »beerben«, doch wurde dies nicht mehr umgesetzt.[60] Mit insgesamt 57 Mitarbeitern (einschließlich vier Offizieren im besonderen Einsatz) war die Abteilung 1 mit Abstand die personalstärkste Abteilung der gesamten Hauptabteilung. Das Bildungsniveau der Mitarbeiter galt als »durchweg positiv und qualitativ hochstehend«.[61] Gegliedert war die Diensteinheit in vier operative Referate, wobei die Referate 1 und 2 zu den wichtigsten in der Hauptabteilung zählten.[62]

Das Referat 1 verfügte über elf Mitarbeiter (einschließlich Leiter) und war zuständig für die Absicherung verschiedener Bereiche im Ministerium des Innern (überwiegend im Bereich des 1. Stellvertreters des Ministers des Innern), mit denen offiziell zusammenzuarbeiten der Abteilung 9 der Hauptabteilung VII oblag. Im Einzelnen betraf dies die Hauptabteilung Kriminalpolizei (einschließlich der Arbeitsrichtung I), das Pass- und Meldewesen (mit den Büros für Pass- und Ausländerangelegenheiten/BPAA sowie für Perso-

56 Vgl. SED-Grundorganisation VII: Erhöhung der Wirksamkeit der Arbeit mit IM/GMS durch die ständige Erziehung, Befähigung und Mobilisierung der IM-führenden Mitarbeiter v. 28.1.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 103, S. 12–18.

57 Stand 30.6.1989. Vgl. Entwicklung des IM-/GMS-Bestandes im 1. Hj. 1989 sowie Mitarbeiter- und Bestandsentwicklung seit 1.1.1988 v. Juli 1989, 7 S. mit 2 S. Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

58 Vgl. Schreiben Leiter HA KuSch an Leiter HA VII v. 28.3.1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 581, o. Pag.; siehe auch Aufstellung über Mitarbeiter der Abt. 1 [v. 19.12.1989]; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1360, Bl. 6–9.

59 Vgl. BStU, MfS, KS 29467/90.

60 Vgl. Befehl Stellvertreter des Ministers, Neiber, v. 1.2.1989; BStU, MfS, KS 25281/90, S. 137.

61 Bericht der AKG der HA VII über durchgeführte Untersuchungen zur Wirksamkeit der Führungs- und Leitungstätigkeit sowie der Kaderarbeit in der Abt. 1 der HA VII v. 22.11.1988, 14 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 4, o. Pag.

62 Vgl. [Notiz von Major Kießling zur] Leitungsberatung der HA VII am 1.9.1988 zum Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 25.8.1988, 3 S. mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Bdl. 303, o. Pag.

nendaten/BPD), die Schutzpolizei, die Verkehrspolizei, den Betriebsschutz und die Hauptabteilung Innere Angelegenheiten. Hinzu kamen noch das Büro des Ministers des Innern, das Kriminalistische Institut (KI), die Zentralstelle für kriminalistische Registrierung (ZSKR), die Verwaltung Kader, die Verwaltung Aus- und Weiterbildung sowie die Hochschule der Deutschen Volkspolizei (HSDVP) und das Institut für marxistisch-leninistische Weiterbildung des Ministeriums des Innern.[63] Außerdem war das Referat 1 für die Auslandsarbeit auf der Linie VII verantwortlich.[64] Wegen der Bedeutung des Zuständigkeitsbereichs des Referates 1 waren zwei von vier Offizieren im besonderen Einsatz der Abteilung 1 hier angebunden.[65]

Das Referat 2 verfügte über 13 Mitarbeiter und sollte die Abwehrarbeit in großen Teilen zweier weniger wichtiger Stellvertreterbereiche des Ministers des Innern leisten. Dies waren beim Stellvertreter und Leiter der Politischen Verwaltung die Politische Verwaltung, die Abteilung Redaktion, die historische Abteilung sowie beim Stellvertreter und Chef des Stabes der Stabsbereich, die Verwaltung Datenverarbeitung, die Verwaltung Nachrichten und die Publikationsabteilung, ausgenommen die Ausweichführungsstelle des Ministeriums des Innern im Krisenfall, die sogenannte Dienststelle Blumberg. Hinzu kamen, obwohl nicht zu diesen Stellvertreterbereichen zählend, die Verwaltung Finanzen sowie die Hauptabteilung Feuerwehr. Gegenüber der Verwaltung Nachrichten, der Verwaltung Datenverarbeitung, der Diensteinheit IX und der Hubschraubereinheit (HSE) nahm das Referat 2 auch Aufgaben im Bereich des »politisch-operativen Zusammenwirkens« wahr.[66] In der Praxis wurden beispielsweise unter den 25 Mitarbeitern der Druck- und Vervielfältigungsstelle des Ministeriums des Innern jährlich etwa drei Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt und bei Bedarf auch OPK veranlasst. Die beiden für Westreisen bestätigten Kader waren inoffizielle Mitarbeiter.[67]

Im Referat 3 betrieben zwölf Mitarbeiter[68] die »politisch-operative Außensicherung« des Ministeriums des Innern sowie die »Anleitung und Kontrolle auf Linie VII/1 in den BV und KD des MfS«, eingeschlossen die der Abwehroffiziere Volkspolizei.[69] Das Ministerium des Innern als Dienststelle abzusichern bedeutete, durch IM in Schlüsselpositionen dafür zu sorgen, dass eingehende Drohanrufe umgehend der Staatssicherheit bekannt wurden und die Tonbandgeräte stets aufnahmebereit waren. Auch die elektronische Abstrahlung sollte zusammen mit der Abteilung 26 des MfS überprüft werden, um Einfallstore für Spionage zu beseitigen. Ein und aus gehende Besucher des Ministeriums des Innern zu kontrollieren war Aufgabe des Einlass- und Kontrolldienstes (EKD) des Ministeriums des Innern. Dessen 57 Mitarbeiter waren so auf ihre 12-Stunden-Schichten verteilt, dass von den insgesamt vier IM bzw. GMS (7,0 %) unter ihnen stets einer im Dienst war. Die Überwachung des Umfeldes des Dienstgebäudes lag in der Zuständigkeit der sogenannten Einsatzgruppe des Ministeriums des Innern zur Außen- und Tiefensicherung (EG/ATS). Als deren Leiter operierte ein Offizier im besonderen Einsatz der Abteilung 1 der Hauptabteilung VII. Diese engmaschige Kontrolle hielten die Verantwortlichen für notwendig, weil beispielsweise Bürger vor dem Ministerium ihrem Unmut über abgelehnte Ausreiseanträge hätten Luft verschaffen können oder westliche Geheimdienste den Dienstsitz möglicherweise auszuspionieren beab-

63 Vgl. Bericht der AKG der HA VII über die Kontrolle der Referatsleiter der Abt. 1 der HA VII, Major Schulz und Hptm. Czeninga, v. 24.3.1987, 7 S. mit Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, o. Pag.
64 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127.
65 Vgl. BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 118
66 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127.
67 Vgl. Bericht der Abt. 1 der HA VII v. 2.6.1989; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/1.1., S. 8–17.
68 Vgl. Schreiben Leiter HA KuSch an Leiter HA VII v. 28.3.1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 581, o. Pag.
69 Vgl. Bericht der AKG der HA VII über die Kontrolle der Referatsleiter der Abt. 1 der HA VII, Major Schulz und Hptm. Czeninga, v. 24.3.1987, 7 S. mit Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, o. Pag.

sichtigten. Deswegen wurden auch Anwohner vorsorglich ausgeforscht und die Mitarbeiter von Fremdfirmen, die das Dienstgebäude betraten, kontrolliert.[70]

Das Referat 4 mit sechs Mitarbeitern war für die erwähnte Dienststelle Blumberg des Ministeriums des Innern (mit 613 Mitarbeitern) hinsichtlich Abwehr und Kooperation zuständig. Das Referat agierte zu diesem Zweck als sogenannte Arbeitsgruppe Abwehroffiziere vor Ort.[71] Leiter der dortigen Sicherungsgruppe war der Offizier im besonderen Einsatz Dieter Meißner.[72] Er sollte »im Rahmen der Landesverteidigung der DDR zum Komplex ›Filigran‹ die Interessen des MfS umfassend« gewährleisten.[73] Allerdings wurden seiner Sicherungsgruppe Zuversetzungen von Wehrpflichtigen nach Blumberg oft erst nach deren Dienstantritt bekannt, was der kaderpolitischen Einflussnahme erhebliche Grenzen setzte.[74]

Gegenüber den genannten Zweigen der Volkspolizei bzw. des Ministeriums des Innern war die Abteilung 1 insbesondere für die »Gewährleistung des Geheimnisschutzes« sowie der »Datensicherheit« und die Überwachung der Auslandskontakte verantwortlich. Ihre Anstrengungen zur Kontrolle der Mitarbeiter konzentrierten sich auf sogenannte Geheimnisträger, die Nomenklaturkader, die Auslands- und Reisekader, die Hauptkooperationspartner beim »politisch-operativen Zusammenwirken« sowie die Angehörigen besonders sensibler Bereiche (wie der K I, des Verkehrskontrolle-Transits, der Hauptabteilungen Innere Angelegenheiten, des Pass- und Meldewesens).[75]

Gegen Angehörige dieser Bereiche führte die Abteilung 1 im Jahr 1989 gleichzeitig sechs OV und 20 OPK durch.[76] In OV wurden insbesondere Mitarbeiter des Ministeriums des Innern bearbeitet, die dienstliche Unterlagen Außenstehenden zugespielt hatten oder auf andere Weise Verrat zu üben schienen.[77] Die OPK bezogen sich zu etwa gleichen Teilen auf verschwiegene Westkontakte sowie auf anders begründete Zweifel an politischer oder fachlicher Zuverlässigkeit und/oder moralischer Integrität. Betroffen waren überwiegend aktive Angehörige des Ministeriums des Innern, doch auch ehemalige Mitarbeiter sowie »Personen außerhalb des Verantwortungsbereichs« (vermutlich mit unterschiedlich gearteten Kontakten zur DVP).[78] In seltenen Fällen bearbeitete die Abteilung 1 auch Bundesbürger in OPK, wenn diese beispielsweise dienstlich Verbindung zum Ministerium des Innern unterhielten.[79] Dabei wurde jede zweite OPK »planmäßig« aus Sicherheitsüberprüfungen heraus entwickelt, das heißt, Überprüfungen bei Einstellungen und Beförderungen

---

70 Vgl. Konzeption der Abt. 1 der HA VII zur Gewährleistung einer wirksamen Außen-, Tiefen- und Innensicherung des MdI als Dienststelle v. 15.2.1989 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/1.1., S. 19–48.

71 Vgl. Abt. 1 der HA VII: Einschätzung des Erfüllungsstandes o. D. [1989]; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.2., Bd. 8, S. 24–66; siehe auch http://www.vp-bereitschaften.de/Struktur/Blbg-Struktur.html.

72 Vgl. Bericht des Leiters der HA VII über die Realisierung der Aufgabenstellung zur Durchsetzung der Ordnung 6/86 v. 10.11.1986, 38 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 275, o. Pag.

73 Begründung zur Planstelle von 1986; ebenda. In Blumberg befand sich das verbunkerte »Führungszentrum« des MdI für den Kriegsfall. Vgl. Bergner, Paul: Befehl »Filigran«. Auf den Spuren interessanter Bunker. Berlin 2008, S. 101–106.

74 Vgl. Zuarbeit der Abt. 1 der HA VII zur Einschätzung der Wirksamkeit der politisch-operativen Sicherung v. 30.6.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.1. »Einschätzung Stand/Wirksamkeit Dienstanweisung 2/87«, S. 67–76.

75 Vgl. ebenda.

76 Stand 30.6.1989. Vgl. Hinweise der AKG der HA VII zur Entwicklung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich der HA und Linie VII v. 18.7.1989, 46 S. mit 2 S. Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

77 Vgl. Jahresplan der politisch-operativen Arbeit der Abt. 1 der HA VII v. 9.12.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 3363, S. 1–54.

78 Vgl. Zuarbeit der Abt. 1 der HA VII zur Einschätzung der Wirksamkeit der politisch-operativen Sicherung v. 30.6.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.1. »Einschätzung Stand/Wirksamkeit Dienstanweisung 2/87«, S. 67–76.

79 Vgl. Jahresplan der Abt. 1 der HA VII v. 9.12.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 3363, Bl. 1–54.

sowie deren routinemäßigen Wiederholungen ergaben häufig Anhaltspunkte für intensivere Kontrollen. Zu den Nomenklaturkadern des Ministeriums des Innern wurden in der ersten Jahreshälfte 1988 51 Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt, die in rund 10 Prozent der Fälle mit einem Veto der Staatssicherheit gegen kaderpolitische Entscheidungen des Ministeriums des Innern endeten.[80]

Die Abteilung 1 verfügte zuletzt über 347 IM und GMS (sowie außerdem 100 IMK), die von 30 IM-führenden Mitarbeitern angeleitet wurden.[81] Die Zuträger erhielten im Jahre 1988 zusammengenommen 250 000 Mark Zuwendungen und 130 000 Mark als Auslagen erstattet. Das bedeutete für einen IM durchschnittlich umgerechnet 60 Mark pro Monat zuzüglich Spesen.[82] Die Durchsetzung der Verantwortungsbereiche mit Zuträgern entsprach nach Einschätzung der Staatssicherheit »den aktuellen Erfordernissen«.[83] Abweichend von anderen Abteilungen befand sich kein IM ständig in der Bundesrepublik, doch elf Reisekader waren als IM verpflichtet und drei weitere IMS/IME unternahmen Privatreisen in den Westen.[84]

2.2.2 Die Abteilung 3

Die Abteilung 3 überwachte den Aufnahmeprozess von Migranten in die DDR, den verschiedene Dienstzweige des Ministeriums des Innern gemeinsam durchführten. Diesem unterlagen übergesiedelte DDR-Bürger (sogenannte Rückkehrer) sowie Bundesbürger und Ausländer (sogenannte Erstzuziehende), die um dauerhafte Übersiedlung in die DDR ersuchten. Die Abteilung 3 der Hauptabteilung VII war »verantwortlich für die Gesamtheit der politisch-operativen Maßnahmen bei der Filtrierung der Aufnahmeersuchenden«.[85] Dabei galt es die »politisch-operative Durchdringung« des Aufnahmeverfahrens zu gewährleisten und die »offensive Feindsuche zu forcieren«.[86] Dies verlangte neben der Befragung und Durchleuchtung aller Aufnahmeersuchenden auch die Überprüfung aller Mitarbeiter von Volkspolizei und Ministerium des Innern, die mit ihnen zusammenkamen. Deswegen wurden auch in beiden Personenkreisen IM geworben. Da zuletzt etwa jeder zweite der neuen oder wiederkehrenden DDR-Bürger über das Zentrale Aufnahmeheim Röntgental nach Ostdeutschland gelangte, agierte die Abteilung 3 schwerpunktmäßig hier. Auch im Anwohnerbereich von Röntgental beabsichtigte die Staatssicherheit, FIM-Netze aufzubauen.[87] In den Bezirken existierten zeitweise weitere Aufnahmeheime und Aufnahmemeldestellen, die von den Abteilungen VII der jeweiligen Bezirksverwaltung überwacht und fachlich von der Abteilung 3 der Hauptabteilung VII angeleitet wurden. Trotz des institutionell überschaubaren Tätigkeitsfeldes war auch dieser Teilbereich der Linie VII in hohem Maße auf die Kooperation mit anderen Linien der Staatssicherheit angewiesen, so der ZKG oder der HV A.

---

80 Vgl. Zuarbeit der Abt. 1 der HA VII v. 30.6.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.1. »Einschätzung Stand/Wirksamkeit Dienstanweisung 2/87«, S. 67–76.

81 Stand 30.6.1989. Vgl. Analyse der Entwicklung des IM-Bestandes der HA VII im 1. Hj. 1989 v. Juli 1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 1359, S. 191–199.

82 Vgl. Schreiben der Abt. 1 der HA VII zum Operativgeld v. 2.2.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 13 f.

83 Vgl. Bericht der AKG der HA VII über die Ergebnisse der Kontrollen in den Abteilungen 1 und 7 der HA VII v. 22.6.1987; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 2, o. Pag.

84 Vgl. Zusammenfassung über den im Operationsgebiet dislozierten und durch Ausreisemöglichkeiten nach dem NSW einsetzbaren IM-/GMS-Bestand v. 31.1.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 1359, S. 232–237.

85 Funktions- und Aufgabenverteilung zwischen dem Leiter der HA VII, dem 1. Stellv. des Leiters der HA VII und dem Stellv. des Leiters der HA VII v. Juli 1986; BStU, MfS, HA VII Bdl. 537, o. Pag.

86 Jahresarbeitsplan 1987 des Leiters der Abt. 3 der HA VII v. 10.12.1986; BStU, MfS, HA VII Bdl. 782, o. Pag.

87 Vgl. Sicherungskonzeption der HA VII/3 für das ZAH Röntgental und die Auskunfts- und Aufnahmestelle des MdI für den Zeitraum bis 1990 v. 30.7.1987, 23 S.; ebenda.

Die Abteilung 3 gliederte sich in drei operative Referate und das Referat Auswertung und Information mit fünf Mitarbeitern (einschließlich Referatsleiter). Das Referat 1 mit sechs Mitarbeitern war für das Vorprüfungsverfahren verantwortlich, wenn Interessierte schriftlich oder persönlich die Chancen einer Aufnahme in die DDR ausloteten, sowie für die Westarbeit. Dem Referat 2 mit zehn Mitarbeitern oblag die Befragung und Bearbeitung von Aufnahmeersuchenden in Röntgental. Das Referat 3 mit vier Mitarbeitern übernahm Abwehraufgaben im Zentralen Aufnahmeheim und sicherte die Auskunfts- und Aufnahmemeldestellen des Ministeriums des Innern.[88] Eine Besonderheit der Abteilung 3 lag in der räumlichen Trennung ihrer Referate. So waren die Referate 2 und 3 entsprechend dem »Vor-Ort-Prinzip« im Zentralen Aufnahmeheim angesiedelt, hingegen die anderen Referate und die Abteilungsleitung in der Zentrale des Mielke-Imperiums (Objekt Gotlindestraße). Daraus ergab sich, dass der Leiter der Abteilung 3 der Hauptabteilung VII unmittelbar das Referat 1 sowie das Referat Auswertung und Information anleitete, während zwischen den Leitern der Referate 2 und 3 noch ein Stellvertreter des Abteilungsleiters rangierte.[89]

Insgesamt verfügte die Abteilung 3 der Hauptabteilung VII über 32 Planstellen, von denen zuletzt 29 besetzt waren.[90] Unter den operativen Mitarbeitern befand sich auch der Leiter des Zentralen Aufnahmeheims Röntgental, Roland Stegbauer, ein Offizier im besonderen Einsatz. Zudem führte die Abteilung 3 drei Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter für einen besonderen Einsatz (HIME) und zwei Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter zur Führung anderer Inoffizieller Mitarbeiter (HFIM) (Stand 1988).[91] Leiter der Abteilung 3 der Hauptabteilung VII war seit 1972 Eberhard Hunger, sein Stellvertreter Oberstleutnant Theo Dudek. Hunger wurde attestiert, »seine Leitungsentscheidungen noch zu oft ohne vorherige Konsultationen mit seinen unterstellten Leitern« zu treffen.[92]

Zum Jahresende 1986 verfügte die Abteilung 3 der Hauptabteilung VII insgesamt über 124 IM und GMS.[93] Von diesen zählten 24 zum Personal des Zentralen Aufnahmeheims Röntgental und der Außenstelle Fürstenwalde, neun Informanten waren zur Außensicherung der beiden Objekte eingesetzt, 14 IM leisteten Arbeit »im und nach dem Operationsgebiet«, 13 IM arbeiteten an OV/OPK/OAM, ebenso viele wurden »zur Lösung von Teilaufgaben im Rahmen der Vorprüfung« eingesetzt, 26 IM dienten zur Sicherung der Konspiration und bei weiteren 14 handelte es sich um KW/KO.[94] Im Jahr 1989 wurden noch 117 IM gezählt (einschließlich 41 IMK), womit (unter Vernachlässigung der IM-führenden Leitungskader) statistisch betrachtet ein Führungsoffizier lediglich sechs IM anleitete[95] – nach Maßstäben des Mielke-Apparates ein relativ ungünstiges Verhältnis.[96] Vier

---

88 Vgl. Bericht der AKG der HA VII über die Untersuchungen in der Abt. 3 der HA VII v. 15.6.1989, 14 S. mit Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 4, o. Pag.; Aufgabenstellung der Abt. 3 der HA VII v. 29.5.1987; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1011, o. Pag.; Schreiben Leiter HA KuSch an Leiter HA VII v. 28.3.1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 581, o. Pag.; Bericht der AKG der HA VII zur Kontrolle der mittleren leitenden Kader im Referat 1 der Abt. 3 der HA VII v. 8.4.1987, 6 S.; ebenda, Bd. 4, o. Pag.

89 Vgl. Bericht der AKG der HA VII über die Untersuchungen in der Abt. 3 der HA VII v. 15.6.1989, 14 S. mit Anlage; ebenda.

90 Vgl. Konzeption zu einem vorläufigen Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 13.2.1987; BStU, MfS, HA VII Nr. 490, S. 126–129; Planstellenbesetzungsnachweis der HA VII v. 27.3.1989, 57 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 303, o. Pag.

91 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127.

92 Bericht der AKG der HA VII über die Untersuchungen in der Abt. 3 der HA VII v. 15.6.1989, 14 S. mit Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 4, o. Pag.

93 Vgl. HA VII/3: Kurzfassung der Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit im Planjahr 1986 v. 9.1.1987; BStU, MfS, HA VII Bdl. 782, o. Pag.

94 Vgl. HA VII/3: Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung 1988 v. 9.10.1987; ebenda.

95 Im Jahr 1986 lag die Zahl der durchschnittlich geführten IM im Ministerium bei 9,9, auf Ebene der Hauptabteilungen bei 7,3 – ohne IMK. Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: IM-Statistik 1985–1989. Berlin 1993. Hg. BStU. Berlin 1993, S. 10 f. u. 27.

Operative Vorgänge wurden im Verlauf des Jahres 1986 bearbeitet, von denen jedoch keiner »einen unmittelbaren Bezugspunkt zum Verantwortungsbereich der Abteilung« hatte. Im gleichen Zeitraum wurden 17 OPK durchgeführt, darunter 14 zu Aufnahmeersuchenden, eine zu einem abgewiesenen Antragsteller und drei im Verantwortungsbereich anderer Diensteinheiten.[97] Im Jahr 1988 führte die Abteilung 3 einen OV und sieben OPK durch.[98] Und die zwei OV des Jahres 1989 betrafen eine Gruppe in den Westen entlassener Häftlinge sowie einen Übersiedler, dessen Frau in die DDR zurückgekehrt war und als Selbstanbieterin auftrat.[99]

Entsprechend dem starken Westbezug ihrer Tätigkeit setzte die Diensteinheit etliche ihrer IM im Westen ein.[100] Immerhin sieben IM wohnten dauerhaft in Westberlin sowie in der Bundesrepublik und 13 weitere ließen sich im Rahmen von Privatreisen in den Westen schicken.[101] Unter den Zuträgern war auch ein freigekaufter Häftling, der im Westen verschiedene Feindorganisationen ausspionierte.[102] Die Abteilung 3 brachte durch die intensive Befragung der Aufnahmeersuchenden tatsächlich ein beträchtliches Wissen über den Westen in Erfahrung. So wurden im Verlauf des Jahres 1988 insgesamt 2 357 Informationen an andere Diensteinheiten weitergereicht (sowie etwa 400 für den eigenen Verantwortungsbereich ermittelt) und 25 OPK und OV anderer Linien durch gewonnene Erkenntnisse unterstützt.[103]

2.2.3 Die Abteilung 7

Die Abteilung 7 befasste sich mit der Hauptverwaltung Zivilverteidigung (im Ministerium für Nationale Verteidigung) sowie mit mehreren Diensteinheiten aus drei verschiedenen Stellvertreterbereichen des Ministers des Innern. Im Einzelnen waren dies die Hauptabteilungen Bereitschaften und Kampfgruppen (früher Hauptinspektion Bereitschaften/Kampfgruppen), die Staatliche Archivverwaltung und Verwaltungen mit sicherstellenden Aufgaben.[104] In diesen Bereichen war die Abteilung 7 gleichermaßen für Abwehraufgaben wie auch für die Kooperation verantwortlich.[105] So galten insgesamt 19 Leiter, vom Stellvertretenden Minister bis hin zum untergeordneten Referatsleiter, als sogenannte »Partner des

---

96 Vgl. Entwicklung des IM-/GMS-Bestandes im 1. Hj. 1989 sowie Mitarbeiter- und Bestandsentwicklung seit dem 1.1.1988 v. Juli 1989, 7 S. mit 2 S. Anlagen; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

97 Vgl. HA VII/3: Übersicht der Ergebnisse in der politisch-operativen Arbeit im Planjahr 1986 v. 12.1.1987; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.2. »Erfüllung Planaufgaben«, Bd. 7, S. 26–39. Aufgeschlüsselt ergibt sich eine Gesamtzahl von 18 statt der im Dokument genannten 17 OPK.

98 Vgl. Jahresarbeitsplan 1988 des Leiters der Abt. 3 der HA VII v. 10.12.1987; BStU, MfS, HA VII Bdl. 782, o. Pag.

99 Vgl. AKG der HA VII: Die Entwicklung von OV durch die Abteilungen der HA v. 11.1.1989; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

100 Vgl. Jahresarbeitsplan 1988 des Leiters der Abt. 3 der HA VII v. 10.12.1987; BStU, MfS, HA VII Bdl. 782, o. Pag.

101 Zusammenfassung der HA VII über den im Operationsgebiet dislozierten und durch Ausreisemöglichkeiten nach dem NSW einsetzbaren IM-/GMS-Bestand der operativen Abteilungen v. 31.1.1989, 3 S. mit 2 S. Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

102 Vgl. BStU, MfS, AIM 9024/91.

103 Vgl. Bericht der AKG der HA VII über die Untersuchungen in der Abt. 3 der HA VII v. 15.6.1989, 14 S. mit Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 4, o. Pag.

104 Vgl. u. a. Arbeitsplan 1989 des Leiters der Abt. 7 der HA VII v. 13.12.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 3362, S. 1–21.

105 Mit Wissen der Linie VII bestanden Arbeitskontakte »quer« zu den Linienverantwortlichkeiten – so kooperierten etwa die Versorgungsdienste mit Diensteinheiten des MfS mit sicherstellenden Aufgaben und die Zivilverteidigung mit der ZAGG des MfS. Vgl. HA VII/7: Übersicht über Diensteinheiten des MfS, die im Verantwortungsbereich der Abt. VII der HA VII Aufgaben des POZW durchführen v. 10.4.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 308.

politisch-operativen Zusammenwirkens«, mit denen ebenso Grundsatzfragen wie auch »ausgewählte Probleme« erörtert werden konnten.[106]

In den genannten Bereichen hatte die Abteilung 7 die Aufgabe der »Vorbeugung, Aufklärung und Bekämpfung« subversiver Angriffe, insbesondere der Spionage, der »politisch-ideologischen Diversion« sowie der »Kontaktpolitik«. Zudem sollte sie die Geheimhaltungsordnung des Ministeriums des Innern mit Nachdruck durchsetzen sowie alle »feindbegünstigenden Bedingungen und Umstände« beseitigen, die die »Schlagkraft, Einsatz- und Mobilmachungsbereitschaft« beeinträchtigen konnten. Da in einigen nachgeordneten Bereichen des Ministeriums des Innern (wie den Kampfgruppen der Arbeiterklasse) Westreisen prinzipiell genehmigt werden konnten, musste die Rückkehrwilligkeit der Betreffenden vorsorglich ermittelt und gegebenenfalls nach deren Rückkehr durch Überprüfung ausgeschlossen werden, dass sie von westlichen Nachrichtendiensten angeworben wurden.[107] Der Abteilung 7 wies ihrem Zuständigkeitsbereich nach eine etwas geringere Bedeutung als beispielsweise die Abteilungen 1 oder 9 auf; so war sie zuletzt auch weit überproportional von Stellenkürzungen betroffen.[108] Gleichwohl erhielt sie, im Vergleich zu anderen Abteilungen, eine relativ gute Beurteilung.[109]

Die Abteilung 7 der Hauptabteilung VII wurde von Hans Schierz geleitet und verfügte zuletzt über etwa 27 Mitarbeiter. Aufgrund der angeordneten Einsparungen von Planstellen von Offizieren im besonderen Einsatz führte die Abteilung 7 im Jahre 1986 noch zwölf, im Jahre 1988 neun und 1989 nur noch fünf Mitarbeiter dieser Kategorie in ihrem Verantwortungsbereich.[110] Unter ihnen befanden sich der Ärztliche Direktor des Krankenhauses der Volkspolizei, Reinhard Uhlig, der Leiter des Dokumentationszentrums in der Staatlichen Archivverwaltung, Manfred Kirmse, und der stellvertretende Leiter des Zentralen Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, Dieter Degenhardt.[111]

Der Leiter der Abteilung 7 war für die Anleitung der Referate 1 und Auswertung/Information (A/I) unmittelbar verantwortlich. Er kooperierte ferner im sogenannten »politisch-operativen Zusammenwirken« mit dem Leiter der Zivilverteidigung der DDR, dessen Stellvertreter sowie dem Leiter der Versorgungsdienste des Ministeriums des Innern. Der einzige Stellvertreter des Abteilungsleiters war, entsprechend den hierarchischen Strukturen, für die offizielle Zusammenarbeit mit dem 1. Stellvertreter des Leiters der Versorgungsdienste sowie den Leitern des Bauwesens, des Bereichs Planung und Beschaffung sowie des Medizinischen Dienstes des Ministeriums des Innern verantwortlich. Zudem leitete er die Referate 2 und 3 der eigenen Abteilung an und führte mehrere Offiziere im besonderen Einsatz in Leitungsfunktionen, etwa im Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung.[112]

Das Referat 1 der Abteilung 7 mit acht Mitarbeitern (einschließlich des Leiters) trug Verantwortung im Bereich der Kampfgruppen, der Zivilverteidigung der DDR sowie der kaser-

---

106 Vgl. Liste [der HA VII/7 v. 1980] der Partner des POZW; BStU, MfS, HA VII Nr. 12, S. 120–124.

107 Vgl. HA VII/7: Einschätzung des Erfüllungsstandes der vom XI. Parteitag der SED gestellten Aufgaben v. 13.9.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 267–289.

108 Vgl. [Notiz von Major Kießling zur] Leitungsberatung der HA VII am 1.9.1988 zum Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 25.8.1988, 3 S. mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Bdl. 303, o. Pag.

109 Vgl. Bericht der AKG der HA VII zur Führungs- und Leitungstätigkeit sowie zur Kaderarbeit in der Abt. 7 der HA VII v. 15.4.1988, 14 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 4, o. Pag.

110 Vgl. Einschätzung der Abt. 7 der HA VII zum Stand der Arbeit mit OibE in der Abt. 7 v. 7.7.1989, 3 S.; ebenda, Bd. 3, o. Pag.

111 Stand 1.12.1988. Vgl. Dislozierung der OibE der HA VII in den Einsatzgebieten, Stand 1.12.1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 303, o. Pag.

112 Vgl. Bericht der AKG der HA VII zur Führungs- und Leitungstätigkeit sowie zur Kaderarbeit in der Abt. 7 der HA VII v. 15.4.1988, 14 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 4, o. Pag.; Struktur der Abt. 7, Stand Mai 1989, 1 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1001, o. Pag.; Funktionsplan des Leiters der Abt. 7 in der HA VII v. 2.5.1989, 5 S.; ebenda.

nierten Einheiten des Ministeriums des Innern (mit entsprechender Zuständigkeit auf der Linie). Im Einzelnen oblag dem Referat 1 das »politisch-operative Zusammenwirken« mit den Leitern der Hauptabteilungen Kampfgruppen und Bereitschaften, der Politischen Abteilung dieses Stellvertreterbereichs des Ministeriums des Innern sowie der Hauptverwaltung Zivilverteidigung (ursprünglich im Ministerium des Innern, seit 1976 jedoch im Ministerium für nationale Verteidigung). Dieser Sicherungsbereich umfasste insbesondere das Wissenschaftliche Zentrum der Zivilverteidigung mit Labor, die Verwaltung I als Stabsorgan des Vorsitzenden des Ministerrats im Spannungsfall sowie weitere Leitungsbereiche.[113]

Das zehnköpfige Referat 2 war verantwortlich für die offizielle Zusammenarbeit und Absicherung der Versorgungsdienste des Ministeriums des Innern sowie des Bereiches Geodäsie und Kartographie. Der Leiter des Referates war persönlich zuständig für das »politisch-operative Zusammenwirken« mit dem Leiter der Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen (VVK) sowie dem Leiter der Versorgungsbasis Mitte (VBM). Letztere umfasste die Zentrale Waffenwerkstatt in Malchow, ein Munitionslager in Rahnsdorf und ein Waffenlager in Falkenberg. Ferner hatte das Referat die Zuständigkeit für das staatliche Archivwesen (mit der Fachschule für Archivwesen) und die Betriebsschule Eichwalde. In den genannten Bereichen oblag dem Referat 2 auch die entsprechende Linienarbeit innerhalb des Staatssicherheitsdienstes.[114]

Das Referat 3 mit sechs Mitarbeitern überwachte die medizinischen Bereiche des Ministeriums des Innern und trug die Linienverantwortung gegenüber dem Deutschen Roten Kreuz der DDR. Dessen Hauptsitz in Dresden wurde von der dortigen Abteilung VII gesichert, bis dieser im September 1988 nach Ostberlin verlegt wurde.[115] Das Referat 3 war für Absicherung wie Zusammenwirken verantwortlich und trug die Linienverantwortung. Im Einzelnen betraf dies die Verwaltung Medizinische Dienste, das Krankenhaus der Volkspolizei (und acht weitere Krankenhäuser), die Funktionalorgane des Medizinischen Dienstes sowie die Sekretariate des Präsidiums, der Sonderdienste und des Suchdienstes des DRK.[116] Das vierköpfige Referat Auswertung/Information (A/I) schließlich erledigte die üblicherweise in diesem Teilbereich des Staatssicherheitsdienstes anfallenden Arbeiten an Informationsverwertung und Speicherführung.[117]

Die Abteilung 7 verfügte im Jahr 1989 über 261 IM und GMS sowie 84 IMK; innerhalb der Hauptabteilung hatte allein die Abteilung 1 mehr Zuträger.[118] Wie die (zu einem etwas früheren Zeitpunkt erhobene) untenstehende Tabelle ausweist, hatten die wenigsten IM unmittelbaren »Feindkontakt« (als IMB), wurden aber vergleichsweise zahlreich für besondere Aufgaben eingesetzt (als IME). Entsprechend der Zuständigkeit waren rund 80 Prozent der IM Angehörige der verschiedenen Zweige des Ministeriums des Innern bzw. der Hauptverwaltung Zivilverteidigung »sowie überwiegend Mitglieder der SED«.[119] Jedoch sollten IM zunehmend auch aus dem Freizeitbereich der Angehörigen dieser Zweige geworben

---

[113] Vgl. Funktionsplan des Leiters des Referates 1 in der Abt. 7 der HA VII v. 15.6.1989, 5 S.; ebenda; Schwerpunktaufgaben der politisch-operativen Arbeit der HA VII/7 im Planjahr 1987 v. 7.11.1986, 14 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 995, o. Pag.

[114] Vgl. Funktionsplan des Leiters des Referates 2 der Abt. 7 der HA VII v. 14.6.1989, 5 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1001, o. Pag.

[115] Vgl. BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VII Bdl. 143.

[116] Vgl. Funktionsplan des Leiters des Referates 3 in Abt. 7 der HA VII v. 12.6.1989, 5 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1001, o. Pag.

[117] Vgl. HA VII/AKG v. 15.4.1988: Bericht über Untersuchungen zur Führungs- und Leitungstätigkeit und Kaderarbeit in der Abt. 7 der HA VII, 14 S.; ebenda.

[118] Vgl. HA VII v. Oktober 1989: Übersicht zur Entwicklung des IM-/GMS-Bestandes im Zeitraum 1.1.1989 bis 30.9.1989, 2 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

[119] Vgl. Diskussionsbeitrag zum Erfahrungsaustausch beim Leiter der HA VII v. 13.4.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 103, S. 19–26.

werden.[120] Auch bei der »Spionageabwehr«, dem Geheimnisschutz und der Westarbeit waren Zuträger hilfreich: Unter den insgesamt 33 Auslands- und Reisekadern im Zuständigkeitsbereich der Abteilung 7 (besonders im Bereich Geodäsie und Kartographie sowie Zivilverteidigung) gab es 11 IM und einen Offizier im besonderen Einsatz.[121] Ein IM lebte offenbar sogar dauerhaft in der Bundesrepublik.[122] Doch letztlich wiesen nur 0,8 Prozent der von allen IM der Abteilung 7 erarbeiteten Informationen einen Westbezug auf.[123]

Jährlich warb die Abteilung 7 etwa 25 IM und einen GMS neu an.[124] Das quantitative Verhältnis zwischen hauptamtlichen operativen Mitarbeitern und ihren Zuträgern (ohne IMK) betrug durchschnittlich etwa 1:11. Die 17 operativen Mitarbeiter der Abteilung trafen ihre Zuträger durchschnittlich einmal im Monat (und überwiegend während der regulären Dienstzeit), was Kritik auf sich zog. Ebenfalls nicht gern gesehen war, dass sich die Führungsoffiziere der Abteilung 7 bei durchschnittlich jedem dritten Treff mit einer mündlichen Berichterstattung der IM zufriedengaben.[125] Nicht einmal jeder vierte Treff trug zur Bearbeitung von OPK und OV etwas bei. Häufig dienten die Zusammenkünfte dazu, »vorbeugend zu sichernde Personen« zu überwachen, über Probleme im Verantwortungsbereich auf dem Laufenden zu bleiben, potenzielle IM-Kandidaten ausfindig zu machen sowie Sicherheitsüberprüfungen durchzuführen.[126] Dies unterstreicht den Charakter der Linie VII als eher prophylaktisch »sichernde« denn offensiv tätige Diensteinheit.

Tabelle 5
Die Inoffiziellen Mitarbeiter der HA VII/7 (1986)[127]

Referat	IM/GMS						IMK		
	IMB	FIM	IME/S	IMS	GMS	gesamt (Sp.2–6)	IMK/ KW	IMK/ S	gesamt
1	1	3	12	63	4	83	24	2	109
2	3	2	14	69	14	102	31	3	136
3	0	1	6	33	8	48	16	3	67
gesamt	4	6	32	165	26	233	71	8	312

Weil die zahlreichen Zuträger ein weites Netz über die genannten Bereiche des Ministeriums des Innern spannten, gingen zuletzt jährlich etwa 3 500 Informationen bei der Abteilung 7 ein. Dabei betrafen rund 60 Prozent den dienstlichen Bereich, 22 Prozent den

120 Vgl. Referat zur Arbeitsberatung der HA VII/7 v. 23.10.1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 54, S. 1–60; Anlage: Außerhalb des Verantwortungsbereichs der Abt. 7 tätige IM/GMS [von 1988]; BStU, MfS, HA VII Nr. 104, S. 24 f.

121 Vgl. Aufstellung der HA VII über bestätigte Auslands- und Reisekader im Verantwortungsbereich der Abt. 7 v. 15.9.1987; BStU, MfS, HA VII Nr. 629, S. 2–8.

122 Vgl. Zusammenfassung der HA VII über den im Operationsgebiet dislozierten und durch Ausreisemöglichkeiten nach dem NSW einsetzbaren IM-/GMS-Bestand der operativen Abteilungen v. 31.1.1989, 3 S. mit 2 S. Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

123 Vgl. Operative Statistik [der HA VII/7] zu ausgewählten Fragen der Zusammenarbeit o. D. [10/1988]; BStU, MfS, HA VII Nr. 107, S. 35.

124 Durchschnitt der Jahre 1986 und 1987. Vgl. HA VII/AKG v. 15.4.1988: Bericht über Untersuchungen zur Führungs- und Leitungstätigkeit und Kaderarbeit in der Abt. 7 der HA VII, 14 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1001, o. Pag.

125 Vgl. HA VII/7: Einschätzung der Erfüllung der vom XI. Parteitag der SED gestellten Aufgaben v. 13.9.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 267–289.

126 Vgl. Informationsgewinnung der HA VII/7 1981–1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 621.

127 Referat 1 einschließlich 4 IME und 1 IMS im Leitungsbereich. Vgl. Übersicht über IM der HA VII/7 o. D. [ca. 1986]; BStU, MfS, HA VII Bdl. 995, o. Pag.

Wohn- und Freizeitbereich und 14 Prozent Stimmungen in der Bevölkerung, während nur 0,6 Prozent als operativ bedeutsam galten (weil sie beispielsweise Republikfluchten betrafen).[128] Die IM sollten möglichst Erkenntnisse beisteuern, »die über den Rahmen des Verantwortungsbereiches hinausgehen und den Gesamtinteressen des MfS zum Schutz der Staatsmacht dienen«.[129]

Die Abteilung 7 schloss jedes Jahr etwa einen OV, 16 OPK und 140 Sicherheitsüberprüfungen ab.[130] Aufgrund langer Bearbeitungszeiten wurden gleichzeitig meist rund 30 OPK durchgeführt.[131] Ein OV betraf beispielsweise 60 ehemalige Mitarbeiter des Krankenhauses der Volkspolizei, denen Geheimnisverrat unterstellt wurde, und etwa drei Viertel der OPK zielten auf unerlaubte Westkontakte. Die OPK endeten oftmals mit einer Nichtbestätigung des gehegten Verdachtes, teilweise aber auch mit einem Eingreifen des Staatssicherheitsdienstes (siehe Tabelle 6). Die von der Abteilung 7 selbst durchgeführten OV und OPK bildeten nur die Spitze des Eisberges: Weil die meisten Angehörigen der nachgeordneten Dienstzweige des Ministeriums des Innern auf den unteren Ebenen eingesetzt waren, trugen Kreisdienststellen und Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen die »operative« Hauptlast (siehe Tabellen 7 und 16).

Tabelle 6
Abschluss von OPK der HA VII/7 (1986–1989)[132]

Art des Abschlusses der OPK	Zahl absolut	Anteil in %
Nichtbestätigung des Verdachts	13	21,3
Offizielle Auswertung, »Vorbeugungsgespräch« mit dem Betroffenen oder strengere Sicherheitsregeln	11	18,0
Versetzung oder Versagen der Beförderung	10	16,3
Anlage eines IM-Vorlaufs oder Gewinnung als GMS	4	6,5
umgewandelt in OV	2	3,2
Entzug der Ermächtigung zum Geheimnisträger	2	3,2
Übersiedlung	2	3,2
nicht genannt	17	27,8
gesamt 1986–1989	61	~ 100

[128] HA VII/7: Einschätzung der Erfüllung der vom XI. Parteitag der SED gestellten Aufgaben v. 13.9.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 267–289. Einer anderen Aufschlüsselung zufolge waren 5 % der von IM stammenden Informationen für OPK oder OV nützlich, 8 % dienten Sicherheitsüberprüfungen, 21 % betrafen vorbeugend zu sichernde Personen, 11 % galten potenziellen Mitarbeitern oder IM und GMS und weitere 13 % kolportierten »Stimmungen im Verantwortungsbereich«. Vgl. Operative Statistik [der HA VII/7] zu ausgewählten Fragen der Zusammenarbeit o. D. [10/1988]; BStU, MfS, HA VII Nr. 107, S. 35.

[129] Vgl. Diskussionsbeitrag zum Erfahrungsaustausch beim Leiter der HA VII v. 13.4.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 103, S. 19–26.

[130] Zeitraum 1.1.1986–1.9.1989. HA VII/7: Einschätzung der Erfüllung der vom XI. Parteitag der SED gestellten Aufgaben v. 13.9.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 267–289.

[131] Vgl. Stand der Entwicklung der Operativen Personenkontrolle [der HA VII/7] seit 1986; BStU, MfS, HA VII Bdl. 995, o. Pag.

[132] Zeitraum 1.1.1986–1.9.1989. Vgl. HA VII/7: Einschätzung der Erfüllung der vom XI. Parteitag der SED gestellten Aufgaben v. 13.9.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 267–289.

Tabelle 7
Operative Bearbeitung von Angehörigen der Bereitschaftspolizei, der Kampfgruppen, der Zivilverteidigung und der Versorgungsdienste auf der Linie 7 der HA VII (1985/1987)[133]

Bereich	1985		1987	
	OV	OPK	OV	OPK
VP-Bereitschaften	8	76	2	93
Kampfgruppen	8	108	8	82
Zivilverteidigung	4	56	6	69
Versorgungsdienste	k.A.	k.A.	6	31
gesamt	≥20	≥240	22	275

Vermutlich weil bei geringsten Zweifeln eine Beförderung oder ein Einsatz in geheimhaltungsbedürftigen Bereichen im Ministerium des Innern von vornherein unterblieb, endeten die meisten Sicherheitsüberprüfungen mit einer Bestätigung (siehe Tabelle 8). Strenge Regeln galten besonders für sogenannte »GÜST-Kader«, die etwa im Bereich der Grenzübergänge Landvermessungsarbeiten durchführten.[134] Lediglich in jedem 20. Fall folgte auf die routinemäßigen Überprüfungen eine Anwerbung, Bearbeitung oder Versetzung. Auch bei weiteren fast 400 Kaderentscheidungen im Zuständigkeitsbereich der Abteilung 7, über die jedes Jahr durchschnittlich zu befinden war, stimmte die Staatssicherheit in 86,3 Prozent der Fälle zu. Und zu jährlich über 500 Einsätzen von Handwerkern und Bauarbeitern in Gebäuden des Ministeriums des Innern in ihrem Zuständigkeitsbereich erteilte Abteilung 7 in über 80 Prozent der Fälle ebenfalls ihr Plazet.[135]

2.2.4 Die Abteilung 8

Die Abteilung 8 befasste sich mit der Verwaltung Strafvollzug im Ministerium des Innern der DDR, der rund 80 Strafvollzugsanstalten, Untersuchungshaftanstalten, Haftkrankenhäuser und Jugendhäuser unterstanden.[136] Sie wurde von Oberst Frieder Feig geleitet und hatte zuletzt 28 Mitarbeiter. Feig führte die fachliche Aufsicht über die Linie und kooperierte mit dem Leiter der bereits erwähnten Arbeitsrichtung I/4 der Kriminalpolizei, die insbesondere Informanten unter den kriminellen Häftlingen führte. Er war ferner für das politisch-operative Zusammenwirken mit dem Leiter der Verwaltung Strafvollzug, Wilfried Lustik, zuständig, den Feig zugleich als inoffiziellen Mitarbeiter verpflichtet hatte.[137] Aufgaben geheimpolizeilicher Abwehr und offizieller Kooperation fielen hier ebenso zusammen wie bei der Abteilung 7.

---

[133] Durchgeführte OV und OPK. Vgl. Referat zur Beratung der HA VII/7 v. 23.10.1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 54, S. 1–60; Einschätzung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich der HA VII/7 für die Jahresarbeitsplanung 1988 v. 8.10.1987; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.2., Bd. 5 »Erfüllung Planaufgaben«, Bd. »LEP (HA VII/Abt.)«.

[134] Vgl. Befehl 15/73 des Ministers v. 2.5.1973 zur politisch-operativen Sicherung der Überprüfung, Vermessung, Markierung und Dokumentation des Verlaufs der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD; BStU, MfS, BdL/Dok. 1823.

[135] Vgl. HA VII/7: Einschätzung der Erfüllung der vom XI. Parteitag der SED gestellten Aufgaben v. 13.9.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 267–289.

[136] Vgl. Vorschlag der HA VII zur Bildung einer Abt. Strafvollzug in der HA VII v. 10.5.1976; BStU, MfS, HA VII Nr. 1386, S. 565–587; Schreiben des Leiters der HA VII an den Leiter der HA KuSch v. 14.5.1976; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 53–66; Schreiben der HA KuSch an den Leiter der HA VII v. 10.8.1976; ebenda, S. 50–52.

[137] Vgl. Bericht von [Frieder] Feig über Treff mit IMS »Erwin« v. 10.8.1977; BStU, MfS, AIM 12256/89, Bd. 2, S. 10–14.

Tabelle 8
Ergebnis der Sicherheitsüberprüfungen der Abteilung 7 der HA VII(1986–1989)[138]

Sicherheitsüberprüfung			beendet mit						
			Bestätigung		Ablehnung		MfS-Aktivität		
Anlass	absol.	%	absol.	%	ab-sol.	%	Art der Aktivität	absol.	%
gesamt	522	~100	432	82,7	63	12,0		27	5,1
Geheimnis-träger	193	36,9	184	95,3	9	4,7	Verset-zung	6	1,1
neue Funk-tion	174	33,3	163	93,6	11	6,4	IM-Vorl.	15	2,8
GÜST-Kader	64	12,2	22	34,3	42	65,7	OPK	3	0,5
Westreise	40	7,6	40	100	0	0	OAM	3	0,5
Reisekader	21	4,0	20	95,2	1	4,8			
Grenzkader	3	0,5	3	100	0	0			
unbekannt	27	5,1	0	0	0	0			

Das Feig unmittelbar unterstellte Referat 1 (mit acht Mitarbeitern) war für die inoffiziellen Mitarbeiter (IM) in Schlüsselpositionen des Gefängniswesens sowie die Arbeitsrichtung I/4 zuständig. In diesem Zusammenhang nahm das Referat Sicherheitsüberprüfungen von Mitarbeitern der Verwaltung Strafvollzug vor. Es sollte die allgemeine Sicherheitslage im Gefängniswesen überblicken, die Interessen der Staatssicherheit bei der Formulierung von Grundsatzbestimmungen für den Strafvollzug durch die oberste Gefängnisverwaltung sichern, deren einheitliche Umsetzung überwachen und schließlich den Arbeitseinsatz von Häftlingen im Strafvollzug des Ministeriums des Innern kontrollieren.[139] Die Staatssicherheit griff in die fachliche Tätigkeit der Verwaltung Strafvollzug ein, um deren Durchsetzungskraft gegenüber den nachgeordneten Haftanstalten zu stärken; derartige Defizite wurden der Geheimpolizei durch ihr eigenes Berichtswesen bekannt. Auch die Zusammensetzung des Gefangenenbestandes einzelner Haftanstalten sollte gesteuert werden.[140]

Das Referat 2 (ebenfalls mit acht Mitarbeitern) leitete die nachgeordneten MfS-Diensteinheiten auf der Linie Strafvollzug in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen an. An dort geführten bedeutsamen OV und OPK arbeitete das Referat mit und schaltete sich bei besonderen Vorkommnissen (wie Gefangenenmeuterei oder Geiselnahmen im Strafvollzug) ein. Das seit 1980 bestehende Referat 3 (mit vier Mitarbeitern sowie vier Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeitern) war für Westarbeit zuständig. Es befasste sich beispielsweise mit wichtigen politischen Häftlingen, die indirekte Verbindungen in die Bundesrepublik hatten. Als IM waren aus diesem Personenkreis besonders die von Interesse, die

---

138 Zeitraum 1.1.1986–1.9.1989. In 27 Fällen wurde lediglich das Tätigwerden des Staatssicherheitsdienstes, nicht jedoch Zweck oder Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung bekannt. Vgl. HA VII/7: Einschätzung der Erfüllung der vom XI. Parteitag der SED gestellten Aufgaben v. 13.9.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 267–289. Die Zahlen in den Spalten 4, 6 und 9 ergeben in der Summe 522 (Spalte 2).

139 Vgl. Verantwortungsbereich, Aufgaben und Struktur der Abt. 8 der HA VII v. 24.6.1986; BStU, MfS, HA VII Nr. 1386, S. 66–76; Struktur der HA VII/8 von 1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.; Übersicht über wesentliche Aufgaben der HA VII/8 o. D. [ca. 1988]; ebenda; Aufgaben des Referats 3 der Abt. 8 v. 12.10.1984; BStU, MfS, HA VII Nr. 904, S. 18–20; Protokoll der HA VII über die Leitungsberatung v. 27.8.1984; ebenda, S. 13–17.

140 Vgl. Jahresplan 1989 des Leiters der Abt. 8 der HA VII v. 8.12.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 3359, S. 1–46.

über Kontakte zu westlichen Gefangenenhilfsorganisationen verfügten bzw. diese aufbauen konnten, sobald sie entlassen oder freigekauft worden waren. Auch politisch besonders bedeutsame Haftentlassene sollte das Referat im Auge behalten und nötigenfalls OPK gegen diese durchführen. Mitarbeiter des Referates 3 waren darüber hinaus – außerhalb der eigentlichen territorialen Zuständigkeiten – in einigen größeren und wichtigen Strafvollzugsanstalten vor Ort präsent. Ferner existierte als Funktionalorgan des Abteilungsleiters ein Referat Auswertung und Information (AI) (mit drei Mitarbeitern).[141] Aufgrund nicht näher genannter Verfehlungen wurden zu Jahresbeginn 1987 zwei der drei Referatsleiter ihres Postens enthoben; Feig hingegen wurde wenig später zum Oberst befördert.[142]

Entsprechend den Hierarchien war die Abteilung 8 vor allem für die Verwaltung Strafvollzug des Innenministeriums in Ostberlin zuständig. Auf mittlerer Ebene wurden die Abteilungen Strafvollzug und die Dezernate I/4 der Kriminalpolizei in den Bezirken von den Abteilungen VII der jeweiligen Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit, überwiegend durch das jeweilige Referat 3, überwacht. Besondere Zuständigkeiten ergaben sich für die Abteilungen VII in Dresden und Karl-Marx-Stadt, weil in diesen Bezirken die Ausbildungsstätten des Strafvollzugs lagen.[143] Über die Zuständigkeit für die konkreten Haftanstalten entschieden die Leiter der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit vorbehaltlich der Zustimmung des Leiters der Hauptabteilung VII. Sie legten fest, welche Gefängnisse in ihrem Bezirk von der Abteilung VII der Bezirksverwaltung zu sichern waren und welche den örtlichen Kreisdienststellen überlassen werden konnten. Im Jahre 1987 musste die Abteilung 8 der Hauptabteilung VII einen Teil ihrer Aufgaben in einigen größeren Haftanstalten an die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen abgeben.[144]

Durch die Bearbeitung der (Rück-)Verbindungen von (ehemaligen) politischen Gefangenen zu »Feindorganisationen« wie amnesty international wies die Tätigkeit der Linie VII im Strafvollzug einen starken Westbezug auf.[145] Die aus Häftlingskreisen zu werbenden Zuträger sollten »zielgerichtet« als Regimekritiker aufgebaut werden, »die dem Gegner untergeschoben werden können«. Dies sollte dann ermöglichen, »Gegenmaßnahmen zur Diffamierung« dieser Gruppen zu ergreifen und »gezielte Desinformationen des Gegners« zu lancieren.[146]

Die Abteilung 8 der Hauptabteilung VII führte in eigener Regie zuletzt einen OV sowie sechs OPK durch.[147] Diese konnten ebenso politische Gefangene mit Kontakten in den Westen wie auch Aufseher betreffen, denen Geheimnisverrat, Gefangenenbegünstigung, Unzuverlässigkeit oder Agententätigkeit vorgeworfen wurde. So bearbeitete die Abteilung 8 beispielsweise einen Mitarbeiter der Verwaltung Strafvollzug wegen »seiner labilen

---

[141] Vgl. Verantwortungsbereich, Aufgaben und Struktur der Abt. 8 der HA VII v. 24.6.1986; BStU, MfS, HA VII Nr. 1386, S. 66–76; Struktur der HA VII/8 von 1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.; Übersicht über wesentliche Aufgaben der HA VII/8 o. D. [ca. 1988]; ebenda; Aufgaben des Referats 3 der Abt. 8 v. 12.10.1984; BStU, MfS, HA VII Nr. 904, S. 18–20; Protokoll der HA VII über die Leitungsberatung v. 27.8.1984; ebenda, Bl. 13–17.

[142] Vgl. Einführung des Genossen Knäbke auf der Dienstversammlung der HA VII/8 v. 3.2.1987, 9 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

[143] Vgl. DA 5/85 v. 3.6.1985 zur politisch-operativen Arbeit im Organ Strafvollzug des MdI; BStU, MfS, BdL/Dok. 8116.

[144] Planstellen-Normativ der HA VII v. 16.10.1987, 25 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 502, o. Pag.

[145] Vgl. u. a. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AOPK 2922/88.

[146] Vgl. Konzeption der HA VII/8 für Erschließung und Nutzung der spezifischen Möglichkeiten des DDR-Strafvollzuges für die Feindbekämpfung v. 29.10.1979, 7 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

[147] Stichtag 30.9.1989. Vgl. Hinweise der AKG der HA VII zur Entwicklung der politisch-operativen Lage v. 13.10.1989; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.3., Bd. 3, Bl. 91–127.

Persönlichkeitsstruktur« in einer OPK, zumal er aufgrund seiner Leitungsposition über Insiderkenntnisse verfügte.[148]

2.2.5 Die Abteilung 9

In Abgrenzung zu den Abwehraufgaben der Abteilung 1 war die Abteilung 9 verantwortlich für die »Lösung von Grundsatzaufgaben des politisch-operativen Zusammenwirkens« mit verschiedenen Zweigen des Ministeriums des Innern bzw. der Volkspolizei in »allen sicherheitspolitisch entscheidenden Aufgabenkomplexen«. Der Abteilung 9 oblag die fachliche Anleitung der entsprechenden Struktureinheiten in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen sowie die »Realisierung von Diensthilfeersuchen für andere Diensteinheiten des MfS«, die Zuarbeit oder Kooperation der DVP erforderten. Deswegen kam der Hauptabteilung VII, speziell der Abteilung 9, eine Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Bereichen des Mielke-Apparates und den Zweigen der DVP zu.[149] Kontakte zum Ministerium des Innern und seinen nachgeordneten Dienststellen waren ausnahmslos über die »Richtungsoffiziere Volkspolizei« abzuwickeln. Diese sollten in ihren Diensteinheiten als »echte Spezialisten« für alle Angelegenheiten der Volkspolizei fungieren.[150]

Die Koordinierungsfunktion der Abteilung 9 führte zu einem komplexen Geflecht von teilweise indirekten Zuständigkeiten. Wegen der rückwärtigen Grenzsicherung durch die DVP hatte die Abteilung 9 etwa auf deren reibungslose Zusammenarbeit mit der für die Grenztruppen zuständigen Hauptabteilung I und den Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit zu achten. Weil der Betriebsschutz des Ministeriums des Innern für den »Schutz der Volkswirtschaft« mitverantwortlich war, kooperierte die Abteilung 9 mit der Hauptabteilung XVIII. Die Rolle der Volkspolizei bei der Disziplinierung der Jugend erforderte eine intensive Abstimmung mit der Abteilung 2 der Hauptabteilung XX. Die polizeiliche Absicherung von gesellschaftlichen Großveranstaltungen bedeutete für die Abteilung 9, dass mit der Hauptabteilung Personenschutz (PS), dem Zentralen Operativstab, der Hauptabteilung XX sowie den territorial verantwortlichen Diensteinheiten des Mielke-Apparates Absprachen getroffen werden mussten.[151]

Die Abteilung 9 war insbesondere für das Zusammenwirken mit den Hauptabteilungen Kriminalpolizei (mit der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei/K I), Schutzpolizei und Verkehrspolizei, aber auch mit dem Stab, der Zentralen Kontrollgruppe, der Zentralstelle für Information und Dokumentation, der Rechtsabteilung und der Politischen Verwaltung des Ministeriums des Innern zuständig.[152] Als Ansprechpartner dienten der Staatssicherheit Führungskräfte im Ministerium des Innern und Mitarbeiter in wichtigen operativen Funktionen; allein in der Hauptabteilung Pass- und Meldewesen (mit dem Büro für Pass- und Ausländerangelegenheiten/BPAA) waren 18 Mitarbeiter ständige Ansprechpartner und fünf weitere »zeitweilige Partner im politisch-operativen Zusammenwirken«.[153] In der Gegenrichtung wurden eingehende Informationen der K I von der Abteilung 9 »aufbereitet

---

148 Vgl. Jahresplan 1989 des Leiters der Abt. 8 der HA VII v. 8.12.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 3359, S. 1–46.

149 Struktur der Abt. 9 der HA VII o. D. [1988]; BStU, MfS, HA VII Bdl. 303, o. Pag.

150 Abt. 9 der HA VII: Feingliederung des Referates des Leiters der HA VII v. 28.2.1980; BStU, MfS, HA VII Nr. 1188, S. 29–53.

151 Vgl. Jahresarbeitsplan 1989 des Leiters der HA VII/9 v. 14.12.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 3360, S. 1–28.

152 Abt. 9 der HA VII: Feingliederung des Referates des Leiters der HA VII v. 28.2.1980; BStU, MfS, HA VII Nr. 1188, S. 29–53.

153 Übersicht der HA VII/1 zu Hauptaufgaben der HA PM o. D. [ca. 1984], 10 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 581, o. Pag.

und danach den zuständigen Diensteinheiten des MfS übersandt«. Als Dreh- und Angelpunkt fungierte dabei das Referat Auswertung und Information der Abteilung.[154]

Letzter Leiter der Diensteinheit war seit 1980 Kurt Jurmann. Im Sommer 1988 standen ihm 26 Planstellen sowie zwei Planstellen für Offiziere im besonderen Einsatz zur Verfügung.[155] Bis auf drei Ausnahmen waren alle Stellen für Absolventen der MfS-Hochschule vorgesehen, was auf den komplexen Charakter der anfallenden Aufgaben verweist. Die meisten Mitarbeiter befanden sich erst relativ kurze Zeit in der Abteilung,[156] die im August 1976 aus der Arbeitsgruppe Operatives Zusammenwirken (AG OZW) gebildet wurde. Dem Leiter der Abteilung 9 unterstanden zwei Stellvertreter, der Leiter des Referates Auswertung und Information sowie unmittelbar mehrere Instrukteure für das »politisch-operative Zusammenwirken«. Der erste Stellvertreter leitete sechs Instrukteure sowie Offiziere für spezifische Aufgaben an, die auch die Zusammenarbeit mit der K I wahrnahmen. Der zweite Stellvertreter war zugleich Leiter des Referates Sicherung des Reiseverkehrs und leitete acht Mitarbeiter an. Das Referat Auswertung und Information umfasste – den Leiter eingerechnet – vier Mitarbeiter.[157]

Die Trennung von Abwehr- und Kooperationsaufgaben in den wichtigsten Sicherungsbereichen der Hauptabteilung VII brachte in der Praxis große Reibungsverluste mit sich. So kam es vor, dass die Abteilung 1 die inoffizielle Zusammenarbeit mit einem Leitungskader des Ministeriums des Innern einstellte, der zugleich mit der Abteilung 9 gelegentlich offiziell zusammenarbeitete, ohne dies der Abteilung 9 mitzuteilen.[158] Zugleich tendierte die Abteilung 9 dazu, ihre Kompetenzen im »politisch-operativen Zusammenwirken« auszudehnen, was die Abteilung 1 noch stärker auf die Vorgangsbearbeitung beschränkte.[159] In Krisenzeiten hätte die Abteilung 9 eine zwölfköpfige Operativgruppe innerhalb des Innenministeriums gebildet und dabei auch Abwehraufgaben übernommen.[160]

Die Abteilung 9 verfügte im Jahre 1986 über vier Offiziere im besonderen Einsatz in einflussreicher Position. So der stellvertretende Leiter der K I, Jürgen Uhlmann, der sich zu dieser Zeit jedoch im Auslandseinsatz befand. Mit dem Leiter der Kontrollgruppe in der Hauptabteilung Innere Angelegenheiten verfügte die Staatssicherheit über den richtigen Mann, um an strategischer Stelle die Bearbeitung von Übersiedlungsanträgen zu steuern. Auch der Leiter der Abteilung V des Stabes des Ministeriums des Innern, Klaus Luckner, war als OibE beim Zurückdrängen der Ausreisebewegung behilflich. Der OibE in der Hauptabteilung Pass- und Meldewesen, Rolf Hartenstein, sollte zum Leitungskader aufgebaut werden.[161]

Aufgrund der Vorgaben für einen Stellenabbau im Bereich der OibE[162] musste die Abteilung 9 im Jahre 1988 den OibE in der Hauptabteilung Innere Angelegenheiten mit Plan-

---

[154] Vgl. Bericht der AKG der HA VII zur Kontrolle der Tätigkeit des Referates A/I der Abt. 9 der HA VII v. 29.10.1986, 10 S.; ebenda, Bd. 4, o. Pag.

[155] Vgl. Schreiben zum Struktur- und Stellenplan der Abt. 9 der HA VII v. 27.6.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 1–3.

[156] Vgl. Planstellenbesetzungsnachweis der HA VII v. 27.3.1989, 57 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 303, o. Pag.

[157] Vgl. Strukturplan der HA VII/9 o. D. [1988]; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 7.

[158] Vgl. Bericht der AKG der HA VII über die Kontrolle der Tätigkeit des Referates A/I der Abt. 1 der HA VII v. 10.12.1986, 13 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 4, o. Pag.

[159] Schreiben zum Struktur- und Stellenplan der Abt. 9 der HA VII v. 27.6.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 1–3.

[160] Vgl. HA VII/9: Maßnahmeplan für die Operativgruppe MdI der HA VII v. 6.5.1986; BStU, MfS, HA VII Nr. 529, S. 115–121.

[161] Vgl. Einschätzung der HA VII/9 zur Arbeit mit OibE in der HA VII/9 v. 28.10.1986, 7 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 424, o. Pag.

[162] Vgl. Bericht des Leiters der HA VII über Durchsetzung der Ordnung Nr. 6/86 v. 10.11.1986, 38 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 275, o. Pag.

stelle an die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) abgeben, das Arbeitsverhältnis mit dem OibE in der Hauptabteilung Pass- und Meldewesen lösen sowie einen weiteren OibE berenten.[163] Im Juli 1989 verfügte die Abteilung 9 indes erneut über vier OibE.[164] Anders als in der ersten Hälfte der achtziger Jahre führte die Abteilung 9 im Jahre 1989 keine IM mehr, was den Charakter ihres offiziellen Zusammenwirkens mit Volkspolizei und Ministerium des Innern unterstreicht.[165]

2.2.6 Die Abteilung 13

Die Abteilung 13 arbeitete operativ »am Feind« und überwiegend in Ostberlin, soweit sie nicht die Ermittlungstätigkeit auf ihrer Linie anleitete. Die Abteilung 13 war zuständig für die geheimpolizeiliche Bekämpfung von internationalem Schmuggel und politisch bedeutsamen Spekulationsgeschäfte. In Abgrenzung zur Zollverwaltung und zur Kriminalpolizei trat die Staatssicherheit immer dann auf den Plan, wenn Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen, ausländischer Geheimdienste oder westlicher Medien involviert waren, Verbindungen zu »staatsfeindlichen Gruppen« bestanden oder der Schmuggel internationale Dimensionen erreichte.[166] Die Staatssicherheit wurde ferner aktiv, wenn Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit oder der Kriminalpolizei beteiligt oder besonders gefährliche Gegenstände (wie Waffen oder Munition) einbezogen waren.[167]

Die Abteilung 13 kooperierte eng mit den Steuer- und Zollbehörden der DDR,[168] teilweise wurden Koordinierungsvereinbarungen geschlossen.[169] 1988 kam es schließlich zur Bildung einer zentralen Arbeitsgruppe unter der Leitung von Spange mit leitenden Kadern des Ministeriums des Innern und der Hauptverwaltung Zoll (im Ministerium für Außenhandel).[170] Dabei wurde die Zollverwaltung zur »Übergabe aller grundsätzlichen Informationen« und zur »Übermittlung bedeutsamer Arbeitsergebnisse« (mit Relevanz für die Staatssicherheit) verpflichtet, sollte der Geheimpolizei jede erdenkliche Unterstützung zuteil werden lassen und musste auf deren Wunsch hin »Vorgänge des Bereiches Fahndungswesen der Hauptverwaltung der Zollverwaltung der DDR zur weiteren Bearbeitung durch operative Diensteinheiten des MfS« übergeben.[171]

Besonders Diplomaten aus der »Dritten Welt« betätigten sich als Schmuggler,[172] waren aufgrund ihrer Immunität jedoch schwer zu verfolgen. Maßnahmen gegen Diplomaten bedurften in allen Fällen der ausdrücklichen Zustimmung Mielkes und zielten darauf, die

---

[163] Schreiben zum Struktur- und Stellenplan der Abt. 9 der HA VII v. 27.6.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 1–3.

[164] Vgl. Einschätzung der Abt. 9 der HA VII zum Stand der Arbeit mit OibE v. 7.7.1989, 4 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 3, o. Pag.

[165] Vgl. u. a. Analyse der Entwicklung des IM-Bestandes der HA VII im 1. Hj. 1989 v. Juli 1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 1359, S. 191–199.

[166] [Stellungnahme von Spange zur] Zentralen Arbeitsgruppe v. 3.11.1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 462, Bl. 10–12.

[167] DA 1/89 v. 4.1.1989 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung der mit Schmuggel und Spekulation im Zusammenhang stehenden operativ bedeutsamen Straftaten; BStU, MfS, BdL/Dok. 5363.

[168] Vgl. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. Werkzeuge des SED-Regimes. Abschlussbericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Hg. v. Deutschen Bundestag. Bonn 1994, S. 147–149.

[169] Vgl. AKG der HA VII zum Entwurf einer DA [1/89] v. 8.4.1987; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 13/I.1. »Zwischenmaterial zur DA 1/89«, S. 137–139.

[170] Vgl. Referat eines leitenden Mitarbeiters des MfS [Neiber?] auf einer Dienstkonferenz o. D. [2/1989]; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 373, S. 141–257.

[171] Vereinbarung über das Zusammenwirken zwischen der HA VII des MfS und dem Bereich Fahndungswesen der Zollverwaltung der DDR v. 25.9.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 1387, S. 167–171.

[172] Vgl. Abt. 13 der HA VII: Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung v. 10.10.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.2., S. 115–131.

Täter möglichst auf frischer Tat zu stellen.[173] Doch auch sowjetische Bürger, die Ikonen meistbietend in den Westen verkauften, gerieten ins Visier der Staatssicherheit.[174] Häufig wurden Gegenstände in den Reisezügen Paris-Moskau geschmuggelt, doch waren bei den Transitreisenden »aus politischen und rechtlichen Gründen nicht generell Intensivkontrollen« möglich.[175] Kritisch betrachtete die Staatssicherheit Schmuggel in die DDR, wogegen sie die Einfuhr von Drogen nach Westberlin durch rückreisende Bundesbürger über den Flughafen Schönefeld tolerierte. Allein im ersten Halbjahr 1988 wurden hier 26,6 kg Suchtmittel aufgespürt, doch »keine aktiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Suchtmittelschmuggels durchgeführt«.[176]

Um bei der Bekämpfung des internationalen Schmuggels gegenüber der Zollverwaltung geschlossen aufzutreten, mussten innerhalb des MfS alle Fäden möglichst bei der Abteilung 13 der Hauptabteilung VII zusammenlaufen. Diese stützte sich häufig auf »politisch-operative Mittel anderer Diensteinheiten des MfS oder Möglichkeiten von Struktureinheiten der Deutschen Volkspolizei oder der Örtlichen Räte«. In der Vorgangsbearbeitung »übt die Abteilung 13 bezogen auf andere Diensteinheiten des MfS und andere Staatsorgane im Prinzip eine anleitende und koordinierende Funktion aus«. Die Abteilung 13, so kritisierte die AKG der Hauptabteilung VII, übertreibe vielfach den drohenden materiellen Schaden, um Zuständigkeiten an sich ziehen zu können. Ein Vergleich mit Ermittlungsverfahren der Kriminalpolizei oder der Abteilungen Finanz-Steuern der Örtlichen Organe zeige, »dass eine relativ große Zahl der OPK unter dem Niveau [des] MfS liegt«.[177] Besonders die Abteilungen VII und die Kreisdienststellen der Staatssicherheit bekämpften in der Praxis bloße Inlandsspekulation, die eigentlich in der Zuständigkeit der Kriminalpolizei und der Zollverwaltung lag.[178] Erst im Herbst 1989 stellte sich das MfS die Frage: »Was ist am Schmuggel und an Spekulation bei allen negativen Erscheinungen, die derartige Delikte mit sich bringen, *staatsfeindlich*?«[179]

Überschneidungen der Tätigkeit der Abteilung 13 mit der anderer Diensteinheiten der Staatssicherheit erforderten eine ständige Abstimmung. So bearbeitete seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Operativ-Dienststelle Berlin der Hauptabteilung VI internationale Schmuggelbanden (mit Schwerpunkt in Westberlin), und auch die Abteilung Zoll-Abwehr der Hauptabteilung VI arbeitete mit den Abteilungen Zollfahndung und Transitüberwachung der Verwaltung Zoll eng zusammen.[180] Das Arbeitsfeld dieser Diensteinheiten sollte die Abteilung 13 möglichst nicht einengen und die Kompetenzen der Zollorgane und der Finanzbehörden wahren. »Das MfS und die VII/13 sind nicht das für die Aufklärung, vorbeugende Verhinderung, Zurückdrängung und Bekämpfung von Schmuggel und Spekulation *insgesamt* in der DDR verantwortliche Organ.«[181]

---

173 Vgl. Äußerung des Leiters der HA VI v. 5.12.1984; BStU, MfS, HA VII Nr. 786, S. 12–14.

174 Vgl. AKG der HA VII: Die Entwicklung von OV durch die Abteilungen der HA VII v. 11.1.1989; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

175 Vgl. Äußerung des Leiters der HA VI v. 5.12.1984; BStU, MfS, HA VII Nr. 786, S. 12–14.

176 Vgl. HA VII/13: Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung v. 10.10.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.2., S. 115–131.

177 AKG/Kontrolle der HA VII: Ergebnisse der Kontrolle von Stand und Wirksamkeit der operativen Personenkontrolle in der Abt. 13 der HA VII v. 27.12.1983; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 6, S. 63–67.

178 Vgl. Abt. VII der BV Potsdam: Einschätzung der Lage und Wirksamkeit bei der Bekämpfung und Zurückdrängung von Schmuggel v. 14.8.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VII Nr. 937, S. 1–13.

179 [MfS, 11/1989]: Thesen »Was ist unter den Bedingungen der Wende ...«, o. A., 7 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag. (Hervorhebung im Original).

180 Vgl. Äußerung des Leiters der HA VI v. 8.10.1982; BStU, MfS, HA VII Nr. 786, S. 22 f.

181 Vgl. Schreiben GL Neiber an den Leiter der HA VII v. 14.7.1982 mit Anlage; ebenda, S. 15–21 (Hervorhebung im Original).

Die Abteilung 13 erarbeitete Informationen über Kunstsammler bzw. Kunsthändler und ermöglichte so der »Kunst und Antiquitäten GmbH« des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (BKK) von Alexander Schalck-Golodkowski den Zugriff auf private Kunstsammlungen in der DDR, die dann im Westen zugunsten des DDR-Staatshaushaltes gewinnträchtig veräußert wurden.[182] Vermutlich wegen des Schmuggels mit russischen Ikonen arbeitete die Diensteinheit eng mit dem sowjetischen Geheimdienst KGB zusammen. Mehrere Operative Vorgänge der Abteilung 13 wurden mit »Unterstützung der Freunde« bearbeitet und dienten auch als Erfolgskontrolle »der durch die Freunde eingeleiteten Zersetzungsmaßnahmen«.[183]

Dem Leiter der Abteilung 13 unterstand ein Stellvertreter, der zwei operative Referate anleitete. So war das siebenköpfige Referat 1 für die »Bekämpfung des vom Operationsgebiet ausgehenden, gegen die DDR, UdSSR und andere sozialistische Staaten gerichteten, bandenmäßig organisierten Schmuggels« verantwortlich. Das Referat 2 (mit acht Mitarbeitern) konzentrierte sich demgegenüber auf das Spekulationsgeschehen innerhalb der DDR. Das Referat 3 war für die Anleitung der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen in diesem Arbeitsbereich sowie für das offizielle Zusammenwirken mit verschiedenen Zweigen des Ministeriums des Innern zuständig. Es zählte sechs Mitarbeiter und unterstand unmittelbar dem Abteilungsleiter.[184] Hinzu kam das Referat Auswertung und Information (mit fünf Mitarbeitern), das als »Organ mit dem größten Gesamtüberblick« innerhalb der Diensteinheit »Impulse« für den Abteilungsleiter geben sollte.[185]

Die Abteilung 13 verfügte bei 43 Planstellen[186] zuletzt über 27 Mitarbeiter[187], den Leiter Dieter Strunk eingeschlossen. Trotz vergleichsweise günstiger Altersstruktur galten die Arbeitsweise der mittleren leitenden Kader als unsystematisch und ihre Disziplin als besorgniserregend, was zu einer hohen personellen Fluktuation führte.[188] Die 15 hauptamtlichen Mitarbeiter führten durchschnittlich je vier IM und damit deutlich weniger als alle anderen Abteilungen der Hauptabteilung VII.[189] Die Abteilung 13 verfügte nicht über Offiziere im besonderen Einsatz.

Die IM der Abteilung 13 wurden in »Spekulantenkreisen« und »Schmugglerbanden bis ins Operationsgebiet« eingesetzt.[190] So war unter den zuletzt über 60 IM und GMS der Abteilung (ohne IMK) fast jeder zweite in der Westarbeit tätig. Zehn dieser IM unterschiedlichster Nationalität wohnten in Westberlin und weitere 20 IM in der DDR, konnten aber (beispielsweise als Bürger Vietnams oder Polens) Westreisen im Auftrag der Staatssicher-

---

182 Vgl. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. Werkzeuge des SED-Regimes. Abschlussbericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Hg. v. Deutschen Bundestag. Bonn 1994, S. 147–149.

183 Jahresarbeitsplan des Leiters der HA VII/13 v. 3.1.1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 3358, S. 1–29.

184 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127; Protokoll der Abt. 13 der HA VII über die Beratung beim Abteilungsleiter v. 17.11.1987; BStU, MfS, HA VII Nr. 698, o. Pag.; Struktur der Abt. 13 der HA VII o. D. [1986]; BStU, MfS, HA VII Nr. 529, S. 130.

185 Bericht der AKG der HA VII zur Kontrolle der Tätigkeit des Referates A/I der Abt. 13 der HA VII v. 15.1.1987, 11 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 4, o. Pag.

186 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127.

187 Vgl. Schreiben Leiter HA KuSch an Leiter HA VII v. 28.3.1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 581, o. Pag.; siehe auch Bereich Leiter der HA VII: Kaderanalyse der Abt. 13 v. 13.5.1986, 2 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

188 Vgl. Bericht der AKG der HA VII über die Untersuchungen zur Führungs- und Leitungstätigkeit und Kaderarbeit in der Abt. 13 der HA VII v. 6.6.1989, 11 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

189 Vgl. Analyse der Entwicklung des IM-Bestandes der HA VII im 1. Hj. 1989 v. Juli 1989; BStU, MfS, HA VII Nr. 1359, S. 191–199.

190 Vgl. Schreiben GL Neiber an Leiter HA VII v. 14.7.1982 mit Anlage; BStU, MfS, HA VII Nr. 786, S. 15–21.

heit unternehmen.[191] Die IM-Werbung »im und nach dem Operationsgebiet« sollte weiter ausgebaut werden.[192] Insgesamt 49 IM/GMS stammten aus der DDR, davon 45 aus Ostberlin und vier weitere aus angrenzenden Kreisen. Zumeist handelte es sich um Personen, die im (Kunst-)Handel angestellt oder freischaffend tätig waren. Hinzu kamen 42 Inoffizielle Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration, die konspirative Wohnungen (IMK/KW), und elf, die Deckadressen (IMK/DA) zur Verfügung stellten.[193]

Tabelle 9
IM und GMS der Abteilung 13 (1985–1989)[194]

Kategorien	1985	1986	1987	1988	1989	Ø
IMB	19	21	20	17	16	18,6
IMS	25	26	24	28	24	25,4
IME	15	13	14	15	13	14,0
GMS	3	3	4	7	8	5,0
gesamt	62	63	62	67	61	63,0

Als Zuträger und Agenten bevorzugte die Abteilung 13 ausländische Bürger ohne diplomatischen Status (wie Studenten aus Staaten der »Dritten Welt«), die aufgrund ihrer Reisemöglichkeiten leicht in Schmugglerorganisationen eindringen konnten. Dabei mussten die IM »bis zu einem vertretbaren Maß an Schmuggelhandlungen mitwirken können, [durften] aber keine Hauptakteure sein«.[195] Immerhin fünf der IM waren einschlägig vorbestraft.[196] In der Regel waren es materielle Beweggründe, die die IM in diese Halbwelt leiteten – weswegen die Staatssicherheit ihre Zuträger auch entsprechend ausstattete, damit sie »mithalten« konnten.[197] Häufig verließ sich die Abteilung 13 jedoch auf Zuträger der Kriminalpolizei sowie anderer Zweige der Staatssicherheit. Die Führungsoffiziere wollten nämlich wegen der »kleinen Spekulanten nicht ihre wertvollen IM verbraten« und »keine IM werben [...], mit denen nach Abschluss der Bearbeitung niemand mehr etwas anfangen kann«, weil sie nur gegen einen Schmugglerring eingesetzt werden konnten.[198]

191 Vgl. Zusammenfassung der HA VII zu Umfang und Zusammensetzung des im Operationsgebiet dislozierten und nach dem Operationsgebiet einsetzbaren Netzes von IM/GMS der Abt. 13 v. 8.11.1989, 3 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

192 Vgl. Bericht der AKG der HA VII über Kontrollen der Wirksamkeit der mittleren leitenden Kader bei der Qualifizierung der operativen Grundprozesse in den Referaten 1 und 3 der Abt. 13 der HA VII v. 14.4.1987, 12 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 851, Bd. 4, o. Pag.

193 Vgl. Übersicht der HA VII zu Entwicklung und Zusammensetzung des IM-/GMS-Bestandes der Abt. 13 seit dem 1.1.1986 v. August 1988 (Stand 30.6.1988), 5 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

194 Stand 1.1.1986 (für 1985), 1.1.1987, 1.1.1988, 5.10.1988, 30.6.1989. Vgl. Zusammenfassung mit Stand v. 30.6.1989 zum Bestand an IM/GMS und operativ bedeutsamen Materialien in der Abt. 13, 9 S. mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Bdl. 256, o. Pag.

195 Entwurf der Orientierung für die Arbeit der HA und Linie VII im und nach dem Operationsgebiet v. September 1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 1387, S. 101–126.

196 Vgl. Zusammenfassung mit Stand v. 30.6.1989 zum Bestand an IM/GMS und operativ bedeutsamen Materialien in der Abt. 13, 9 S. mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Bdl. 256, o. Pag.

197 Information der HA VII über einige aktuelle Erkenntnisse der politisch-operativen Arbeit bei der vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung des Schmuggels und der Spekulation v. 26.2.1986, 27 Bl.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1011, o. Pag.

198 AKG/Kontrolle der HA VII: Ergebnisse der Kontrolle von Stand und Wirksamkeit der operativen Personenkontrolle in der Abt. 13 der HA VII v. 27.12.1983; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 6, S. 63–67.

In den Jahren 1987 und 1988 bearbeiteten die Abteilung 13 sowie die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen insgesamt 46 OV und 55 OPK im Bereich des Schmuggels. Davon betrafen 15 OV und fünf OPK Diplomaten und weitere 13 OV sowie 31 OPK Ausreisewillige. Allein im Jahre 1988 wurden so 53 Personen wegen Zoll- und Devisenvergehen zu Freiheitsstrafen verurteilt.[199] Im Jahre 1989 bearbeitete allein die Abteilung 13 vier OV, sechs OPK und zwei Operative Ausgangsmaterialien (OAM); diese Zahlen galten im Vergleich zu anderen Abteilungen der Hauptabteilung VII als »relativ hoch«.[200] Die Hintermänner internationaler Schmuggelbanden waren schwer zu belangen, da sie nicht offen in Erscheinung traten oder nicht in die DDR reisten. In solchen Fällen waren »vordergründig die Maßnahmen der Verunsicherung/Diskreditierung, Unterwanderung und Zersetzung anzuwenden«.[201] Ferner erwog man auf diplomatischer Ebene über die jeweilige Botschaft zu intervenieren.[202]

2.2.7 Die Abteilung 14

Die Abteilung 14 war für Fahndung, insbesondere nach Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. der bewaffneten Organe zuständig und koordinierte gemeinsame Suchmaßnahmen mit der Volkspolizei. Zu diesem Zweck wurden in der Abteilung 14 beispielsweise Großfahndungen geprobt und Versteckmöglichkeiten von Flüchtigen sowie potenzielle Start- und Landebahnen von Ballons und Kleinflugzeugen in Grenznähe erfasst; diese sollten bei Bedarf schnell abgesucht werden können. Dazu hielt die Abteilung 14 selbst etwa zehn Suchhunde. Für eine Abstimmung innerhalb der Staatssicherheit sorgten sogenannte Fahndungsbeauftragte, die in allen (Haupt-)Abteilungen existierten.[203]

Der Mielke-Apparat konzentrierte sich auf solche Fahndungen, »die für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit von besonderer Bedeutung sind«. In speziellen Fällen galt es auch dienstliche Unterlagen, die abhanden gekommen waren, gestohlene Waffen oder entwendete Fahrzeuge wieder aufzuspüren. Andere Fahndungsaktionen (in den Arten Großfahndung, Eilfahndung und Allgemeinfahndung) standen unter der Federführung der DVP, konnten aber von der Staatssicherheit »beantragt« werden, wurden von dieser »unterstützt« und mit dieser »abgestimmt«. Das betraf vorwiegend die Suche nach flüchtigen sowjetischen oder NVA-Soldaten, sonstigen Waffenträgern, Bundesbürgern, die die Transitwege verlassen hatten, staatlichen Geheimnisträgern, geflohenen Häftlingen und potenziellen Grenzverletzern.[204] In der Praxis war die Abteilung binnen eines Jahres an der Suche nach 319 sowjetischen Soldaten, 192 Angehörigen der NVA sowie 21 Volkspolizisten beteiligt. Die zur Suche eingesetzten Mitarbeiter verschiedener Diensteinheiten der Staatssicherheit nahmen dabei im Jahresverlauf insgesamt 28 Personen selbst fest.[205]

Mit der Durchführung von Fahndungen waren neben der Abteilung 14 vor allem Kräfte der örtlichen Diensteinheiten des MfS betraut. Im Bedarfsfall wurden sogenannte Nicht-

[199] Vgl. Referat eines leitenden Mitarbeiters des MfS [Neiber?] auf einer Dienstkonferenz o. D. [2/1989]; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 373, S. 141–257.

[200] Vgl. Bericht der AKG der HA VII über die Untersuchungen zur Führungs- und Leitungstätigkeit und Kaderarbeit in der Abt. 13 der HA VII v. 6.6.1989, 11 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

[201] Entwurf der Orientierung für die Arbeit der HA und Linie VII im und nach dem Operationsgebiet v. September 1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 1387, S. 101–126.

[202] Vgl. Äußerung des Leiters der HA VI v. 5.12.1984; BStU, MfS, HA VII Nr. 786, S. 12–14.

[203] Vgl. BStU, MfS, HA VII Bdl. 484, o. Pag.; Arbeitsplan 1988 der Abt. Fahndung der HA VII v. 5.1.1988, 19 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 398, o. Pag.

[204] Vgl. [Vortrag] GL Neiber auf der Dienstversammlung zur Bekanntgabe des Befehls 4/87 v. 27.3.1987; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 11/4., S. 2–29; Thesen für Referat des Leiters der HA VII o. D. [10/1987]; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 11/4., S. 55–68.

[205] Vgl. Abt. Fahndung der HA VII: Einschätzung der Lageentwicklung auf dem Gebiet der operativen Fahndung v. 22.9.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.2., S. 132–150.

strukturelle Fahndungsgruppen (NFG) gebildet, deren Mitarbeiter aus verschiedenen Diensteinheiten rekrutiert und zweimal im Jahr für einen Tag fortgebildet wurden. Nichtstrukturelle Fahndungsgruppen existierten 1987 nur noch in Magdeburg, Halle, Dresden und Cottbus. In den übrigen Bezirksverwaltungen sollten die Arbeitsgruppen des Leiters (AGL) gegebenenfalls Fahndungsaufgaben koordinieren.[206] In verschiedenen Bezirken beteiligten sich auch die Territorialen Spezifischen Kräfte (TSK, eine Art Sondereinsatzkommando der Staatssicherheit) an den Fahndungen.[207] Die Fahndungsoffiziere der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit arbeiteten eng mit den Dienststellen zusammen, die für Fahndungsersuchen oder die Durchführung der Fahndungen zuständig waren. Dies betraf zum Beispiel den Leiter des Dezernates 5 der jeweiligen BDVP und die vor Ort stationierten Einheiten der Nationalen Volksarmee sowie der Verwaltung der Sonderabteilungen des Komitees für Staatssicherheit (KfS) bei der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD).[208]

Der Leiter der Abteilung 14 war zugleich Stellvertreter des Leiters der Hauptabteilung VII. Diese Besonderheit war dem Umstand geschuldet, dass die Abteilung 14 erst im April 1987 aus der eigenständigen Fahndungsführungsgruppe (FFG) gebildet und mit 25 Mitarbeitern in die Hauptabteilung VII eingegliedert worden war (zunächst als Abteilung Fahndung)[209] und der besondere Status dieser Diensteinheit so besser gewahrt werden konnte (siehe Kapitel 3.5).

Die Abteilung 14 verfügte zuletzt über lediglich 20 Mitarbeiter; entsprechend ihrem Arbeitsgegenstand führte sie weder Offiziere im besonderen Einsatz noch Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) in ihren Reihen.[210] Abteilungsleiter war Karl-Heinz Wiese. Seine Diensteinheit gliederte sich in zwei Referate, die beide einem Stellvertreter des Abteilungsleiters unterstanden. Das Referat 1 (sieben Mitarbeiter) war mit der Vorbereitung und Durchführung operativer Fahndungen betraut. Das umfasste die Erarbeitung sachdienlicher Hinweise zu jeder Fahndung, die Kontrolle möglicher Verstecke, die »Anfertigung von Geruchskonserven«, die Sicherung des Fundortes und das Sicherstellen von Beweismitteln. Dem Referat 2 (fünf Mitarbeiter) oblag die Anleitung und Koordination des Fahndungswesens auf allen Ebenen des MfS. Zu diesem Zweck arbeitete es mit allen Fahndungsbeauftragten im Mielke-Apparat eng zusammen, nahm gegebenenfalls die Fahndungsersuchen verschiedener Linien (wie etwa der Hauptabteilung Kader und Schulung) entgegen und analysierte laufende Fahndungsaktionen. Hinzu kam noch das Referat Information/Auswertung (mit fünf Mitarbeitern), welches dem Leiter der Abteilung unmittelbar unterstand.[211]

2.2.8 AKG, AGL und Abteilung 4

Die AKG der Hauptabteilung VII sollte, wie andere Auswertungs-, Informations- und Kontrollorgane auch, eine »wirksame politisch-operative Lageeinschätzung« gewährleis-

---

[206] Vgl. Abt. Fahndung der HA VII: Einschätzung der politisch-operativen Lage auf dem Gebiet der operativen Fahndung v. 5.10.1987; ebenda, Bd. 5 »Erfüllung Planaufgaben«, Bd. »LEP (HA VII/Abt.)«.

[207] Vgl. Wunschik, Tobias: Die Hauptabteilung XXII. »Terrorabwehr«. Berlin 1995. Hg. BStU, S. 26.

[208] Vgl. u. a. Bericht der Abt. Fahndung der HA VII über einen Einsatz v. 8.6.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 4 »Komplexkontrolle BV Potsdam Abt. VII/88«, Bl. 141–147; Arbeitsplan 1989 der Abt. Fahndung der HA VII v. 12.12.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 3361, S. 1–23.

[209] Befehl 4/87 des Ministers zur weiteren Qualifizierung des Zusammenwirkens mit der DVP und anderen Organen des MdI bei der Fahndungstätigkeit v. 19.3.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 8577; Plan der HA VII zur strukturellen Eingliederung der Fahndungsführungsgruppe in die HA VII v. 17.3.1987, 5 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 484, o. Pag.

[210] Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127.

[211] Aufgabenstellung der Abt. Fahndung der HA VII (ohne Bestätigung des Leiters der HA), 18 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.

ten, Entscheidungen der Abteilungsleitung vorbereiten sowie Überprüfungen und Kontrollen innerhalb der Hauptabteilung durchführen. Dem Leiter der AKG der Hauptabteilung VII unterstanden dabei ein Stellvertreter für Auswertung (mit 15 Mitarbeitern) sowie ein Stellvertreter für Kontrolle und Planung (mit vier Mitarbeitern). Wichtig war innerhalb der AKG auch die zehnköpfige Gruppe der Operativen Diensthabenden (ODH), die gegenüber der MfS-Leitung jederzeit in allen Angelegenheiten des Ministeriums des Innern auskunftsfähig sein sollte.[212] Die AKG hatte Zugriff auf alle Informationen, die in den operativen Abteilungen der Hauptabteilung VII anfielen; ausgenommen waren lediglich Erkenntnisse, die »im Interesse der inneren Sicherheit des MfS« geheim zu halten waren, sich auf inhaftierte MfS-Angehörige bezogen oder die Isolierungslager betrafen.[213]

Die AKG hatte zuletzt 39 Mitarbeiter.[214] Als Leiter arbeitete seit 1983 Herbert Pätzel, der aus der Linie IX (Untersuchung) der Staatssicherheit stammte und zuletzt als Offizier im besonderen Einsatz in der staatlichen Archivverwaltung weitere Spezialkenntnisse gewonnen hatte.[215] Die Arbeitsgruppe des Leiters (AGL) war ein weiteres Funktionalorgan der Leitung der Hauptabteilung und verfügte über sechs Mitarbeiter (einschließlich des Leiters).[216] Sie sollte Planungen für einen Ernstfall anstellen; im Fall innerer oder äußerer Spannungen wären die AGL und die AKG dann zum Operativstab (mit fünf verschiedenen Arbeitsgruppen) verschmolzen.[217]

Die Abteilung 4 war ebenso wie die AKG und die AGL dem Leiter der Hauptabteilung VII unmittelbar unterstellt. Die Aufgaben des Abteilungsleiters Manfred Hönemann und seiner 44 Mitarbeiter[218] (sowie der vier HIM) lagen in der »materiellen, materiell-technischen und finanziellen Sicherstellung der Arbeitsprozesse der Hauptabteilung VII«. Das Referat 1 galt als Sekretariat, das auch für Vervielfältigung und materielle Planung bzw. Nachweisführung zuständig war. Das Referat 2 war verantwortlich für die »politisch-operative Sicherung, Verwaltung und Betreuung konspirativer Objekte«, das Referat 3 für Dienstfahrzeuge und Transporte und das Referat 4 für Instandsetzungsarbeiten in den Dienstobjekten. Auch das Sonderobjekt Briesen,[219] die Verschlusssachennebenstelle und das Referat Finanzen gehörten zur Abteilung 4.[220]

---

212 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127; Bericht über die Ergebnisse der Untersuchungen gemäß Befehl 2/83 des Ministers v. 25.4.1983, 3 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 582, o. Pag.

213 Festlegung des Stellv. Leiters der HA VII v. 31.1.1986, 1. S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

214 Vgl. Konzeption eines vorläufigen Struktur- und Stellenplanes der HA VII v. 13.2.1987; BStU, MfS, HA VII Nr. 490, S. 126–129; Handschriftliche Auflistung der Planstellen der AKG der HAVII o. D.; BStU, MfS, HA VII Nr. 513, S. 352–355.

215 Vgl. Beurteilung von Herbert Pätzel v. 1.4.1986; BStU, MfS, HA VII Bdl. 582, o. Pag. Pätzel hatte falsche Geständnisse erpresst und war strafversetzt worden. Im Sommer 2000 wurde er deswegen per Haftbefehl gesucht, kurz bevor die ihm vorgeworfene Rechtsbeugung verjährte. Vgl. Beleites, Johannes; Joestel, Frank: Agenten mit spezieller Auftragsstruktur. Eine Erfindung des MfS und ihre Folgen. In: Horch und Guck (2008)2, S. 546

216 Vgl. Leiter der HA VII v. 15.9.1988: Struktur- und Stellenplan der HA VII, 52 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 303, o. Pag. auch in BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127.

217 Vgl. Schreiben der AGL der HA VII betr. Zusammensetzung der Operativstäbe der HA VII v. 17.3.1987, 2 S. mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Bdl. 537, o. Pag.

218 Vgl. Mitarbeiteraufstellung der Abt. 4 v. 19.12.1989; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1360, Bl. 12–14.

219 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127; Schreiben Leiter HA KuSch an Leiter HA VII v. 28.3.1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 581, o. Pag.

220 Vgl. Funktions- und Aufgabenverteilung zwischen dem Leiter der HA VII, dem 1. Stellv. und dem Stellv. v. Juli 1986; BStU, MfS, HA VII Bdl. 537, o. Pag.

3 Aufgaben und Struktur der (Haupt-)Abteilung VII (1950–1988)

3.1 Ungesicherter Aufbau (1950–1958)

Bereits die Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft in der Deutschen Verwaltung des Innern, der Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes, verfügte 1949/1950 über eine Abteilung VII, die für die geheimpolizeiliche Überwachung der Deutschen Volkspolizei verantwortlich war. Als (unter Tarnbezeichnungen) bewaffnete Verbände in der Volkspolizei entstanden, bildete man für deren Überwachung weitere Struktureinheiten. In dem im Februar 1950 gegründeten Ministerium für Staatssicherheit bestanden im Herbst dieses Jahres die Abteilungen VII (mit Wilhelm Enke an der Spitze), VII a (Rolf Markert), VII b (Karl Krug) und VII c (Erich Kistowski).[221] Während die Abteilung VII für die Überwachung der eigentlichen Volkspolizei verantwortlich war, leistete die Abteilung VII a »tschekistische Arbeit« in den Kasernierten Einheiten der Hauptverwaltung Ausbildung, dem getarnten Heer. Die Abteilung VII b war mit analoger Aufgabenstellung für die im Juni 1950 entstandene Hauptverwaltung Seepolizei, der getarnten Marine, verantwortlich. Die Abteilung VII c wiederum war für das im Oktober 1950 gebildete »Referat zur besonderen Verwendung« der Hauptverwaltung Ausbildung, dem Vorläufer der Luftstreitkräfte, zuständig. Die für die militärischen Formationen der Volkspolizei zuständigen drei Diensteinheiten wurden Ende 1951 zur neuen Hauptabteilung I zusammengefasst.[222]

Die Linie VII blieb jedoch für die Überwachung der polizeilichen Kernbereiche verantwortlich. In den MfS-Länderverwaltungen existierten seinerzeit ebenfalls Abteilungen VII, die sich in die Referate I, II und III gliedern sollten. Intern wurden seinerzeit »viele Fehler und Schwächen« in der operativen Arbeit der Linie VII konstatiert. Insbesondere die IM-Arbeit galt als zu oberflächlich. Die Haftanstalten, in denen ehemalige Insassen sowjetischer Speziallager einsaßen, wurden ebenso unzulänglich abgesichert wie zum Beispiel Schulungseinrichtungen der Volkspolizei.[223] Dies hing möglicherweise mit den zahllosen unbesetzten Stellen im Bereich der Linie VII zusammen.[224]

In der Aufbauphase der Abteilung VII auf Ministeriumsebene fungierte von April bis Juni 1950 Rudolf Smolka als kommissarischer Abteilungsleiter.[225] Ihm folgte im Juli 1950 Wilhelm Enke.[226] Smolka blieb dennoch in der Diensteinheit als Referatsleiter und Enkes Stellvertreter mit Zuständigkeit für die HV DVP bis Ende 1952.[227] Enke, Jahrgang 1912, gehörte dem Jungspartakusbund an, trat 1931 der KPD bei und arbeitete in deren geheimem M-Apparat. Nach zehn Jahren Zuchthaus und Konzentrationslager (wegen Vorbereitung zum »Hochverrat« ab 1934) war er aus dem SS-Strafbataillon Dirlewanger zur Roten Armee übergelaufen. Auf Anweisung der Partei baute er nach 1945 in der Thüringer Volkspolizei das Dezernat K 5 mit auf, das auf Grundlage des SMAD-Befehls 201 Regimegegner und Nationalsozialisten verfolgte. Von August 1949 bis Juni 1950 leitete er die Abteilung VII der Verwaltung Thüringen. Bis Oktober 1954 war er dann auf zentraler Ebene Leiter der

---

221 Vgl. Fernsprechverzeichnis o. D. [ca. 10/1950]; BStU, MfS, AS 364/66, S. 16. Die Abt. VII/b fehlt in der Auflistung, an anderer Stelle, bei gleichem Leiter, wird eine Abt. VII/d genannt. Vgl. Attestationsblatt v. 5.10.1952; BStU, MfS, KS 655/85, S. 20.

222 Vgl. Diedrich, Torsten; Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956. Berlin 2001, S. 498.

223 Vgl. DA 1/51 v. 14.3.1951 über die Tätigkeit der Abt. VII; BStU, MfS, BdL/Dok. 2061.

224 Vgl. Befehl 36/52 des Ministers v. 4.4.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 56.

225 Vgl. Vermerk der Abt. VII v. 14.7.1950; BStU, MfS, KS 177/62, S. 16.

226 Befehl 39/52 des Ministers v. 7.4.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 57.

227 Vgl. Attestationsblatt zur Beförderung v. 10.11.1952; BStU, MfS, KS 177/62, S. 2.

Abteilung VII der Staatssicherheit, bevor er zur Hauptabteilung PS versetzt wurde.[228] Sein erster Stellvertreter Operativ war von November 1953 bis Februar 1956 Kurt Terner, sein Nachfolger sollte Oberstleutnant Kubelka werden.[229] Von 1953 bis Juli 1955 gehörte die Abteilung VII zum Anleitungsbereich des Stellvertretenden Ministers Martin Weikert, anschließend wurde sie dem Anleitungsbereich von Bruno Beater zugeordnet.[230]

Rasch erlangte die Geheimpolizei Vorrang gegenüber der Volkspolizei, wenn es Personal zu rekrutieren oder die knappen finanziellen Ressourcen zu verteilen galt. Die Rivalität führte zu einem gespannten Verhältnis zwischen den beiden Apparaten; so hieß es etwa zu den Kontakten zwischen Staatssicherheit und Volkspolizei in Ostberlin: »Die Verbindung zum VP-Präsidium ist nicht die allerbeste.«[231] Zugleich forderte Mielke bereits 1951, die Linie VII müsse durch »guten und engen Kontakt« mit der Volkspolizei »offiziellen Einfluss auf die Besetzung von leitenden Funktionen« nehmen. »Die Forderungen betreffs Entlassungen oder Versetzungen müssen anerkannt werden.« Durch intensive Einflussnahme gelte es die »Wachsamkeit« der Volkspolizei zu erhöhen und zugleich die Rekrutierung von Kadern für die eigenen Reihen zu erleichtern.[232] Am häufigsten wurde Volkspolizisten seinerzeit »Spionage« für westliche Geheimdienste unterstellt, was vielfach wohl aus einer Überschätzung der Verdachtsmomente resultierte. Ebenso wurde »antidemokratische Tätigkeit« verfolgt, worunter SED-kritische Äußerungen oder Handlungen zu verstehen sind.[233]

Die Transportpolizei wurde zum Jahresende 1952 der Staatssicherheit unterstellt.[234] Seinerzeit, und erneut im Jahre 1954, gab es Überlegungen, auch die HV DVP der Staatssicherheit unterzuordnen. Dieser Plan wurde nicht umgesetzt, jedoch kann insbesondere im letzten Amtsjahr von Wilhelm Zaisser von einer »inoffiziell praktizierten« Unterstellung der Volkspolizei unter die Staatssicherheit gesprochen werden.[235] Dabei war sicherlich hilfreich, dass bereits zu diesem frühen Zeitpunkt unter den Chefs von Hauptabteilungen, ihren Stellvertretern sowie den Referatsleitern im Ministerium des Innern 7,9 Prozent zugleich inoffiziell für die Staatssicherheit tätig waren.[236] Bemerkenswerterweise war es der Linie VII eigentlich »weitgehend« untersagt, Angehörige der Volkspolizei »in Schlüsselpositionen« anzuwerben[237] – wohl weil diese aufgrund ihrer dienstlichen Stellung ohnehin zur Kooperation verpflichtet waren und weil die Volkspolizei sich gegen »undichte Stellen« in ihren Reihen energisch verwahrte.

Veränderungen in der Organisationsstruktur der Linie VII orientierten sich in der Regel an der strukturellen Entwicklung im Bereich des Ministeriums des Innern. Als die (1948 gebildete) Hauptabteilung Grenze im Mai 1952, sowjetischem Vorbild entsprechend, aus der HV DVP ausgegliedert und als Deutsche Grenzpolizei dem MfS unterstellt wurde, entwickelte sich zugleich aus der bislang zuständigen Abteilung VII/4 die Abteilung VII/G

---

228 Vgl. BStU, MfS, KS I 26/84.

229 Vgl. Vorschlag zur Umbesetzung des Operativ-Stellvertreters in der Abt. VII v. 2.12.1955; BStU, MfS, BV Schwerin KS 85/72, S. 51–53.

230 DA 24/53 v. 3.8.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 3005; Befehl 371/53 Wollwebers v. 25.11.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 194; Befehl 207/55 Wollwebers v. 15.7.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 335.

231 Schreiben Szinda an Beater betr. Umsetzung der Abt. VII der Verwaltung Groß-Berlin v. 21.3.1957; BStU, MfS, BV Potsdam, KS II 132/88, S. 200–201.

232 Vgl. DA 1/51 v. 14.3.1951 über die Tätigkeit der Abt. VII; BStU, MfS, BdL/Dok. 2061.

233 Bericht der Abt. VII über die eigene Tätigkeit v. 27.9.1951; BStU, MfS, BdL/Dok. 2060.

234 Vgl. Mittmann, Wolfgang: Die Transportpolizei (1945–1990). In: Diedrich; Ehlert; Wenzke (Hg.): Im Dienste der Partei (Anm. 2), S. 537–550.

235 Lindenberger, Thomas: Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968. Köln 2003, S. 68.

236 Vgl. ebenda, S. 78.

237 Vgl. Schreiben des Staatssekretariats für Staatssicherheit v. 10.9.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 3009.

unter Inspekteur Ottomar Pech, die für die operative Arbeit in den Grenzbereitschaften verantwortlich war.[238] Knapp ein Jahr später wurde diese Diensteinheit dann der Hauptabteilung I zugeschlagen.[239] Durch diese strukturelle Veränderung verblieben der Abteilung VII des Ministeriums lediglich sechs Mitarbeiter.[240]

Während des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 versuchte die Linie VII durch Vor-Ort-Einsätze (beispielsweise in der Stalinallee) das Vorgehen der Volkspolizei zu kontrollieren und nahm auch in eigener Regie Festnahmen vor.[241] Später stellte sie der Volkspolizei ein gutes Zeugnis aus und erklärte Unsicherheiten und Passivität zu Einzelfällen.[242] Weil der »Neue Kurs« der SED und der Volksaufstand auch die Volkspolizisten verunsicherten und zu Fahnenfluchten und Entlassungsbegehren beitrugen, geriet nachfolgend die Linie VII abermals in die Kritik, wäre es doch ihre Aufgabe gewesen, weltanschauliche Aufweichung von vornherein zu verhindern. So befand etwa die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Suhl, die dortige Abteilung VII habe »ihr bisheriges Aufgabengebiet mangelhaft erfüllt«. Politisch unzuverlässige sowie »kriminelle und korrupte Elemente« innerhalb der Volkspolizei müsse die Linie VII »entfernen«, an der Volkspolizei interessierte Agenten »rücksichtslos […] entlarven« und Desertionen verhindern.[243]

Die Degradierung des Ministeriums für Staatssicherheit zum Staatssekretariat (auf Beschluss des Ministerrates vom 23.7.1953) änderte nichts an der Rivalität der beiden Apparate, die sich jetzt auch in der Verfolgung von Aufständischen manifestierte.[244] Grundsätzlich besaß die Geheimpolizei in dieser Zeit bereits die alleinige Zuständigkeit für die Untersuchung »feindlicher Tätigkeit« sowie aller politisch bedeutsamer Delikte (wie etwa Agententätigkeit, Vorkommnisse an der Staatsgrenze oder Waffenbesitz). In der Praxis freilich unterschied sich die Arbeit von Kriminal- und Geheimpolizei oftmals nur wenig – sowohl den Arbeitsgegenstand wie auch die konspirativen Arbeitsmethoden betreffend.[245]

Zwar hatte Wilhelm Zaisser der Volkspolizei untersagt, ihrerseits Zuträger anzuwerben, doch in der Praxis arbeitete etwa die Verwaltungspolizei in der HV DVP bereits 1950 sehr wohl mit »V-Männern«, und zwar durchaus mit Unterstützung der Staatssicherheit.[246] Zaissers Nachfolger Ernst Wollweber gab der Volkspolizei dann im Herbst 1953 grünes Licht für die Werbung von Zuträgern, nicht zuletzt aufgrund entsprechender Einflussnahme durch sowjetische Berater, und weil Verbrechensbekämpfung nun auch präventiv geschehen sollte.[247] Anfänglich »bremste« Volkspolizeichef Karl Maron den geheimpolizeilichen Ehrgeiz seiner Untergebenen, da er viele von ihnen für zu unerfahren zur Führung

---

[238] Befehl 39/52 des Ministers v. 7.4.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 57; siehe auch Tantzscher, Monika: Hauptabteilung VI. Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr. Hg. BStU. Berlin 2005, S. 44.

[239] Befehl 44/53 des Ministers v. 7.2.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 111.

[240] Vgl. Prämierungsvorschlag von [Wilhelm] Enke v. 11.10.1952; BStU, MfS, BV Schwerin, KS 85/72, S. 32.

[241] Vgl. Bericht v. 18.6.1953 der Abt. VII über den Einsatz am 16. u. 17.6.1953; BStU, MfS, SdM Nr. 249, S. 91–94.

[242] Vgl. Situationsbericht der Abt. VII v. 20.6.1953 über Zustand und Stimmung der Deutschen Volkspolizei seit dem 17.6.1953; ebenda, S. 84–90.

[243] DA 3/54 v. 7.1.1954 des Leiters der BV Suhl; BStU, MfS, BV Suhl, Abt. VII Bdl. 550, Bl. 1–8.

[244] Vgl. u. a. BStU, MfS, BV Gera, AOP 46/55, S. 139–141.

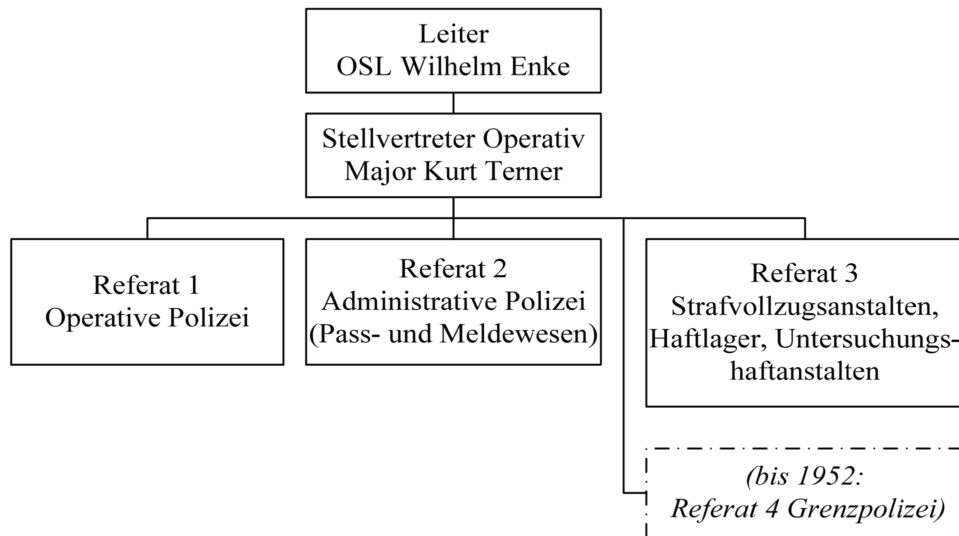
[245] Vgl. Herbstritt, Georg: Die Deutsche Volkspolizei als Geheimpolizei? In: Melis, Damian van (Hg.): Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952. Schwerin 2002, S. 389–414.

[246] Vgl. [Vermerk] der Abt. VII betr. VP-Kommissar Werner Reuther v. 17.10.1950; BStU, MfS, AIM 3980/57, S. 9. Spätestens seit 1952 wurden Zuträger durch die Volkspolizei schriftlich verpflichtet, z. B. als Gegenleistung für einen Verzicht auf Strafverfolgung. Vgl. Abschlussbericht der Abt. II/2 v. 9.1.1960; BStU, MfS, BV Potsdam, AIM 113/60, Bd. I, S. 227–229.

[247] Vgl. Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen: Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression. Dresden 1996, S. 18–21.

von Informanten hielt und Doppelwerbungen mit der Staatssicherheit befürchtete.[248] Die Staatssicherheit hatte dabei Vorrang vor den Interessen der Kriminalpolizei – so konnte die Geheimpolizei eine beabsichtigte Anwerbung durch die Kriminalpolizei jederzeit ablehnen und den Fall übernehmen.[249] Auf der Seite der Geheimpolizei hatte die Linie VII dabei auch das Spitzelwesen der Volkspolizei zu überwachen.[250]

Abbildung 2
Abteilung VII (1953)[251]



Zum Jahresende 1953 wurde die Zusammenarbeit der beiden Apparate grundsätzlich geregelt. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen der Staatssicherheit hatten jetzt »im Kampf gegen feindliche Elemente – nach Absprache mit dem zuständigen Leiter der Volkspolizei-Dienststelle – das Recht, Amtshilfe von der VP in Anspruch zu nehmen«. Gleichzeitig schränkte die Leitung des Innenministeriums ein, dass dies keinesfalls »Ausführung von Befehlsgewalt über die Volkspolizei-Dienststellen« bedeute.[252] Die Kompetenzen der Staatssicherheit wurden denn auch durch einen weiteren Befehl im Januar 1954 noch einmal besonders betont,[253] wenige Wochen später jedoch wieder etwas relativiert.[254] Walter Ulbricht bemängelte wohl nicht grundlos im Januar 1954 die »Überheblichkeit einiger Angehöriger der Staatssicherheit gegenüber der Volkspolizei« und sprach sich gegen eine förmliche Unterstellung der Volkspolizei unter die Geheimpolizei aus.[255]

---

[248] Aktennotiz über eine Besprechung bei Walter Ulbricht am 8.1.1954; SAPMO-BA, DY 30/IV 2/12/119, Bl. 1–9, abgedruckt in: Hoffmann, Dierk; u. a. (Hg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961. München 1993, S. 197–203.

[249] Vgl. Instruktion 1/55 v. 15.8.1955 des Chefs der Deutschen Volkspolizei zum Befehl 49/55: Arbeit mit den geheimen Mitarbeitern – Informatoren – der Kriminalpolizei; BA, DO 1 2.2./56594.

[250] Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. VII zur Richtlinie der Kriminalpolizei für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern v. 20.10.1954; BStU, MfS, BdL/Dok. 2497.

[251] Vgl. DA 42/53 v. 8.12.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 3018; BStU, MfS, BV Schwerin, KS 85/72.

[252] Anordnung 15/53 des Ministers des Innern v. 8.12.1953 zur Zusammenarbeit des Staatssekretariats für Staatssicherheit mit den Organen der Deutschen Volkspolizei; BA, DO 1 2.2./61912.

[253] Vgl. Befehl 3/54 des Chefs der Deutschen Volkspolizei v. 7.1.1954 zur Zusammenarbeit des Staatssekretariats für Staatssicherheit; BStU, MfS, BdL/Dok. 14885.

[254] Vgl. Befehl 3a/54 des Chefs der Deutschen Volkspolizei v. 4.2.1954; BStU, MfS, BdL/Dok. 14886.

[255] Zit. nach: Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 235), S. 75.

Der Aufgabenbereich der Linie VII erweiterte sich, als im Spätherbst 1953 die für Strafvollzug zuständige Abteilung XV aufgelöst wurde. Der Linie VII wurde nun die Zuständigkeit für die geheimpolizeiliche Kontrolle des gesamten Gefängniswesens des Ministeriums des Innern übertragen.[256] Somit gliederte sich die Abteilung VII auf zentraler Ebene nun in drei Referate, die für die Bereiche operative Polizei (Referat 1), administrative Polizei (Referat 2) und den Strafvollzug (Referat 3) verantwortlich waren. Am Jahresende 1954 verfügte die Diensteinheit über 24 Mitarbeiter.[257] Neuer Leiter der Abteilung VII wurde im November diesen Jahres Gustav Szinda, der als Stabschef und Kommandeur der XI. Internationalen Brigade am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen und die folgende Kriegszeit im Moskauer Exil zugebracht hatte. Ab 1949 hat er als Abteilungsleiter für Polizeifragen beim Parteivorstand gewirkt, war 1951 in die Reihen der Staatssicherheit getreten und hatte in der Auslandsspionage gearbeitet.[258] Allerdings erfolgte sein Einsatz auf dem neuen Posten »nicht freiwillig«.[259] Zu seinen ersten Erfolgen in der Abteilung VII zählten die Aufdeckung von Spionage in der Druckerei der HV DVP sowie der erfolgreiche Abschluss des Gruppenvorgangs zu einer »großen Schieberbande«.[260]

Als die Staatssicherheit im Sommer 1955 nach erfolgreichen Schlägen gegen die inneren Gegner ihr »Gesicht dem Westen zu« wandte,[261] sollte auch die Linie VII nach dem Willen von Staatssicherheitschef Ernst Wollweber neue Schwerpunkte setzen und die Kapazitäten der Volkspolizei stärker für sich nutzen.

> »Die VII hat doch bis jetzt gearbeitet auf ihrem Gebiet rein abwehrmäßig, aber zum Teufel, in der Volkspolizei gibt es doch sehr viele Möglichkeiten um anzuknüpfen und für die Aufklärung etwas herauszuholen. Ja? Durch die Hände der Volkspolizei laufen doch Tausende von Menschen, von denen man einige ausnutzen kann. Das soll die VII nicht machen, aber die soll organisieren, dass die Möglichkeiten ausgenutzt werden im Interesse der Aufklärung.«[262]

So wurde im Herbst 1955 die Abteilung VII umstrukturiert. Neu zugeschnitten wurde das Referat 1 unter Harry Otto, »welches sich ausschließlich mit Westarbeit beschäftigte«.[263] Für die Zusammenarbeit mit der HV DVP war jetzt das Referat 2 der Abteilung VII verantwortlich.[264] Als Leiter des sogenannten Abwehrreferates 3 fungierte Helmut Patelczyk, der für die Abwehrarbeit in der HV DVP und der Linie Volkspolizei bis in die Bezirksverwaltungen verantwortlich zeichnete. Er schuf in der HV DVP eine »Operativgruppe von Inoffiziellen Mitarbeitern […], welche den Charakter einer Abwehr-Residentur trägt«.[265]

Die Linie VII wurde 1955 wegen einer viel zu geringen Spitzeldichte in den Einheiten der Bereitschaftspolizei kritisiert[266] und musste diese Zuständigkeit Ende des Jahres an die

---

[256] Vgl. Zusammenfassung zur Zentralen Dienstkonferenz des SfS o. D. [1953]; BStU, MfS, ZAIG Pressestelle Abt. 1 200, o. Pag.; siehe auch Sélitrenny, Rita: Doppelte Überwachung. Geheimdienstlicher Ermittlungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten. Berlin 2003, S. 340.
[257] Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 25) Beilage.
[258] Vgl. BStU, MfS, KS I 1/89.
[259] Vgl. Schreiben Gustav Szinda an Minister für Staatssicherheit v. 18.9.1958; BStU, MfS, KS I 1/89, Bd. 2, S. 150 f.
[260] Vgl. Prämierungsvorschlag v. 20.1.1955; BStU, MfS, KS I 1/89, Bd. 1, S. 26.
[261] Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Hg. BStU. Berlin 1998, S. 223.
[262] Referat des Staatssekretärs auf der Dienstbesprechung im MfS am 5.8.1955; BStU, MfS, SdM Nr. 1921, S. 43–77.
[263] BStU, MfS, BV Potsdam, KS II 132/88, S. 60.
[264] Vgl. BStU, MfS, KS 240/66; BStU, MfS, AIM 2767/58.
[265] Schreiben der Abt. VII v. 11.9.1958; BStU, MfS, KS 240/66, S. 30.
[266] Vermerk über Dienstbesprechung mit der Abt. VII v. 12.1.1955; BStU, MfS, SdM Nr. 1920, S. 100–104.

Hauptabteilung I abgeben, wo hierfür eine eigene Abteilung 10 gebildet wurde.[267] Hingegen wurde der Abteilung VII im Januar 1956 die Aufgabe übertragen, die Registrierstellen der Kasernierten Volkspolizei (KVP), die man für ein Einfallstor westlicher Spionage hielt, abzusichern.[268] Hiermit beauftragt wurde vermutlich das Referat (später Abteilung) 4, welches sich seinerzeit besonders mit den VS-Stellen im Apparat von Innenministerium und Volkspolizei befasste.[269] Im November 1955 wurde die formale Unterstellung des Staatssekretariats unter das Ministerium des Innern wieder aufgehoben; die Geheimpolizei erhielt erneut den Rang eines Ministeriums. Im Februar 1957, nach dem Ungarnaufstand, erfolgte dann im Zusammenhang mit dem heraufziehenden Konflikt zwischen Ulbricht und Wollweber eine Stärkung des Ministeriums des Innern zu Lasten des MfS durch die Eingliederung der bewaffneten Formationen Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei und Transportpolizei, die bis dahin in der Staatssicherheit die Hauptverwaltung Innere Sicherheit gebildet hatten.[270]

Entsprechend der gewünschten Verstärkung der Westarbeit wurde bereits im Sommer 1956 die Aufklärung der westlichen Notaufnahmelager von der Abteilung 5 der Hauptabteilung II übernommen[271] und in der Abteilung VII das Referat 5 damit betraut. Der zunächst als Referatsleiter eingesetzte Oberleutnant Lange wurde seiner Aufgabe offenbar nicht gerecht und im September 1957 durch Kurt Köhler ersetzt.[272] Binnen kürzester Zeit »spezialisierte« er sich auf »Republikfluchten, Rückkehrer und Erstzuziehende«[273] sowie die »Bearbeitung der westdeutschen Flüchtlingslager und des Notaufnahmeverfahrens«[274] und stieg so zum kommissarischen Stellvertreter des Leiters der Abteilung VII auf. Die Absicherung der DDR-Aufnahmeheime war bis 1953 Aufgabe der Linie IV (Spionageabwehr),[275] bevor die Linie VII auch dies übernahm und auf zentraler Ebene das Referat 5 damit betraute.

Als dann ab Ende 1955 ein »Ziviler Luftschutz« der DDR aufgebaut wurde, sollte die Linie VII auch diesen überwachen. Denn affine Bereiche im Ministerium des Innern, die Berufsfeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr sowie das Deutsche Rote Kreuz, fielen bereits in ihre Zuständigkeit. Dies betraf sowohl die offizielle Kooperation wie auch die »Abwehr«. Mithilfe des »großen Apparates« des Luftschutzes hoffte die Geheimpolizei »Informationen im Hinblick auf allgemeine Feindtätigkeit (Untergrundbewegung) für die allgemeine Sicherheit der DDR und für die Arbeit des MfS zu erhalten«.[276] Am Jahresende 1956 verfügte die zentrale Abteilung VII im Ministerium für Staatssicherheit über insgesamt 46 hauptamtliche Mitarbeiter.[277]

---

267 Vgl. Befehl 382/55 des Ministers v. 28.12.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 404; Anweisung 45/55 der HA KuSch v. 2.11.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 3456; BStU, MfS, BV Potsdam, KS II 5/70.

268 DA 5/56 v. 24.1.1956; BStU, MfS, BdL/Dok. 2123.

269 Vgl. Arbeitsrichtlinie v. 1.2.1957 für die Abwehrarbeit der Abt. VII/2; BStU, MfS, BdL/Dok. 2389, S. 1.

270 Beschluss des Politbüros zur Ausgliederung von Grenz-, Bereitschafts- und Transportpolizei aus dem MfS; Protokoll der PB-Sitzung am 18.–20.1956; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/519. Zum Kontext vgl. Engelmann, Roger; Schumann, Silke: Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht–Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43(1995)2, S. 341–378; Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 235), S. 164.

271 Vgl. Schreiben des Stellv. des Ministers für Staatssicherheit Beater v. 16.6.1956; BStU, MfS, BdL/Dok. 3818.

272 Vgl. BStU, MfS, KS 30/83.

273 Attestationsblatt v. 20.1.1958; BStU, MfS, KS 30/83, S. 80 f.

274 Beurteilung des Major Köhler v. 25.11.1958; ebenda, S. 88–90.

275 Vgl. DA 6/53 v. 27.3.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 2041.

276 Stellungnahme der Abt. VII zum Gesetzentwurf über den Luftschutz in der DDR, Minister Maron v. 29.6.1957; BStU, MfS, SdM Nr. 1155, S. 173–175.

277 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 25) Beilage.

Ab 1957 übernahm die Volkspolizei die Posten von Kommandeuren und Stabschefs in den SED-Einsatzleitungen in den Bezirken und Kreisen, was in einem engen Zusammenhang mit der kurz zuvor erfolgten Übernahme der Transport-, Bereitschafts- und Grenzpolizei stand und einen vorübergehenden Bedeutungszuwachs des Ministeriums des Innern dokumentierte.[278] In den Reihen der VP registrierte man mit Genugtuung, dass im Falle eines inneren Konfliktes nicht länger die Dienststellenleiter der Staatssicherheit das Sagen hatten, weil diese sich bei »Probeübungen« überfordert gezeigt hätten, sondern die Bezirkschefs der DVP.[279] Möglicherweise vor diesem Hintergrund ermahnte der Leiter der Abteilung VII die Mitarbeiter des zuständigen Referates VII/2 im Jahre 1957, sich einer kooperativeren Haltung gegenüber der Volkspolizei zu befleißigen: Man müsse »davon abkommen von der Bearbeitung der Volkspolizei zu sprechen«, sondern in »enger Zusammenarbeit mit den leitenden Organen der Volkspolizei die Tätigkeit von Agenten und Feinden innerhalb der Organe der VP […] bekämpfen«. Die westlichen Dienste hätten ihre Strategien verfeinert und verbessert, weswegen das Entlarven von Agenten und Feinden immer seltener möglich sei. »Die bisherige Methode der Arbeit brachte in den letzten zwei Jahren kaum noch irgendwelche Erfolge auf der Linie der Abteilung VII.« Deswegen sollte die geheimpolizeiliche Arbeit in der Volkspolizei möglichst über Geheime Hauptinformatoren (GHI) geschehen und stärker den Privat- bzw. Freizeitbereich der Volkspolizisten einschließen.[280]

Auch der Minister für Staatssicherheit, Wollweber, kritisierte die Abteilung VII, deren Arbeitsweise »grundlegend verändert werden« müsse. »Zur Bekämpfung der feindlichen Tätigkeit ist es erforderlich, dass die Möglichkeiten, die die VP hat, für uns richtig ausgenutzt werden.«[281] So beklagte Gustav Szinda im Jahre 1957 in einer Kollegiumssitzung, dass bei der Bearbeitung der verschiedenen Zweige des Ministeriums des Innern »sich alles überschneidet«. Das Ministerium werde von den Hauptabteilungen I, III, V und XIII als auch der Abteilung VII bearbeitet. Das (im August 1952 aus Vorgängerstrukturen gebildete) Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs beispielsweise, das dem Ministerium für Außenhandel unterstand, werde in Berlin von der Abteilung VII, in den Bezirken aber von der Abteilung III bearbeitet. Doch Mielke mochte an der Aufgabenverteilung in der Staatssicherheit nicht rütteln:

> »Die Objekte müssen so bearbeitet werden, dass wir alles wissen. Für die Bearbeitung der Trapo kann nur die HA XIII verantwortlich sein. Bereitschaftspolizei und Grenzpolizei können aufgrund ihres Charakters nur durch die HA I bearbeitet werden. Die Abteilung VII ist verantwortlich für die Bearbeitung der Volkspolizei einschließlich Luftschutz, Brandschutz, Haftwesen, Rotes Kreuz usw., AZKW sowie die Rückkehrerlager in den Bezirken. Grundsätzliche Fragen mit der Spitze des MdI werden so geregelt, dass der 1. Stellvertreter des Ministers direkte Verbindung mit Minister Maron aufnimmt.«

Wollweber bestätigte abschließend die von Mielke vorgeschlagene Abgrenzung der Zuständigkeiten, lediglich die Verantwortung für die Bereitschaftspolizei wollte er unter Hinzuziehung der sowjetischen Berater noch einmal geprüft wissen. Allgemein herrschte Übereinstimmung in der Ministeriumsspitze, dass die Abteilung VII personell sogar noch reduziert werden könne, wozu Szinda dem zuständigen Stellvertreter des Ministers Beater einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten sollte.[282]

---

[278] Vgl. Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971). Berlin 2002, S. 135–137; Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 235), S. 164.

[279] Vgl. [Bericht des GI] »Robert« v. 21.5.1957; BStU, MfS, AIM 794/61, Bd. 1, S. 99 f.

[280] Vgl. Arbeitsrichtlinie v. 1.2.1957 für die Abwehrarbeit der Abt. VII/2; BStU, MfS, BdL/Dok. 2389, S. 1.

[281] Protokoll der Dienstbesprechung im MfS am 24.2.1956; BStU, MfS, SdM Nr. 1921, S. 25–33.

[282] Protokoll der Kollegiumssitzung im MfS v. 29.5.1957; BStU, MfS, SdM Nr. 1553, S. 33–44.

Eine Reorganisation des Ministeriums des Innern im Jahre 1958 in vier Stellvertreterbereiche[283] wurde zum Anstoß, auch die Zuständigkeiten auf der Linie VII neu zu verteilen. So wurde das Referat 1 (Westarbeit) mit Planstellen an die Hauptabteilung II übertragen, sodass der Abteilung VII nur noch 38 Mitarbeiter verblieben. Das neu strukturierte Referat 1 der Abteilung VII unter Major Helmut Patelczyk verfügte jetzt über 13 Planstellen und vier Hauptsachgebiete. Es war für die Mehrzahl der Dienststellen verantwortlich, die dem Stellvertreter des Ministers des Innern für die bewaffneten Organe, Seifert, unterstanden, insbesondere die HV DVP mit ihren Verwaltungen und Abteilungen. Im Einzelnen leitete Patelczyk selbst die Abwehrarbeit im Stab des MdI und im Sekretariat der HV DVP. Das Hauptsachgebiet I seines Referates war verantwortlich für die Personalabteilung, den Bereich Ausbildung und Schulung sowie die Politverwaltung der HV DVP. Hinzu kamen die Leitungsebenen von Kriminalpolizei, Untersuchungsabteilung, Schutzpolizei, Verkehrspolizei, Wasserschutzpolizei, Pass- und Meldewesen, Erlaubniswesen, Feuerwehr, Betriebsschutz, der Operativstab der HV DVP sowie das musikalische Republik-Ensemble der Deutschen Volkspolizei. Das Hauptsachgebiet II (später auch als Sachgebiet B bezeichnet) trug die Verantwortung für die Verwaltung Strafvollzug. Das Hauptsachgebiet III war verantwortlich für das Zentrale Luftschutzkommando sowie das DRK, während das Hauptsachgebiet IV des Referates 1 speziell für die Sportvereinigung Dynamo zuständig war.[284]

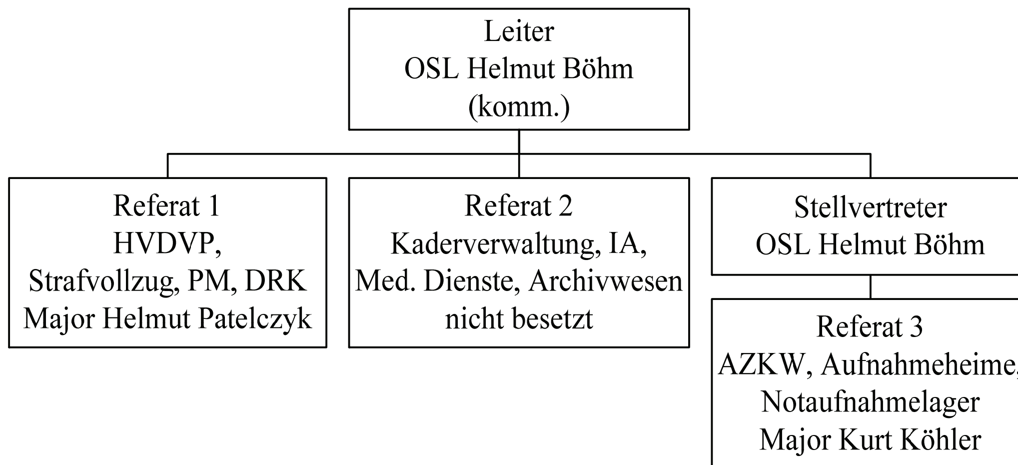
Das Referat 2 mit 12 Planstellen (aber vakantem Referatsleiterposten) zeichnete für den Zuständigkeitsbereich des 3. Stellvertreters des Minister des Innern, Richard Wenzel, sowie Teile des Zuständigkeitsbereichs des 1. Stellvertreters des Minister des Innern, Herbert Grünstein, verantwortlich. So hatte das Hauptsachgebiet I des Referates 2 die Verwaltung für Kader und Lehranstalten, die Höhere Polizeischule Kaulsdorf, die Redaktion der HV DVP und das Druckhaus des Ministeriums des Innern in der Ostberliner Münzstraße abzusichern. Das Hauptsachgebiet II war für die Abteilung für Innere Angelegenheiten, die Verwaltung Medizinische Dienste, die Wirtschaftsverwaltung des Ministeriums des Innern, das Lager »Große Rampe«, die Allgemeine Abteilung sowie die Wacheinheit, die Fahrbereitschaft und das Zentrale Orchester des Ministeriums des Innern verantwortlich. Das Hauptsachgebiet III war zuständig für die Staatliche Archivverwaltung, die Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen, die Finanzverwaltung und den Meteorologischen und Hydrologischen Dienst.[285]

Das Referat 3 verfügte über 17 Mitarbeiter und wurde von Kurt Köhler geleitet, der das ehemalige, aufgelöste Referat 5 geführt hatte. Sein Hauptsachgebiet I war zentral für alle Dienststellen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs in der DDR zuständig. Die Hauptsachgebiete II und III befassten sich (in Zusammenarbeit mit den Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit) mit den DDR-Aufnahmeheimen für Rückkehrer und Erstzuziehende und mit den Notaufnahmelagern in Marienfelde, Uelzen und Gießen. In diesem Zusammenhang bearbeiteten sie Operative Vorgänge und überführten zurückgewiesene Aufnahmeersuchende in den Westen.[286]

---

283 Vgl. Befehl 24/58 des Ministers des Innern betr. Struktur des Ministeriums des Innern v. 20.6.1958; BStU, MfS, BdL/Dok. 50029.
284 Vgl. Aufgaben und Struktur der HA VII v. 1.12.1958; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 422–432.
285 Vgl. ebenda.
286 Vgl. ebenda.

Abbildung 3
Abteilung VII (1958)[287]



Nicht verantwortlich zeichnete die Abteilung VII seinerzeit für die Deutsche Grenzpolizei und die Bereitschaftspolizei in der Zuständigkeit des Stellvertreters des Ministers für die bewaffneten Organe, Seifert. Hier hielt die Hauptabteilung I die Fäden in der Hand. Die Hauptabteilung V wiederum war zuständig für das gesamte Arbeitsgebiet des Stellvertreters des Ministers des Innern und Staatssekretärs für die Angelegenheiten der Örtlichen Räte, Hans Jendretzki.[288] So führte die Hauptabteilung V ihre Zuträger im Ministerium des Innern und suchte auch die offizielle Zusammenarbeit.[289] Ebenso fiel bereits zu dieser Zeit die Transportpolizei in die Verantwortung der Hauptabteilung XIII.

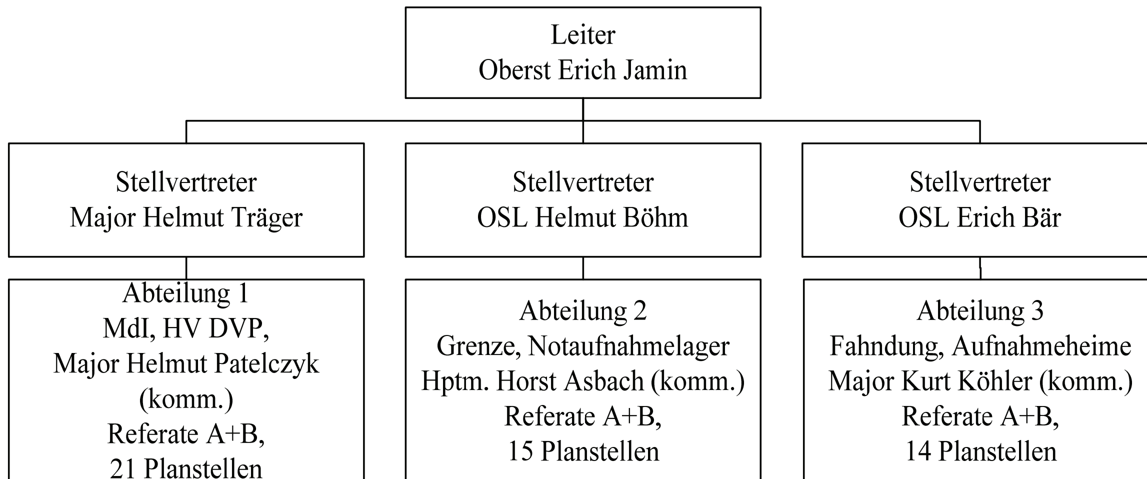
3.2 Aufwertung und Strukturwandel (1959–1964)

Aufgrund einer »erweiterten Aufgabenstellung und der Bedeutung der operativen Arbeit, die sie durchzuführen hat«, wurde die Abteilung VII im Februar 1959 zur Hauptabteilung aufgewertet.[290] So erhielt die Diensteinheit wieder Zuständigkeiten im Bereich der Grenze. Um bestehende »Probleme der Sicherung der Staatsgrenze« zu lösen und die »Zusammenarbeit mit den Aufklärungsorganen der DGP, dem AZKW und den örtlichen Organen des Staatsapparates« sowie die »Fahndungsarbeit« zu verbessern, war im September 1958 eine entsprechende Arbeitsgruppe gebildet worden.[291] Sie wurde dann zur neu strukturierten Abteilung 2 der Hauptabteilung VII, konnte jedoch erst langsam ihren Zuständigkeitsbereich aufbauen.[292] Das bisherige Referat 2 hingegen übertrug seine Zuständigkeiten (etwa für die Abteilung Innere Angelegenheiten) an die Abteilung 1.[293] Die Aufgabe der Fahndung wurde der neu gebildeten Abteilung 3 übertragen. Die bisherigen Referate der Abteilung VII wurden zusammengeführt und bildeten nunmehr die Abteilung 1 der Hauptabteilung VII.[294] Neu war auch, dass mehrere gleichberechtigte Stellvertreter des

[287] Vgl. Aufgaben und Struktur der HA VII v. 1.12.1958; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 422–432.
[288] Vgl. ebenda.
[289] Vgl. [Vermerk] der HA V/1/I betr. GI »Hans« v. 1.8.1957; BStU, MfS, AIM 3980/57, Bl. 39.
[290] Vgl. Vorlage für die Sicherheitskommission betr. Einsatz des Erich Jamin v. 2.5.1959; BStU, MfS, KS I 2/84, S. 133.
[291] Vgl. Protokoll der Kollegiumssitzung v. 1.9.1958; BStU, MfS, SdM Nr. 1903, S. 197–200.
[292] So oblagen auch im Sommer 1960 Aufgaben der Grenzsicherung bzw. Abwehrarbeit in der Grenzpolizei in den Bezirken vielfach »noch« den Mitarbeitern der Linie II. Die politisch-operative Situation im Bezirk Neubrandenburg v. 28.9.1960; BStU, MfS, SdM Nr. 1351, S. 26–48.
[293] Vgl. [Struktur der HA VII] o. D. [1959]; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 405–420.
[294] Vgl. Befehl 51/59 des Ministers v. 2.2.1959; BStU, MfS, BdL/Dok. 635.

Abteilungsleiters »zwischengeschaltet« wurden. Sie sollten mit jenen Strukturteilen der Deutschen Volkspolizei und des Ministeriums des Innern kooperieren, in denen die ihnen unterstellten Abteilungen die Abwehrarbeit zu leisten hatten.

Abbildung 4
Hauptabteilung VII (1959)[295]



Die Abteilung 1 mit 21 Planstellen war nun in die Referate A und B gegliedert. Das erstgenannte war verantwortlich für die Abwehrarbeit in der Abteilung Innere Angelegenheiten, der Staatlichen Archivverwaltung, der Verwaltung Medizinische Dienste, der Verwaltung Vermessung und Kartenwesen, dem Meteorologischen und Hydrologischen Dienst, der Verwaltung Kader, der Lehranstalten und der Höheren Polizeischule Kaulsdorf, der Finanzverwaltung, dem Zentralen Orchester des Ministeriums des Innern, der Wirtschaftsverwaltung, der Redaktion der HV DVP, der Pressestelle, der Sportvereinigung (SV) Dynamo, der Hauskommandantur und der Wachkompanie. Das Referat B war für die Abwehraufgaben in der Kriminalpolizei, der Schutzpolizei, der Verkehrspolizei, der Untersuchungsabteilung, dem Bereich Volkseigentum, der Verwaltung Strafvollzug, dem Pass- und Meldewesen, dem Betriebsschutz, dem Luftschutz, dem DRK, der Feuerwehr, dem Bereich Ausbildung und Schulung, dem Stab des Ministeriums des Innern und in dem Operativstab der HV DVP, der Politverwaltung und der Personalabteilung zuständig.[296]

Zu den Aufgaben der Abteilung 2 mit 15 Planstellen zählten die rückwärtige Grenzsicherung (durch das Referat B) sowie die Aufklärungsarbeit in den Westen hinein[297] mit der Bearbeitung der Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde, Gießen und Uelzen (Referat A). Hier bestand die Hauptaufgabe darin, »mittels geeigneter operativer Maßnahmen unter den Angestellten des Notaufnahmeverfahrens ein qualifiziertes Netz von inoffiziellen Mitarbeitern aufzubauen«. Die Mitarbeiter der westlichen Geheimdienste in den Lagern sollten möglichst überworben oder in ihrer Tätigkeit gelähmt werden, ihre Arbeitsabläufe galt es »spürbar zu stören«.[298] Wichtige IM in Marienfelde wurden allerdings auch von anderen Linien der Staatssicherheit geführt.[299] Die Abteilung 3 mit 14 Planstellen

---

[295] Vgl. ebenda; [Struktur der HA VII] o. D. [1959]; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 405–420.
[296] Vgl. ebenda.
[297] Vgl. ebenda.
[298] Vgl. Arbeitsrichtlinie der HA VII/2 v. 5.5.1959; BStU, MfS, BdL/Dok. 2388.
[299] So von der Linie V bzw. XX, die aufgrund ihrer Zuständigkeit für den UfJ einen wichtigen IM führte, der in der Außenstelle des UfJ in Marienfelde agierte. Vgl. Ciesla, Burghard: »Feindobjekt« Marienfeld.

wiederum sollte im Zusammenwirken mit der Volkspolizei, der Transportpolizei und dem AZKW Fahndungsmaßnahmen besonders nach geflüchteten Volkspolizisten organisieren. Hinzu kam die »Aufklärung und Erkundung von Dienststellen westlicher Geheimdienste, die sich besonders für Dienststellen der DVP« interessierten (Referat A). Das Referat B leistete die Abwehrarbeit unter Rückkehrern und Erstzuziehenden in den ostdeutschen Aufnahmeheimen und überprüfte das dort beschäftigte Personal.[300]

Neben der Aufwertung zur Hauptabteilung bedeutete das Jahr 1959 vor allem deswegen eine Zäsur für die Linie VII, weil jetzt geheimpolizeiliche Operativstrukturen in der Kriminalpolizei gebildet wurden (Operativabteilung in der HA K, Operativgruppen in den Abteilungen K der BDVP und Arbeitsgruppen in den Abteilungen K der VPKÄ), die unter der besonderen Obhut des MfS standen.[301] Bei den Operativgruppen handelte es sich um eigene Organisationseinheiten innerhalb der Kriminalpolizei, die oftmals von Offizieren im besonderen Einsatz geleitet wurden. Begründet wurde diese straffere Anbindung damit, dass die Volkspolizei mit ihren Spitzeln (nach Befehl 49/55) bisher angeblich zu unprofessionell arbeiten würde. So bildeten die zur Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern berechtigten Mitarbeiter der Volkspolizei jetzt »Kollektive der Mitarbeiter nach Befehl 24«, die durch einen Verbindungsmann von der Staatssicherheit angeleitet wurden.[302]

Auf den führenden Positionen in den Operativgruppen wurden entweder Offiziere im besonderen Einsatz eingesetzt oder die Leitungskader wurden nach der sogenannten Anordnung 6/61 verpflichtet.[303] Diese Kader des Ministeriums des Innern verpflichteten sich schriftlich zur engen Kooperation mit der Staatssicherheit, doch ist dies nicht mit einer Bereitschaftserklärung zur inoffiziellen Mitarbeit für die Staatssicherheit zu verwechseln. Die Verpflichtungserklärung bedeutete auch keine arbeitsrechtliche Gleichstellung mit den Offizieren im besonderen Einsatz, sondern sollte wohl »die besondere politisch-moralische Bindung an das MfS« erhöhen.[304] Gerne versetzte die Staatssicherheit auch eigene ehemalige Mitarbeiter zur Kriminalpolizei, die aus moralischen oder fachlichen Gründen für eine Tätigkeit im Ministerium für Staatssicherheit nicht mehr geeignet schienen, denen aber der Dienst in den Operativgruppen bzw. in anderen Bereichen der Volkspolizei noch zugetraut wurde.[305] Insgesamt waren im Jahre 1961 in der gesamten DDR auf allen Ebenen 2 051 Kriminalisten für die Arbeit mit Spitzeln »bestätigt«, während 5 895 Kriminalisten in den anderen Dezernaten der Kriminalpolizei wirkten.[306] Die Staatssicherheit schuf sich somit ein festes Standbein innerhalb der Kriminalpolizei, auch, weil der seit 1955 amtierende Leiter der Hauptabteilung Kriminalpolizei, Paul Odpadlick, offenbar kooperierte.[307]

Als Stellvertreter des Leiters der Abteilung VII fungierte seit März 1956 Helmut Böhm, der laut einer Beurteilung der Kaderabteilung »wie ein Quirl« zu arbeiten pflegte und seine Mitarbeiter so in manche Verlegenheit stürzte.[308] Dies trug wohl dazu bei, dass Böhm nur kommissarisch als Leiter der Abteilung VII eingesetzt wurde, als der bisherige Abtei-

In: Effner, Bettina; Heidemeyer, Helge (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager. Berlin 2005, S. 153–169.

300 Vgl. [Struktur der HA VII] o. D. [1959]; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 405–420.

301 Vgl. Befehl 24/59 des Ministers des Innern zur Bildung einer Operativ-Abteilung der HV DVP v. 16.5.1959; BStU, MfS, BdL/Dok. 50174.

302 Vgl. u. a. BStU, MfS, HA KuSch Nr. 23426, S. 407.

303 Vgl. Anordnung 6/61 der HA KuSch des MfS v. 31.7.1961; BStU, MfS, BdL/Dok. 2917.

304 Die Landesbeauftragten: Der Beitrag des Arbeitsgebietes I. Dresden 1996, S. 28.

305 Vgl. u. a. BStU, MfS, BV Magdeburg, KS 42/64.

306 Vgl. Aktennotiz der Operativ-Abteilung der HV DVP v. 24.7.1961; BStU, MfS, BdL/Dok. 50174.

307 Es sei zu konstatieren, dass dieser »uns in jeder Hinsicht unterstützt, wenn wir irgendwelche Hilfe benötigen«. Einschätzung der Abt. VII/3 v. 5.1.1959; BStU, MfS, AP 2194/55, S. 39.

308 Stellungnahme der HA KuSch v. 10.12.1958; BStU, MfS, KS 30/83, S. 91.

lungsleiter, Gustav Szinda, im Jahre 1958 nach Neubrandenburg versetzt wurde. Nun wurde Erich Jamin in der Sitzung der Sicherheitskommission des Politbüros vom 13. Mai 1959 als neuer Leiter der Hauptabteilung VII bestätigt.[309] Jamin hatte von August 1948 bis 1949 das geheimpolizeiliche Referat (zuletzt Abteilung) K 5 in der Deutschen Verwaltung des Innern geleitet.[310] Seit 1953 arbeitete er in der Hauptabteilung V, war dort für die bundesdeutsche SPD zuständig und zuletzt als stellvertretender Leiter dieser Diensteinheit tätig.[311] Jamin war nach Amtsantritt in der Hauptabteilung VII offenkundig sehr um Festigung seiner eigenen Position bemüht, denn er ließ die ihm unterstellten Leiter bis zu zweieinhalb Jahre die Dienstgeschäfte kommissarisch führen. So machte er sie besonders von sich abhängig, bis er sie schließlich förmlich bestätigte.[312] Jamin ging angeblich »nicht mehr mit der alten lückenhaften Vorstellung« der »Bearbeitung« der Volkspolizei an seine Arbeit heran, sondern verstand »die gleiche Zielstellung im Zusammenwirken« mit der Volkspolizei zu erreichen und der Tätigkeit der Linie VII so einen »tieferen Inhalt als bisher« zu geben.[313]

Jamin galt als hochmotiviert, in der Anleitung seiner Mitarbeiter jedoch als heikel, weswegen das Verhältnis zu den drei ihm unterstellten Abteilungsleitern angespannt war.[314] Als unmittelbarer Stellvertreter Jamins fungierte anfänglich Erich Bär. Er wurde bereits nach wenigen Wochen (mit Zustimmung der Abteilung für Sicherheitsfragen) wieder von seinem Posten entbunden und ab August 1960 als Offizier im besonderen Einsatz als Leiter der Operativ-Dienststellen der HV DVP verwendet. Auch dort blieb er jedoch gerade ein Jahr auf seinem Posten.[315]

Die Bekämpfung der fortwährenden Abwanderung von DDR-Bürgern in den Westen erforderte eine Abstimmung zwischen Staatssicherheit, Grenzpolizei, Volkspolizei und dem Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs[316] und erhöhte die Bedeutung der Linie VII als »Scharnier«. Der Mauerbau brachte dann erhebliche Veränderungen für die Volkspolizei und auch die Linie VII mit sich. So waren schon an der im August 1961 erfolgten Abriegelung der Westsektoren Einheiten der Volkspolizei beteiligt, die unmittelbar von der Hauptabteilung VII gesichert wurden.[317] Der Mauerbau veränderte vor allem mittelfristig die Aufgabenstellung der Sicherheitsorgane – so hatte die Abteilung VII der Verwaltung Groß-Berlin jetzt beispielsweise jene VP-Dienststellen zu kontrollieren, die Berechtigungsscheine für das Passieren der Sektorengrenze ausgaben.[318]

Im September 1961 wurde die Deutsche Grenzpolizei aus dem Ministerium des Innern ausgegliedert und mit der Bezeichnung Grenztruppen der NVA dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt.[319] Die bisher an der innerstädtischen Grenze in Berlin und am »Ring um Berlin« dislozierten Einheiten der Grenzpolizei wurden (als 1. und 2. Grenzbrigade Berlin) vorübergehend der Bereitschaftspolizei unterstellt. »Durch diese strukturelle Veränderung und der damit verbundenen Erweiterung des Arbeitsgebietes der Bereitschaftspolizei ergeben sich für die HA VII neue Aufgaben.«[320] Die geheimpolizeiliche Zuständigkeit für den letztgenann-

---

[309] Vgl. Protokollauszug zur 25. Sitzung der Sicherheitskommission des Politbüros am 13.5.1959; BStU, MfS, SdM Nr. 408, S. 94–96.
[310] Vgl. Gieseke, Jens (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Hg. BStU. Berlin 1998, S. 34.
[311] Vgl. BStU, MfS, KS I 2/84.
[312] Vgl. BStU, MfS, KS 30/83, S. 97–101.
[313] Vgl. Beurteilung über Erich Jamin v. 11.4.1961; BStU, MfS, KS I 2/84, S. 41–48.
[314] Vgl. vorgenannte Beurteilung v. 11.4.1961; ebenda.
[315] Vgl. BStU, MfS, KS 31/73.
[316] Vgl. Anweisung 1/60 des Ministers v. 4.5.1960; BStU, MfS, BdL/Dok. 3499.
[317] Vgl. Vorschlag der HA VII v. 25.3.1969; BStU, MfS, KS 5713/90, S. 108–110.
[318] Vgl. Bericht der Abt. VII der Verwaltung Groß-Berlin v. 22.8.1961; BStU, MfS, SdM Nr. 2615, S. 47–49.
[319] Vgl. Diedrich: Die Grenzpolizei (Anm. 4), S. 219.
[320] Vorlage an die Abt. für Sicherheitsfragen v. 12.10.1961; BStU, MfS, KS I 3/85, Bd. 2, S. 60.

ten Bereich wurde jetzt von der Hauptabteilung I zur Hauptabteilung VII verlagert. Die Hauptabteilung VII, so hoffte die Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED, würde die geheimdienstliche Arbeit am »Ring um Berlin« vielleicht zuverlässiger betreiben als zuletzt die Hauptabteilung I, die dem nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt habe.[321] Tatsächlich hatte diese die grassierende Fahnenflucht nicht in den Griff bekommen; aus den beiden Berliner Grenzbrigaden waren zwischen Mauerbau und Jahresende 152 Angehörige in den Westen geflüchtet.[322] So wurde die für die Sicherung der Bereitschaftspolizei zuständige Abteilung 10 der Hauptabteilung I im November 1961 als Abteilung 7 in die Hauptabteilung VII eingegliedert; personell wurde die Diensteinheit dabei von 66 auf 77 Mitarbeiter aufgestockt.[323]

Ab Oktober 1961 wurden »nach Rücksprachen« mit der Abteilung für Sicherheitsfragen die »Organe des AZKW […] ab sofort durch die zuständigen Abteilungen des MfS operativ angeleitet«.[324] An den Kontrollpassierpunkten waren jetzt Mitarbeiter der Volkspolizei, des Pass- und Meldewesens, des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs sowie sogenannte »Fahndungsbevollmächtigte« eingesetzt, die der Hauptabteilung VII unterstanden.[325] Formal wurde im Zuge dieser Umstrukturierung in der HV DVP eine Fahndungsgruppe gebildet, die sich in Wirklichkeit »aus Genossen des MfS zusammensetzt«.[326] An allen Kontrollpassierpunkten (KPP) existierten jetzt solche »arbeitsfähigen Fahndungsgruppen«,[327] die seitens der Staatssicherheit von der neu strukturierten Abteilung 2 der Hauptabteilung VII angeleitet wurden. Diese Diensteinheit war nun für Fahndung verantwortlich[328] und wurde ab November 1961 von Major Günter Leinau angeleitet.[329] Der bisherige Leiter der Abteilung 2, Horst Asbach, wurde im November 1961 neuer Leiter der Abteilung Aufklärung der Bereitschaftspolizei im Raum Berlin und fungierte dabei als Offizier im besonderen Einsatz der Hauptabteilung VII.[330] Für die neu strukturierte Diensteinheit unter seiner Leitung, die über eigene GI- und GHI-Netze verfügte, entwickelte Asbach sogar selbst den Stellenplan; er wurde aber im Frühjahr 1962 bereits wieder abgelöst.[331] Der bisherige Leiter der Grenzaufklärung Erich Kistowski, Offizier im besonderen Einsatz der Hauptabteilung I, wurde wiederum im Dezember 1961 als Stellvertreter des Leiters der Hauptabteilung VII eingesetzt.[332] Zum Jahresende 1961 wurde auch die Registratur der Aufklärungsabteilung der Deutschen Grenzpolizei im Raum Berlin von der Abteilung XII (mit einem Umweg über die Hauptabteilung I) an die Hauptabteilung VII übergeben, wo sie das Referat XII unter Anita Otto bildete.[333]

Eigentlich sollte die Bereitschaftspolizei nun durch die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen abgesichert werden; nur die 1. und 2. Grenzbrigade (B) sowie die 3. und 4. Brigade der Bereitschaftspolizei lagen in unmittelbarer Verantwortung der Hauptabteilung VII.[334] Offenbar setzte sich diese Praxis aber nicht durch; bereits im Herbst 1962

---

[321] Vgl. Bericht der Abt. für Sicherheitsfragen v. 27.11.1961; SAPMO-BA, DY 30/IV 2/12/116, S. 172–179.
[322] Vgl. Eisenfeld, Bernd; Engelmann, Roger: 13.8.1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Bremen 2001, S. 92.
[323] Befehl 544/61 des Ministers für Staatssicherheit v. 8.12.1961; BStU, MfS, BdL/Dok. 598.
[324] Aktenvermerk v. 28.10.1961; BStU, MfS, KS I 3/85, Bd. 2, S. 72.
[325] Vgl. Behrendt, Hans-Dieter: »Guten Tag, Passkontrolle der DDR«. Über die Tätigkeit der Kontroll- und Sicherheitsorgane an der deutsch-deutschen Grenze zwischen 1945 und 1990. Schkeuditz 2008, S. 38 f.
[326] Vgl. Vorschlag der HA VII v. 5.9.1961; BStU, MfS, KS II 39/83, S. 103–205.
[327] Beurteilung des Genossen Günt[h]er Baier v. 27.3.1962; BStU, MfS, KS 24072/90, S. 36 f.
[328] Befehl 544/61 des Ministers für Staatssicherheit v. 8.12.1961; BStU, MfS, BdL/Dok. 598.
[329] Vgl. Tantzscher: Hauptabteilung VI (Anm. 238), S. 46.
[330] Aktenvermerk v. 12.10.1961; BStU, MfS, KS 66/71, Bd. 1, S. 75 f.
[331] Vgl. Schreiben von Asbach an Mühlpforte v. 26.5.1962; ebenda, S. 236–240.
[332] Vgl. Vorlage an die Abt. für Sicherheitsfragen v. 12.10.1961; BStU, MfS, KS I 3/85, Bd. 2, S. 60.
[333] Vgl. Beurteilung der HA VII v. 18.10.1962; BStU, MfS, KS II 124/89, S. 5 f.
[334] Befehl 444/62 des Ministeriums für Staatssicherheit v. 31.7.1962; BStU, MfS, BdL/Dok. 767.

wurden die 1. und 2. Grenzbrigade (B) in die Grenztruppen eingegliedert, womit die Hauptabteilung I für sie zuständig wurde. Und bereits im August 1962 ging aus der Abteilung 2 der Hauptabteilung VII die Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung hervor, die später zusammen mit anderen Strukturteilen die Hauptabteilung VI bildete.[335]

Das Ministerium des Innern hatte einen zunehmend schweren Stand gegenüber Staatssicherheit und SED-Führung. So wurde unmittelbar nach der Abriegelung der Sektorengrenze am 13. August 1961 eine neue Instruktion zur Genehmigung der Auslandsreisen von DDR-Wissenschaftlern bereits am Tage der Vorlage bei Innenminister Karl Maron in den Westmedien veröffentlicht.[336] Der Staatssicherheitsdienst suchte daraufhin nach der undichten Stelle in der Hauptabteilung Pass- und Meldewesen.[337] Eine Neustrukturierung des Ministeriums des Innern im Sommer 1962 bedeutete eine »effizienzsteigernde Reform der Sicherheitsarchitektur«, jedoch zugleich einen deutlichen Machtverlust.[338] Die mit der Grenzschließung zusammenhängenden neuen Sicherheitserfordernisse begünstigten die Geheimpolizei zu Lasten anderer Sicherheitsorgane, insbesondere der Volkspolizei.[339] Diese konnte denn auch ihre personelle Stärke von über 60 000 Mann zu Beginn der sechziger Jahre nicht länger halten, wohingegen der Staatssicherheitsapparat ein kontinuierliches Wachstum erfuhr.[340]

Im Zuge dieser strukturellen Veränderungen geriet auch die Linie VII als Scharnier zwischen Volkspolizei und Geheimpolizei erneut auf den Prüfstand. Angesichts überlappender Aufgaben, weil alle Kräfte gebündelt werden sollten und vermutlich wohl auch, weil die Volkspolizei insgesamt immer zuverlässiger agierte, gingen Planspiele von einer Entbehrlichkeit dieser Diensteinheit aus. So stellte Erich Mielke auf einer Dienstbesprechung im Jahre 1962 die (allerdings folgenlose) Frage in den Raum: »Braucht man einen Apparat um die VP zu bearbeiten? Muss man nicht mithilfe der Volkspolizei die Sicherungsaufgaben so lösen, dass sie unsere Arbeit entlasten, dass man nicht noch einen Apparat braucht, um sie zu sichern?«[341] Etliche vorangegangene Neubesetzungen im Ministerium des Innern hatten dazu beigetragen, dass die Quote der zugleich zur inoffiziellen Mitarbeit verpflichteten Chefs von Hauptabteilungen, ihrer Stellvertreter sowie Referatsleiter von 7,9 Prozent im Jahr 1951 auf 6,7 Prozent im Jahr 1960 sogar leicht gesunken war.[342]

Volkspolizei und Ministerium des Innern genügten jedoch zu keiner Zeit den Erwartungen der Staatssicherheit hinsichtlich Linientreue und Zuverlässigkeit, sodass ihre Überwachung durch die Linie VII unverändert notwendig erschien. Durch neu hinzugewonnene Aufgaben, die Bildung der Operativgruppen sowie personelle Aufstockung veränderten sich Gewicht und Struktur der Hauptabteilung VII (siehe Abbildung 5). Das bisherige Strukturmerkmal, durch mehrere Stellvertreter des Leiters das politisch-operative Zusammenwirken mit verschiedenen Zweigen der Volkspolizei zu organisieren, wurde aufgegeben. Im Herbst 1962 verfügte die Hauptabteilung VII neben dem Leiter Jamin lediglich

---

335 Vgl. Tantzscher: Hauptabteilung VI (Anm. 238), S. 47.

336 Vgl. Die Welt v. 19.8.1961; BStU, MfS, AOP 19015/62, S. 81.

337 Vgl. Aktenvermerk der HA VII/1 v. 23.9.1961; BStU, MfS, AOP 19015/62, S. 14 f.

338 Heitmann, Clemens: Trotz Volksaufstand und Mauerbau. Die kontinuierliche Militarisierung der DDR-Gesellschaft – dargestellt am Beispiel des ostdeutschen Roten Kreuzes in den Jahren 1952–1982. In: Diedrich, Torsten; Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Staatsgründung auf Raten? Die Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Berlin 2005, S. 317–339.

339 Vgl. Engelmann, Roger: Geheimpolizeiliche Lehren aus der Krise? Die Staatssicherheit 1953 und 1961. In: ebenda, S. 139–151.

340 Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 235), S. 65.

341 Protokoll der Dienstbesprechung Mielkes mit den Leitern der Bezirksverwaltungen v. 13.10.1962; BStU, MfS, ZAIG Nr. 4907, S. 1–8; siehe auch Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS (Anm. 7), S. 231–241.

342 Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 235), S. 78.

über einen »echten« Stellvertreter (Erich Kistowski) sowie die nicht besetzte Planstelle eines weiteren Stellvertreters. Zusammen mit dem Leitungsbereich sowie dem Sekretariat verfügte die Hauptabteilung VII (ohne die Abteilungen 2, 4 und 5) insgesamt über 103 operative Mitarbeiter sowie neun administrativ-technische Kräfte[343] – gegenüber einem bestätigten Stellenplansoll von insgesamt lediglich 59 Mitarbeitern im Vorjahr[344] eine bemerkenswerte Entwicklung angesichts der zitierten Worte Mielkes.

Die Hauptabteilung gliederte sich in nunmehr sechs Abteilungen mit bis zu drei Referaten (statt bisher maximal zwei). Die Abteilung 1 verfügte über drei Referate, in denen die klassischen Aufgaben der Linie VII vereinigt waren. So war das Referat A für die administrativen Teile der Volkspolizei zuständig, das heißt namentlich für die Verwaltung Medizinische Dienste, das Krankenhaus der Volkspolizei, den Bereich Ausbildung und Schulung des Ministeriums des Innern, die Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen, den Stab des Ministeriums des Innern, die Verwaltung Versorgungsdienste, die Redaktion und die Kaderverwaltung. Das Referat B mit elf Mitarbeitern bündelte die geheimpolizeiliche Absicherung der wichtigsten Zweige der Volkspolizei: der Kriminalpolizei, der Schutzpolizei, des Strafvollzugs, des Pass- und Meldewesens, des Bereichs Innere Angelegenheiten, des DRK, des Luftschutzes sowie der Feuerwehr und war für Rückkehrer und Erstzuziehende in den Aufnahmeheimen verantwortlich. Das Referat C sollte mit fünf Mitarbeitern die Vorgangsarbeit auf der Linie VII anleiten sowie eine »operative Dokumentation« anlegen.[345] Entsprechend ihrem Zuständigkeitsbereich hatte die Abteilung 1 auch Ambitionen in der Westarbeit und bearbeitete beispielsweise die indirekten Westkontakte von politischen Gefangenen (im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Strafvollzug).[346] Auch Schleuserorganisationen und Tunnelbauer bekämpfte die Abteilung 1.[347]

Das sechsköpfige Referat A der Abteilung 3 war für die »abwehrmäßige Bearbeitung der Zollverwaltung und nachgeordnete Dienststellen« zuständig, das heißt des vormaligen Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW, 1962 in Zollverwaltung umgewandelt).[348] Das Referat B der Abteilung 3 mit fünf Mitarbeitern bearbeitete (in den Aufnahmeheimen Bautzen und Fürstenwalde) übergesiedelte Bürger aus der Bundesrepublik und aus westlichen Staaten operativ. Das zwölfköpfige Referat C übernahm hauptsächlich Aufgaben der Speicherabfragen in den geschilderten Zusammenhängen, bearbeitete aber auch Ausländer, die es selbst in den Fokus genommen hatte, operativ und verfolgte Abweichungen der Reisenden von den Transitstrecken.[349] Als Leiter der Abteilung 3 war Fritz Rüdiger eingesetzt, der aber auch Kompetenzen gegenüber der Abteilung 1 besaß und quasi als stellvertretender Leiter der Hauptabteilung VII fungierte.[350]

Eine Besonderheit bildeten die Abteilungen 2, 4 und 5, die sich offenbar ausschließlich aus Offizieren im besonderen Einsatz und solchen Mitarbeitern zusammensetzten, die nach der erwähnten Anordnung 6/61 verpflichtet waren. Sie wurden in der Zollverwaltung (Abteilung 2), der Hauptabteilung Kriminalpolizei (Abteilung 4) und der Verwaltung Strafvollzug (Abteilung 5) eingesetzt. Diese Mitarbeiter wurden auf gesonderten Stellenplänen geführt, doch galten ihre Diensteinheiten zugleich als Abteilungen der Hauptabteilung VII. Der Abteilung 4 waren dabei sämtliche Mitarbeiter der Operativgruppen der

[343] Vgl. Stellenplan der HA VII v. 4.9.1962; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 373–388.
[344] Vgl. Schreiben der HA KuSch v. 16.11.1961; ebenda.
[345] Vgl. Stellenplan der HA VII v. 4.9.1962; ebenda.
[346] Einen OV zum genannten Personenkreis führte bis Mai 1962 die HA VII/1/B, ab Juni 1962 die HA VII/1/C. Vgl. Bericht der HA VII/1 v. 25.9.1962; BStU, MfS, AOP 1808/64, Bd. 1, S. 65 f.
[347] Vgl. u. a. BStU, MfS, AU 12569/64.
[348] Vgl. Stellenplan der HA VII v. 4.9.1962; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 373–388.
[349] Vgl. ebenda.
[350] Vgl. Schreiben der Parteiorganisation IV an die HA KuSch v. 29.6.1962; BStU, MfS, KS II 39/83, S. 226–229.

Kriminalpolizei in den Bezirken stellenplanmäßig zugeordnet, womit ihre Personalstärke von 134 Mitarbeitern die Größe der übrigen Hauptabteilung VII überstieg. Die Abteilung 5 war identisch mit der fünfköpfigen Operativgruppe der Staatssicherheit in der Verwaltung Strafvollzug, der späteren Arbeitsrichtung I/4 der Kriminalpolizei.[351] Ihr Leiter Otto Prusseit war im September 1961 »als Mitarbeiter im besonderen Einsatz mit der Leitung der Diensteinheit VII/5 beauftragt« worden.[352] Die im September 1962 neu strukturierte Abteilung 2 mit lediglich fünf Mitarbeitern wurde auf einem eigenen Stellenplan geführt und war offenbar ebenfalls relativ eigenständig. Als Leiter fungierte Helmut Grubert, der als Offizier im besonderen Einsatz die neu aufgebaute Abteilung Postzollfahndung (PZF) in der Zollverwaltung der DDR anleitete. In diesem Organ dirigierte Grubert auch OibE-Gruppen in mehreren Bezirken. Hintergrund dieser Entwicklung war, dass nach dem Mauerbau »Hetzschriften«, die auf dem Postwege in die DDR eingeschmuggelt wurden, aussortiert werden sollten.[353] Die tagtägliche Arbeit verrichteten die Mitarbeiter der Abteilungen 2, 4 und 5 in den nachgeordneten Organen des Ministeriums des Innern. Somit bildeten die Mitarbeiter der vom Stellenplan als Abteilungen 2, 4 und 5 ausgewiesenen Bereiche faktisch getarnte Stasi-Diensteinheiten in den betreffenden Organen.

Abbildung 5
Hauptabteilung VII (1962)[354]

Abt. / Referat	Leiter	Aufgaben
1	Major Helmut Patelczyk	HA K, Schutzpolizei, PM, IA, Strafvollzug, Feuerwehr, Med. Dienste, Aufnahmeheime
2	OSL Helmut Grubert	Postzollfahndung (OibE)
3	Hauptmann Fritz Rüdiger	Zollverwaltung, Aufnahmeheime Bautzen und Fürstenwalde
4	OSL Willy Pössiger	Operativgruppe HA K (OibE)
5	Major Otto Prusseit	Operativgruppe VSV (OibE)
7	Major Erhard Pohl	Bereitschaftspolizei
A	Major Karl-Heinz Bethge	Information und Anleitung
B	Major Gerhard Ranig	Stab, Kampfgruppen, Luftschutz, DRK
HSG XII	Oltn. Anita Otto	Registratur für Grenzaufklärung

Zwei selbstständige (Sonder-)Referate übernahmen Aufgaben der Information und Anleitung (Referat A; elf Mitarbeiter) sowie der Absicherung der Kampfgruppen, des Luftschutzes, des Stabes und des DRK (Referat B; sechs Mitarbeiter).[355] Das Hauptsachgebiet XII mit lediglich drei Mitarbeitern unter der Leiterin Anita Otto erfüllte Registraturaufgaben für die Aufklärung der Berliner Grenzbrigaden. Die Abteilung 7 mit 33 Mitarbeitern verfügte nur über sechs Planstellen auf zentraler Ebene, während die übri-

---

351 Vgl. Stellenplan der HA VII v. 4.9.1962; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 373–388; siehe auch Begründung für Einsatz von Kadern des MfS im MdI, Abt. IV der Verwaltung Strafvollzug v. 13.5.1966; BStU, MfS, KS II 262/88, S. 61.

352 Vorschlag des Leiters der HA VII, Jamin, v. 23.7.1964; BStU, MfS, KS II 169/81, S. 45.

353 Anlage betr. Oltn. Helmut Grubert o. D.; BStU, MfS, KS 29856/90, Bd. 2, S. 190 f.; siehe auch BStU, MfS, KS II 172/81, S. 51.

354 Anleitungsbereich dabei unklar. Vgl. Stellenplan der HA VII v. 4.9.1962; ebenda, S. 373–388.

355 Vgl. u. a. Vorschlag zur Auszeichnung des Major Ranig, Gerhard, v. 12.11.1965; BStU, MfS, KS 16944/90, S. 61.

gen Mitarbeiter an den Standorten der Bereitschaftspolizei in den Bezirken vor Ort im Einsatz waren.[356] Neben den in den Abteilungen 4 und 5 organisierten Mitarbeitern verfügte die Hauptabteilung VII noch über zwölf weitere Offiziere im besonderen Einsatz, von denen die Hälfte in der Zollverwaltung eingesetzt war.[357]

Mit der Ernennung des vormaligen stellvertretenden Verteidigungsministers, Friedrich Dickel, zum neuen Minister des Innern im November 1963 wandelte sich das Verhältnis zwischen Volkspolizei und Staatssicherheit. Leitende Kader des Ministeriums des Innern waren auf einmal zur Zusammenarbeit bereit, auch wenn sie bisher eigensinnig und wenig kooperativ gegenüber der Geheimpolizei agiert hatten.[358] Von hoher symbolischer wie praktischer Bedeutung war ferner, dass ab 1964 der Leiter der Hauptabteilung VII mit seinem Stellvertreter regelmäßig an den Kollegiumssitzungen des Ministeriums des Innern teilnehmen konnte.[359]

Aufgrund des Nomenklatursystems hatte die SED-Führung einen nachhaltigen Einfluss auf die Personalpolitik des Ministeriums des Innern. So wurden Kaderentscheidungen auf der obersten Führungsebene unmittelbar zwischen dem seinerzeit für Sicherheitsfragen im ZK verantwortlichen Erich Honecker, seinem Stellvertreter Bruno Wansierski und Innenminister Friedrich Dickel ausgehandelt. Die Staatssicherheit hatte dabei nicht nur die Betreffenden auf Zuverlässigkeit hin zu überprüfen, sondern bei weniger wichtigen Posten auch mehrere Kandidaten zur Entscheidung vorzuschlagen.[360] Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich das Verhältnis von Staatssicherheit und Volkspolizei im Verlauf der sechziger Jahre mehr als nur »etwas verbesserte«.[361]

In den Jahren 1962 bis 1964 kam es allerdings wiederholt zu Konflikten zwischen Staatssicherheit und Kriminalpolizei. Leitende Mitarbeiter aus deren Reihen »kritisierten« offen »die Arbeitsergebnisse der damaligen Operativ-Abteilung« und zielten auf Stellenabbau dieser Diensteinheit, was jedoch nicht den Wünschen der Parteiführung entsprach. »Im Ergebnis der Überprüfung einer eingesetzten Arbeitsgruppe des ZK der SED wurde festgestellt, dass die Linie der genannten Genossen politisch falsch ist« – und die Beschwerdeführer von ihren Posten entfernt.[362] Stattdessen erhielten die Operativgruppen im Jahre 1964 die bis zuletzt gültige Bezeichnung als Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Ausdrücklich wurde der K I nun die Zuständigkeit für die Verfolgung von »Verbrechen gegen den Staat«, Verbrechen gegen die »allgemeine Sicherheit« sowie »anderer schwerer Verbrechen« übertragen.[363] Im Zuge der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, gerade im Bereich der Wirtschaftskriminalität, sollte die Kriminalpolizei ihre Arbeit mit »speziellen operativen Mitteln und Methoden [...] verstärken«. In diesem Zusammenhang wurde jetzt innerhalb der Kriminalpolizei auch ein eigenes Arbeitsgebiet II (Untersuchung) gebildet, der die Mord-, Unfall- und Brandkommissionen zugeschlagen wurden und die besonders eng mit der Linie IX der Staatssicherheit zusammenarbeiten sollte.[364]

Im Jahre 1964 wurde die Zuständigkeit für die Abwehrarbeit in der Bereitschaftspolizei bei der Abteilung 7 der Hauptabteilung VII zentralisiert und die Planstellen der Abwehrof-

---

356 Vgl. Stellenplan der HA VII v. 4.9.1962; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 373–388.
357 Vgl. [Aufstellung der] weiteren OibE v. 19.9.1962; ebenda, S. 398.
358 Vgl. MfS-Beurteilung des OMR Dr. F. O. v. 4.2.1965; BStU, MfS, AKK 10740/88, S. 59–64.
359 Vgl. Schreiben von Dickel an Mielke v. 23.12.1963; BStU, MfS, SdM Nr. 1162, S. 8.
360 Vgl. Aktennotiz der HA VII v. 27.1.1964; BStU, MfS, GH 121/86, Bd. 1, S. 95–96.
361 Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 235), S. 76.
362 Vgl. Einschätzung der Abt. 1 der HA VII über den stellv. Leiter der HA Kriminalpolizei v. 11.4.1979; BStU, MfS, AP 3108/88, S. 15–27.
363 Vgl. Rosinger, Hartmut: K I. Studie z. Tätigkeit des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei und seines Zusammenwirkens mit dem MfS der ehem. DDR. Suhl 2003, S. 15.
364 Befehl 22/64 des Ministers des Innern v. 9.11.1964 betr. Aufgaben und Arbeitsorganisation der Kriminalpolizei; BStU, MfS, BdL/Dok. 15866.

fiziere der Bereitschaftspolizei von den Bezirksverwaltungen an die Abteilung 7 übertragen. Diese Abwehroffiziere sollten weiter in den Einheiten der Bereitschaftspolizei arbeiten und deren Uniformen tragen. Durch enge Kontakte zu den Kommandeuren der Bereitschaftspolizei sollten sie stets über Einsatzbereitschaft, besondere Vorkommnisse und Missstimmungen im Bilde sein.[365] Besonders wichtig erschien es der Hauptabteilung VII dabei, fluchtwillige Angehörige der Bereitschaftspolizei zu identifizieren sowie die eigenen Zuträger in deren Mitte vor der Beendigung ihres Dienstes an andere Diensteinheiten zu übergeben.[366]

Die Hauptabteilung VII wurde im Februar 1964 auch für die Bearbeitung der drei westlichen Militärverbindungsmissionen in Potsdam zuständig. Die bisher verantwortliche Abteilung 6 der Hauptabteilung II wurde mit drei Referaten (unter Ausgliederung des Beobachtungsreferates in die Hauptabteilung VIII) der Hauptabteilung VII zugeschlagen, wo sie nun die Abteilung 6 der Hauptabteilung VII bildete.[367] Bisheriger und neuer Leiter der Diensteinheit war Horst Mehlhorn.[368] Auch der im Dezember 1963 neu eingesetzte Leiter des beim Ostberliner Polizeipräsidium angesiedelten Wachkommandos Missionsschutz, Horst Bodenthal, fungierte als Offizier im besonderen Einsatz. Er war zunächst direkt an die Leitung der Hauptabteilung VII angebunden, ab 1970 an deren Abteilung 7.[369] Durch die Übertragung der neuen Aufgaben erweiterte sich der »Verantwortungsbereich des Leiters der Hauptabteilung um ein Vielfaches«[370] und die Zahl seiner Mitarbeiter wuchs bis zum Jahresende 1964 rasant auf 150.[371]

3.3 »Wissenschaftliche« Leitung? (1965–1969)

Im Mai 1965 geriet die Hauptabteilung VII erneut ins Kreuzfeuer der Kritik, als die Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED in der Diensteinheit einen Brigadeeinsatz durchführte und in dessen Ergebnis den Leitungsstil und die politisch-ideologische Arbeit in der Diensteinheit kritisierte. Ihr Leiter Erich Jamin sei nicht in der Lage, die vom 5. ZK-Plenum der SED geforderte »neue Qualität einer wissenschaftlichen Führungstätigkeit« umzusetzen. »Das beginnt in der Negierung der kollektiven Beratung von Grundsatzproblemen«. Jamin zeige »große Schwächen in der Menschenführung« und verletze mitunter »direkt die Menschenwürde« seiner Untergebenen. Jamin und sein Stellvertreter Kistowski hätten sich die Arbeit so geteilt, dass de facto zwei selbstständige Diensteinheiten entstanden seien. Weil beide nicht über einen »individuellen Arbeitsplan« verfügten, sei die Führungstätigkeit unsystematisch und die Anleitung der Linie nicht genügend durchdacht. Einzelne Mitarbeiter leiteten spezifische Arbeitsgebiete in den Bezirken an, eine gemeinsame Arbeitsberatung mit den nachgeordneten Abteilungen VII liege allerdings mehr als eineinhalb Jahre zurück. Dies lasse sich auch nicht durch die Flut schriftlicher Anweisungen an die nachgeordneten Dienststellen ersetzen. »In der Bezirksverwaltung Potsdam wurde der Brigade durch leitende Mitarbeiter erklärt, dass keine andere Abteilung [...] soviel Papier nach unten gibt wie die Hauptabteilung VII.« Den politisch-moralischen Zustand der Diensteinheit hielt die Abteilung für Sicherheitsfragen zwar für »gut«, doch seien von 24 leitenden Kadern nur sechs für ihre Funktion attestiert. Deswegen

[365] Vgl. Befehl 80/64 des Ministers v. 15.1.1964; BStU, MfS, BdL/Dok. 857.
[366] Vgl. HA VII/7: Aufgaben der Abwehroffiziere in den VP-Bereitschaften zur Unterstützung von Maßnahmen der Absicherung der Staatsgrenze v. 21.1.1969; BStU, MfS, BV Suhl, Abt. VII Nr. 270.
[367] Befehl 176/64 des Ministers v. 15.2.1964; BStU, MfS, BdL/Dok. 873.
[368] Vgl. BStU, MfS, KS 478/70, S. 79.
[369] Vgl. Vorschlag der HA VII zur Ernennung v. 19.3.1969; BStU, MfS, KS 10708/90, S. 82.
[370] Ergänzung des Stellv. Ministers zur Beurteilung v. 18.12.1964; BStU, MfS, KS I 2/84, S. 207 f.
[371] Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 25) Beilage.

werde es nötig, einige Mitarbeiter aus anderen Diensteinheiten zur Hauptabteilung VII zu versetzen.[372] Da Jamin außerdem die Möglichkeiten zur Einflussnahme auf das Ministerium des Innern auch zum eigenen Vorteil nutzte und seinen schlechten Gesundheitszustand zu verschleiern suchte, wurde er Ende Juni 1965 auf Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates invalidisiert.[373] Sein bisheriger Stellvertreter Kistowski rückte nun zum Leiter der Hauptabteilung VII auf.[374]

Der im Jahre 1909 geborene Erich Kistowski schloss sich im Alter von 20 Jahren der KPD an, war im M-Apparat der Partei aktiv und wurde bis 1945 mehrfach inhaftiert. Wie erwähnt, leitete er von August 1950 bis März 1953 die Abteilung VII/c, welche die entstehenden Luftstreitkräfte sicherte. Dann arbeitete er als Abteilungsleiter in der Hauptabteilung I und stieg später zum stellvertretenden Leiter der gesamten Diensteinheit auf, bevor er im Mai 1959 als Offizier im besonderen Einsatz Leiter der erwähnten Grenzaufklärung sowie Stellvertretender Chef der Deutschen Grenzpolizei wurde. In dieser »Doppelfunktion« erfüllte er jedoch »nicht ganz die Forderungen« und zeigte in der konspirativen Arbeit »wenig Begabung«,[375] sodass er im Dezember 1961 als Stellvertreter des Leiters der Hauptabteilung VII eingesetzt wurde.[376] Der »treue Parteisoldat« führte häufiger vertretungsweise die Dienstgeschäfte für den erkrankten Jamin, bevor er im Juli 1965 schließlich selbst zum Leiter der Hauptabteilung VII aufsteigen konnte.

Die Forderung nach einer »wissenschaftlichen Leitungstätigkeit« in allen staatlichen Einrichtungen trug mit dazu bei, dass die Hauptabteilung VII im Jahre 1966 unter ihrem neuen Leiter eine – scheinbar – funktionalere Struktur erhielt. Grundsätzlich wurden jetzt innere und äußere Abwehr voneinander getrennt und zwei unterschiedlichen Stellvertreterbereichen zugeordnet. Dem Stellvertreter des Leiters der Hauptabteilung für innere Abwehr unterstanden die Abteilung 2 (Grenze) und das selbstständige Referat A (Zoll). Außerdem leitete er die Offiziere im besonderen Einsatz in der Zollverwaltung an, die dort in den Diensteinheiten Zollfahndung und Zollermittlung angesiedelt waren.[377] Dem Stellvertreter des Leiters der Hauptabteilung für äußere Abwehr unterstanden direkt die Abteilung 3 und das Hauptsachgebiet Strafvollzug. Außerdem leitete er die Offiziere im besonderen Einsatz in den beiden inoffiziellen Diensteinheiten Abteilung 4 der Verwaltung Strafvollzug (der späteren Arbeitsrichtung I/4 der K) sowie dem Kommando Missionsschutz des Präsidiums der Deutschen Volkspolizei Berlin an.

In der Abteilung 1 (u. a. zuständig für die Kriminalpolizei) existierte jetzt eine Arbeitsgruppe R/Z, die für die Überwachung der Aufnahmeheime für Migranten verantwortlich war, die »Arbeitsgruppen VII der Aufnahmeheime« in den Bezirksverwaltungen anzuleiten hatte und auch Zuträger in den bundesdeutschen Notaufnahmelagern anwerben sollte.[378] Die Mitte 1963 gebildete Arbeitsgruppe Zivile Organe des Ministeriums des Innern sollte die Staatliche Archivverwaltung, den Meteorologischen Dienst sowie die Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen absichern.[379] Die Abteilung 1 unterstand wie die Abteilung 7 (Bereitschaftspolizei, Kampfgruppen) und der Stab unmittelbar dem Leiter

---

372 Bericht der Abt. für Sicherheitsfragen über den Brigadeeinsatz der Abt. für Sicherheitsfragen in der HA VII v. 25.5.1965; BStU, MfS, SdM Nr. 412, S. 150–160.

373 Einschätzung des Oberst Jamin v. 14.5.1965; BStU, MfS, KS I 2/84, S. 171–174; Schreiben des SdM v. 28.6.1965; ebenda, S. 179.

374 Schreiben des BdL v. 12.7.1965; BStU, MfS, BdL/Dok. 4067.

375 Beurteilung des Oberst Erich Kistowski v. 19.1.1963; BStU, MfS, KS I 3/85, S. 39 f.

376 Vgl. Vorlage an die Abt. für Sicherheitsfragen v. 12.10.1961; ebenda, Bd. 2, S. 60.

377 Vgl. Entwurf einer Dienstordnung der HA VII o. D. [1967/70], 74 Bl.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 479, o. Pag.

378 Instruktion des MfS zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit auf dem Gebiet der Rückkehrer/Zuziehenden v. 15.11.1965; BStU, MfS, BdL/Dok. 3349.

379 Qualifizierungs- und Perspektivplan der HA VII für Kurt Jurmann; BStU, MfS, HA KuSch Dos 2576/92, S. 30–37.

der Hauptabteilung VII. Er leitete ferner die beiden Offiziere im besonderen Einsatz an, die im Interesse der Staatssicherheit in der K I und der Dokumentationsstelle des Ministeriums des Innern agierten. Im Vergleich zur Struktur der Hauptabteilung VII von 1962 existieren die Abteilungen 4 und 5 scheinbar nicht mehr, weil die Offiziere im besonderen Einsatz in der K I wie auch in der Verwaltung Strafvollzug jetzt als »inoffizielle Diensteinheiten« bezeichnet wurden und immer weniger als Teil der Hauptabteilung VII galten.[380] Die erst im Februar 1964 hinzugekommene Abteilung 6 (operative Bearbeitung und Überwachung der drei westlichen Militärmissionen) wurde bereits im August 1967 als Abteilung 9 der Hauptabteilung VIII unterstellt.[381]

Erneut wurden der Hauptabteilung VII Aufgaben im Zusammenhang mit der Grenzsicherung übertragen. Bereits nach dem Erlass einer Verordnung zur strengeren Sicherung des Grenzgebietes[382] von 1964 war innerhalb der Linie VII ein eigener Arbeitsbereich geschaffen worden. »Als anleitendes und koordinierendes Organ« war dabei in der Hauptabteilung VII die Abteilung Grenzsicherung (AGS) gebildet worden, in den Abteilungen VII der Grenzbezirke Referate Grenzsicherung (RGS) und in den Kreisdienststellen der Grenzkreise Sachgebiete Grenzsicherung (SGS).[383] Letztere dienten »als unterste Schaltzentrale für alle auf die Sicherung der Staatsgrenze gerichteten Bemühungen des MfS im jeweiligen Grenzkreis«.[384] Auf der gesamten Linie sollten etwa 200 Mitarbeiter zum Einsatz kommen, davon waren 13 neue Planstellen für die Abteilung Grenzsicherung der Hauptabteilung VII vorgesehen.[385]

Diese Linie sollte durch inoffizielle Arbeit in der Bevölkerung Fluchtabsichten einzelner Bürger erkennen, Schleuser identifizieren, den illegalen Aufenthalt von DDR-Bürgern in den Grenzgebieten ermitteln, Lücken im Grenzsicherungssystem feststellen und als Koordinierungsstelle mit den Grenztruppen und örtlichen Organen (insbesondere der DVP) fungieren.[386] Auch inoffizielle Mitarbeiter »zur Abwehrarbeit auf dem technisch-physikalischen Sektor« sollten angeworben werden, wohinter sich vermutlich die Spurensicherung nach Fluchtversuchen verbarg.[387] Komplementär hierzu hatte die Hauptabteilung I/Aufklärung die vom Westen aus unternommenen Schleusungsversuche aufzuklären und die westliche Grenzsicherung auszukundschaften, während die Hauptabteilung XX/5 die Fluchthilfeorganisationen bearbeitete.[388]

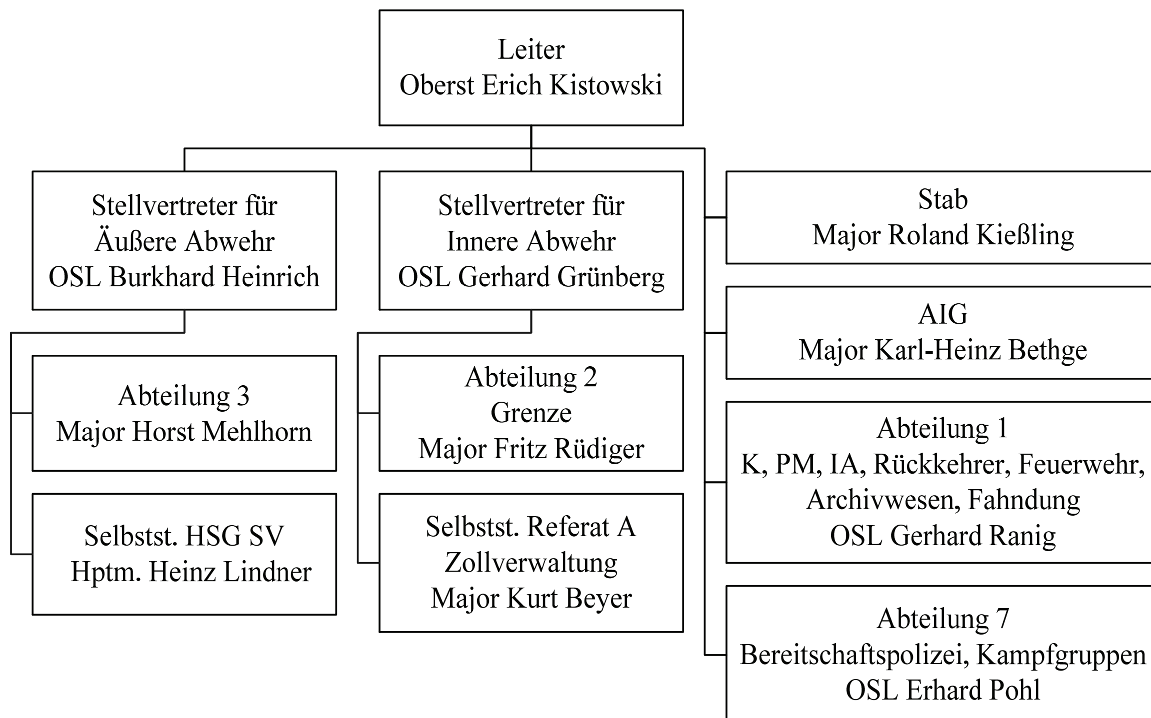
Im Juli 1966 wurde aus der AGS dann die Abteilung 2 gebildet, »die teils aus dem Kaderbestand der Hauptabteilung VII und teils aus zuversetzten Genossen aus den Bezirksverwaltungen formiert wurde«.[389] Die neue Abteilung galt als »erfolgreich bei der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Sicherung der Staatsgrenze der DDR«.[390] Sie war beispielsweise für die systematische analytische Aufbereitung von Vorfällen im grenznahen Bereich gegenüber den Stäben des Ministeriums für Nationale Ver-

---

[380] Vgl. Entwurf einer Dienstordnung der HA VII o. D. [1967/70], 74 Bl.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 479, o. Pag.
[381] Vgl. Befehl 28/67 des Ministers v. 1.8.1967; BStU, MfS, BdL/Dok. 1237.
[382] Verordnung zum Schutz der Staatsgrenze v. 19.3.1964; Gesetzblatt der DDR Nr. 34/1964, Teil II, S. 255–256.
[383] Vgl. Befehl 10/66 des Ministers v. 10.5.1966; BStU, MfS, BdL/Dok. 1072.
[384] Thoß, Henrik: Gesichert in den Untergang. Die Geschichte der DDR-Westgrenze. Berlin 2004, S. 31.
[385] Vgl. Vorschlag der KA KuSch zur Klärung kaderpolitischer Probleme im Zusammenhang mit der Realisierung des Befehls 10/66 v. 7.6.1966; BStU, MfS, BdL/Dok. 1072.
[386] Vgl. 1. DB zum Befehl 10/66 v. 10.5.1966; ebenda.
[387] Vgl. Arbeitsplan der Abt. VII der BV Suhl für das 2. Hj. 1967 mit Anlagen v. 25.7.1967; BStU, MfS, BV Suhl, Abt. VII Bdl. 838, Bd. 1, Bl. 29–44.
[388] Vgl. Befehl 10/66 des Ministers v. 10.5.1966; BStU, MfS, BdL/Dok. 1072.
[389] Einschätzung des Leiters der HA VII v. 1.6.1971; BStU, MfS, KS II 39/83, S. 103–105.
[390] Vgl. BStU, MfS, AIM 213/86, S. 48.

teidigung und des Ministeriums des Innern verantwortlich.[391] Insgesamt verfügte die Abteilung 2 seinerzeit über 27 Planstellen in zwei Referaten.[392]

Abbildung 6
Hauptabteilung VII (1967)[393]



Gegen Ende der sechziger Jahre wurden weitgehende Überlegungen für eine neue Aufgabenverteilung in der Hauptabteilung VII und die Erweiterung des Personalbestandes angestellt.[394] Die Zahl der Mitarbeiter sollte von tatsächlich 127 im Jahre 1967,[395] so die Überlegungen, auf 219 ansteigen. Dies hätte auch eine Intensivierung der Westarbeit ermöglicht, denn das Referat C der Abteilung 1 mit insgesamt zehn Mitarbeitern hätte sich allein mit der Polizei sowie der inneren Verwaltung in der Bundesrepublik beschäftigen können; der Bereich Strafvollzug hätte aufgewertet und ebenfalls stärker mit Aufgaben in der Westarbeit betraut werden können.[396] Die neu entwickelte Struktur ging über die tatsächlichen Möglichkeiten der Diensteinheit jedoch weit hinaus, sodass die »Organisation der äußeren Abwehr im Dienstbereich […] über Ansätze nicht hinausgekommen« ist.[397] Stattdessen wurden die beiden Abwehrbereiche der Hauptabteilung VII offenbar innerhalb der Abteilung 1 in zwei Referaten strukturiert.[398] Als neuer stellvertretender Leiter der Hauptabteilung fun-

---

[391] Vgl. Durchführungsanweisung 1 des MfS v. 20.11.1968 zur Vereinbarung über das Zusammenwirken der Kräfte des MfS, des MdI und des MfNV bei der Aufklärung und Abwehr von Handlungen gegen die Staatsgrenze der DDR v. 20.2.1968; BStU, MfS, BdL/Dok. 5702.
[392] Vgl. Stellenplan der HA VII/2 o. D.; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 369–371.
[393] Vgl. u. a. Entwurf einer Dienstordnung der HA VII o. D. [1967/70], 74 Bl.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 479, o. Pag.
[394] Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 27.10.1967 (nicht bestätigter Durchschlag); BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 299–342; siehe auch BStU, MfS, KS II 177/81.
[395] Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS (Anm. 7), S. 241.
[396] Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 27.10.1967 (nicht bestätigter Durchschlag); BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 299–342.
[397] Vgl. Einschätzung des Burkhard Heinrich durch die HA VII v. 17.3.1970; BStU, MfS, KS II 177/81, S. 93–96.
[398] Vgl. BStU, MfS, Dos 1449/92; BStU, MfS, AIM 13906/82.

gierte ab Mai 1967 (bis März 1973) Burkhard Heinrich.[399] Sein Arbeitsstil war eigenwillig und wenig kooperativ, doch verfügte er über Leitungserfahrung und konnte auf eine Tätigkeit an der Juristischen Hochschule zurückblicken.[400] Kein Abteilungsleiter und kein Stellvertreter hatte Ende der sechziger Jahre seine Stellung länger als seit 1963 inne.[401]

Zu Beginn der siebziger Jahre hatte der Mielke-Apparat insgesamt 142 Offiziere im besonderen Einsatz im Ministerium des Innern und dessen nachgeordneten Organen platziert. Davon wurden zwei Drittel durch Diensteinheiten der Linie VII geführt, doch entsprechend der skizzierten Arbeitsteilung verfügten auch andere Linien über Mitarbeiter dieser Kategorie im Ministerium des Innern.

Tabelle 10
Die Offiziere im besonderen Einsatz im Ministerium des Innern (1971)[402]

MdI-Struktur Linie VII	OibE	weitere MfS-Diensteinheiten	OibE
Archivverwaltung	13	Linie VIII	12
I/4 der HA K	8	Linie IX	3
(I/4 in den Bezirken)	(9)	Linie XIV	3
K I	7	Linie XX	2
Missionsschutz	1	ges. MdI (ohne I/4 in den Bezirken)	49

Tabelle 11
Die Offiziere im besonderen Einsatz auf der Linie Kriminalpolizei in den Bezirken (1969/1970)[403]

Bezirk	OibE	Bezirk	OibE	Bezirk	OibE
Berlin	4	Halle	8	Rostock	7
Cottbus	4	Karl-Marx-Stadt	7	Schwerin	6
Dresden	9	Leipzig	5	Suhl	4
Erfurt	5	Magdeburg	6	Wismut	1
Frankfurt/O.	4	Neubrandenburg	7	Bezirke (mit I/4)	93
Gera	4	Potsdam	3	ges. MdI/Bez.	142

Zu Jahresbeginn 1970 gingen der Hauptabteilung VII Zuständigkeiten verloren, die nicht zum Kernbereich ihrer linienspezifischen Aufgaben gehörten. So wurde das für »Zoll (Abwehr)« verantwortliche selbstständige Referat A der Hauptabteilung VI zugeschlagen, die jetzt aus der Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung und der Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs gebildet wurde.[404] In Anbetracht erheblich wachsender Reiseströme schien dies organisatorisch erforderlich. Im Oktober 1970 gab die Abteilung 7 die bei ihr zentralisierte Zuständigkeit für die Einheiten der Volkspolizeibereitschaften in den Bezirken (einschließlich der Planstellen) wieder an die Abteilungen VII der Bezirksver-

---

399 Vgl. Schreiben des BdL v. 23.5.1967; BStU, MfS, BdL/Dok. 4123.
400 Vgl. BStU, MfS, KS II 177/81.
401 Vgl. Kaderprogramm II der HA VII v. 28.1.1969; BStU, MfS, HA VII Nr. 518, S. 8–130.
402 Vgl. Aufstellung der HA VII zu OibE v. 8.6.1971; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 266–269.
403 Vgl. Aufstellung der Mitarbeiter im besonderen Einsatz o. D. [1969/70]; ebenda, S. 270–294.
404 Vgl. Befehl 4/70 des Ministers v. 15.1.1970; BStU, MfS, BdL/Dok. 1519; Tantzscher: Hauptabteilung VI (Anm. 238), S. 57.

waltungen ab.[405] Für die Hauptabteilung VII bedeutete dies einen Verlust von 21 Planstellen[406] und eine sinkende Personalstärke (von 143 auf 113 Mitarbeiter im Verlauf des Jahres 1970).[407] Im Juli 1970 wurde Erich Kistowski berentet und Joachim Büchner mit der Leitung der Hauptabteilung VII beauftragt.[408] Im Oktober 1970 bestätigte ihn der Nationale Verteidigungsrat in dieser Funktion.[409]

3.4 Die »Blütezeit« der Hauptabteilung VII (1971–1979)

Der 1929 geborene Joachim Büchner arbeitete bereits 1949 für die Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft in Thüringen und seit 1950 für die Staatssicherheit. Am 17. Juni 1953 in Jena erwies er sich »nicht jeder Situation gewachsen« und trug eine Mitschuld an der Erstürmung der örtlichen Kreisdienststelle durch Demonstranten, weshalb er als Parteistrafe eine strenge Rüge mit Funktionsentzug erhielt.[410] Später wurde hingegen gerühmt, dass er an diesem Tag ausdrücklich um eine Schießerlaubnis ersucht habe, diese ihm jedoch verweigert worden sei.[411] In der Folge bekämpfte er in der Bezirksverwaltung Gera als Leiter der Abteilung V den »politischen Untergrund« und war von 1955 bis 1958 als Leiter der Abteilung XV (Auslandsspionage) für Westarbeit verantwortlich. Als Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltung Gera (1958–1965) erhielt er dann Zuständigkeiten für die Linie VII. Auf die gewünschte »wissenschaftliche« Qualifikation konnte er verweisen, hatte er doch ein Direktstudium wie auch ein Fernstudium absolviert. Als Diplomjurist arbeitete er zuletzt als Oberassistent an der Juristischen Hochschule in Potsdam und beendete 1971 noch seine Promotion.[412]

Die Grundstruktur der Hauptabteilung VII im Jahre 1971 orientierte sich mit ihren vier Abteilungen teilweise an dem 1967 angedachten Ausbau der Hauptabteilung. Die jetzt wieder stärker in den Blick genommene Westarbeit bildete sich organisatorisch mit der Abteilung 3 aus. Die bisherige Abteilung 3, über lange Jahre für die Aufnahmeheime zuständig, wurde zu einem Referat innerhalb der Abteilung 1 herabgestuft, da die Zahl der Migranten zwischenzeitlich gesunken war. Die Aufklärung der westlichen Notaufnahmelager hingegen wurde Aufgabe der neuen Abteilung 3. In der Abteilung 1 existierte jetzt erstmalig eine Arbeitsgruppe, die allein für die Zusammenarbeit mit der (und die Einflussnahme auf die) Leitungsebene des Ministeriums des Innern zuständig war. Das für den Strafvollzug des Ministeriums des Innern zuständige Referat sollte zu einer Abteilung aufgewertet werden, hatte diesen Status aber noch nicht erlangt. Die bewaffneten Verbände von Bereitschaftspolizei und Kampfgruppen sowie der Missionsschutz wurden wie ehedem von der Abteilung 7 gesichert, die nun zusätzlich auch für die Feuerwehr verant-

---

405 Vgl. DA 2/70 des Ministers v. 13.7.1970 über die Organisation und Durchführung der politisch-operativen Arbeit in den Volkspolizeibereitschaften; BStU, MfS, BdL/Dok. 2332. So trat die HA VII/7 beispielsweise ihre Zuständigkeit für die 13. VP-Bereitschaft, Meiningen, an die Abt. VII der BV Suhl ab. Vgl. BStU, MfS, Suhl, Abt. VII Nr. 257.

406 Vgl. Schreiben der HA KuSch v. 20.1.1971; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 256.

407 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 25) Beilage.

408 Vgl. Schreiben des MfS v. 17.7.1970; BStU, MfS, BdL/Dok. 4390.

409 Vgl. BStU, MfS, KS 23483/90, S. 115.

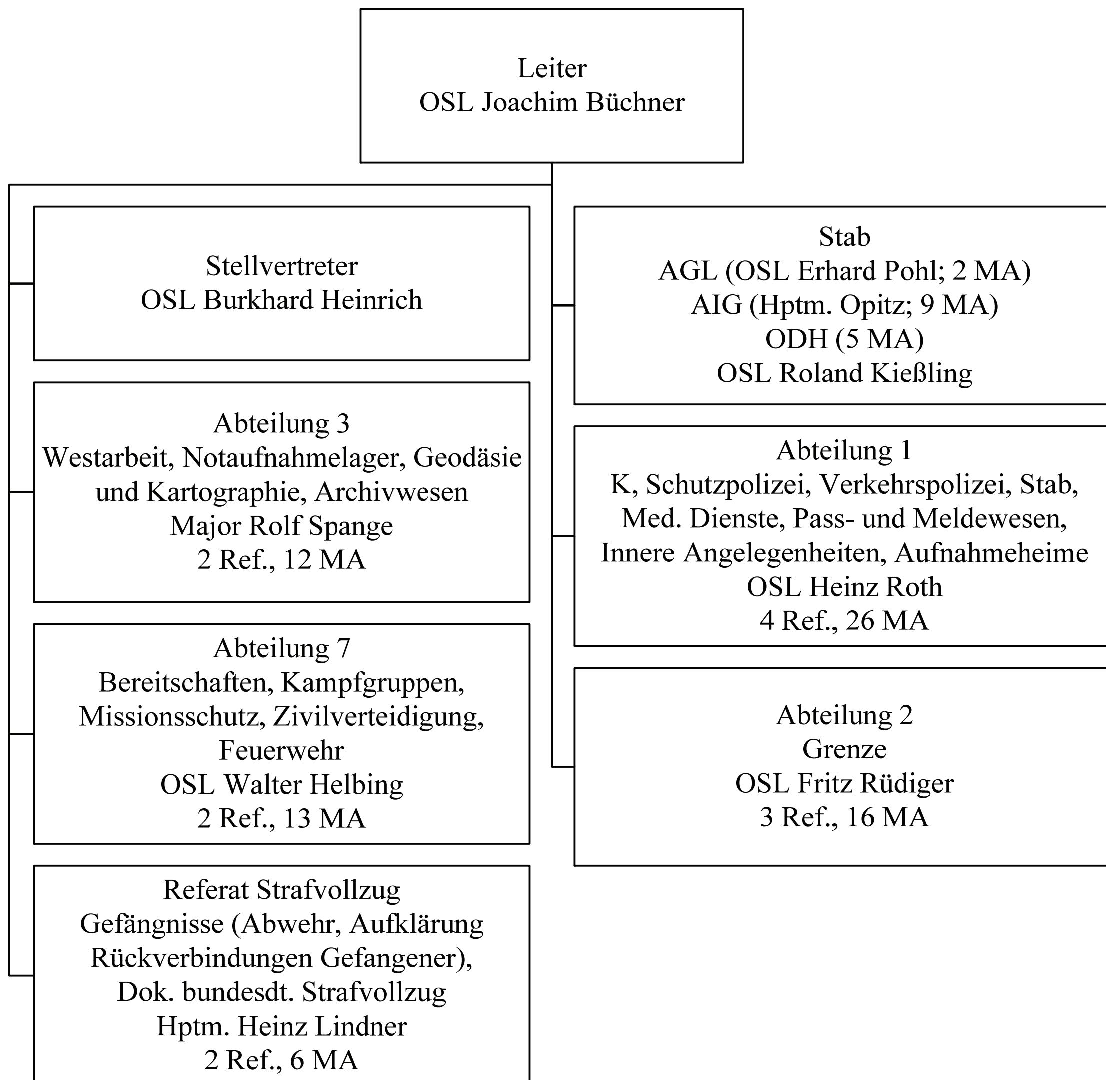
410 Beurteilung über Hauptmann Joachim Büchner v. 7.1.1954; BStU, MfS, KS 23483/90, S. 55. Zur Rolle Büchners am 17.6.1953 in Jena vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Karl Wilhelm: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17.6.1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Hg. BStU. Bremen 2003, S. 111 f.

411 Vgl. Schreiben des Leiters der BV Gera an die SED-Bezirksleitung v. 3.2.1960; BStU, MfS, KS 23483/90, S. 79–83.

412 Joachim Büchner wurde 1978 zum Generalmajor ernannt und blieb bis Dezember 1989 Leiter der HA VII. Vgl. ebenda.

wortlich zeichnete.[413] Dabei oblag der Abteilung 7 gegenüber dem Missionsschutz die Auswahl des Personals sowie die Führung der IM, der Hauptabteilung II indes die fachliche Anleitung.[414] Die Struktur sah 1971 nur einen Stellvertreter des Hauptabteilungsleiters vor; der seit 1967 amtierende Burkhard Heinrich wurde im September 1973 durch Heinz Roth abgelöst.[415]

Abbildung 7
Hauptabteilung VII (1971)[416]



Die Annäherung der beiden deutschen Staaten brachte neue Aufgaben für die Linie VII mit sich – beginnend schon mit der Einsatzkoordination zwischen Volkspolizei und Staatssicherheit beim Besuch Willy Brandts in Erfurt.[417] Aufgrund der Unterzeichnung

[413] Vgl. Stellenplan der HA VII v. 16.2.1971; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 244–255.
[414] Vgl. Befehl 16/74 des Ministers für Staatssicherheit zur politisch-operativen Sicherung der Vertretungen anderer Staaten in der DDR v. 12.8.1974; BStU, MfS, BdL/Dok. 1919.
[415] Schreiben des BdL v. 27.9.1973; BStU, MfS, BdL/Dok. 4669.
[416] Vgl. Stellenplan der HA VII v. 16.2.1971; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 244–255; Organigramm der HA VII o. D. [1971]; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 258 f.
[417] Vgl. u. a. BStU, MfS, KS 27646/90, S. 80; siehe auch Raßloff, Steffen; Rothbart, Thomas: Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen in Erfurt. Vorbereitung, Verlauf, Folgen. In: Raßloff, Steffen (Hg.):

der innerdeutschen Abkommen sowie einer Neuregelung des Reiseverkehrs nach Polen durch den Ministerrat war zu Jahresbeginn 1972 mit einem starken Anwachsen grenzüberschreitender Kontakte zu rechnen. Dieser Herausforderung begegnete man mit der Bildung einer neuen Abteilung 5 aus Teilen der Abteilung 1 sowie dem Referat SV. Hier sollte die Zuständigkeit für die Strukturen des Ministeriums des Innern gebündelt werden, die durch die veränderten politischen Verhältnisse besonders berührt sein würden. So zeichnete die Abteilung 5 fortan verantwortlich für die Sicherung der Hauptabteilungen Innere Angelegenheiten, Pass- und Meldewesen, die Verwaltung Strafvollzug sowie die Aufnahmeheime.[418] Leiter der Abteilung 5 wurde Walter Helbing, ihm folgte schon im Februar 1973 Frieder Feig.[419]

Sowohl die Abteilung 5 als auch die mit der Grenzsicherung befasste Abteilung 2 konnten in der Folgezeit personellen Zuwachs verzeichnen.[420] Neue Aufgaben resultierten indirekt auch aus der Neuvermessung der innerdeutschen Grenze infolge der Grundlagenverträge, denn der maßgeblich zuständige VEB Kombinat Geodäsie und Kartographie sowie weitere dem Ministerium des Innern nachgeordnete Organe zählten zum Sicherungsbereich der Linie VII, die auch die Federführung für die geheimpolizeiliche Absicherung dieser Maßnahme erhielt.[421]

Die Vereinbarungen über den innerdeutschen Reiseverkehr und der visafreie Reiseverkehr zwischen der DDR und Polen ab 1972 (und die dadurch zunehmenden Verstöße gegen Verordnungen und Gesetze) bedeuteten wachsende Anforderungen für die Volkspolizei – womit wiederum die Abteilung 1 neuen Stellenbedarf begründete.[422] Weil die Hauptabteilung VII auch immer häufiger »Stellungnahmen u. Ä. zu Problemen der staatlichen Leitungstätigkeit« zu erarbeiten hatte, was auf stärkere fachliche Einflussnahme auf das Ministerium des Innern hinauslief, forderten auch die Auswertungs- und Informationsgruppen (AIG) sowie die Abteilungen 1 und 5 jeweils zwei besonders qualifizierte neue Kader.[423] Insgesamt begründete die Hauptabteilung VII so allein im Jahre 1972 einen zusätzlichen Personalbedarf von zwölf Mitarbeitern.[424]

So erreichte die Hauptabteilung VII im Mai 1973 eine Sollstärke von 163 Mitarbeitern, darunter sieben Zivilbeschäftigte. Aus dem Stab der Hauptabteilung VII und deren Sekretariat entstand die Abteilung 4, die alle technischen und administrativen Aufgaben der Hauptabteilung lösen sollte, die VS-Stelle, die operativen Finanzen und den Fahrzeugpark eingeschlossen.[425] Seinerzeit verfügte die Hauptabteilung außerdem über 24 Offiziere im besonderen Einsatz.[426]

»Willy Brandt ans Fenster«. Das Erfurter Gipfeltreffen 1970 und die Geschichte des »Erfurter Hofes«. Erfurt 2007, S. 48–81.

418 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII an den Leiter der HA KuSch v. 5.1.1972; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 228 f.

419 Vgl. BStU, MfS, KS 29278/90, S. 72–89.

420 Vgl. BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 215–218.

421 Vgl. Befehl 15/73 des Ministers v. 2.5.1973 zur politisch-operativen Sicherung der Überprüfung, Vermessung, Markierung und Dokumentation des Verlaufs der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD; BStU, MfS, BdL/Dok. 1823.

422 Vgl. Kaderbedarf der HA VII/1 v. 9.8.1972; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 213 f.

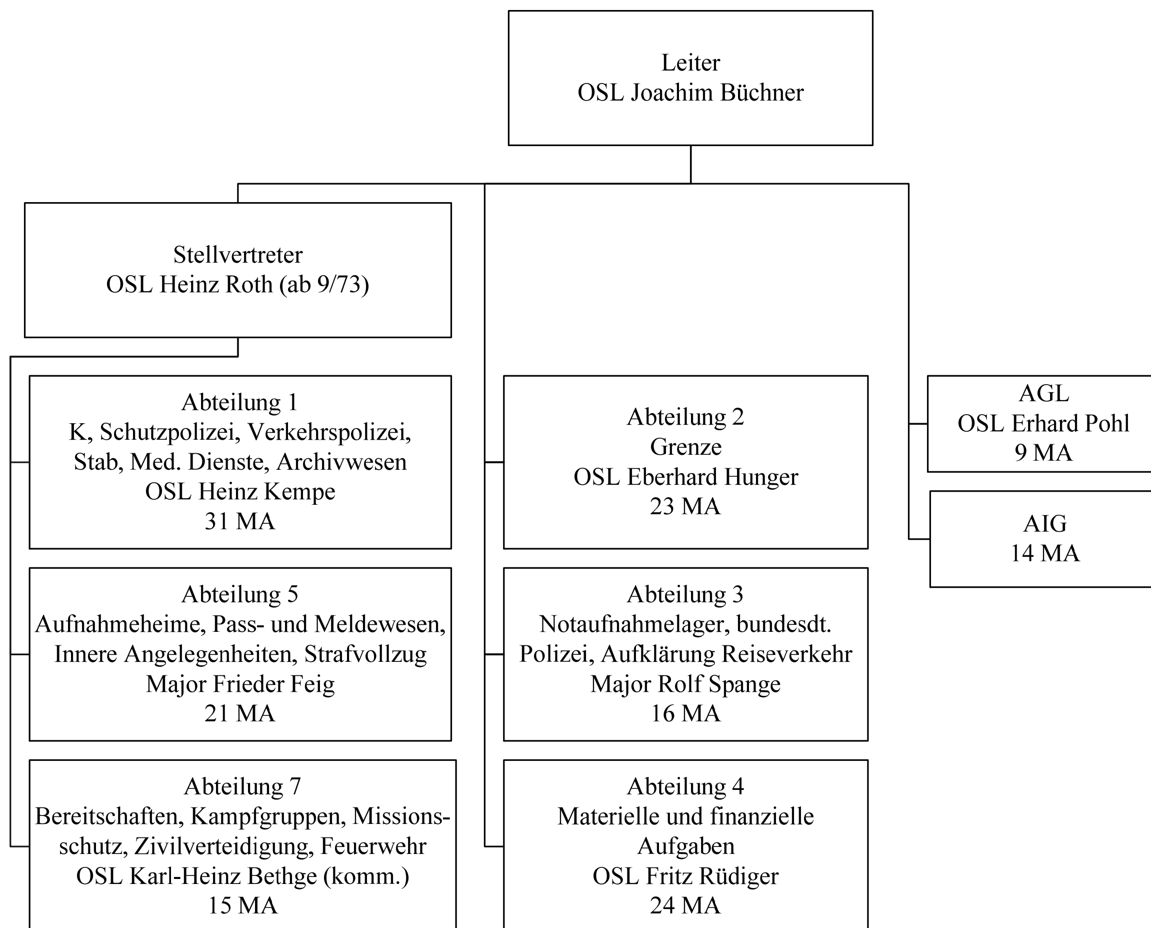
423 Vgl. BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 166.

424 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII an den Leiter der HA KuSch v. 10.8.1972; ebenda, S. 209–212.

425 Vgl. Stellungnahme der HA KuSch v. 11.5.1973; ebenda, S. 190–192; Schreiben Leiter HA VII an Leiter HA KuSch v. 29.3.1973; ebenda, S. 193–194; Auszug aus dem Stellenplan der HA VII/4 v. 25.10.1974, 16 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 244, o. Pag. ; siehe auch BStU, MfS, KS II 383/81.

426 Vgl. Aufstellung der HA VII o. D. [1973]; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 177.

Abbildung 8
Hauptabteilung VII (1973)[427]



Die Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern und seinen nachgeordneten Organen verlief in der Regel reibungslos, versuchten doch beide Apparate, im Sinne der SED-Führung zu agieren. Dickel selbst, so hieß es bei der Geheimpolizei seinerzeit, sei »bestrebt, mit dem Leiter der Hauptabteilung VII gut zusammenzuarbeiten«. Er setze sich »persönlich für ein gutes Zusammenwirken mit dem MfS ein und fordert das von seinen Stellvertretern und Untergebenen ebenfalls«. Allerdings brachte er häufiger zum Ausdruck, »nicht alles [vom MfS] vorbehaltlos zu übernehmen, sondern kritisch die Möglichkeiten zu prüfen«, da die Handlungsspielräume für das Ministerium des Innern wohl enger waren als die Geheimpolizei sich dies wünschte. »Für sein eigenes Verhalten ist in solchen Fällen charakteristisch, dass er bei Empfehlungen bzw. Hinweisen des Leiters der Hauptabteilung VII sehr positiv reagierte, wenn sie mit seinen eigenen Vorstellungen identisch sind.« Wegen gesundheitlicher Probleme habe ihn sein Mut zur Entscheidung zuletzt ein wenig verlassen, sodass er »mitunter im Prinzip ›froh‹ ist, wenn andere Staatsorgane derartige Aufgaben übernehmen«.[428] Informierte die Staatssicherheit jedoch die Abteilung für Sicherheitsfragen über Unregelmäßigkeiten im Ministerium des Innern, erteilte Dickel im kleineren Kreis einer Beratung schon mal die mündliche Anweisung, »dass nichts aus dem Haus geht, nirgendwohin und an niemanden, und wenn etwas rausgegeben wird, dann ist

[427] Vgl. Strukturschema der HA VII o. D. [1973]; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 167–176.
[428] Vgl. HA VII am 26.8.1975: Einschätzung der Wirksamkeit der wichtigsten Leitungskader des Ministeriums des Innern, 30 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 436, o. Pag.

es als Entwurf auszuweisen«. Im gleichen Atemzug ermahnte der Minister des Innern aber seine Untergebenen zur engen Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit.[429]

Für das Verhältnis der beiden Ministerien zueinander war ferner entscheidend, dass sich unter den fünf Stellvertretern Dickels Mitte der siebziger Jahre zwei aktive und zwei vormalige IM befanden. Bis zu dieser Leitungsebene sammelte die Hauptabteilung VII Informationen (über Gesundheitszustand, Westkontakte oder Linientreue) und hielt sich bereit, um gegebenenfalls einzugreifen oder ihre IM zu protegieren.[430] Von anderen Diensteinheiten des MfS angebotene IM-Übernahmen, die aufgrund von Versetzungen in das Ministerium des Innern nahelagen, lehnte die Hauptabteilung VII in dieser Zeit teilweise ab,[431] was eine gewisse »Übersättigung« mit Quellen anzeigen könnte.

Im Jahre 1974 wurde die Zusammenarbeit der K I mit der Staatssicherheit durch die Dienstanweisung 1/74 neu geregelt. Demzufolge hatte die K I durch »konzentrierten Einsatz der inoffiziellen Mitarbeiter sowie der speziellen Mittel und Methoden« zumeist kleinere politische Delikte sowie Delikte der allgemeinen Kriminalität von hoher politischer Bedeutung zu verfolgen. Hierzu zählten organisierte Kriminalität, besonders folgenschwere Verbrechen sowie die Allgemeinheit stark beunruhigende Vorfälle. Zu den Aufgaben der K I zählte jedoch auch die Kriminalprävention (durch Aushorchen des kriminellen Milieus) und die Überwachung entlassener Straftäter. Aufgrund der Vorrangstellung der Staatssicherheit durfte die K I allerdings keine ausgewiesenen Feindorganisationen, nicht die großen Kirchen und natürlich auch keine MfS-Mitarbeiter bearbeiten, nicht in den Westen wirken und keine Ausländer anwerben. Als Leiter der Diensteinheiten des Arbeitsgebietes I, so hieß es weiter im Jahre 1974, sollten auf allen Ebenen Offiziere im besonderen Einsatz eingesetzt werden, mindestens aber »qualifizierte IM [in] Schlüsselpositionen«. Die übrigen Mitarbeiter des Arbeitsgebietes I sollten durch zuverlässige IM kontrolliert werden.[432]

Mitte der siebziger Jahre ging die Hauptabteilung VII dazu über, den Aufgabenbereich der Abteilung 1 auf die Überwachung des Kernbereiches der Volkspolizei zu konzentrieren. So wurden Anfang 1974 abermals Zuständigkeiten innerhalb der Hauptabteilung verschoben. Jetzt übergab die Abteilung 1 die Verantwortung für die weniger bedeutsamen Sicherungsbereiche Meteorologischer Dienst, die Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen sowie das VEB Kombinat Geodäsie und Kartographie an die Abteilung 7. Die Abteilung 5 wiederum übertrug ihre Zuständigkeit für die Aufnahmeheime an die Abteilung 3, die als ehemals »äußere Abwehr« zwischenzeitlich für die westlichen Notaufnahmelager zuständig war und nun offenbar den Fokus ihrer Tätigkeit wieder stärker auf die DDR richtete.[433] Die Abteilung 3 sollte jetzt die »Anleitung und Unterstützung der Arbeitsgruppe des MfS im zentralen Aufnahmeheim Barby« bewerkstelligen und die »politisch-operative Bearbeitung von Rückkehrern und Erstzuziehenden im Prozess des Aufnahmeverfahrens« leisten.[434] Auch war die Abteilung für die »Abwehr unter den in der DDR wohnhaften Bürgern aus nichtsozialistischen Staaten« verantwortlich.[435] Die Aus-

---

429 Auswertung der HA VII/5 zum Treff mit IMS »Klaus Günther« v. 23.10.1975; BStU, MfS, AIM 22060/80, Bd. 1, S. 268–270.

430 Vgl. Komplexauftrag der HA VII/7 für den IMS »Elster« v. 11.2.1975; BStU, MfS, AIM 11087/91, Bd. 1, S. 293–296.

431 Vgl. Beschluss der Abt. VII/1 der BV Erfurt über die Archivierung der GMS-Akte v. 11.6.1980; BStU, MfS, BV Erfurt, AGMS 860/80, S. 5.

432 Vgl. DA 1/74 v. 5.11.1974 zur operativen Sicherung des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei und über das Zusammenwirken der Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit mit dem Arbeitsgebiet I; BStU, MfS, BdL/Dok. 2370.

433 Vgl. Schreiben des Leiters der HA KuSch zum Stellenplanvorschlag der HA VII v. 15.1.1974; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 143–165.

434 Vgl. Vorschlag der HA VII/3 v. 27.10.1975; BStU, MfS, Dos 1449/92, S. 38–40.

435 Vgl. Vorschlag zur Prämierung v. 12.11.1971; BStU, MfS, KS 27646/90, S. 83.

wertungs- und Informationsgruppe AIG wurde in der ersten Jahreshälfte 1974 zur Abteilung 6 aufgewertet und übernahm den Bereich der Operativen Diensthabenden; Rolf Spange wurde förmlich als deren Leiter berufen.[436] Die Hauptabteilung VII verfügte zu Jahresbeginn 1974 über 151 Planstellen, die Ist-Stärke betrug lediglich 128 Mitarbeiter, darunter fünf Zivilbeschäftigte.[437]

Die Abteilung 1 hatte hauptsächlich die Kriminalpolizei, die Schutz- und Verkehrspolizei, die Sekretariate und den Stab des Ministeriums des Innern mit insgesamt rund 3 400 Mitarbeitern zu sichern. Angesichts der Größe des Zuständigkeitsbereichs und weil der Anspruch des Mielke-Apparates auf präventives Handeln immer weiter wuchs, wurde eine weitere Trennung von Abwehrarbeit und »politisch-operativem Zusammenwirken« diskutiert.[438] Entsprechend ihrer Fokussierung auf den polizeilichen Kernbereich gab die Abteilung 1 im Juli 1975 weitere Zuständigkeiten (sowie drei hauptamtliche Mitarbeiter) an die Abteilung 7 ab. Dies betraf die Verantwortung für die Verwaltung Medizinische Dienste (mit dem Krankenhaus der Volkspolizei und dem Sanatorium Niederfinow), die Versorgungsdienste, das Sekretariat des Stellvertretenden Ministers für die zivilen Dienstzweige, Ernst Marterer, das Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung sowie die Verwaltung Finanzen. Mit ihnen wechselten auch die operativen Materialien (vier OPK, zwei FO-Vorgänge, ein VAO), 46 IM, 13 GMS und IM-Vorläufe sowie die Handakten.[439]

Die Abteilung 7 bemühte sich, in ihrem Zuständigkeitsbereich die Abschirmung gegenüber dem Westen zu verbessern. Denn nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki hatte der Westen ein Argument mehr, die Existenz der paramilitärischen Verbände der Kampfgruppen zu kritisieren, zumal im Juni 1976 die Zivilverteidigung dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt wurde. Zuständig blieb die Abteilung 7 für die Bereitschaftspolizei.[440] Im August 1975 übernahm die Linie VII außerdem von der Linie XX die alleinige Verantwortung für die geheimpolizeiliche Absicherung des Deutschen Roten Kreuzes (der DDR). Entsprechend dessen Strukturen, insbesondere dem Sitz der Führungsgremien in Dresden, hatten allerdings die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit in Dresden und Leipzig die Hauptlast zu tragen.[441] Die gesamte Hauptabteilung VII verfügte Ende 1975 (bei 176 Planstellen) bereits über 174 Mitarbeiter, darunter sieben Zivilbeschäftigte, die 1977 in den hauptamtlichen Dienst übernommen wurden.[442]

Die Arbeitsgruppe politisch-operatives Zusammenwirken in der Abteilung 1 wurde schließlich im August 1976 zur Abteilung 9 aufgewertet. Damit sollten »die beiden Säulen der politisch-operativen Arbeit im Bereich des MdI effektiver und wirksamer« organisiert werden.[443] Ziel war die »verbesserte Einflussnahme auf wesentliche Aufgaben und Arbeitsprozesse der DVP«, die »Erreichung einer höheren Wirksamkeit der Volkspolizei bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit«, eine »weitere Qualifizierung des aktionsbezogenen Zusammenwirkens« und eine »planmäßige Koordinierung mit den operativen Linien und Diensteinheiten des MfS«. Dabei war die Abteilung 9 fortan zuständig für

---

436 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII v. 23.5.1974; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 142.

437 Vgl. Schreiben des Leiters der HA KuSch zum Stellenplanvorschlag der HA VII v. 15.1.1974; ebenda, S. 143–165.

438 Vgl. Vorschlag der HA VII zur Herauslösung von Aufgabenkomplexen aus der Abt. 1 und Bildung der Diensteinheit VII/8 v. 26.11.1974, 32 S. mit 8 Anlagen; BStU, MfS, HA VII Bdl. 503, o. Pag.

439 Vgl. Weisung des Leiters der HA v. 2.7.1975 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Nr. 639, S. 1–9.

440 Vgl. Analyse der HA VII/7 über Schwerpunkte und aktuelle Gesichtspunkte des Vorgehens des Gegners auf der Gebiet der politisch-ideologischen Diversion v. 8.9.1977; BStU, MfS, HA VII Nr. 259, S. 485–501.

441 Vgl. Befehl 19/75 des Ministers v. 7.8.1975; BStU, MfS, BdL/Dok. 4186.

442 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII v. 4.11.1975; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 96.

443 Vgl. Stellungnahme der HA KuSch zu den Planstellenanforderungen des Leiters der HA VII v. 27.5.1976; ebenda, S. 67–70.

die Abstimmung mit den Hauptabteilungen Kriminalpolizei, Schutzpolizei und Verkehrspolizei, Teilen des Stabs des Ministeriums des Innern und dem Büro des Ministers.[444] Auch die Aufgabe der Kooperation mit der Leitung des Ministeriums des Innern und der Spitze der DVP wurde aus der Abteilung 1 herausgelöst und die Abteilung 9 fortan allein damit betraut. Diese wurde personell auch um 13 Mitarbeiter aufgestockt, was indes nicht zulasten der Abteilung 1 ging, denn zusammen konnten beide Abteilungen über 15 neue Planstellen verfügen. Bedingt durch die »grundsätzliche neue Aufgabenstellung« der Abteilung 9 wurden diese Mitarbeiter nicht in Referaten organisiert, sondern als Offiziere für Sonderaufgaben unmittelbar dem Leiter der Abteilung unterstellt.[445]

Der KSZE-Prozess und die innerdeutsche Entspannung ermunterten mittelfristig viele DDR-Bürger, das Recht auf Ausreise zu beanspruchen und einen entsprechenden Antrag zu stellen. So nahm auch in den Haftanstalten das widerständige Potenzial deutlich zu. Weil Gefangene jetzt immer häufiger aufbegehrten, der Westen durch den Häftlingsfreikauf immer besseren Einblick in den DDR-Strafvollzug erhielt und das SED-Regime sich gerade in diesem Bereich keine Blöße geben wollte, wurde dessen geheimpolizeiliche Abschirmung immer wichtiger. Ein besseres Verschleiern der Missstände, ein geschickteres Ausmanövrieren der Gefangenen (durch Verlegungen, gezielte Anwerbung von Insassen etc.) und das Aufklären von Westverbindungen erforderten eine engere Kooperation mit der Gefängnisverwaltung. »Das operative Zusammenwirken mit der Verwaltung Strafvollzug hat an Umfang, Breite und Inhalt zugenommen«, konstatierte die Linie VII.[446] So wurde im November 1976, wenige Monate nach Bildung der Abteilung 9, aus der Abteilung 5 der Bereich Strafvollzug als eigenständige Abteilung 8 ausgegliedert und personell verstärkt. Der verantwortliche Leiter Frieder Feig wechselte ebenfalls in diese Abteilung.[447]

Die Abteilung 5 (unter ihrem neuen Leiter Armin Ullmann) blieb zuständig für die Hauptabteilungen Innere Angelegenheiten und das Pass- und Meldewesen.[448] Zugleich wurden der Abteilung 5 Zuständigkeiten für die Westarbeit übertragen, etwa für die Gesellschaft für Menschenrechte e.V.[449] Da die 1975 gebildete Zentrale Koordinierungsgruppe ZKG sich zunächst auf die Bekämpfung der Republikflucht in der DDR konzentrierte,[450] zeichnete die Hauptabteilung VII am Ende der siebziger Jahre für die Bekämpfung einer Reihe von »Feindorganisationen« verantwortlich, die in der Bundesrepublik zumeist mit der Betreuung von Übersiedlern befasst waren. Dies stellte das Pendant zur Zuständigkeit der Linie VII für die Aufnahmeheime für Migranten in der DDR dar. Im Einzelnen hatte die Hauptabteilung VII die Federführung bei der Bearbeitung der Gesellschaft für Menschenrechte e.V., Frankfurt/M. (durch die Abteilung 5), dem Initiativkomitee zur Befreiung der politischen Gefangenen in Osteuropa, Bochum, der Flüchtlingsstarthilfe e.V., Hamburg, sowie den Notaufnahmelagern in Gießen und Marienfelde.[451] Die beiden letztgenannten lagen in der Zuständigkeit der Abteilung 3. Dabei arbeitete die Hauptabteilung VII mit der HV A intensiv

---

444 Vgl. Aufgaben und Zuständigkeit der Arbeitsgruppe Operatives Zusammenwirken v. 13.8.1976; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 42–49.

445 Vgl. Stellungnahme der HA KuSch zu den Planstellenanforderungen des Leiters der HA VII v. 27.5.1976; ebenda, S. 67–70.

446 Vorschlag der Abt. 5 der HA VII zur Bildung einer Abteilung v. 15.3.1976; ebenda, S. 79.

447 Vgl. Vorschlag der HA VII zur Bildung einer Abteilung Strafvollzug v. 10.5.1976; BStU, MfS, HA VII Nr. 1386, S. 565–587; sowie BStU, MfS, KS 29278/90, S. 105–112.

448 Vgl. ebenda.

449 Vgl. Stellenplanvorschlag der HA VII/5 v. 30.4.1978; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 20–22; Befehl 6/77 des Ministers v. 18.3.1977 zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung zu erreichen; BStU, MfS, BdL/Dok. 4791; siehe auch BStU, MfS, KS 26147/90.

450 Vgl. Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Hg. BStU. Berlin 1995, S. 17.

451 Vgl. Befehl 6/77 des Ministers v. 18.3.1977; BStU, MfS, BdL/Dok. 4791, S. 43–45.

zusammen und ergriff gemeinsam mit der für Desinformation zuständigen Abteilung X der HV A sogar »offensive Maßnahmen« mit westlicher Stoßrichtung.[452] Die Abteilung 5 der Hauptabteilung VII bearbeitete ferner ab März 1980 in einem Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) die Westberliner Menschenrechtsorganisation »Arbeitsgruppe für Menschenrechte – Sitz Berlin e.V.« (AfM), die sich von der GfM abgespalten hatte. Daran beteiligt waren auch die Abteilung X der HV A und mehrere Kreisdienststellen (für die rückwärtigen Kontakte dieser Organisation in die DDR). Ziel der Bearbeitung war es, etwaige Verbindungen der Gruppierung zu westlichen Geheimdiensten und Fluchthilfeorganisationen nachzuweisen, wobei die Hauptabteilung VII gezielt den Vorsitzenden der Organisation zu diskreditieren beabsichtigte.[453] Auch unter Häftlingen warb die Linie VII IM, die sie im Westen gegen die AfM einzusetzen beabsichtigte.[454]

Auch die Abteilung 3 hatte einen deutlichen Zuwachs des Arbeitsvolumens zu verzeichnen, denn seit DDR-Bürger einen Ausreiseantrag stellen oder sich bei Westreisen zum Verlassen des Landes entscheiden konnten, kamen über kurz oder lang auch einige von ihnen zurück. So begründete die Abteilung 3 ihren Vorschlag zur Verdoppelung der Planstellen (von 21 auf 44 Posten) »ausschließlich« mit dem absehbaren Anwachsen der »politisch-operativen Aufgaben nach Bildung eines Zentralen Aufnahmeheims« in Röntgental im Jahr 1979. Bei zehn der Stellen handelte es sich allerdings lediglich um Zuversetzungen aus jenen Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit, die bislang für die Aufnahmeheime in Barby, Saasa und für die Aufnahmemeldestelle Berlin verantwortlich waren, die jetzt geschlossen wurden. In diesem Zuge wurde die Abteilung 3 umstrukturiert und ein neues Referat geschaffen. Allein die Aufgabenstellung des Referates 1 blieb unverändert: »vorgangs- und personenbezogene Arbeit im Operationsgebiet, besonders der Bearbeitung der Feindobjekte Notaufnahmelager Gießen und Westberlin-Marienfelde«.[455]

Um die Leitungstätigkeit nach »wissenschaftlichen« Kriterien zu verbessern, wurde im Jahre 1977 ein Referat für Planung und Kontrolle in der Abteilung 6 gebildet.[456] Am Ende der siebziger Jahre, nach dem geschilderten Entstehen der Abteilungen 6, 8 und 9, wies die Hauptabteilung VII nachstehende Struktur auf.[457] Sie verfügte zu Jahresbeginn 1979 einschließlich der Offiziere im besonderen Einsatz über 257 Mitarbeiter.[458] Dem Leiter der Hauptabteilung Joachim Büchner unterstanden zwei Stellvertreter, Heinz Roth und seit September 1977 Rolf Spange.[459]

---

452 Vgl. Thesen der HA VII/AKG zu Fragen der politisch-operativen Arbeit zur komplexen Bekämpfung der Militär-, Wirtschafts- und politischen Spionage v. 3.1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 33–53.

453 Nach Zerfall der AfM 1983/85 schloss die HA VII/5 den ZOV, die einzelnen Mitglieder wurden von ZKG/4, ZKG/5 und HV A/IX/C/3 weiter bearbeitet. Vgl. BStU, MfS, AOP 6797/85.

454 Vgl. Bericht der HA VII/6 über die Suche nach IM und IM-Kandidaten in der StVA Berlin-Köpenick zur Bekämpfung der Feindorganisation »Arbeitsgruppe für Menschenrechte – Westberlin« v. 9.5.1980; BStU, MfS, HA VII Nr. 1386, S. 367–370.

455 Vgl. Stellungnahme der HA VII/3 v. 19.4.1978; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 10–15.

456 Vgl. Vorschlag der Abt. 6 der HA VII v. 18.7.1977; ebenda, S. 37–40.

457 Vgl. Stellenbesetzungsnachweis der HA VII o. D. [Ende 1979]; ebenda, S. 115–141.

458 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 25) Beilage.

459 Vgl. Stellenbesetzungsnachweis der HA VII o. D. [Ende 1979]; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 115–141.

Abbildung 9
Hauptabteilung VII (1979)[460]

Abt.	Referate	MA	Leiter	Aufgaben
1	3	28	OSL Horst Salewsky	Kriminal-, Schutz-, Verkehrspolizei, Stab, Archivwesen
2	3	22	OSL Eberhard Hunger	Grenze
3	2	20	Oberst Heinz Eilhauer	Aufnahmeheime, Westarbeit
4	2	30	OSL Fritz Rüdiger	logistische, finanzielle, administrative Aufgaben
5	2	23	OSL Armin Ullmann	Pass- und Meldewesen, Übersiedlungen, Westarbeit (GfM)
6	2	28	OSL Walter Stahl	Auswertung und Information, ODH
7	3	25	OSL Karl-Heinz Bethge	Bereitschaften, Kampfgruppen, Missionsschutz, Zivilverteidigung, Feuerwehr
8	2	15	OSL Frieder Feig	Strafvollzug
9	0	15	OSL Hans-Joachim Krüger	»politisch-operatives Zusammenwirken« mit MdI/DVP
AGL	0	4	OSL Erhard Pohl	Leitungsaufgaben

Die besondere Stellung der K I führte immer wieder zu Rivalität und Konfrontation zwischen den beiden Apparaten. Dickel betonte zwar die »Notwendigkeit« der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit, befand jedoch zugleich, »dass das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei ein Apparat des MdI sei und andere dort nichts reinzureden hätten«.[461] Auch der Leiter der Hauptabteilung Kriminalpolizei, Helmut Nedwig, beharrte darauf, dass er allein gegenüber der Dienststelle I/U weisungsbefugt sei und erklärte sinngemäß:

> »Die Dienststelle I/U ist eine Dienststelle der HA Kriminalpolizei und keine Dienststelle des MfS. Wir brauchen das MfS nicht. Wir sind nicht auf sie angewiesen. Wir haben viel bessere Möglichkeiten als das MfS. Für die Dienststelle I/U gibt es nur einen Vorgesetzten, der was zu sagen hat, und das bin ich. [...] Das MfS hat mit sich selber genug Probleme.« [462]

Seit zehn Jahren, so beschwerte sich der zuständige Mitarbeiter der Hauptabteilung VII, werde er zu keiner Dienstkonferenz oder Arbeitsberatung der Kriminalpolizei mehr eingeladen. Seit Jahren würden ihm Grundsatzbestimmungen des Ministeriums des Innern gar nicht oder nur ausschnittsweise übersandt.[463] Gleichwohl wurde Nedwig im Jahre 1986 zum Generalleutnant befördert und blieb bis 1990 auf seinem Posten.

Der Stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Bruno Beater, beauftragte die Hauptabteilung VII im November 1978, Westverbindungen von politischen Häftlingen zuverlässiger als zuvor zu unterbinden. Er nannte ausdrücklich die »Kassiberschieberei« und den Freikauf von rund 1 200 Häftlingen jährlich, womit die Informationen über den sozialistischen Strafvollzug dem Westen »frei Haus geliefert« würden. Deswegen erging der Auf-

[460] Vgl. ebenda; Auskunft zur politisch-operativen Hauptverantwortung, Struktur und Aufgabenbestimmung der HA VII v. 8.1980; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 208, o. Pag.
[461] Vgl. Treffvermerk der HA VII v. 9.7.1976; BStU, MfS, GH 127/86, Bd. 2, S. 187–189.
[462] Vgl. Information der HA VII v. 25.4.1980 über eine Aussprache beim Leiter der HA K des MdI, Generalmajor Nedwig, am 23.4.1980, 2 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1, o. Pag.
[463] Vgl. ebenda.

trag an die Anteilung 8, sie müssen die »Leute im SV besser [in die] Hand bekommen«. Die Hauptabteilung VII müsse wissen, welche Insassen ehemalige MfS-Untersuchungshäftlinge seien, wer kontaktiert werden könne und wer »darf nicht wohin«.[464] Im Juli des Folgejahres musste der Leiter der neu gebildeten Abteilung 8 Frieder Feig (gemeinsam mit dem Leiter der Abteilung 5) dem Minister für Staatssicherheit Mielke persönlich Bericht erstatten. Seine Abteilung führte seinerzeit vier OV und zwölf OPK sowie lediglich 4,4 IM pro hauptamtlichen Mitarbeiter.[465]

Entsprechend dem Auftrag der Ministeriumsspitze sollte die Abteilung 8 nun zentral und in eigener Regie Westarbeit betreiben, weswegen Ende 1979 eine gesonderte Arbeitsgruppe mit neun Mitarbeitern innerhalb der Abteilung 8 eingerichtet wurde,[466] die wenig später das Referat 3 bildete. Die Mitarbeiter des Referats wurden als Offiziere für Sonderaufgaben direkt in den Haftanstalten Brandenburg-Görden, Cottbus, Hoheneck, Berlin und Bautzen eingesetzt.[467] Ihre Aufgabe bestand darin, noch in der Haft perspektivreiche IM für den Westeinsatz zu gewinnen, sie »zielgerichtet« als Regimekritiker in SED-kritische Gruppierungen einzuschleusen, »Gegenmaßnahmen zur Diffamierung« dieser Gruppen zu ergreifen und »gezielte Desinformationen des Gegners« zu betreiben.[468] Die Haftanstalten selbst wurden, je nach Größe und Bedeutung, von den Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen oder den Kreisdienststellen gesichert. Die durch die Abteilung 8 angeleiteten, vor Ort eingesetzten Mitarbeiter agierten außerhalb der üblichen Hierarchien, was Abstimmungsprobleme zur Folge hatte. »Unser Mitarbeiter hängt gewissermaßen in der Luft«, konstatierte die verantwortliche Abteilung 8.[469] Erst im Jahre 1987 wurde diese Anomalie wieder beseitigt.[470]

3.5 Kooperation und Konflikte mit der Volkspolizei (1980–1988)

Die Abteilung 9 der Hauptabteilung VII erfuhr ihre eigentliche Gründung erst mit Erlass der Dienstanweisung 2/79, welche »die langjährig erprobten und bewährten Praktiken des politisch-operativen Zusammenwirkens mit dem MdI und seinen Organen zur verbindlichen Arbeitsgrundlage für alle operativen Diensteinheiten des MfS« erklärte. Mit der Zentralisierung der Koordinationsaufgaben bei der Abteilung 9 konnten sich die anderen Abteilungen »noch viel zielstrebiger auf die offensive Feindbekämpfung [...] konzentrieren und dem Feind Jahr für Jahr entscheidendere Schläge […] versetzen«, postulierte der Leiter der Hauptabteilung VII, Joachim Büchner.[471] Hinsichtlich der Arbeitsteilung innerhalb der Hauptabteilung musste die Abteilung 1 jedoch selbstkritisch einschätzen, dass sie noch zu viele »Sachen« an sich ziehen würde. »Dabei kommt es zu Doppelgleisigkeit, Zeitverlusten und Abstrichen an unserer Schwerpunktaufgabe, der operativen Abwehrarbeit.« Deswegen sei zu sichern, dass die IM der beiden Abteilungen auch im Interesse der

---

464 Auszug zur Absprache mit Beater v. 24.11.1984; BStU, MfS, HA VII Nr. 1386, S. 105–109.

465 Im Einzelnen handelte es sich um 2 IMF, 19 IMV, 2 IME, 24 IMS, 19 IMK/KW, 2 IMK/DA, 9 GMS und 16 IM-Vorläufe. Vgl. Berichterstattung der Abt. 8 der HA VII [bei Mielke] zum Stand der Intensivierung der IM-Arbeit v. 27.6.1979; BStU, MfS, HA VII/8 ZMA 485/79, S. 3–19.

466 Vgl. Konzeption der HA VII/8 für die Erschließung und Nutzung der spezifischen Möglichkeiten des Strafvollzuges in der DDR für die unmittelbare Feindbekämpfung v. 29.10.1979, 7 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 19, o. Pag.

467 Vgl. Aufgabenstellung des Referates 3 v. 6.10.1980, 2 S.; ebenda.

468 Vgl. Konzeption der HA VII/8 für die Erschließung und Nutzung der spezifischen Möglichkeiten des Strafvollzuges in der DDR für die unmittelbare Feindbekämpfung v. 29.10.1979, 7 S.; ebenda.

469 Vgl. Grundsätzliche Probleme, die mit der Realisierung der Aufgabenstellung für das Referates 3 einer Lösung bedürfen, 2 S.; ebenda.

470 Planstellen-Normative der HA VII v. 16.10.1987, 25 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 502, o. Pag.

471 Vortrag von Büchner am 21.3.1980; BStU, MfS, HA VII Nr. 1188, S. 3–17.

anderen Abteilung eingesetzt würden. Denn während die Abteilung 1 ihre Zuträger nur zu gezielten personenbezogenen Recherchen einsetze, leite die Abteilung 9 Erkenntnisse zum Fehlverhalten von Kadern nicht an die für »Abwehr« zuständige Abteilung 1 weiter.[472]

Die Abteilung 9 war insbesondere für das »politisch-operative Zusammenwirken« mit dem Stab des Ministeriums des Innern, den Abteilungen I, II, III, IX, X und XI, der Hauptabteilung Kriminalpolizei, mit der Zentralstelle für kriminalistische Registrierung (ZSKR), den Hauptabteilungen Schutzpolizei und Verkehrskontrolle, der Zentralen Kontrollgruppe, der Zentralstelle für Information und Dokumentation, der Rechtsabteilung und der Politischen Verwaltung zuständig. Die Abteilung 9 sah sich somit zu Recht in einer »Schlüsselstellung zu den Fragen des POZW«.[473] Auch die Leitung der Hauptabteilung VII war daran interessiert, der Abteilung 9 immer mehr Koordinationsaufgaben zuzuteilen.[474]

Zu Beginn der achtziger Jahre setzte sich die Neuordnung der Zuständigkeiten innerhalb der Hauptabteilung VII fort. So wurde Anfang 1980 aus der Abteilung 6, die besonders für die »ständige Gewährleistung von Informationsbeziehungen und des Informationsflusses zwischen der operativen Lagegruppe der Hauptabteilung VII und dem ODH des MdI« verantwortlich war,[475] auf zentrale, einheitliche Weisung[476] die AKG der Hauptabteilung VII gebildet.[477] Im April 1980 wurde die Sicherung des Missionsschutzes von der Abteilung 7 der Hauptabteilung VII an die Hauptabteilung II/11 übertragen (einschließlich zweier Planstellen für Offiziere im besonderen Einsatz).[478] Um die Abwehraufgaben stärker bei der Abteilung 1 zu konzentrieren, übernahm diese dann im Mai 1980 die entsprechenden Zuständigkeiten für die Hauptabteilungen Innere Angelegenheiten sowie Pass- und Meldewesen von der Abteilung 5.[479] Im Januar 1981 wurde die Verantwortung für den Meteorologischen Dienst von der Linie VII an die Linie XVIII übertragen, da dieser fortan dem Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft unterstand.[480] Im Oktober 1982 endete die Zuständigkeit der Abteilung 7 für die Feuerwehr; der Aufgabenbereich wurde geteilt. Die Abteilung 1 übernahm die Abwehraufgaben in der Feuerwehr, während die Abteilung 9 fortan für das »politisch-operative Zusammenwirken« verantwortlich war.[481] Insgesamt tendierte die Hauptabteilung VII in den achtziger Jahren wieder dazu, ihre Aufgaben gegenüber dem Ministerium des Innern nach funktionalen Gesichtspunkten zu organisieren, statt gegenüber einzelnen Struktureinheiten des Ministeriums des Innern bzw. deren nachgeordneten Einrichtungen alle Aufgaben in einer Hand zu bündeln.

Die Abteilung 9 der Hauptabteilung VII wachte genau darüber, nicht übergangen zu werden, wenn andere Diensteinheiten Kontakte in das Ministerium des Innern pflegten. So hatte der Leiter der Abteilung 9 »Vorschläge zu unterbreiten, welche direkten Beziehungen anderer Diensteinheiten zum MdI und den anderen Organen bestehen bleiben können [handschriftlicher Zusatz: XIV/IX, X], [und] – welche Verbindungen zukünftig durch die

---

472 Zuarbeit der HA VII/1 zu einem Vortrag von Büchner v. 11.3.1980; ebenda, S. 18–20.
473 Abt. 9 der HA VII: Feingliederung des Referates des Leiters der HA VII v. 28.2.1980; ebenda, S. 29–53.
474 Vgl. Vorläufige Festlegungen des Leiters der HA VII v. 16.5.1980 zur Durchsetzung der DA 2/79 über das POZW mit DVP und MdI, 11 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 424, o. Pag.
475 Vgl. Leiter der HA VII: Vorläufige Festlegungen v. 16.5.1980 zur Durchsetzung der DA 2/79; BStU, MfS, HA VII Bdl. 1011, o. Pag.
476 Vgl. Befehl 6/78 des Ministers v. 3.4.1978 zur Bildung von Auswertungs- und Kontrollgruppen in den BV; BStU, MfS, BdL/Dok. 5554. Der Befehl wurde auf Ministeriumsebene nachvollzogen.
477 Vgl. Aufgaben und Strukturen der AKG der HA VII v. 25.1.1980; BStU, MfS, HA VII Nr. 3364, S. 1–30.
478 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII an die HA KuSch v. 21.3.1980; BStU, MfS, KS 28302/90, S. 224.
479 Diese führte seinerzeit in der HA IA und in der HA PM vier bzw. zwei IM. Vgl. Übergabeprotokoll der Abt. 5 der HA VII v. 25.4.1980; BStU, MfS, HA VII Nr. 4907, S. 48–57.
480 Schreiben des Ministers für Staatssicherheit v. 3.11.1980; BStU, MfS, BdL/Dok. 7363.
481 Vgl. BStU, MfS, AP 11574/91.

zuständigen Abteilungen der Hauptabteilung VII in Abstimmung mit den ›Richtungsoffizieren Volkspolizei‹ der jeweiligen Diensteinheit wahrgenommen werden«.[482] Die Einhaltung klar definierter (Dienst-)Wege bei der Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern entsprechend den Hierarchien sei unverzichtbar. »Grundsätzlich muss geregelt sein, welcher Leiter oder Mitarbeiter mit wem zusammenzuwirken hat. Es ist zu sichern, dass kein Mitarbeiter ohne Genehmigung des Abteilungsleiters Probleme im politisch-operativen Zusammenwirken realisiert.« Der Leiter der Abteilung 9 war dafür »verantwortlich, dass die teilweise noch bestehenden ›schwarzen‹ Kontakte und Verbindungen von anderen Diensteinheiten im MdI unterbunden« werden.[483] Diese Kanäle sollten in den verschiedenen Diensteinheiten des Staatssicherheitsdienstes bei den sogenannten Richtungsoffizieren gebündelt werden, die »gewissermaßen zu echten Spezialisten ihrer HA, Verwaltungen für Probleme des POZW mit dem MdI und seinen Organen entwickelt werden«. In welchen Diensteinheiten tatsächlich Richtungsoffiziere benannt wurden, war eine »Ermessensfrage« und hing vom zuständigen Leiter ab. Über Routine- und Detailfragen durften sich auch andere Mitarbeiter verständigen.[484]

Eine wichtige organisatorische Voraussetzung für die geheimpolizeiliche Überwachung der Volkspolizei war die Einrichtung sogenannter Abwehroffiziere der Volkspolizei im Jahre 1980 (siehe Kapitel 4.2).[485] Zugleich billigte der Mielke-Apparat der Volkspolizei in den achtziger Jahren etwas größere Eigenständigkeit zu. »Die Meinung, dass eine Zusammenarbeit nur dann effektiv wäre, wenn beide Partner davon profitieren, schien langsam Fuß zu fassen.«[486] Auch schienen Disziplin und Linientreue der Volkspolizei im Vergleich zu früheren Jahren tatsächlich stabilisiert, sodass weniger Angriffsfläche geboten wurde. Aus arbeitsökonomischen – oder auch nur taktischen – Gründen plädierte Mielke jetzt in deutlicheren Worten für eine Arbeitsteilung der beiden Apparate.

»Genau wie Ihr gehen wir davon aus«, so erklärte der Minister für Staatssicherheit Leitungskadern der Volkspolizei,

> »dass jeder *seine* spezifischen Aufgaben in hoher Qualität erfüllt und seiner spezifischen Verantwortung voll nachkommt. [...] Wir müssen davon wegkommen, dass Diensteinheiten des MfS und Dienststellen der DVP im Grunde genommen mit den gleichen Mitteln und auf die gleiche Art und Weise die gleichen Aufgaben realisieren. Doppelarbeit zu vermeiden, ist ein Gebot der Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit, das auch voll auf die Tätigkeit unserer Organe zutrifft. Zugleich dürfen wir nicht zulassen, dass es irgendwo ›weiße Flecken‹ [...] gibt. Wir müssen uns so effektiv abstimmen, dass es keinen Bereich gibt, [...] über den wir nicht rechtzeitig informiert sind. Überall brauchen wir Patrioten und Vertraute, freiwillige Helfer und Kontaktpersonen, die uns in unserem Kampf unterstützen. Es darf keine Stelle geben, wo nicht wenigstens eines unserer Organe präsent ist.«[487]

Büchner unterstrich später noch einmal, Mielke habe die »weitere Erhöhung der Eigenverantwortung« beider Apparate »betont«. »Was dem entgegensteht, ist zu unterbinden«, zumal die dienstlichen Grundsatzbestimmungen der DVP vor dem Erlass in der Regel mit

---

[482] Vorläufige Festlegungen des Leiters der HA VII v. 16.5.1980 zur Durchsetzung der DA 2/79, 11 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 424, o. Pag.

[483] Vortrag von Büchner am 21.3.1980; BStU, MfS, HA VII Nr. 1188, S. 3–17.

[484] Abt. 9 der HA VII: Feingliederung des Referates des Leiters der HA VII v. 28.2.1980; ebenda, S. 29–53.

[485] Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII, Jochen Büchner, an Erich Mielke v. 30.6.1980; BStU, MfS, Neiber Nr. 152, S. 140–143.

[486] Sélitrenny, Rita: Doppelte Überwachung. Geheimdienstliche Ermittlungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten. Berlin 2003, S. 373.

[487] Vgl. Vortrag Mielkes auf der Konferenz der Politorgane der DVP und der anderen Organe des MdI v. 8.11.1982; BStU, MfS, BdL/Dok. 7704, S. 77–79; Unterstreichung im Originaltext. Zu einer anderen Interpretation des Vortrags vgl. Mörke, Gerhard (Hg.): Die offizielle und inoffizielle Zusammenarbeit zwischen Volkspolizei und Staatssicherheit. Schleiz 2005, S. 24–27.

der Staatssicherheit abgesprochen worden seien.[488] Die Staatssicherheit solle die Volkspolizei möglichst so beeinflussen, dass diese selbst rechtzeitig geeignete Maßnahmen zur Problemlösung unternehme, ohne dass das Ministerium für Staatssicherheit »dabei unbedingt mit eigenen Kräften wirksam werden« muss. »Wer nicht so handelt, hat vom Schwerpunktprinzip nur die Hälfte begriffen«, wurde deswegen als Devise auf einer zentralen Dienstkonferenz im Jahre 1982 ausgegeben.

> »Die operative Kunst besteht aber darin, dass wir uns im Zusammenwirken mit anderen Organen und Einrichtungen auf die Anwendung tschekistischer Mittel und Methoden konzentrieren. [...] Wenn durch unsere Einflussnahme sichergestellt ist, dass andere Organe und Einrichtungen jederzeit ihrer Verantwortung nachkommen und die gemeinsamen Aufgaben auf die effektivste Art arbeitsteilig und koordiniert gelöst werden, dann ist das Zusammenwirken richtig organisiert.«[489]

Die Eigenständigkeit zu betonen und gleichzeitig durch Offiziere im besonderen Einsatz und IM in Leitungsfunktionen Einfluss zu nehmen, wurde vom Staatssicherheitsdienst »gegenüber keinem anderen staatlichen Organ und in keinem gesellschaftlichen Bereich so perfekt praktiziert wie gegenüber der DVP und speziell gegenüber dem Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei«.[490]

Im Januar 1982 wurden der Hauptabteilung VII neue Aufgaben und Planstellen übertragen. Bereits Mitte der siebziger Jahre hatte der Stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Bruno Beater, eine Arbeitsgruppe bilden lassen, die Informationen über Kunstsammler verwertete. Diese Arbeitsgruppe[491] wurde dann als Abteilung 13 mit 22 Planstellen der Hauptabteilung VII unterstellt.[492] Bis 1984 war Walter Strauch Leiter der Abteilung 13, ihm folgte Rolf Drießel. Die Aufgabe der Abteilung 13 lag in der Bearbeitung besonders wichtiger Operativer Vorgänge gegen Schmuggel und Spekulation sowie der Anleitung der operativen Tätigkeit des gesamten MfS-Apparates in diesem Bereich.[493]

Durch die Bildung der Abteilung 13 stieg die Gesamtzahl der Mitarbeiter der Hauptabteilung von 308 im Jahre 1981 auf 339 zum Jahresende 1982 (einschließlich der Offiziere im besonderen Einsatz).[494] Laut Stellenplan verfügte die Diensteinheit jetzt über 38 Planstellen für Referatsleiter und Bereichsleiter, von denen 33 Planstellen besetzt waren.[495] Zudem waren der Hauptabteilung VII von der Hauptabteilung Kader und Schulung 29 Planstellen für Offiziere im besonderen Einsatz genehmigt worden. Dazu diagnostizierte die Hauptabteilung VII nun allerdings zutreffend, dass deren Einsatz an weniger wichtigen Stellen wie im DRK oder der Staatlichen Archivverwaltung »nicht vordergründig zur Realisierung von Sicherheitserfordernissen bzw. zur Durchsetzung operativ bedeutsamer Interessen des MfS, sondern im Ergebnis notwendiger Kadermaßnahmen innerhalb unseres Organs erfolgt ist«. Der Mielke-Apparat brachte nämlich auf diese Weise »aus altersbedingten, gesundheitlichen bzw. kaderpolitischen Gründen« eigene ausrangierte Kader

---

488 Schreiben des Leiters der HA VII an die Leiter der Abt. VII der Bezirksverwaltungen: Weitere Qualifizierung der politisch-operativen Abwehrarbeit o. D. [1982 o. später]; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 276, S. 449–451.

489 Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit v. 11.10.1982; BStU, MfS, HA VII Nr. 485, Bd. 1, S. 1–100.

490 Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum MfS. Hg. BStU. Berlin 1994, S. 38.

491 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII an HA KuSch v. 1.1982; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 1.

492 Vgl. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. Werkzeuge des SED-Regimes. Abschlussbericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Hg. v. Deutschen Bundestag. Bonn 1994, S. 147–149.

493 Siehe Kapitel 2.2.6.

494 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 25) Beilage.

495 Vgl. HA VII v. 20.8.1982: Vorstellungen und geplante Maßnahmen der Leiter der Abteilungen zur Besetzung freier Planstellen bei mittleren leitenden Kadern sowie zur systematatischen Entwicklung von Reserve- und Nachwuchskadern, 4 S. mit Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 582, o. Pag.

im Ministerium des Innern unter. Mindestens vier dieser OibE-Planstellen sollten 1986 im Zuge allgemeiner Sparmaßnahmen abgebaut und bei sieben weiteren eine »Umverteilung« geprüft werden.[496]

Die Abteilung 2 war seinerzeit »in der direkten Feindbekämpfung, bei der Verbesserung der Sicherheit und Ordnung in den Grenzgebieten sowie in der vorbeugenden Verhinderung und Zurückdrängung des ungesetzlichen Verlassens der DDR« tätig.[497] Sie war verantwortlich für die »Qualifizierung des grenzbezogenen politisch-operativen Zusammenwirkens mit dem MdI und seinen Organen«, was auf die Unterstützung des eigenverantwortlichen Handelns der Volkspolizei im Bereich der Grenzsicherheit hinauslaufen sollte. Die Diensteinheit bearbeitete auch OV, verfolgte beispielsweise »Spione des amerikanischen Geheimdienstes«[498] und sorgte für die Festnahme von Angehörigen westlicher Schleuserorganisationen.[499]

Die Drosselung sowjetischer Erdöllieferungen, die unausgeglichene Zahlungsbilanz und die wachsenden Kreditlasten verkomplizierten die wirtschaftliche Lage der DDR. Dies brachte im Januar 1983 auch einen Sparkurs für das Ministerium für Staatssicherheit mit sich, insbesondere die Weisung, den Personalbestand »grundsätzlich« nicht mehr zu erweitern.[500] Dies wiederum bewirkte auch in der Hauptabteilung VII Strukturveränderungen. So wurde die Abteilung 2 im März 1983 aufgelöst, mehrere Planstellen wurden der ZKG zur Verfügung gestellt und einige ihrer Aufgaben anderen Abteilungen der Hauptabteilung VII übertragen.[501] Die Abteilung 3 der Hauptabteilung VII übernahm 25 IM, darunter zwölf IMB, sechs IMS, sieben IME und neun IM-Vorläufe.[502] Die ZKG erhielt Entscheidungsvollmacht über die Genehmigung von Übersiedlungsersuchen; die Hauptabteilung VII musste die Arbeit an ihrer Übersiedlungskartei einstellen. Sie fungierte fortan lediglich als »Schaltstelle« zwischen der ZKG und der ausführenden Hauptabteilung Innere Angelegenheiten im Ministerium des Innern sowie dessen nachgeordneten Organen. Traten etwa Verzögerungen oder Hemmnisse bei der Umsetzung bereits genehmigter Übersiedlungen auf, hatte die Hauptabteilung VII durch »politisch-operative Einflussnahme« für deren Beseitigung zu sorgen.[503]

Ein Jahr nach Auflösung der Abteilung 2 stellte auch die Abteilung 5 der Hauptabteilung VII ihre Arbeit ein. Mit der Ausgliederung der Abteilung 8 (1976), der Übertragung der Zuständigkeit für die Hauptabteilungen Innere Angelegenheiten sowie Pass- und Meldewesen an die Abteilung I (1980) waren der Abteilung, wie erwähnt, schon wichtige Aufgaben genommen worden. Im Jahre 1983 verfügte die Abteilung 5 daher nur noch über 18 Mitarbeiter in zwei operativen Referaten sowie ein Referat Auswertung und In-

---

496 Vgl. Bericht des Leiters der HA VII über die Realisierung der Aufgabenstellung in Durchsetzung der Ordnung 6/86 v. 10.11.1986, 38 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 275, o. Pag.

497 Vorschlag zur Auszeichnung mit dem Kampforden v. 24.9.1981; BStU, MfS, KS 20973/90, S. 104.

498 Beurteilung der HA VII v. 28.1.1983; BStU, MfS, KS 20973/90, S. 106–109.

499 Vgl. Vorschlag zur Auszeichnung mit dem Kampforden v. 4.10.1977; BStU, MfS, KS 20973/90, S. 102.

500 Vgl. Schreiben des Ministers für Staatssicherheit v. 25.1.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7921. Im Jahr 1985 betraf das 3 weitere Planstellen. Vgl. Planstellennormative der HA VII v. 16.10.1987, 25 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 502, o. Pag. Umfassend Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS (Anm. 7), S. 387–395.

501 Planstellennormative der HA VII v. 16.10.1987, 25 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 502, o. Pag.

502 Vgl. HA VII/3: Übersicht der Ergebnisse in der politisch-operativen Arbeit im Planjahr 1985 v. 13.1.1986, 8 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 782, o. Pag.

503 DA 2/83 des Ministers v. 13.10.1983 zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen; BStU, MfS, BdL/Dok. 7770, S. 30; Vorschläge für die Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen ZKG und HA VII v. 27.8.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 5142; siehe auch Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe (Anm. 450).

formation.[504] Nun gab die Abteilung 5 nach und nach ihre Zuständigkeit für westliche Menschenrechts- und Fluchthilfeorganisationen an die ZKG ab. Dies betraf Mitte 1983 die AGFM Berlin (OV »Wühler«), im November 1983 die IGfM (OV »Zentrale«),[505] zu einem nicht näher genannten Zeitpunkt die Flüchtlingsstarthilfe und schließlich im November 1984 die Notaufnahmelager Gießen und Marienfelde.[506] Der zuständige Leiter der Abteilung 5, Armin Ullmann, wechselte mit seinen Mitabeitern im November 1983 zur ZKG.[507] Diese Übertragung von Kompetenzen sollte die Hauptabteilung VII von operativen Aufgaben entlasten und es ihr ermöglichen, sich stärker auf die Kooperation mit dem Ministerium des Innern zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang wurden auch in einigen Bezirken im Jahre 1984 jeweils ein bis zwei Mitarbeiter von den Abteilungen VII zu den BKG versetzt.[508]

Im Jahre 1983 wurden ferner zwölf Mitarbeiter »aus den nichtoperativen Bereichen der Hauptabteilung« in den operativen Dienst versetzt.[509] So erhielten die Abteilung 13 sechs »neue« Planstellen, die Abteilung 7 vier Planstellen (zur Absicherung des DRK,[510] des Krankenhauses der Volkspolizei, der Verwaltung I der Zivilverteidigung und weiterer Dienstzweige), während in der Abteilung 9 ein neues Referat »Grenzsicherung« gebildet wurde.[511] In anderen Bereichen gab die Hauptabteilung VII weitere Zuständigkeiten ab. So wanderte im Juni 1983 die Verantwortung für die Abteilung Organisation/RV der Hauptabteilung Pass- und Meldewesen von der Abteilung 9 der Hauptabteilung VII an den für Antrags- und Genehmigungsverfahren im Reiseverkehr zuständigen Bereich der Hauptabteilung VI.[512] Im Mai 1984 musste zudem die Abteilung 1 die Verantwortung für das Informationsbüro West (IWE), gegen das sie zuletzt sechs IM (überwiegend als Reisekader) eingesetzt hatte,[513] an die für die Überwachung der Westmedien zuständige Hauptabteilung II/13 abgeben.[514] Damit war der Beitrag der Linie VII zur prestigeträchtigen Westarbeit des MfS deutlich reduziert. Es befassten sich jetzt nur noch zwei Abteilungen VII in den Bezirksverwaltungen mit Feindorganisationen im Westen.[515] Immerhin wurde die Hauptabteilung VII darin bestärkt, aufgrund ihrer Zuständigkeit für den Strafvollzug weiterhin gemeinsam mit der HV A die Verbindungen von amnesty international in die DDR zu bearbeiten.[516]

---

[504] Vgl. Bericht über die Ergebnisse der Untersuchungen entsprechend Befehl 2/83 des Ministers v. 25.4.1983, 3 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 582, o. Pag.

[505] Vgl. Schreiben des Ministers v. 23.11.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7808.

[506] Vgl. Konzeption der HA VII/1 für die politisch-operative Bearbeitung des Feindobjektes »Informationsbüro West« und des OV »Redakteur« v. 17.8.1982; BStU, MfS, HA VII Nr. 830, o. Pag.

[507] Vgl. BStU, MfS, KS 29278/90.

[508] Auszug aus dem unkorrigierten Manuskript der Rede von GL Neiber auf der zentralen Dienstkonferenz der Linie VII am 13./14.12.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 8131, S. 85.

[509] Planstellennormativ der HA VII v. 16.10.1987, 25 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 502, o. Pag.

[510] Vgl. HA VII/3: Einschätzung des Erfüllungsstandes der vom X. Parteitag der SED gestellten politisch-operativen Aufgaben v. 11.1.1986, 15 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 782, o. Pag.

[511] Vgl. Einführung für die Beratung mit der ZAIG über den Stand der komplexen Spionageabwehr in der HA VII o. D. [Mitte 1985], 19 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 193, o. Pag.

[512] Vgl. HA VII/1 o. D., Anlage: Übersicht über Hauptaufgaben der HA PM, des BPAA und einer Aufstellung aller POZW-Partner der HA VII/9; BStU, MfS, HA VII Bdl. 581, o. Pag.

[513] Vgl. Thesen der AKG der HA VII zu Fragen des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur komplexen Bekämpfung der Militär-, Wirtschafts- und politischen Spionage von 3/1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 33–53.

[514] Entwurf der Orientierung für die Arbeit der HA und Linie VII im und nach dem Operationsgebiet von 9/1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 1387, S. 101–126.

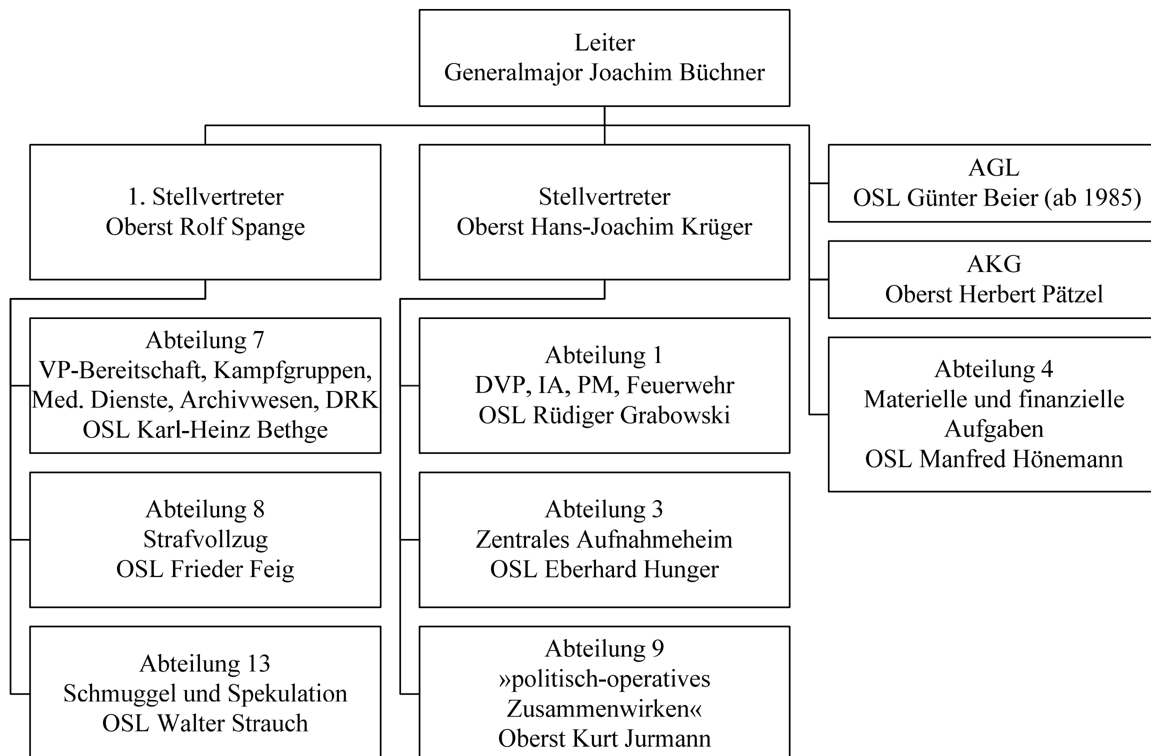
[515] Schreiben des Leiters der HA VII zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Abwehrarbeit und des politisch-operativen Zusammenwirkens in bzw. mit der DVP v. 4.6.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 7966.

[516] Ebenda.

Die Abteilung 3 verfügte zu dieser Zeit über drei operative Referate; dabei war das Referat 2 mit elf Mitarbeitern für die »politisch-operative Bearbeitung von Aufnahmeersuchenden [...] in OV und OPK« zuständig, das Referat 3 mit vier Mitarbeitern für die Vorprüfung von Anträgen und das Referat 4 mit fünf Mitarbeitern für die Absicherung des Zentralen Aufnahmeheims Röntgental.[517]

Die Abteilung 4 verfügte über 43 Mitarbeiter in drei Referaten und zwei selbstständigen Sachgebieten und war für die finanzielle und materielle Sicherstellung, die Dienstfahrzeuge sowie die Objektverwaltung verantwortlich.[518] Die Abteilung 7 verfügte über 28 Mitarbeiter (einschließlich des Leiters und seiner Stellvertreter). Von denen waren 21 unmittelbar operativ tätig und leiteten durchschnittlich zehn IM oder GMS an. Die Abteilung war für einen Sicherungsbereich ziviler Dienstzweige des Ministeriums des Innern und die Zivilverteidigung mit 3 580 Mitarbeitern verantwortlich.[519] Die für den Strafvollzug verantwortliche Abteilung 8 verfügte seinerzeit über 27 Mitarbeiter, die in drei operativen Referaten und einem Referat Auswertung und Information strukturiert waren.[520] Die Gesamtzahl der Mitarbeiter der Hauptabteilung VII lag am Jahresende bei 307 (einschließlich der Offiziere im besonderen Einsatz).[521]

Abbildung 10
Hauptabteilung VII (1984)[522]



517 Vgl. Sicherungskonzeption der HA VII/3 für das ZAH des MdI, Röntgental und Außenobjekt Fürstenwalde/Molkenberg, 11 S. mit Anlage v. 31.1.1983; BStU, MfS, HA VII Bdl. 455, o. Pag.
518 Strukturplan der Abt. 4 v. 15.1.1982; BStU, MfS, HA VII Bdl. 244, o. Pag.
519 Vgl. HA VII am 27.5.1983: Bericht zu Untersuchungsergebnissen zum Stand der Umsetzung des Befehls 2/83 des Ministers in der HA VII/7, 2 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 582, o. Pag.
520 Vgl. ebenda.
521 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 25) Beilage.
522 Anleitungsbereiche dabei unklar. Eigene Zusammenstellung. Siehe auch Konzeption zur Erarbeitung eines vorläufigen Struktur- und Stellenplanes der HA VII v. 13.2.1987; BStU, MfS, HA VII Nr. 490, S. 126–129.

Ab Mitte der achtziger Jahre setzte der Staatssicherheitsdienst im Leitungsbereich des Ministeriums des Innern stärker auf offizielle Zusammenarbeit als auf inoffizielle Verbindungen. Dies mag mit dadurch bedingt gewesen sein, dass Ende 1984 durch eine Strukturreform im Ministerium des Innern in den verschiedenen Hauptabteilungen die Zahl der Stellvertreter auf einen reduziert worden war; lediglich die größeren Hauptabteilungen behielten zwei Posten dieser Art. Vor allem erlaubte die Verlagerung auf das »politisch-operative Zusammenwirken« in hinreichendem Maße die Einflussnahme auf die zumeist kopperationswilligen Leitungskader. Andere waren gegenüber subtilem Druck empfänglich. »Die Positionen der leitenden Genossen zu unserem Organ sind positiv, Hinweise zu Kadern und Arbeitsprozessen wurden angenommen und mit unterschiedlicher Intensität umgesetzt.« Im Zuge dieser neuen Strategie wurde die inoffizielle Zusammenarbeit vielfach beendet bzw. mit dem neu hinzuversetzten Leitungskader keine begonnen. So führte die Geheimpolizei unter den Leitern der zehn wichtigsten Hauptabteilungen und ihren Stellvertretern im Jahre 1988 keine Zuträger mehr.[523] Eine Ausnahme war die fortdauernden IM-Tätigkeit des Leiters der Hauptabteilung Kampfgruppen, Wolfgang Krapp,[524] und bereits in der zweiten Reihe verfügte die Staatssicherheit unverändert über eine hohe Zahl von Zuträgern. Auch auf Ebene der Kreisdienststellen galt jetzt für die Abwehroffiziere die Maßgabe, den »aufgeblähten IM-Bestand unter Leitern und anderen Vorgesetzten« zu reduzieren und verstärkt unter gewöhnlichen Wachtmeistern Zuträger zu werben.[525]

Das von der Hauptabteilung VII federführend gepflegte Verhältnis zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit und dem Ministerium des Innern wurde bisweilen von anderen Diensteinheiten beeinträchtigt. Da solche Eigenmächtigkeiten den Richtlinien widersprachen, beschwerten sich dann die Leitungskader im Ministerium des Innern bei den Mitarbeitern der Linie VII. Der Leiter der Hauptabteilung VII versuchte diesen Kompetenzüberschreitungen – wohl auch aus Ressortegoismus – ein Ende zu bereiten. Die Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen den Ministerien seien schließlich vor dem Inkrafttreten auf Ministerebene mit beraten worden, weswegen die Mitarbeiter anderer Linien der Staatssicherheit nicht eigenmächtig darüber hinweggehen könnten.[526] Es sei nicht hinnehmbar, dass etwa bei der K I »alle Diensteinheiten und Linien ein und aus gehen« – allein der zuständige Mitarbeiter der Linie VII dürfe gegenüber der Kriminalpolizei als »Partner« im »politisch-operativen Zusammenwirken« auftreten.[527] Um ihre starke Stellung gegenüber der DVP zu wahren, zielte die Hauptabteilung VII auf die »erfolgreiche Unterbindung direkter Beziehungen und Kontakte anderer Diensteinheiten des MfS über die Festlegungen der Dienstanweisung Nr. 2/79 hinaus«. Mitarbeiter der Linie VII sollten daher verstärkt an den Arbeitsberatungen anderer Linien teilnehmen und Arbeitsvereinbarungen mit der HV A sowie den Hauptabteilungen VIII, IX und VI/Auslandstourismus abschließen. Zur Bündelung der Kontakte existierten in den Hauptabteilungen II, VI, VIII, XIX, XX und XXII sowie der HV A und dem OTS als Ansprechpartner bereits sogenannte Richtungsoffiziere Volkspolizei. Diese in weiteren Diensteinheiten wie ZAIG, ZKG, ZOS oder Hauptabteilung PS einzusetzen war indes nicht möglich, denn »die Breite der zu

523 Vgl. Einschätzung der HA VII/1 des Aufklärungsstandes der Nomenklaturkader des MdI v. 4.7.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 3935, S. 155–167.

524 Vgl. BStU, MfS, AIM 11087/91.

525 Vgl. HA VII/AKG: Einschätzung der Wirksamkeit im Zusammenhang mit dem Einsatz der Abwehroffiziere Volkspolizei v. 12.1985 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/5.1., S. 43–66.

526 Auszug aus dem unkorrigierten Manuskript der Rede von GL Gerhard Neiber auf der zentralen Dienstkonferenz der Linie VII am 13./14.12.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 8131, S. 122.

527 Schreiben des Leiters der HA VII an den Minister für Staatssicherheit, Entwurf o. D. [1985/86]; BStU, MfS, HA VII Nr. 513, S. 90–94.

lösenden Aufgaben« in diesen Abteilungen »lässt die Konzentration der Zusammenarbeit auf einen Richtungsoffizier nicht zu«.[528]

Mitte der achtziger Jahre unterhielten insgesamt 18 Diensteinheiten Kontakte zum Ministerium des Innern, größtenteils ohne die Hauptabteilung VII im Einzelnen zu informieren. Dies, so befand Büchner, erlaube keine einheitliche Linie der Staatssicherheit gegenüber den verschiedenen Zweigen der Volkspolizei, mache einen hohen Koordinationsbedarf bei Absprachen erforderlich und gefährde die Konspiration der eigenen IM in der DVP. Deswegen unterbreitete Büchner – mit teilweiser Rückendeckung des für die Linie VII zuständigen Stellvertreters des Ministers, Gerhard Neiber, – Mielke den Vorschlag, die operative Bearbeitung aller Zweige des Ministeriums des Innern der Linie VII zu übertragen.[529] Damit konnte er sich aber kaum durchsetzen, denn gemäß der Dienstanweisung 2/87 blieben für das Wachkommando Missionsschutz weiterhin die Hauptabteilung II, für die Arbeitsrichtung I/U die Linie VIII, für Transportpolizei und die Betriebsschutzkommandos die Linie XIX und für den Spezialnachrichtendienst die Linie XI zuständig. Immerhin hatten diese Diensteinheiten »eng mit dem Leiter der Hauptabteilung VII zusammenzuarbeiten«, und anderen als den genannten fünf Linien war es fortan »grundsätzlich nicht gestattet« Angehörige der DVP anzuwerben oder zu bearbeiten.[530]

Im Jahre 1985 versuchte Büchner, entgegen dem allgemeinen Trend im Staatssicherheitsapparat, personelle Verstärkung für seine Linie zu erwirken. Die Aufgaben hätten sich enorm vermehrt, weil Anzahl und Größe der Sicherungsbereiche gewachsen seien. Zugenommen hätten etwa die mit der Spionageabwehr in der Volkspolizei verbundenen Aufgaben; VP-Mitarbeiter würden immer mehr Westkontakte unterhalten und unterlägen weltanschaulicher Aufweichung. Außerdem sei der Linie VII vor »einiger Zeit« die neue Aufgabe der Bekämpfung von Schmuggel und Spekulation übertragen worden, wofür auf Bezirksebene aber keine zusätzlichen Mitarbeiter abgestellt worden seien. Große Teile der bewaffneten Organe würden immer stärker in die Landesverteidigung einbezogen – und müssten deswegen besser gesichert werden, so offenbar die Schlussfolgerung Büchners. Der Leiter der Hauptabteilung konstatierte außerdem eine »immer engere Verzahnung der Aufgabenstellungen und Arbeitsprozesse für die Gewährleistung von öffentlicher Ordnung und Sicherheit und der staatlichen Sicherheit«.[531] Die Bekämpfung der wachsenden Ausreisebewegung, die Überwachung des innerdeutschen Reiseverkehrs, die Zunahme der Gewaltkriminalität und die genauere Untersuchung von Straftaten sowjetischer Soldaten in der DDR bedeuteten mehr Arbeit und mehr Koordinierungsbedarf, den besonders die Linie VII zu leisten hätte.[532] Im März 1986 verfügte die Hauptabteilung VII über insgesamt 276 Mitarbeiter (zuzüglich sieben Direktstudenten).[533]

Personellen Zuwachs (im Umfang von 25 Planstellen) erhielt die Hauptabteilung VII durch die Eingliederung der selbstständigen Fahndungsführungsgruppe (FFG) im April 1987.[534] Diese Entscheidung war folgerichtig, denn viele Fahndungen führte die DVP

---

528 Vgl. Leiter der HA VII: Planstellennormative für die Abt. VII der Bezirksverwaltungen v. 13.6.1985 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Nr. 1392, S. 14–34.

529 Vgl. DA 2/87 v. 14.5.1987 über die politisch-operative Sicherung der DVP und der anderen Organe des MdI; BStU, MfS, BdL/Dok. 5286.

530 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII an den Stellvertreter des Ministers Neiber o. D. [1985]; BStU, MfS, HA VII Nr. 114, S. 238–241.

531 Vgl. Leiter der HA VII: Planstellennormative für die Abt. VII der Bezirksverwaltungen v. 13.6.1985 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Nr. 1392, S. 14–34.

532 Planstellennormative der HA VII v. 16.10.1987, 25 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 502, o. Pag.

533 Vgl. BStU, MfS, HA VII Bdl. 582, o. Pag. Gieseke gibt 333 Mitarbeiter einschließlich OibE zum Jahresende an. Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 25) Beilage.

534 Befehl 4/87 des Ministers v. 19.3.1987 zur weiteren Qualifizierung des Zusammenwirkens mit der DVP und den anderen Organen des MdI bei der Fahndungstätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 8577; Befehl K

hauptverantwortlich durch – und die Hauptabteilung VII wurde dann als Bindeglied zum Staatssicherheitsapparat ohnehin eingeschaltet. Im Ministerium des Innern trugen eine gesonderte Führungsgruppe unter Leitung des Stabes und das Arbeitsgebiet V der Kriminalpolizei die Verantwortung, kooperierten mit der Fahndungsführungsgruppe, wurden jedoch zugleich von der Linie VII »gesichert«. Mit der Eingliederung der Fahndungsführungsgruppe wurde diese »Doppelgleisigkeit« bereinigt, die Kompetenzen der Staatssicherheit in Sachen Fahndung wurden konzentriert und Kräfte eingespart. Analog wurden die Fahndungsbeauftragten der Bezirksverwaltungen der jeweiligen Abteilung VII zugeschlagen bzw. deren Aufgaben von dieser übernommen.[535] Verschiedene Pannen bei der Fahndung nach vermissten Personen trugen möglicherweise zu der Entscheidung bei, die vormals selbstständige Diensteinheit der Hauptabteilung VII einzuverleiben.[536] Sie wurde dort zunächst als Abteilung Fahndung, bald jedoch als Abteilung 14 bezeichnet (siehe Abbildung 1). Leiter der Abteilung (und gleichzeitig stellvertretender Leiter der Hauptabteilung) wurde Karl-Heinz Wiese, sein Stellvertreter war Dieter Schramm; beide hatten zuvor in der Fahndungsführungsgruppe die entsprechenden Funktionen innegehabt.[537]

Durch den Zuwachs der Fahndungsführungsgruppe verfügte die Hauptabteilung VII im Jahre 1987 über 303 Berufsunteroffiziere und Berufsoffiziere sowie einen Zivilbeschäftigten. Zusammen mit 32 Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter und 30 Offizieren im besonderen Einsatz ergab sich sogar eine Gesamtzahl von 366 Mitarbeitern. Unter den 303 Personen befanden sich 119 Führungsoffiziere, 23 Schreibkräfte und 70 Mitarbeiter in führenden, leitenden oder mittleren leitenden Positionen, was diese in ein Verhältnis von 1:4,4 zu den gewöhnlichen Mitarbeitern brachte. Insgesamt 43 Angehörige waren mit Aufgaben der Auswertung und Information betraut, womit sie durchschnittlich für jeweils 5,4 operative Mitarbeiter zuständig waren, doch galt ein Verhältnis von 1:7 als »durchaus ausreichend«. Deswegen sollte die Hauptabteilung VII aus Sicht der Hauptabteilung Kader und Schulung auch mittelfristig 23 Stellen abbauen.[538]

Im Folgejahr konnte sich die Hauptabteilung VII de facto auf 348 Mitarbeiter stützen, darunter 13 Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter und 16 Offiziere im besonderen Einsatz (Stand September 1988).[539] Dies bedeutete im Vergleich zum Vorjahr eine Halbierung der Planstellenzahl von Offizieren im besonderen Einsatz und Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeitern (von 30 auf 16 bzw. von 33 auf 13). Diese Reduktion um 34 Planstellen ermöglichte der Diensteinheit das neue Planstellenniveau von 348 einzuhalten.[540] Die Leitung der Hauptabteilung VII bestimmte jetzt »Schwerpunktreferate«, die von Personalkürzungen am wenigsten betroffen sein sollten. Namentlich handelte es sich um die Referate 1

1447/87 v. 1.4.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 8578; Plan zur strukturellen Eingliederung der Fahndungsführungsgruppe in die HA VII v. 17.3.1987, 5 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 484, o. Pag.

535 Vgl. Persönliches Schreiben des Leiters der HA VII an GL Neiber v. 16.7.1986; BStU, MfS, HA VII Nr. 419, S. 122–129.

536 Vgl. BStU, MfS, HA VII Nr. 419, S. 276–281.

537 Befehl 4/87 des Ministers v. 19.3.1987 zur weiteren Qualifizierung des Zusammenwirkens mit der DVP und anderen Organen des MdI bei der Fahndungstätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 8577. Vorläufer der Fahndungsführungsgruppe war die Anfang der 50er Jahre nach Deserteuren und »Diversanten« fahndende Abt. X. Die Tätigkeiten der Linien VII und X waren teilweise miteinander verwoben, denn in kleinen KD erfüllte ein Mitarbeiter die Aufgaben beider Linien. Vgl. Instruktion des Ministers für die Fahndung v. 12.7.1952 und dazugehöriges Merkblatt v. 15.7.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 3352; Befehl 36/52 des Ministers v. 4.4.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 56.

538 Schreiben des Leiters der HA KuSch an Leiter HA VII v. 28.3.1988; BStU, MfS, HA VII Bdl. 581, o. Pag.

539 Vgl. Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 15.9.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 499, S. 48–127.

540 Vgl. Notiz von Major Kießling zur Leitungsberatung der HA VII am 1.9.1988 zum Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 25.8.1988, 3 S. mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Bdl. 303, o. Pag.

und 2 der Abteilung 1, das Referat 1 der Abteilung 7 und das Referat 1 der Abteilung 9.[541] Besonders starke Einbußen sollten die Abteilung 7 (mit elf), die AGL (mit sechs) und die Abteilung 4 sowie die AKG (mit jeweils vier Stellen) hinnehmen.[542]

Im Verhältnis zur Volkspolizei war von Bedeutung, dass die K I ab 1987 mehr Akten in eigener Regie führen durfte (wie etwa die der Kriminalpolizeilichen Mitarbeiter/IKM), wenngleich der Mielke-Apparat weiter jeder Anwerbung zustimmen musste.[543] Die K I schloss seinerzeit etwa 3 000 Kriminalakten jährlich ab und übergab sie der Staatssicherheit zur Archivierung, lediglich 77 Fälle bearbeitete diese weiter.[544] Der Kriminalpolizei kam jetzt in gewisser Weise zugute, dass der wachsende politische Widerspruch in der DDR die personellen Ressourcen der Staatssicherheit zunehmend strapazierte.[545]

4 Die Linie VII auf der Ebene der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen für Staatssicherheit

4.1 Die Linie VII im Jahr 1989

In den Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen arbeiteten zuletzt in der Summe 510 hauptamtliche Mitarbeiter zuzüglich 37 Offiziere im besonderen Einsatz. Entsprechend der Dislozierung der Volkspolizei und der nachgeordneten Bereiche des Ministeriums des Innern waren die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen Berlin, Potsdam und Magdeburg mit 90 bzw. knapp 50 Mitarbeitern am stärksten besetzt. Den geringsten Personalbestand wiesen die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen in Suhl, Neubrandenburg und Frankfurt/O. auf (siehe Tabelle 17).

Die wichtigsten Abteilungen bzw. Zuständigkeitsbereiche der Hauptabteilung VII fanden ihre Entsprechung in den Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen. Idealtypisch sollten sie aus den Referaten »Politisch-operative Sicherung der DVP«, »Organe Landesverteidigung«, »Politisch-operative Sicherung Strafvollzug«, »Politisch-operatives Zusammenwirken« und »A[uswertung]/I[nformation]« bestehen.[546] Meist waren die Abteilungen den insgesamt geringeren Personalstärken entsprechend organisatorisch weniger stark ausdifferenziert. So war statt einer kompletten Abteilung (Abteilung 9) für die Zusammenarbeit mit der Volkspolizei im Bezirk seit Ende der siebziger Jahre ein Offizier für das »politisch-operative Zusammenwirken« abgestellt, der dem jeweiligen Leiter der Abteilung VII unmittelbar unterstand.[547] Richtiggehende Referate zur Erledigung der wachsenden Aufgaben im Bereich der Koordination wurden in den Bezirksverwaltungen »jedoch

[541] Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII an den Leiter der HA KuSch zum Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 27.9.1988, 2. S.; ebenda.

[542] Vgl. Notiz von Major Kießling zur Leitungsberatung der HA VII am 1.9.1988 zum Struktur- und Stellenplan der HA VII v. 25.8.1988, 3 S. mit Anlagen; ebenda.

[543] Vgl. Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen: Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression. Dresden 1996, S. 83.

[544] Vgl. Einschätzung einiger operativ bedeutsamer Seiten der Wirksamkeit der kriminalpolizeilich-operativen Tätigkeit des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei durch die AKG der HA VII v. 14.4.1989, 83 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 275, o. Pag., S. 11.

[545] Vgl. Die Landesbeauftragten. Der Beitrag des Arbeitsgebietes I. Dresden 1996, S. 79.

[546] Vgl. Leiter der HA VII: Festlegung von Planstellennormativen für die Abt. VII der Bezirksverwaltungen v. 13.6.1985 Anlage 2; BStU, MfS, HA VII Nr. 1392, S. 26–29.

[547] Vgl. u. a. Auskunftsbericht der Abt. VII der BV Potsdam v. 3.5.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 4 »Komplexkontrolle BV Potsdam Abt. VII/88«, S. 4–23.

bis auf Ausnahmen und Übergangslösungen in Einzelfällen« nicht eingerichtet. Auch für die (relativ neue) Aufgabe der Bekämpfung von Schmuggel und Spekulation wurden in »den meisten Abteilungen VII bisher keine kadermäßigen Voraussetzungen geschaffen« und diese Aufgabe, wie Büchner beklagte, auf Bezirksebene »nebenbei oder gar nicht gelöst«. Mit ihren »im Wesentlichen aus den sechziger Jahren stammenden Stellenplänen« seien die Abteilungen VII »trotz enormer Anstrengungen nicht durchgehend in der Lage [...], die gestellten gegenwärtigen und für die Zukunft absehbaren Aufgaben [...] zu erfüllen«, lamentierte er.[548]

Auch die Einflussnahme auf die Kriminalpolizei gelang in den Bezirken in nur sehr unterschiedlichem Maße. So wurde bemängelt, dass einige Leiter von Kommissariaten I in Volkspolizeikreisämtern »noch nicht in vollem Umfang« zur Zusammenarbeit bereit wären und teilweise eine »Tendenz zur Abgrenzung gegenüber dem MfS« herrsche. Andere Leiter verließen sich auf die Staatssicherheit oder beachteten deren »Hinweise« verschiedentlich »nicht im erforderlichen Maße«.[549] Die starke Position der K I an der Schnittstelle beider Apparate verleite viele Verantwortliche zu Selbstherrlichkeit, diagnostizierte die Staatssicherheit. Leiter von Kommissariaten I könnten sich gar »zu einem Unsicherheitsfaktor« entwickeln »und außerhalb unserer Kontrolle geraten«. Gerade Westkontakte würden oft verschleiert, weswegen sogar mehrere Leiter von Kommissariaten I in OV bearbeitet werden müssten. Vielfach werde mit Operativgeldern manipuliert und die dienstliche Stellung zum eigenen Vorteil ausgenutzt.[550] Auch zogen Mitarbeiter dieser Arbeitsrichtung etliche OPK auf sich.

Tabelle 12
OPK gegen Angehörige der K I in den Bezirken (1986)[551]

Bezirk	OPK	Bezirk	OPK	Bezirk	OPK
Berlin	2	Halle	7	Rostock	2
Cottbus	3	Karl-Marx-Stadt	4	Schwerin	0
Dresden	10	Leipzig	5	Suhl	0
Erfurt	2	Magdeburg	0		
Frankfurt/Oder	1	Neubrandenburg	1	gesamt	45
Gera	3	Potsdam	5		

Auch in den Bezirken warb die Linie VII viele Zuträger an, insbesondere Mitarbeiter der Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei sowie Angehörige der nachgeordneten Bereiche des Ministeriums des Innern bzw. aus dem Zuständigkeitsbereich der Linie VII (wie dem DRK). In der gesamten DDR führten die Abteilungen VII vermutlich mehr als 3 000 IM und GMS. Verglichen mit der Hauptabteilung VII waren hier die direkt »am Feind« arbeitenden IMB seltener vertreten, doch wurden deutlich mehr Zuträger durch

548 Vgl. Leiter der HA VII: Festlegung von Planstellennormativen für die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen v. 13.6.1985 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII Nr. 1392, S. 14–34.

549 AKG der HA VII: Einschätzung der politisch-operativen Lage und der Wirksamkeit der Abwehrarbeit im Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei v. 9/1987; BStU, MfS, HA VII Nr. 681, S. 301–332.

550 Vgl. Probleme im Zusammenhang mit der weiteren Qualifizierung der Abwehrarbeit im AG I der Kriminalpolizei o. D. [Frühsommer 1986]; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/5.5., S. 56–63.

551 Stand v. 29.4.1986, vermutlich Abt. VII und Kreisdienststellen addiert. Vgl. HA VII/AKG: Übersicht über besonders bedeutsame OPK zu Angehörigen des AG I der Kriminalpolizei v. 29.4.1986; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/4.1., S. 54 f.

FIM indirekt angeleitet.[552] Durchschnittlich sechs bis sieben IM und GMS wurden jeweils durch einen hauptamtlichen Mitarbeiter der zuständigen Abteilung VII unmittelbar oder indirekt geführt.[553]

Tabelle 13
IM/GMS der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen (1981/1989)[554]

Abteilung VII	Stichtag	IMS	IMB	IME	FIM	ges.	GMS	IM+GMS
Berlin	31.12.1985	263	5	20	20	308	123	431
Cottbus	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Dresden	31.12.1988	201	11	29	18	259	k.A.	≥259
Erfurt	13.4.1989	46	2	2	k.A.	≥50	k.A.	≥50
Frankfurt	30.10.1989	117	2	3	13	135	36	171
Gera	30.9.1989	107	1	20	9	137	42	179
Halle	30.6.1989	144	0	16	11	171	42	213
K.-M.-St.	31.12.1981	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	253	k.A.	≥253
Leipzig	31.10.1989	156	0	5	6	167	36	203
Magdeburg	1.1.1985	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	66	51	117
Neubrandebg.	31.10.1989	100	0	3	5	108	21	129
Potsdam	31.12.1988	268	15	29	13	325	k.A.	≥325
Rostock	1.9.1989	145	1	6	4	157	11	168
Schwerin	21.12.1987	155	2	3	7	167	8	175
Suhl	31.3.1985	131	3	12	10	156	50	206
gesamt	1981/1989	1 833	42	148	116	2 459	420	2 879
Anteil in %[555]		70,2	0,7	4,6	4,5	80,3	19,6	~100

552 Der Anteil der IMS lag in den Abteilungen VII bei 70,2 %, in der HA VII bei 66,8 %, der Anteil der GMS betrug 19,6 % zu 12,6 %. IMB waren in den Bezirken selten (0,7 % zu 5,0 %), ebenso IME (4,6 % zu 13,7 %), FIM dagegen häufiger vertreten (4,5 % zu 1,6 %). Vgl. die Tabellen 4 und 13.

553 Vgl. die Tabellen 13 und 17. Berechnungsgrundlage war die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der Bezirksverwaltungen (zum jeweiligen Stichtag), denen die vollständigen Zahlen zu IM und GMS gegenüber gestellt wurden.

554 Vgl. Müller-Enbergs, Helmut (Hg.) unter Mitarb. v. Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken. Berlin 2008, S. 374, 390, 433, 523, 544, 579, 622, 729, 806, 836 u. 847. Übernommen wurde hier der jeweils letztmögliche Stichtag vor dem 9.11.1989. Für Erfurt (allein BDVP) vgl. Leitungsvorlage der Abt. VII der BV Erfurt zur Einschätzung der politisch-operativen Lage v. 13.4.1989; BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. VII Nr. 6, S. 53–72. Für Magdeburg vgl. Vorlage der Abt. VII der BV Magdeburg zur kollektiven Beratung beim Leiter der BV v. 24.1.1985 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/5.3., S. 4–23. Für Suhl vgl. Operative Quartalsstatistik der Abt. VII v. 9.4.1985; BStU, MfS, BV Suhl, Abt. VII Bdl. 752, Bl. 92–102; siehe auch Berichterstattung der Abt. VII o. D. [1985]; ebenda, Bl. 80.

555 Bezogen auf jene BV, in denen die Zahl aller genannten Kategorien von Zuträgern bekannt ist (Berlin, Frankfurt, Gera, Halle, Leipzig, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl).

Besonders gut dokumentiert ist das Beispiel des Bezirks Magdeburg. Hier war im Bereich der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei jeder achte Mitarbeiter inoffiziell oder als Offizier im besonderen Einsatz an die Staatssicherheit gebunden (12,4 %). Dabei betrug der Anteil von IM und GMS 11,2 Prozent, hinzu kamen zwölf Offiziere im besonderen Einsatz. Diese Quote war deutlich niedriger als in den Hauptabteilungen auf zentraler Ebene, doch war die Spannbreite zwischen den verschiedenen VP-Struktureinheiten recht groß. So lag der Anteil der Zuträger in wichtigen Abteilungen (Leitung der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, K I, Inspektion, Schutzpolizei, Abteilung Kampfgruppen, Pass- und Meldewesen) deutlich höher als in nachrangigen Bereichen (wie Polizeiorchester oder Versorgungsdienste). Besonders bei kleinen Diensteinheiten konnten bereits wenige Zuträger zu einer hohen Durchdringung von 50 bis 66 Prozent führen.

Tabelle 14
Mitarbeiter der Volkspolizei in der BDVP und in den VPKÄ, IM/GMS und operative Bearbeitung am Beispiel Magdeburgs (1985)[556]

Abteilungen der BDVP/VPKÄ	Personal				davon Zuträger				bearbeitet durch Abt. VII bzw. Abwehroffiziere		
	Offiz	Wachtm.	Zivilb.	ges.	IM	GMS	ges.	%	OV	OPK	%
Leitung der BDVP	6	0	0	6	3	1	4	66,6	0	0	0,0
Sekretariat des Chefs	8	1	0	9	2	0	2	22,2	0	0	0,0
Politabteilung	13	3	0	16	0	1	1	6,2	0	0	0,0
Stab	52	73	6	131	8	6	14	10,6	0	0	0,0
Inspektion	12	2	0	14	4	1	5	35,7	0	0	0,0
Kriminalpolizei	134	14	23	171	15	11	26	15,2	0	0	0,0
darunter K I	22	3	0	25	5	4	9	36,0	0	0	0,0
darunter K II	60	1	6	67	7	3	10	14,9	0	0	0,0
Verkehrspolizei	9	25	2	36	6	3	9	25,0	0	1	2,7
Schutzpolizei	9	1	0	10	2	3	5	50,0	0	0	0,0
Feuerwehr	15	4	1	20	3	1	4	20,0	0	0	0,0
Betriebsschutz	4	0	1	5	1	0	1	20,0	0	0	0,0
Pass- und Meldewesen	4	1	4	9	2	1	3	33,3	0	0	0,0
Kampfgr./Bereitschpol.	9	1	0	10	3	1	4	40,0	0	0	0,0
DE IX	15	0	0	15	1	0	1	6,6	0	0	0,0
Abt. SV	4	0	0	4	1	0	1	25,0	0	0	0,0
Versorgungsdienste	46	39	147	232	5	4	9	3,8	0	2	0,8
Kader/Ausbildung	24	6	1	31	0	2	2	6,4	0	0	0,0

[556] Stand Anfang 1985. Zahl von OV und OPK ist die Zahl der am Stichtag laufenden Vorgänge. Um den prozentualen Anteil der operativ bearbeiteten Volkspolizisten zu ermitteln, wurden die Angaben zu OPK und OV addiert, aufgrund der sehr geringen Zahl in der Tabelle aber nicht eigens ausgewiesen. Vgl. Vorlage der Abt. VII der BV Magdeburg zur kollektiven Beratung beim Leiter der BV v. 24.1.1985 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/5.3., S. 4–23.

Abteilungen der BDVP/VPKÄ	Personal				davon Zuträger				bearbeitet durch Abt. VII bzw. Abwehroffiziere		
	Offiz	Wachtm.	Zivilb.	ges.	IM	GMS	ges.	%	OV	OPK	%
med. Dienste	9	4	49	62	4	0	4	6,4	0	0	0,0
Finanzen	24	2	27	53	0	0	0	0,0	0	0	0,0
Musikkorps	8	28	0	36	0	0	0	0,0	0	0	0,0
Bez.-Büro Dynamo	27	37	19	83	5	6	11	13,2	0	4	4,8
Munitionsbergung	1	0	86	87	2	5	7	8,0	0	0	0,0
BDVP gesamt	433	241	366	1 040	66	51	117	11,2	0	7	0,6
VPKA Burg	76	189	21	286	20	3	23	8,0	0	3	1,0
VPKA Gardelegen	41	46	10	97	6	6	12	12,3	0	2	2,0
VPKA Genthin	48	78	13	139	20	11	31	22,3	0	0	0,0
VPKA Halberstadt	117	251	37	405	12	15	27	6,6	0	3	0,7
VPKA Haldensleben	77	173	23	273	15	7	22	8,0	0	1	0,3
VPKA Havelberg	39	86	12	137	12	2	14	10,2	0	3	2,1
VPKA Kalbe	36	49	7	92	12	5	17	18,4	0	1	1,0
VPKA Klötze	57	92	16	165	23	29	52	31,5	0	8	4,8
VPKA Magdeburg	411	926	135	1 472	71	27	98	6,6	0	9	0,6
VPKA Oschersleben	72	134	20	226	8	16	24	10,6	0	1	0,4
VPKA Osterburg	69	101	13	183	14	14	28	15,3	0	2	1,0
VPKA Salzwedel	95	232	16	343	35	8	43	12,5	1	7	2,3
VPKA Schönebeck	96	132	31	259	21	5	26	10,0	0	2	0,7
VPKA Staßfurt	76	110	22	208	16	11	27	12,9	0	4	1,9
VPKA Stendal	103	274	26	403	11	4	15	3,7	0	4	0,9
VPKA Tangerhütte	38	48	6	92	11	7	18	19,5	0	1	1,0
VPKA Wanzleben	49	45	12	106	14	2	16	15,0	1	2	2,8
VPKA Wernigerode	120	266	45	431	17	12	29	6,7	0	3	0,6
VPKA Wolmirstedt	53	68	12	133	9	2	11	8,2	0	3	2,2
VPKA Zerbst	45	54	11	110	18	4	22	20,0	0	6	5,4
VK-Transit	5	54	0	59	12	2	14	23,7	0	6	10,1
Trapo	157	576	21	754	30	13	43	5,7	0	2	0,2
BS-Amt	18	108	0	126	0	0	0	0,0	0	0	0,0
VPKÄ etc.gesamt	1 898	4 092	509	6 499	407	205	612	9,4	2	73	1,1
VP im Bezirk gesamt	2 331	4 333	875	7 539	473	256	729	9,6	2	80	1,0

Die für den Bezirk Magdeburg ermittelten Zahlen sind durchaus exemplarisch. So führte etwa die Abteilung VII in Potsdam unter den 1 015 Mitarbeitern der BDVP zwei Offiziere im besonderen Einsatz sowie 91 IM und GMS (9,1 %).[557] Und auch hier saßen die Zuträger der Staatssicherheit auf den wichtigsten Posten – so waren dort »alle aus operativer Sicht wesentlichen Schlüsselpositionen in der BDVP mit IME bzw. OibE besetzt, die durch den Leiter der Abteilung, seinen Stellv[ertreter] und den POZW-Offizier geführt werden«.[558] Im Bezirk Schwerin befanden sich unter rund 1 000 Volkspolizisten im Dienstzweig Schutzpolizei 119 Inoffizielle Mitarbeiter (11,9 %, Stand 1977).[559] Und im Bereich der Leitungsebene der BDVP Gera sollen »circa 50 %« der Mitarbeiter zugleich als Offiziere im besonderen Einsatz, IM oder GMS gewirkt haben.[560]

Auf der Ebene der Volkspolizeikreisämter lag der Anteil der Zuträger im Bezirk Magdeburg mit 9,4 Prozent etwas unter dem Niveau der BDVP. Der Mielke-Apparat achtete jedoch offensichtlich darauf, mit inoffiziellen Zuträgern in allen Bereichen präsent zu sein. In personalstarken Volkspolizeikreisämtern (etwa der Städte Magdeburg, Wernigerode, Halberstadt und Stendal) war der Anteil der Zuträger unterdurchschnittlich, da vermutlich eine bestimmte Zahl von Quellen genügte, um den Informationsbedarf der Staatssicherheit zu sättigen (siehe Tabelle 14).

Auch auf Ebene der Volkspolizeikreisämter fiel der Bezirk Magdeburg im Vergleich mit anderen Bezirken nicht aus dem Rahmen. So hatten die Kreisdienststellen im Bezirk Potsdam im Jahre 1988 in den Volkspolizeikreisämtern des Bezirks unter insgesamt 5 162 Volkspolizisten mindestens 347 IM und 38 GMS angeworben (7,4 %).[561] Im Volkspolizeikreisamt Schleiz arbeiteten unter 215 Mitarbeitern 41 IM oder GMS (19,0 %); neun weitere hatten dies zu einem früheren Zeitpunkt getan.[562] Im Volkspolizeikreisamt Worbis waren unter 245 Mitarbeitern ungefähr 50 als IM oder GMS erfasst (etwa 20 %), im Volkspolizeikreisamt Rudolstadt waren es von 274 Angehörigen der Volkspolizei nur 19 (6,9 %).[563] Und wie auf den anderen Ebenen führte auch hier die Linie VII nicht als einzige Zuträger unter Volkspolizisten, der Anteil anderer Linien lag im Bezirksmaßstab bei bis zu 35 Prozent (wie in Magdeburg) bzw. 20 Prozent (wie in Halle), in vereinzelten Kreisdienststellen gar über 65 Prozent (wie in Halberstadt).[564] Sofern die Dichte der Zuträgerschaft in den Bezirken Potsdam und Magdeburg mit durchschnittlich 8,8 Prozent repräsentativ war, arbeiteten unter den insgesamt knapp 60 000 Volkspolizisten in der DDR mehr als 5 000 IM und GMS.

[557] Vgl. Auskunftsbericht der Abt. VII der BV Potsdam v. 3.5.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 4 »Komplexkontrolle BV Potsdam Abt. VII/88«, S. 4–23.

[558] Vgl. Bericht der HA VII/9 über den Einsatz in der Abt. VII der BV Potsdam v. 13.6.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 4 »Komplexkontrolle BV Potsdam Abt. VII/88«, S. 125–133.

[559] Vgl. Herbstritt, Georg (Bearb.): Die Lageberichte der Deutschen Volkspolizei im Herbst 1989. Eine Chronik der Wende im Bezirk Neubrandenburg. Hg. v. Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Schwerin 1998, S. 266.

[560] Vgl. Mörke (Hg.): Die offizielle und inoffizielle Zusammenarbeit (Anm. 487), S. 74.

[561] Vgl. Auskunftsbericht der Abt. VII der BV Potsdam v. 3.5.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 4 »Komplexkontrolle BV Potsdam Abt. VII/88«, S. 4–23.

[562] Von diesen 41 IM wurden 60 % nicht von der Linie VII geführt. Vgl. Mörke (Hg.): Die offizielle und inoffizielle Zusammenarbeit (Anm. 487), S. 110.

[563] Vgl. ebenda, S. 147–148.

[564] HA VII/AKG: Einschätzung der im Zusammenhang mit dem Einsatz der Abwehroffiziere Volkspolizei erreichten Wirksamkeit v. 12.1985 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/5.1., S. 43–66.

Zugleich wurden etwa gegen die Volkspolizisten in den Volkspolizeikreisämtern des Bezirks Potsdam im Jahr 1988 ein OV und 46 OPK durchgeführt (0,9 %).[565] Im Bezirk Magdeburg standen unwesentlich mehr Volkspolizisten aus den Volkspolizeikreisämtern im Visier der Staatssicherheit, nämlich 1,1 Prozent, während es unter den kaderpolitisch stärker »ausgesiebten« Angehörigen der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei nur 0,6 Prozent waren. Auffällig ist, dass in Kreisen (wie Zerbst oder Klötze), in denen überdurchschnittlich viele IM und GMS agierten, besonders viele Volkspolizisten operativ bearbeitet wurden. Entweder waren diese zur Bearbeitung von verdächtigen Kollegen eigens angeworben worden oder die vielen Zuträger hatten die hohe Zahl der Verdachtsfälle erst produziert (siehe Tabelle 14).

So führten die 264 Abwehroffiziere in den Kreisdienststellen zusammen über 300 OPK im Jahr, darunter fast 100 gegen Kriminalisten, die rund 500 Mitarbeiter der Abteilungen VII »nur« etwa 200 OPK[566] und die 320 Mitarbeiter der Hauptabteilung VII »lediglich« 50 OPK,[567] zusammen also über 550 OPK. Weil über 80 Prozent der Mitarbeiter der Volkspolizei auf Kreisebene angesiedelt waren, trugen die Abwehroffiziere die Hauptlast der operativen Bearbeitung der Volkspolizei.[568]

Die Hauptabteilung VII, die Abteilungen VII sowie die Abwehroffiziere Volkspolizei führten ferner zuletzt etwa 50 OV gegen Angehörige des Ministeriums des Innern und nachgeordneter Bereiche durch, davon zehn auf Ebene der Hauptabteilung[569] und 24 auf Ebene der Abwehroffiziere in den Kreisdienststellen.[570] In Relation zur Verteilung der Mitarbeiter innerhalb der DVP stand die Führungsebene somit stärker im Visier der Staatssicherheit als der einfache Volkspolizist (soweit die Bearbeitungszahlen von OV und OPK als Indiz hierfür dienen können). Insgesamt wurden durch Einflussnahme der Linie VII der Staatssicherheit in den Jahren 1986 bis 1989 jährlich etwa 150 Kader des Ministeriums des Innern und der Deutschen Volkspolizei entlassen, darunter ein Dutzend auf Ministeriumsebene[571] und mindestens 130 auf Bezirks- und Kreisebene (siehe Tabelle 16).

Die OPK betrafen in drei von vier Fällen Angehörige der Volkspolizei oder nachgeordneter Bereiche des Ministeriums des Innern, aber auch ihnen Nahestehende und ehemalige Mitarbeiter. Die Zahlen schwankten dabei in den Bezirken, je nach Personalstärke der Volkspolizei und anderen Rahmenbedingungen. Eine OPK führte in gut jedem vierten Fall zu einer Entlassung: 26,6 Prozent endeten mit einem »Rauswurf« und 4,3 Prozent zogen

---

565 Vgl. Auskunftsbericht der Abt. VII der BV Potsdam v. 3.5.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 4 »Komplexkontrolle BV Potsdam Abt. VII/88«, S. 4–23.

566 Siehe Tabelle 15 (mit Zahl der laufenden OPK) und Tabelle 16 (mit Zahl der abgeschlossenen OPK). Stand v. 30.10.1989, eingeschlossen IA und Vermessungswesen. Vgl. HA VII/AKG: Ausgewählte Angaben zur OPK-Durchführung zu Angehörigen der DVP und anderen Organen des MdI v. 4.11.1989; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.5., Bd. 2, S. 3–6.

567 Vgl. Tabelle 4, hier ohne Abt. 13 gerechnet, die meist keine Volkspolizisten bearbeitete.

568 Diesen Zahlen zufolge führten die Abwehroffiziere 55 % aller OPK auf der Linie VII; für das Jahr 1984 ist sogar von rund 70% der OPK und 55% der OV die Rede. Vgl. Thesen der AKG der HA VII zu Fragen des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur komplexen Bekämpfung der Militär-, Wirtschafts- und politischen Spionage v. 3.1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 33–53.

569 Ohne Abt. 13 der HA VII, die meist keine Angehörigen der DVP bzw. des MdI bearbeitete; siehe Tabelle 1.

570 Vgl. Hinweise der AKG der HA VII zur Entwicklung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich der HA und Linie VII v. 18.7.1989, 46 S. mit 2 S. Anlage; BStU, MfS, HA VII Bdl. 543, o. Pag.; HA VII/AKG: Hinweise zur politisch-operativen Lage im Dienstzweig Pass- und Meldewesen v. 21.10.1986; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.1. »Pass- und Meldewesen«, S. 71–77.

571 Durchschnittswert der Jahre 1981 bis einschließlich 1984. Vgl. Übersicht der AKG der HA VII v. März 1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 57. Die Ministeriumsebene ist in Tabelle 16 nicht enthalten.

eine noch intensivere geheimpolizeiliche Bearbeitung nach sich, was in der Konsequenz eine Inhaftierung, Verurteilung oder auch Anwerbung bedeuten konnte.[572]

Tabelle 15
Laufende OPK der Abwehroffiziere (1985)[573]

Bezirk	OPK		
	gesamt	davon VPKÄ	gegen K
Berlin	22	11	4
Cottbus	38	29	7
Dresden	41	33	10
Erfurt	42	31	9
Frankfurt/Oder	33	24	10
Gera	18	13	8
Halle	61	51	10
Karl-Marx-Stadt	47	32	10
Leipzig	28	24	4
Magdeburg	49	28	5
Neubrandenburg	13	11	1
Potsdam	38	26	6
Rostock	23	17	6
Schwerin	17	13	4
Suhl	14	8	4
gesamt	484	351	98
in %	~100	72,5	20,2

572 Errechnet aus den letzten 3 Zeilen der Tabelle 16, einschl. Innere Angelegenheiten und Vermessungswesen.
573 Hier nur VPKÄ als Dienststellen, ohne ZV, DRK, IA etc. Vgl. HA VII/AKG: Einschätzung der im Zusammenhang mit dem Einsatz der Abwehroffiziere Volkspolizei erreichten Wirksamkeit v. 12.1985 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/5.1., S. 43–66.

Tabelle 16
Abgeschlossene OPK der Linie VII gegen Angehörige der DVP und der nachgeordneten Bereiche des Ministeriums des Innern (1986–1989)[574]

Diensteinheit/Jahr	1986	1987	1988	1989	1986–89	∅ jährlich
Abt. VII Berlin	40	24	24	9	97	24,2
KD/OD Berlin	15	23	23	10	71	17,7
Berlin gesamt	55	47	47	19	168	42,0
Abt. VII Cottbus	17	16	10	7	50	12,5
KD/OD Cottbus	31	23	20	22	96	24,0
Bezirk Cottbus gesamt	48	39	30	29	146	36,5
Abt. VII Dresden	16	19	24	4	63	15,7
KD/OD Dresden	32	32	30	24	118	29,5
Bezirk Dresden gesamt	48	51	54	28	181	45,2
Abt. VII Erfurt	15	17	10	16	58	14,5
KD/OD Erfurt	16	21	14	6	57	14,2
Bezirk Erfurt gesamt	31	38	24	22	115	28,7
Abt. VII Frankfurt/Oder	8	12	10	5	35	8,7
KD/OD Frankfurt/Oder	22	15	14	6	57	14,2
Bezirk Frankfurt/Oder gesamt	30	27	24	11	92	23,0
Abt. VII Gera	4	7	11	9	31	7,7
KD/OD Gera	12	6	13	4	35	8,7
Bezirk Gera gesamt	16	13	24	13	66	16,5
Abt. VII Halle	32	26	11	7	76	19,0
KD/OD Halle	59	45	50	34	188	47,0
Bezirk Halle gesamt	91	71	61	41	264	66,0
Abt. VII Karl-Marx-Stadt	13	17	12	4	46	11,5
KD/OD Karl-Marx-Stadt	31	35	40	18	124	31,0
Bezirk Karl-Marx-Stadt gesamt	44	52	52	22	170	42,5
Abt. VII Leipzig	7	13	14	8	42	10,5
KD/OD Leipzig	28	15	18	18	79	19,7
Bezirk Leipzig gesamt	35	28	32	26	121	33,2
Abt. VII Magdeburg	16	13	14	11	54	13,5
KD/OD Magdeburg	27	25	28	14	94	23,5
Bezirk Magdeburg gesamt	43	38	42	25	148	37,0

[574] Vgl. HA VII/AKG: Ausgewählte Angaben zur OPK-Durchführung zu Angehörigen der DVP u. a. Organen des MdI v. 4.11.1989; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.5., Bd. 2, S. 3–6. Eingeschlossen sind die Bereiche Innere Angelegenheiten und Vermessungswesen. Für 1989 Stand 30.10., weswegen die tatsächlichen Zahlen für 1989 sowie der Durchschnitt der Jahre 1986–1989 etwas höher liegen dürfte.

Diensteinheit/Jahr	1986	1987	1988	1989	1986–89	∅ jährlich
Abt. VII Neubrandenburg	6	7	9	6	28	7,0
KD/OD Neubrandenburg	8	5	5	4	22	5,5
Bezirk Neubrandenburg gesamt	14	12	14	10	50	17,5
Abt. VII Potsdam	29	27	35	14	105	26,2
KD/OD Potsdam	7	38	20	10	75	18,7
Bezirk Potsdam gesamt	36	65	55	24	180	45,0
Abt. VII Rostock	9	12	6	3	30	7,5
KD/OD Rostock	21	14	14	4	53	13,2
Bezirk Rostock gesamt	30	26	20	7	83	20,7
Abt. VII Schwerin	5	10	15	9	39	9,7
KD/OD Schwerin	11	13	12	7	43	10,7
Bezirk Schwerin gesamt	16	23	27	16	82	20,5
Abt. VII Suhl	10	11	11	5	37	9,2
KD/OD Suhl	13	12	12	9	46	11,5
Bezirk Suhl gesamt	23	23	23	14	83	20,7
KD/OD gesamt	333	322	313	190	1 158	289,5
Abt. VII gesamt	227	231	216	117	791	197,7
KD/OD + Abt. VII gesamt	560	553	529	307	1 949	487,2
davon abgeschlossen						
mit Entlassung	181	151	98	90	520	130,0
zum OV entwickelt	19	20	20	25	84	21,0

Als nicht strukturell gebundene Aufgabe hatten die Abteilungen VII im Zusammenwirken mit der Volkspolizei und den nachgeordneten Bereichen des Ministeriums des Innern auf die rückwärtige Grenzsicherung zu achten. So verfügten die Abteilungen VII in den Grenzbezirken über besondere »Partnerbeziehungen« zu den Leitungskadern der BDVP, zum Grenzoffizier des Stabes, dem Grenzoffizier der Abteilung K, dem Mitarbeiter für Grenzfragen beim Rat des Bezirkes und dem Leiter der Arbeitsgruppe Grenze/Volkswirtschaft des Dezernates I der K.[575] Die Abteilungen VII waren auch für die dem Ministerium des Innern nachgeordneten Bereiche zuständig, soweit deren Tätigkeit die Grenzsicherheit zu tangieren schien (BDVP, PdVP, Stäbe der Zivilverteidigung, Bezirkssekretariate des DRK und Betriebe im Bereich der Geodäsie und Kartographie).[576] Die Linie VII hatte darauf hinzuwirken, dass Genehmigungen zum Betreten des grenznahen Gebietes von den VPKÄ sorgsam erteilt wurden und die zuständigen Kreisdienststellen eingeschaltet wurden. Sie hielt die Deutsche Volkspolizei dazu an, potenzielle Grenzverletzer vor-

[575] Bericht der Abt. 9 der HA VII über den Einsatz in der Abt. VII der BV Potsdam v. 13.6.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 4 »Komplexkontrolle BV Potsdam Abt. VII/88«, S. 125–133.

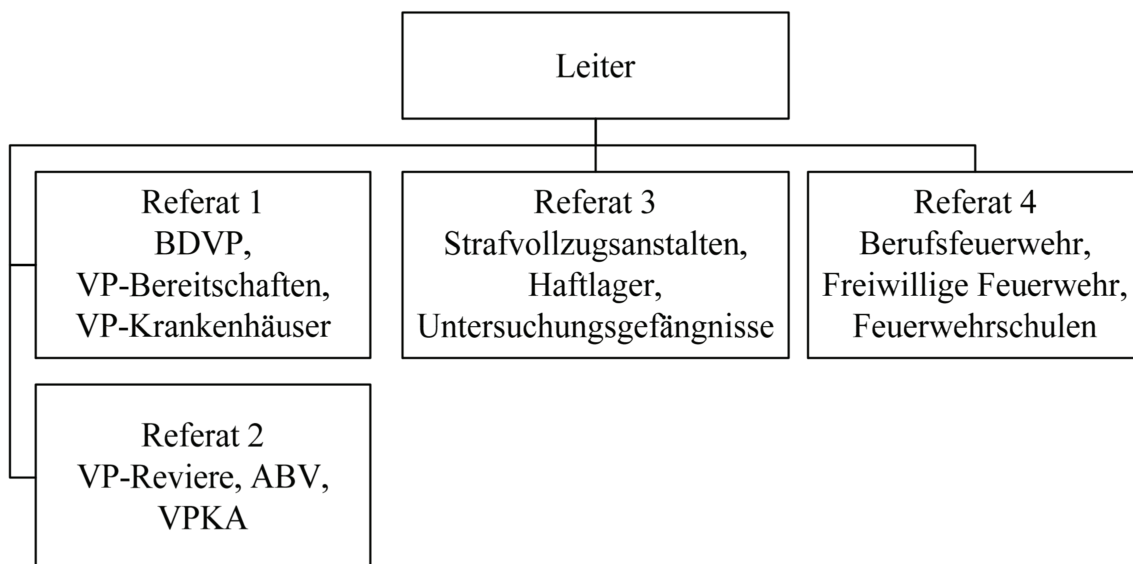
[576] Vgl. DA 10/81 v. 4.7.1981 über die politisch-operativen Aufgaben bei der Bewältigung der territorialen Integrität der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 5500.

beugend zu kontrollieren und die Inoffiziellen Kriminalpolizeilichen Mitarbeiter effektiv in »territorialen und personellen Bereichen« im Grenzgebiet einzusetzen.[577]

4.2 Die Linie VII seit 1950

Bereits seit 1952 musste in Kreisdienststellen mit mehr als sieben Mitarbeitern einer für Aufgaben der Linie VII abgestellt werden.[578] Doch in der Praxis lag Mitte der fünfziger Jahre die geheimpolizeiliche Arbeit auf dieser Ebene im Argen: »In den Kreisen wird fast nicht auf der Linie der Abteilung VII gearbeitet.«[579] Auch die Abteilungen VII in den Bezirksverwaltungen standen in keinem besonders guten Ruf: Sie wiesen im Jahre 1955 bis zu 50 Prozent Fehlstellen auf. Den vorhandenen Mitarbeitern mangelte es oft an polizeilichen Fachkenntnissen – was eine kontinuierliche Arbeit erschwerte und eine systematische Überprüfung aller Abteilungen VII auf Anweisung Wollwebers zur Folge hatte. Auch die Anleitung der Abteilungen VII durch die Ostberliner Zentrale galt als ungenügend und wurde nach Einschätzung der Ministeriumsspitze erst ab etwa 1954 nachhaltig verbessert.[580] Gleichzeitig wurden jetzt auch in den Bezirkshauptstädten Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Dresden, Halle, Magdeburg und Rostock eigene Kreisdienststellen gebildet, denen auch Mitarbeiter der Linie VII zugeordnet wurden.[581]

Abbildung 11
Abteilungen VII in den Bezirksverwaltungen (1953)[582]



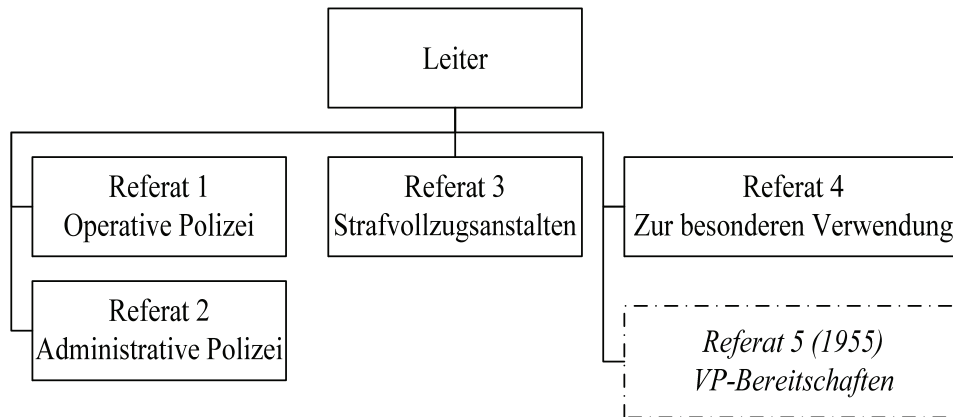
In Anlehnung an die Struktur der Abteilung VII im Ministerium für Staatssicherheit (siehe Abbildung 2) gliederten sich die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen ab Ende 1953 grundsätzlich in ein Referat 1 für die operative Polizei, ein Referat 2 für die administrative Polizei, ein Referat 3 für den Strafvollzug der DVP und ein Referat 4 für die Feuerwehr. Somit waren die Zuständigkeitsbereiche etwas anders zugeschnitten als auf zentraler Ebene. Die Bereitschaftspolizei wurde in den Bezirken zumeist durch die Referate 1 mit gesi-

---

577 Referat des Leiters der Abt. 2 der HA VII zur Grenztagung der HA VII v. 25.11.1982; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 114, S. 10–101.
578 Vgl. Befehl 36/52 des Ministers v. 4.4.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 56.
579 Vermerk über die Dienstbesprechung mit der Abt. VII v. 12.1.1955; BStU, MfS, SdM Nr. 1920, S. 100–104.
580 Vgl. Vermerk über die Dienstbesprechung v. 12.1.1955; ebenda, S. 100–104.
581 Vgl. Befehl 218/54 des Staatssekretärs für Staatssicherheit v. 16.7.1954; BStU, MfS, BdL/Dok. 232.
582 Vgl. DA 42/53 des Staatssekretariats für Staatssicherheit v. 8.12.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 3018.

chert, während in der Verwaltung Groß-Berlin ein eigenes Referat 5 existierte, da hier besonders starke Kräfte der Bereitschaftspolizei konzentriert waren (siehe Abbildung 12).[583] Das Referat verfügte über neun Mitarbeiter unter der Leitung von Wilhelm Dahms.[584]

Abbildung 12
Abteilung VII der Verwaltung Groß-Berlin (1953)[585]



Die Referate 2 der Abteilungen VII in den grenznahen Bezirksverwaltungen führten Objektvorgänge gegen die Notaufnahmelager im Westen. Die Abteilung 2 in Ostberlin war mit den entsprechenden Einrichtungen in Berlin-Marienfelde und Gießen befasst. Dabei bestimmten die regionalen Zuständigkeiten der grenznahen Bezirksverwaltungen die Zuordnung – so war die Abteilung VII in Rostock für die Notaufnahmelager in Schleswig-Holstein und im nordwestlichen Niedersachsen verantwortlich, Schwerin für das übrige Niedersachsen, Magdeburg speziell für das nahegelegene Notaufnahmelager Uelzen sowie den Bereich Hannover und Braunschweig. Die Abteilungen VII waren in Halle für Nordrhein-Westfalen und in Erfurt für Hessen, Rheinland-Pfalz sowie das Notaufnahmelager Gießen zuständig. Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Suhl hatte die entsprechenden Einrichtungen in Baden-Württemberg im Visier, während von Gera aus das nördliche und von Karl-Marx-Stadt aus das südliche Bayern bearbeitet wurde.[586] Zusammengenommen verfügten die Abteilungen bzw. Referate VII der Bezirksverwaltungen im Jahre 1957 über mindestens 74 hauptamtliche Mitarbeiter.[587]

Auch zu Beginn der sechziger Jahre lag die Tätigkeit der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen aus Sicht der Verantwortlichen im Argen. So musste die Abteilung VII in Neubrandenburg statt mit zwölf operativen Mitarbeitern, wie im Stellenplan vorgesehen, mit der Hälfte und noch dazu jungen und unerfahrenen Mitarbeitern auskommen. Eine Anleitung der auf Linie VII eingesetzten Mitarbeiter in den Kreisdienststellen fand in diesem Bezirk kaum statt, und zu der Hälfte der Zuträger bestand seit mehr als drei Monaten kein Kontakt.[588] Mit dem Mauerbau wurde den Referaten 2 der Abteilungen VII der grenznahen Bezirksverwaltungen die rückwärtige Grenzsicherung übertragen, insbesondere das Verhindern von Grenzdurchbrüchen[589] und das Einschätzen der Lage im Grenzgebiet.[590]

583 Vgl. ebenda.
584 Vgl. Anweisung 45/55 der HA KuSch v. 2.11.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 3456; Vorschlag der Abt. VII zur Einstufung als Referatsleiter v. 21.9.1955; BStU, MfS, BV Potsdam KS II 5/70, S. 57 f.
585 Vgl. DA 42/53 des SfS v. 8.12.1953; ebenda.
586 Vgl. Arbeitsrichtlinie der HA VII/2 v. 5.5.1959; BStU, MfS, BdL/Dok. Nr. 2388.
587 Vgl. Befehl 299/57 v. 7.10.1957; BStU, MfS, HA KuSch 1073, S. 2
588 Vgl. Die politisch-operative Situation im Bezirk Neubrandenburg v. 28.9.1960; BStU, MfS, SdM Nr. 1351, S. 26–48.
589 Vgl. Durchführung der Arbeitstagung der Linie VII/2 v. 31.1.1969; BStU, MfS, BdL/Dok. 4226.

Anfang der siebziger Jahre überstieg die Stärke der Abteilungen VII die der Ostberliner Hauptabteilung bei weitem – 409[591] zu 124 Mitarbeitern,[592] eingeschlossen die Offiziere im besonderen Einsatz. Damit waren auf der Linie VII (ohne Kreisdienststellen) seinerzeit etwa 77 Prozent der Mitarbeiter in den Bezirksverwaltungen eingesetzt, hingegen waren es im Durchschnitt der wichtigsten Linien des gesamten Staatssicherheitsdienstes lediglich 64 Prozent.[593] Auf Offiziere im besonderen Einsatz stützten sich die Abteilungen dabei in sehr unterschiedlichem Maße: So kamen in Rostock knapp vier hauptamtliche Mitarbeiter auf einen Offizier im besonderen Einsatz, in Cottbus hingegen 20. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre wuchsen wenige Abteilungen VII nicht mehr oder schrumpften geringfügig, wogegen die meisten leichte Zuwächse von Personal verzeichneten. Im Raum Berlin sowie in den Bezirken Halle und Magdeburg stiegen die Mitarbeiterzahlen rapide an (siehe Tabelle 17). Dies hing vermutlich mit der zunehmenden Beanspruchung der nachgeordneten Bereiche des Ministeriums des Innern durch den wachsenden innerdeutschen Reiseverkehr zusammen.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verlangsamte sich der Personalzuwachs der Linie VII auf Ebene der Bezirksverwaltungen, während die Kreisdienststellen durch die 1980 eingeführten Abwehroffiziere personelle Verstärkung erhielten. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist ein erneuter Anstieg zu beobachten, wenngleich wegen geforderter Personaleinsparungen die Zahl der Offiziere im besonderen Einsatz zurückging.

Auf Ebene der Kreisdienststellen bestanden naturgemäß besonders enge Arbeitskontakte zwischen Volkspolizei und Staatssicherheit. Zugleich fehlten den MfS-Mitarbeitern häufig Zeit und Vermögen, um im Sinne einer Abwehrtätigkeit gegebenenfalls gegen dieselben Volkspolizisten zu ermitteln, mit denen sie Arbeitskontakte pflegten.[594] Um gemäß der Dienstanweisung 2/79 die Arbeit in der Volkspolizei tatsächlich zu intensivieren, wurden daher zwischen Juni 1980 und Mai 1981 zur Überwachung der Volkspolizeiämter insgesamt 264 sogenannte Abwehroffiziere »Volkspolizei« in den Kreisdienststellen eingesetzt.[595] Kleinere und mittlere Kreisdienststellen verfügten meist über eine entsprechende Planstelle, wenige größere auch über zwei. Hintergrund der Einführung der Abwehroffiziere war vorgeblich »eine Reihe schwerwiegender Verstöße gegen die personelle und funktionelle Sicherheit in der DVP«.[596] Auch wurde damit dem Umstand Rechnung getragen, dass etwa 83 Prozent der Volkspolizisten in den Volkspolizeikreisämtern arbeiteten.[597]

---

590 Vgl. Verantwortung und Aufgaben der HA VII bei der politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenzen v. 25.5.1979; BStU, MfS, HA VII/8 ZMA 53/79, S. 4–13.

591 Siehe Tabelle 17.

592 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 25) Beilage.

593 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS (Anm. 7), S. 319. Dort ist eine Gesamtzahl von 531 gegenüber den hier errechneten 533 Mitarbeitern als Gesamtstärke der Linie VII genannt.

594 Vgl. Persönliches Schreiben von Neiber an die Leiter der Diensteinheiten betr. weitere Qualifizierung der Arbeit der Abwehroffiziere Volkspolizei v. 20.8.1982; BStU, MfS, HA VII Nr. 513, S. 36–37; Schreiben von Neiber an Mielke v. 19.8.1982; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 152, S. 77–79; Die politisch-operative Abwehrarbeit gegenüber den Volkspolizeikreisämtern o. D. [ca. 5/1982]; BStU, MfS, HA VII Nr. 513, S. 44–53.

595 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII, Büchner, an Minister Mielke v. 30.6.1980; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 152, S. 140–143; Persönliches Schreiben von Neiber an den Leiter der DE betr. Arbeit der Abwehroffiziere VP v. 20.8.1982; BStU, MfS, HA VII Nr. 513, S. 36–37; Schreiben von Neiber an Mielke o. D. [ca. 5/1982]; ebenda, S. 41–43; Die politische-operative Abwehrarbeit gegenüber den VPKÄ o. D. [ca. 5/1982]; ebenda.

596 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII an Minister Mielke v. 8.1.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 1044, S. 17–20.

597 Vgl. Thesen der AKG der HA VII zu Fragen des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur komplexen Bekämpfung der Militär-, Wirtschafts- und politischen Spionage v. März 1985; BStU, MfS, HA VII Nr. 421, S. 33–53.

Tabelle 17
Mitarbeiter der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen (1972–1989)[598]

BV	1972			1976			1980			1984			1989		
	MA	OibE	ges.	MA	OibE	ges.	MA	OibE	ges.	MA	OibE	ges.	MA	OibE	ges.
Berlin	37	4	41	45	2	47	45	3	48	56	2	58	91	2	93
Cottbus	20	1	21	20	2	22	17	2	19	21	3	24	25	k.A.	25
Dresden	26	7	33	29	6	35	36	5	41	37	5	42	38	3	41
Erfurt	23	5	28	26	6	32	33	6	39	33	5	38	33	3	36
Frankf./O.	16	2	18	16	2	18	19	3	22	18	2	20	22	1	23
Gera	26	2	28	24	2	26	22	4	26	20	5	25	24	1	≥25
Halle	21	3	24	34	3	37	40	2	42	33	4	37	36	1	37
K.-M.-St.	21	4	25	25	5	30	27	7	34	28	7	35	35	3	38
Leipzig	17	5	22	17	3	20	21	3	24	19	3	22	25	1	26
Magdebg.	42	6	48	54	8	62	51	12	63	51	12	63	46	3	49
Neubrdbg.	14	1	15	13	3	16	13	4	17	14	4	18	20	3	23
Potsdam	25	3	28	35	5	40	41	5	46	48	7	55	47	6	53
Rostock	19	5	24	21	6	27	21	5	26	27	6	33	26	4	30
Schwerin	25	4	29	27	3	30	25	4	29	27	3	30	23	3	26
Suhl	18	4	22	15	4	19	19	2	21	21	2	23	19	3	22
Wismut	6	1	7	8	2	10	10	1	11	–	–	–	–	–	–
gesamt	356	57	409	413	64	473	440	68	508	453	69	522	510	37	547

Aus Sicht der Staatssicherheit war an der Einrichtung der Abwehroffiziere »Volkspolizei« besonders vorteilhaft, dass Innenminister Friedrich Dickel in Vorabsprachen zugesagt hatte, die benötigten 264 Planstellen aus dem eigenen Stellenplan bereitzustellen und geeignete Kader zur Übernahme zur Verfügung zu stellen.[599] So waren im Jahre 1981 auf Ebene der Hauptabteilung 271 Mitarbeiter, in den Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen zusammen circa 450 Mitarbeiter und in den Kreis- und Objektdienststellen rund 260 Abwehroffiziere gegenüber der Volkspolizei und den nachgeordneten Zweigen des Ministeriums des Innern im Einsatz.[600]

---

598 Vgl. Kaderbestand v. 28.12.1972; BStU, MfS, HA KuSch Abt. Plg. 8(3), o. Pag.; Kaderbestand v. 29.12.1976; BStU, MfS, HA KuSch Abt. Plg. 9(3), o. Pag.; Kaderbestand v. 24.12.1980; BStU, MfS, HA KuSch Abt. Plg. 18(3), o. Pag.; Kaderbestand v. 21.12.1984; BStU, MfS, HA KuSch Abt. Plg. 9(3), o. Pag.; Kaderbestand v. Okt. 1989; BStU, MfS, HA KuSch Abt. Plg. 10(3), o. Pag. In der OV Wismut statt einer Abteilung nur ein selbstständiges Referat VII, 1982 aufgelöst. In den vorgenannten Dokumenten für 1972 und 1976 OibE der Abt. VII der BV Suhl nicht genannt; dafür vgl. Aufstellung der HA VII zu im Bereich des MdI eingesetzten OibE v. 8.6.1971; BStU, MfS, HA VII Nr. 519, S. 266–269; Aufstellung der Mitarbeiter im besonderen Einsatz o. D. [1969/70]; ebenda, S. 270–294.

599 Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII, Büchner, an Minister Mielke v. 30.6.1980; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 152, S. 140–143.

600 Vgl. Thesen der HA VII zur Entwicklung der HA VII v. Juni 1986, 24 S.; BStU, MfS, HA VII Bdl. 193, o. Pag.

Tabelle 18
Die Abwehroffiziere »Volkspolizei« (für VPKA, TPA, BSA) nach Bezirken (1982)[601]

Bezirk	Planstellen	Bezirk	Planstellen
Berlin	25	Leipzig	16
Cottbus	16	Magdeburg	22
Dresden	19	Neubrandenburg	15
Erfurt	15	Potsdam	19
Frankfurt/O.	14	Rostock	12
Gera	13	Schwerin	11
Halle	28	Suhl	9
Karl-Marx-Stadt	25	Wismut	5
gesamt	264		

Die Abwehroffiziere Volkspolizei bildeten die Fortsetzung der Linie VII auf Ebene der Kreisdienststellen. Verantwortlich waren sie grundsätzlich für die Volkspolizeikreisämter, die Zivilverteidigung, die Abteilungen Innere Angelegenheiten beim Rat des Kreises, die Kampfgruppen und das DRK.[602] In der Praxis kamen etwa im Bezirk Cottbus aufgrund örtlicher Besonderheiten Zuständigkeiten gegenüber (geflüchteten) sowjetischen Soldaten und im Bereich der Grenze hinzu.[603] Im Bezirk Neubrandenburg etwa waren die Abwehroffiziere nur in den Kreisdienststellen Neubrandenburg und Altentreptow allein mit den Volkspolizeikreisämtern befasst, während sie andernorts zusätzliche Aufgaben wahrnahmen. »Besonders in kleineren KD hat sich die Beauftragung der Abwehroffiziere Volkspolizei mit zusätzlichen Aufgaben auf Linie VII (z. B. Kampfgruppen, Inneres) bewährt.«[604] Für die Bereitschaftspolizei und andere Struktureinheiten der Volkspolizei waren teilweise eigene Abwehroffiziere im Einsatz. Ihre strukturelle Anbindung innerhalb der Kreisdienststellen war variabel, abhängig auch von dem genauen Zuschnitt ihrer Aufgaben. Im Bezirk Neubrandenburg etwa waren sie meist den Referaten für die bewaffneten Organe oder für Spionageabwehr angegliedert,[605] in Weimar wiederum war der Abwehroffizier in das sechs Mann starke Referat Militärische Sicherung integriert.[606] Ihre Arbeit sollte (ebenso wie auf höheren Ebenen) »planmäßig« auf der Grundlage einer so-

---

[601] Stand vermutlich 1982. Vgl. Aufschlüsselung der zur Verfügung zu stellenden Kader/Planstellen; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 152, S. 146–163.

[602] Vgl. Vermerk des Leiters der Abt. VII über die Arbeitsberatung beim Leiter der HA VII v. 4.10.1984; BStU, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. VII Nr. 544, S. 139–143.

[603] Vgl. MfS: Welche Aufgaben werden durch den Abwehroffizier Volkspolizei erfüllt v. 4.1987; BStU, MfS, HA VII Nr. 68, S. 69.

[604] Vgl. Bericht der HA VII/1 über die Realisierung eines Kontrollauftrages v. 9.11.1984; BStU, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. VII Nr. 544, S. 126–128; Übersicht zum Einsatz der Abwehroffiziere Volkspolizei v. 25.11.1984; ebenda, S. 130 f.

[605] Vgl. Bericht der HA VII/1 über Realisierung eines Kontrollauftrages v. 9.11.1984; ebenda, S. 126–128; Übersicht z. Einsatz der AO VP v. 25.11.1984; ebenda, S. 130 f.

[606] Vgl. Bericht der Abt. 1 der HA VII über den durchgeführten Einsatz in ausgewählten Kreisdienststellen der BV Erfurt v. 3.7.1987; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 5, S. 136–150 u. 137.

genannten Sicherungskonzeption vonstatten gehen, die in der Praxis freilich in mehr als der Hälfte der Fälle fehlte oder veraltet war.[607]

Hauptaufgabe der Abwehroffiziere waren die geheimpolizeiliche Aufsicht über die Volkspolizeikreisämter und die Absicherung ihrer Arbeitsprozesse. So führten etwa im Bezirk Neubrandenburg alle Abwehroffiziere inoffizielle Mitarbeiter, teilweise sogar Führungs-IM. Mit Sicherheitsüberprüfungen verbrachten sie ungefähr ein Drittel ihrer Arbeitszeit und führten zudem OV und OPK. Im Bereich des »politisch-operativen Zusammenwirkens« hingegen waren sie kaum tätig.[608] Dieses Aufgabenfeld sollte der Leiter der Kreisdienststelle oder allenfalls ein besonders befähigter Mitarbeiter mit gutem Überblick wahrnehmen.[609] In anderen Kreisdienststellen wurden die Abwehroffiziere wiederum nur im Rahmen des »politisch-operativen Zusammenwirkens« eingesetzt, statt die Angehörigen der Volkspolizei operativ zu bearbeiten.[610]

Weil die Anleitung der Abwehroffiziere durch die Hauptabteilung VII und die Abteilungen VII das Territorialprinzip teilweise durchbrachen, legte der stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Gerhard Neiber, die Verantwortung für die Abwehroffiziere im August 1982 stärker in die Hände der Kreisdienststellenleiter.[611] So durften die Abwehroffiziere zunehmend flexibel eingesetzt werden; außerdem wurde dem Leiter der Hauptabteilung VII das Vetorecht gegen eine Ablösung oder Versetzung einzelner Abwehroffiziere genommen.[612] In einigen Kreisdienststellen der Bezirke Gera, Neubrandenburg und Leipzig und Erfurt wurden die Abwehroffiziere daraufhin »wegrationalisiert«.[613]

Die Auflösung der für die Überwachung der polizeilichen Arbeit im Grenzgebiet zuständigen Linie VII/2 vollzog sich auf Bezirksebene 1983 nur zögerlich. Die Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen hatten weiterhin die Tätigkeit der Grenzbeauftragten (ab 1986 Mitarbeiter für Grenzsicherheit) zu unterstützen. Diese fungierten als Mitarbeiter der örtlichen Räte (im Verantwortungsbereich des Stellvertreters des Vorsitzenden für Inneres) in den Grenzkreisen und hatten deren Abstimmung mit den Grenztruppen und der Abteilung Grenzsicherheit in der Hauptabteilung I zu gewährleisten.[614]

Insgesamt stieg durch Einsatz der Abwehroffiziere die Zahl der OV und OPK zu VP-Angehörigen wie auch die Zahl der IM an, was der Mielke-Apparat als ein Indiz dafür interpretierte, dass die »politisch-operative Abwehrarbeit [...] weiter qualifiziert« worden sei.[615] Allerdings konnte dies auch mit ideologischen Aufweichungen, intensiveren Westkontakten oder schlichtweg strengeren Maßstäben zusammenhängen – soweit nicht durch einen Rückkoppelungseffekt die Bereitstellung von operativen Kapazitäten (durch die

---

607 Vgl. Mörke (Hg.): Die offizielle und inoffizielle Zusammenarbeit (Anm. 487), S. 105.

608 Vgl. Bericht der HA VII/1 über Realisierung eines Kontrollauftrages v. 9.11.1984; BStU, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. VII Nr. 544, S. 126–128; Übersicht zum Einsatz der AO VP v. 25.11.1984; ebenda, S. 130 f.

609 Vgl. Persönliches Schreiben von Neiber an den Leiter der DE betr. Arbeit der Abwehroffiziere VP v. 20.8.1982; BStU, MfS, HA VII Nr. 513, S. 36 f.; Schreiben von Neiber an Mielke v. 19.8.1982; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 152, S. 77–79; Die politisch-operative Abwehrarbeit gegenüber den VPKÄ o. D. [ca. 5/1982]; BStU, MfS, HA VII Nr. 513, S. 44–53.

610 Vgl. Schreiben des Leiters HA VII an Minister Mielke v. 8.1.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 1044, S. 17–20.

611 Vgl. Persönliches Schreiben von Neiber an den Leiter der DE betr. Arbeit der Abwehroffiziere VP v. 20.8.1982; BStU, MfS, HA VII Nr. 513, S. 36 f.; Schreiben von Neiber an Mielke o. D. [ca. 5/1982]; ebenda, S. 41–43; Die politisch-operative Abwehrarbeit gegenüber den VPKÄ o. D. [ca. 5/1982]; ebenda, S. 44–53.

612 Schreiben des Stellvertreters Neiber v. 20.8.1982; BStU, MfS, BdL/Dok. 7669.

613 Vgl. Vermerk des Leiters der Abt. VII über die Arbeitsberatung beim Leiter der HA VII v. 4.10.1984; BStU, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. VII Nr. 544, S. 139–143.

614 Bericht der HA VII/9 über den Einsatz in der Abt. VII der BV Potsdam v. 13.6.1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/8.1. »Komplexkontrolle BV Erfurt 87, BV Potsdam 88«, Bd. 4 »Komplexkontrolle BV Potsdam Abt. VII/88«, S. 125–133.

615 Vgl. Stellungnahme zum Schreiben des Leiters der HA VII an den Minister v. 18.1.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 830, o. Pag.

Abwehroffiziere) eine Bearbeitung andernfalls unbeachteter Verdachtshinweise erst ermöglichte. Als vorbildlich galt ein Abwehroffizier, der im Bereich Pass- und Meldewesen und in der K I insgesamt 21 IM/GMS führte sowie zwei OV und drei OPK bearbeitete.[616] Die FIM-Netze der Abwehroffiziere wiesen zumeist jedoch Defizite aus: sei es, dass sie gar nicht oder nur auf dem Papier existierten, nur gering ausgelastet waren oder keine verwertbaren Informationen erbrachten.[617]

Ende 1985 führten die Abwehroffiziere 484 OPK durch, davon 351 gegen Angehörige von Volkspolizeikreisämtern. Diese Form der operativen Bearbeitung war breit gestreut, denn nur in 36 von 227 Landkreisen, Stadtkreisen und Stadtbezirken der DDR wurden keine OPK und kein OV geführt.[618] In der ersten Hälfte der achtziger Jahre gingen die Abwehroffiziere insgesamt 3 646 Hinweisen auf Westkontakte von Volkspolizisten nach. Dies mündete offenbar nur zum geringeren Teil in OPK, doch in 680 Fällen wurden Disziplinarstrafen verhängt und in 331 Fällen Mitarbeiter entlassen.[619] Eine sofortige Kündigung erfolgte auch, wenn etwa Volkspolizisten Bußgelder in die eigene Tasche fließen ließen.[620]

Mit der Dienstanweisung 2/87 wurde die Zahl der Abwehroffiziere weiter erhöht; in einigen Kreisdienststellen wurde jetzt ein eigenes Abwehrreferat »Volkspolizei« geschaffen, das dem Leiter der Kreisdienststelle unmittelbar unterstand. Unverändert wurden die Abwehroffiziere zur Erledigung anderer Aufgaben »zweckentfremdet« – zur Sicherung der Kampfgruppen, der Bereiche Inneres oder der Haftanstalten, zum Chiffrieren oder »im Zusammenhang mit dem Ausreiseverkehr«.[621] Im Januar 1988 galten alle Planstellen von Abwehroffizieren als besetzt, doch war die Fluktuation außerordentlich hoch.[622] Auch wurde moniert, dass die Abwehroffiziere Volkspolizisten vielfach erst dann operativ bearbeiteten, wenn ihnen deren Westverbindungen bekannt wurden, statt vorbeugend Hinweise hierfür zu suchen. Büchner setzte sich daher 1988 für eine verbindliche zentrale Vorgabe ein, den Einsatz der Abwehroffiziere »Volkspolizei« kontinuierlicher und vorbeugender auszurichten.[623]

---

[616] Vgl. Diskussionsbeitrag des Abwehroffiziers Volkspolizei, Hauptm. Römer, auf der zentralen Dienstkonferenz am 14.12.1984; BStU, MfS, HA VII Nr. 1044, S. 85–93.

[617] Vgl. HA VII/AKG: Einschätzung der im Zusammenhang mit dem Einsatz der Abwehroffiziere VP erreichten Wirksamkeit v. 12.1985 mit Anlagen; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/5.1., S. 43–66.

[618] Vgl. HA VII/AKG: Einschätzung der mit d. Einsatz der AO VP erreichten Wirksamkeit v. 12.1985 mit Anlagen; ebenda.

[619] Vgl. ebenda.

[620] Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII an Mielke v. 1.1988 mit Anlage; BStU, MfS, AB Neiber Nr. 152, S. 6–10.

[621] Vgl. Einschätzung der HA VII/AKG zu Stand und Wirksamkeit der politisch-operativen Sicherung der DVP und anderer Organe des MdI in Durchsetzung der DA 2/87 v. Aug. 1988; BStU, MfS, HA VII/AKG PK 1/2.1. »Einschätzung Stand/Wirksamkeit Dienstanweisung 2/87«, S. 3–37.

[622] Vgl. Stellungnahme zum Schreiben des Leiters der HA VII an den Minister v. 18.1.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 830, o. Pag.

[623] Vgl. Schreiben des Leiters der HA VII an Minister Mielke v. 8.1.1988; BStU, MfS, HA VII Nr. 1044, S. 17–20.

5 Anhang

5.1 Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen

Abbildungen

5.2 Abkürzungen

A/I	Auswertung/Information
ABV	Abschnittsbevollmächtigter
AfM	Arbeitsgruppe für Menschenrechte
AFO	archivierte Feindobjektakte archivierter Feindobjektvorgang
AG OZW	Arbeitsgruppe Operatives Zusammenwirken
AGFM	Arbeitsgruppe für Menschenrechte
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AGS	Abteilung Grenzsicherung
AGV	Antrags- und Genehmigungsverfahren
AIG	Auswertungs- und Informationsgruppe
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AO	Abwehroffizier
AOP	archivierter Operativer Vorgang
AOPK	archivierte Operative Personenkontrolle
AZKW	Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs
BdL	Büro der Leitung
Bdl.	Bündel
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BKG	Bezirkskontrollgruppe
BPAA	Büro für Pass- und Ausländerangelegenheiten
BS	Betriebsschutz
BSA	Betriebsschutzamt
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	Bezirksverwaltung
DA	Deckadresse
	Dienstanweisung
DB	Durchführungsbestimmung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dok.	Dokument
Dos	Dossier
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DVP	Deutsche Volkspolizei
EG/ATS	Einsatzgruppe des Ministeriums des Innern zur Außen- und Tiefensicherung
EKD	Einlass- und Kontrolldienst
FFG	Fahndungsführungsgruppe
EV	Ermittlungsverfahren
FIM	Inoffizieller Mitarbeiter zur Führung anderer IM
FO	Feindobjekt

Gh	Geheime Hauptablage
GHI	Geheimer Hauptinformator
GL	Generalleutnant
GM	Generalmajor
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
GÜST	Grenzübergangsstelle
HA	Hauptabteilung
HA K	Hauptabteilung Kriminalpolizei des MdI
HFIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter zur Führung anderer IM
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HIME	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter für den besonderen Einsatz, für Ermittlung
HSDVP	Hochschule der Deutschen Volkspolizei
HSG	Hauptsachgebiet
HV	Hauptverwaltung
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung
HV DVP	Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei
I/4	Untergliederung des AG I der Kriminalpolizei im Strafvollzug
IA	Innere Angelegenheiten
I/A	Information/Auswertung
I/U	Untergliederung des AG I der Kriminalpolizei für (verdeckte) Beobachtung
IGfM	Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
IKM	Inoffizieller Kriminalpolizeilicher Mitarbeiter
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindverbindung
IME	Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz, für Ermittlung, Experten-IM
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens
IMK/KW	/Konspirative Wohnung
IMK/S	/Sicherung der Konspiration
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung eines Verantwortungsbereiches
IWE	Informationsbüro West
K 5	Kommissariat 5 der Kriminalpolizei, ein Vorläufer des MfS
K I	Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei
KD	Kreisdienststelle
KfS	Komitee für Staatssicherheit
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti (russ.) Komitee für Staatssicherheit
KI	Kriminalistisches Institut
KMHB	kriminelle Menschenhändlerbande
KO	konspiratives Objekt
KoKo	Kommerzielle Koordinierung

KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KS	Kadersache Kaderstammakte
KSZE	Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuSch	Kader und Schulung
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KW	konspirative Wohnung
LEP	Lageeinschätzung zur Planung
MA	Mitarbeiter
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NATO	North Atlantic Treaty Organization – Nordatlantikpakt
NFG	Nichtstrukturelle Fahndungsgruppen
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OAM	Operatives Ausgangsmaterial
OD	Objektdienststelle
ODH	Operativer Diensthabender
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
Oltn.	Oberleutnant
OMR	Obermedizinalrat
OPK	Operative Personenkontrollen
OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang
PdVP	Präsidium der Volkspolizei
PK	Personenkontrolle
POZW	politisch-operatives Zusammenwirken
PS	Personenschutz
RGS	Referat Grenzsicherung
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SGS	Sachgebiet Grenzsicherung
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
StVA	Strafvollzugsanstalt
SV	Sportvereinigung Strafvollzug
T/V	Technik und Versorgung
TPA	Transportpolizeiamt
TSK	Territorial Spezifische Kräfte

UfJ	Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
VAO	Vorlaufakte operativ
VBM	Versorgungsbasis Mitte
VDV	Verwaltung Datenverarbeitung
VP	Volkspolizei
VPKA/Ä	Volkspolizeikreisamt/-ämter
VSV	Verwaltung Strafvollzug
VVK	Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen
ZAH	Zentrales Aufnahmeheim
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZMA	Zentrale Materialablage
ZOS	Zentraler Operativstab
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang
ZPDB	Zentrale Personendatenbank
ZSKR	Zentralstelle für Kriminalistische Registrierung
ZV	Zollverwaltung

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Abteilung Bildung und Forschung

Lieferbare Titel aus den Publikationsreihen:

Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden (MfS-Handbuch)

Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 403 S., Berlin 1995, Schutzgebühr € 10,00

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr«, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1995, Schutzgebühr € 2,50

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr € 2,50

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 79 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr € 5,00

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr € 5,00

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr € 2,50

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des MfS, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr € 2,50

Reinhard Buthmann: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK), Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr € 5,00

Roger Engelmann und Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr € 10,00

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr € 5,00

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr € 2,50

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 63 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2009, Schutzgebühr € 5,00

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz, Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«, 179 S., Berlin 2008, Schutzgebühr € 5,00

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, 53 S., Berlin 2008, Schutzgebühr € 2,50

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr € 5,00

Roger Engelmann und Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr € 5,00

Walter Süß: Geschichte der Staatssicherheit von den Anfängen bis zur Auflösung. Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR, 115 S., Berlin 2009, Schützgebühr € 5,00

Dokumente (Reihe A)

Günter Förster: Die Dissertationen an der »Juristischen Hochschule« des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 143 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlussarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S., Berlin 1998, Schutzgebühr € 10,00

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 128 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr € 5,00

Analysen und Berichte (Reihe B)

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Bodo Wegmann und Monika Tantzscher: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Monika Tantzscher: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von »Republikflucht«, 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Aus der Veranstaltungsreihe der Bundesbeauftragten:

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 5,00

BF informiert

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr € 2,50

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr € 5,00

Andreas Niemann und Walter Süß: »Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden«. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr € 2,50

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl., Schutzgebühr € 2,50

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer »Sektion DDR« durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Holger Horsch: »Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?« MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Volker Höffer: »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr € 2,50

Eberhard Stein: »Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen«. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr € 2,50

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944–1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr € 2,50

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr € 2,50

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Schutzgebühr € 2,50

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr € 2,50

Helmut Müller-Enbergs: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik, 234 S., (28/2007), Berlin 2007, Schutzgebühr € 5,00.

Einzelpublikationen
(eigene und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen)

Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 132 S., 9. Aufl., Berlin 2009

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG), 44 S., Berlin 2004

Siebenter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 150 S., Berlin 2005

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz. Zehn Jahre Aufarbeitung, 75 S., Berlin 2001

Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau: Fluchtbewegung und Machtsicherung, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

sowie dazu die Buchhandelsausgabe des Verlages Edition Temmen: € 13,00, ISBN 3-86108-790-1

Ilko-Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, 312 S., Audio-CD, Bremen 2003, Schutzgebühr € 10,00,

sowie dazu die Buchhandelsausgabe des Verlages Edition Temmen: € 19,90, ISBN 3-86108-385-X

Petra Saar und Marion Wagner: Stasi-Stücke. Szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten zum Lesen und Nachspielen für Schüler, 76 S., Erfurt 2004, Schutzgebühr € 2,00

Joachim Granzow: Die Löwengrube. Als Arzt in DDR-Haftanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Ein Erlebnisbericht, 215 S., 2. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr € 5,00.

* * *

Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der BStU

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit, Schild und Schwert der Partei, 120 S., Bonn 2001, Schutzbühr € 2,00

Jens Gieseke (with Doris Hubert): The GDR State Security. Shield and Sword of the Party, translated by Mary Carlene Forszt, 120 S., Berlin 2004, € 2,00, Versand von Einzelexemplaren ins Ausland kostenlos

Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der BStU

Johannes Beleites: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 239 S., Schwerin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (THILLM Bad Berka) in Zusammenarbeit mit der BStU

Fluchtgeschichten, Materialien zur Aufarbeitung der Geschichte, Heft 51, 70 S., Bad Berka 2001, Schutzgebühr € 2,00

Mut zum Widerstand, Materialien zur Aufarbeitung der Geschichte, Heft 69, 42 S., Bad Berka 2002, Schutzgebühr € 2,00

Bestellungen sind zu richten an:
Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
e-mail: publikation@bstu.bund.de
Tel.: 030 2324-8821
01888 665-8821
Fax: 030 2324-8809
01888 665-8809

Über den Buchhandel zu beziehen:
Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten
– im Ch. Links Verlag, Berlin –

(alle Titel sind auch als digitale Bücher verfügbar über www.linksverlag.de)

Band 1: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 244 S., 2. Aufl., Berlin 1996, € 15,50, ISBN 3-86153-098-8

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 264 S., 4., akt. Aufl., Berlin 1996, € 17,50, ISBN 3-86153-099-6

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, € 20,50, ISBN 3-86153-101-1

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers »Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande« im Oktober 1961, 170 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, € 12,00, ISBN 3-86153-102-X

Band 5: Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«, 472 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, € 20,50, ISBN 3-86153-111-9

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 888 S., Berlin 1996, € 34,80, ISBN 3-86153-121-6

Band 7: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, € 24,50, ISBN 3-86153-122-4

Band 8: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, € 19,50, ISBN 3-896153-131-3

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 218 S., Berlin 1997, € 10,00, ISBN 3-86153-146-1

Band 10: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1118 S., 2. Aufl., Berlin 1998, € 34,80, ISBN 3-86153-145-3

Band 11: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, € 19,50, ISBN 3-86153-147-X

Band 12: Reinhard Buthmann: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 256 S., Berlin 1997, € 12,50, ISBN 3-86153-153-4

Band 13: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 1998, € 15,50, ISBN 3-86153-215-8

Band 14: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 773 S., 2. Aufl., Berlin 1998, € 29,50, ISBN 3-86153-173-9

Band 15: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 815 S., 2. Aufl., Berlin 1999, € 29,50, ISBN 3-86153-181-X

Band 16: Roger Engelmann und Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 574 S., Berlin 1999, € 24,50, ISBN 3-86153-184-4

Band 17: Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 5. Aufl., Berlin 2004, € 10,00, ISBN 3-86153-183-6

Band 18: Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«, 597 S., 2. Aufl., Berlin 1999, € 24,50, ISBN 3-86153-182-8

Band 19: Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 260 S., Berlin 2000, € 15,50, ISBN 3-86153-226-3

Band 20: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 615 S., Berlin 2000, € 24,50, ISBN 3-86153-227-1

Helmut Müller-Enbergs unter Mitarbeit von Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, 1024 S., Berlin 2008, € 39,30, ISBN 978-3-86153-441-9

– im Verlag Edition Temmen, Bremen –

Band 21: Ehrhart Neubert und Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, € 24,90, ISBN 3-86108-792-8

Band 22: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, € 10,90, ISBN 3-86108-373-6

Band 23: Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., Bremen 2003, € 22,90, ISBN 3-86108-388-4

Band 24: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: »Der Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, 347 S., Bremen 2003, € 17,90, ISBN 3-86108-386-8

Band 25: Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczuk und Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., zahlr. Abb., Bremen 2004, € 29,90, ISBN 3-86108-387-6

Band 26: Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift »Sinn und Form«. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 229 S., Bremen 2004, € 11,90, ISBN 3-86108-398-1

– im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen –

Band 27: Roger Engelmann und Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, € 32,90, ISBN 3-525-35004-X

Band 28: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., 3. Aufl., Göttingen 2007, € 29,90, ISBN 3-525-35018-X

Band 29: Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-35021-8

Band 30: Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, 383 S., Göttingen 2007, € 27,90, ISBN 978-3-525-35083-6

Band 31: Matthias Braun: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-35049-2

Band 32: Roger Engelmann, Thomas Großbölting, Hermann Wentker: Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, 478 S., Göttingen 2008, ISBN 978-3-525-35052-2

Band 33: Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, 583 S., Göttingen 2009, 39,90 €, ISBN 978-3-525-35100-0

Unterreihe: Biografische Quellen

– im Verlag Edition Temmen, Bremen –

Band 1: Peter Eisenfeld: »… rausschmeißen …«. Zwanzig Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., zahlr. Abb., Bremen 2002, € 24,90, ISBN 3-86108-342-6

Band 2: Wolfgang Schollwer: »Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung«. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–57, 298 S., Bremen 2004, € 15,90, ISBN 3-86108-043-5

– im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen –

Band 3: Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, € 29,90, ISBN 3-525-35800-8

Veröffentlichungen in der Reihe »Archiv zur DDR-Staatssicherheit« im LIT Verlag, Münster

Band 1: Dagmar Unverhau: Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 258 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004, € 19,90, ISBN 3-8258-3512-X

Band 2: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, 312 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003, € 20,90, ISBN 3-8258-3924-9

Band 3: Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Akteöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, 408 S., 2. Aufl., Münster 2005, € 19,90, ISBN 3-8258-4515-X

Band 4: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Findbuch zum »Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Joachim Franke u. a., 328 S., Münster 2001, € 12,90, ISBN 3-8258-5543-0

Band 5: Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, 304 S., 3., durchges. Aufl., Münster 2006, € 19,90, ISBN 3-8258-5964-9

Band 6: Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte »Janus« eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, 448 S., Münster 2003, € 19,90, ISBN 3-8258-7120-7

Band 7: Dagmar Unverhau (Hg.): State Security and Mapping in the GDR. Map Falsification as a Consequence of Excessive Secrecy? Lectures to the conference of the BStU from 8th-9th March 2001 in Berlin, 304 S., Berlin 2006, 29,90 €, ISBN 3-8258-9039-2

Band 8: Dagmar Unverhau (Hg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: »Internationale Verbindungen« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Marko Pollack und Doreen Bombitzki, 335 S., Münster 2005, 19,90 €, ISBN 3-8258-9018-x

Band 9: Dagmar Unverhau (Hg.): Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges, 600 S., Münster 2009, 29,90 €, ISBN 978-3-643-10070-2

Band 10: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larssen und Jana Florczak, 400 S., Münster 2008, 19,90 €, ISBN 978-3-8258-1106-8

Einzelpublikation

Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR herausgegeben von Torsten Diedrich und Ilko-Sascha Kowalczuk, 435 S., Berlin 2005, € 29,90, ISBN 3-86153-380-4